



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen



# **Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft**

## **Plenarprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 10.Wahlperiode: 1979/80**

10.12.1981 - Plenarprotokoll - 52. Sitzung

---

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

## 52. Sitzung

am Donnerstag, dem 10. Dezember 1981

### Inhalt

Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung . . .	3959	<b>Förderung der mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Kenntnisse und Fähigkeiten der jungen Generation</b>	
<b>Förderung des Ausbaus von Dachgeschossen und Souterrains in vorhandenen Wohngebäuden</b>		Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 1. Oktober 1981 (Drucksache 10/618)	
Antrag der Fraktion der CDU vom 27. Oktober 1981 (Drucksache 10/644)		Senator für Bildung v. Hassel . . . . .	3971
Abg. Kudella (CDU) . . . . .	3959	Abg. Ravens (CDU) . . . . .	3974
Abg. Welke (FDP) . . . . .	3959	Abg. Professor Dr. Holl (FDP) . . . . .	3977
Abg. Janke (SPD) . . . . .	3960	Abg. Stichweh (SPD) . . . . .	3979
Abg. Dinné (BGL) . . . . .	3960	Abg. Josette Delphine Brox (BGL) . . . . .	3980
Abstimmung . . . . .	3961	Senator für Bildung v. Hassel . . . . .	3981
<b>Alternativen zur bisherigen Klärschlammbe- seitigung</b>		<b>Bewirtschaftungsmaßnahmen des Senats im Haushaltsjahr 1981 gemäß § 41 LHO</b>	
Antrag der Fraktion der CDU vom 27. Oktober 1981 (Drucksache 10/645)		<b>hier: Realisierung der den einzelnen Bereichen vorgegebenen Kürzungsquoten</b>	
D a z u		Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1981 (Drucksache 10/624)	
<b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 10. November 1981</b>		Abg. Klein (CDU) . . . . .	3983
(Drucksache 10/659)		Abg. Lahmann (FDP) . . . . .	3985
<b>Alternativen der Klärschlammbe- seitigung</b>		Abg. Stäcker (SPD) . . . . .	3989
Antrag der Fraktion der SPD vom 10. November 1981 (Drucksache 10/660)		Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	3991
Abg. Oeing (CDU) . . . . .	3961	Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen . . . . .	3995
Abg. Neujahr (FDP) . . . . .	3964	<b>Errichtung eines Ökumenischen Gymnasiums</b>	
Abg. Beckmeyer (SPD) . . . . .	3966	Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 1981 (Drucksache 10/642)	
Abg. Willers (BGL) . . . . .	3968	Abg. Dr. Menke (CDU) . . . . .	3997
Senator für das Bauwesen Meyer . . . . .	3968	Abg. Professor Dr. Holl (FDP) . . . . .	3999
Abstimmung . . . . .	3971	Abg. Stichweh (SPD) . . . . .	4000
		Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4002
		Ordnungsruf für den Abgeordneten Adamietz (BGL) . . . . .	4003
		Senator für Bildung v. Hassel . . . . .	4004

Abg. Stichweh (SPD) . . . . .	4005
Abg. Weinkauff (SPD) zu einer Erklärung nach § 42 der Geschäftsordnung . . . . .	4006

**Bericht über die Verringerung und die durchgeführte und geplante Verwertung von Abfällen im Land Bremen**

Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 1981  
(Drucksache 10/643)

Abg. Werner Fischer (CDU) . . . . .	4007
Abg. Sixt (SPD) . . . . .	4008
Abg. Willers (BGL) . . . . .	4009
Abg. Schröder (FDP) . . . . .	4010
Senator für das Bauwesen Meyer . . . . .	4011

**Kernkraftwerk Unterweser (KKU)**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 10. November 1981  
(Drucksache 10/662)

**Kühltürme beim Kernkraftwerk Esenshamm**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD  
vom 2. Dezember 1981  
(Drucksache 10/683)

**Kühltürme beim Kernkraftwerk Unterweser**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 8. Dezember 1981  
(Drucksache 10/685)

Abg. Dinné (BGL) . . . . .	4014
Abg. Ursula Kerstein (SPD) . . . . .	4014
Abg. Werner Fischer (CDU) . . . . .	4015
Abg. Ostendorff (FDP) . . . . .	4017
Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner . . . . .	4018
Abstimmung . . . . .	4018

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes (Bericht nach § 24 Abgeordnetengesetz)**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 9. November 1981  
(Drucksache 10/654)  
1. Lesung

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes (Kürzung der Abgeordnetenentschädigung um 10 Prozent)**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 24. November 1981  
(Drucksache 10/673)  
1. Lesung

**Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Veröffentlichung der Tagesordnung)**

Antrag der Mitglieder des Vorstandes der Bürgerschaft  
vom 25. November 1981  
(Drucksache 10/676)

**Entschädigung der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
vom 9. Dezember 1981  
(Drucksache 10/700)

Präsident Dr. Klink . . . . .	4020
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4021
Abg. Lahmann (FDP) . . . . .	4022
Abstimmung . . . . .	4024

**Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Land Bremen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 10. November 1981  
(Drucksache 10/661)

**Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD  
vom 8. Dezember 1981  
(Drucksache 10/693)

Abg. Adamietz (BGL) zur Geschäftsordnung . . . . .	4025
Abg. Wedemeier (SPD) zur Geschäftsordnung . . . . .	4025
Abg. Hinrichs (CDU) . . . . .	4026
Abg. Kunick (SPD) . . . . .	4029
Abg. Ostendorff (FDP) . . . . .	4031
Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms . . . . .	4033
Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4033
Senatsdirektor Dr. Hennemann . . . . .	4036
Abg. Hinrichs (CDU) . . . . .	4037
Abg. Ostendorff (FDP) . . . . .	4037
Abstimmung . . . . .	4037

**Errichtung einer Stiftung „Forschungsstelle für unabhängige Literatur und gesellschaftliche Bewegungen Osteuropas an der Universität Bremen“**

Mitteilung des Senats vom 23. November 1981  
(Drucksache 10/675)

Abg. Willers (BGL) . . . . .	4038
Abg. Professor Dr. Holl (FDP) . . . . .	4038
Abg. Dr. Schulte (CDU) . . . . .	4039
Senator für Wissenschaft und Kunst Franke . . . . .	4039
Abstimmung . . . . .	4039

**Nutzen-Kosten-Untersuchung zur Fischereipolitik**

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 9. November 1981  
(Drucksache 10/653)

**Fortführung der Sofortmaßnahmen zugunsten der deutschen Seefischerei in 1982**

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
vom 9. Dezember 1981  
(Drucksache 10/701)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms . . . . .	4039
Abg. Beckmeyer (SPD) . . . . .	4041
Abg. Wilhelms (CDU) . . . . .	4043
Abg. Neujahr (FDP) . . . . .	4044
Abg. Wilhelms (CDU) . . . . .	4046
Abg. Dinné (BGL) . . . . .	4046
Abg. Lahmann (FDP) . . . . .	4047
Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms . . . . .	4048
Abg. Dinné (BGL) . . . . .	4049
Abg. Beckmeyer (SPD) . . . . .	4049
Abstimmung . . . . .	4049

**Fort- und Weiterbildung der Bediensteten im Strafvollzug**

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 19. November 1981  
(Drucksache 10/670)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs . . . . .	4050
---	------

Abg. Dr. Sieling (CDU) . . . . .	4051
Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	4053
Abg. Pötting (SPD) . . . . .	4054

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37 vom 2. November 1981**

(Drucksache 10/647) . . . . .	4056
-------------------------------	------

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38 vom 16. November 1981**

(Drucksache 10/672) . . . . .	4056
-------------------------------	------

**Verurteilung extremistischer Gewalttaten**

Antrag (EntschlieÙung) der Fraktion der FDP  
vom 2. Dezember 1981  
(Drucksache 10/682)

Abg. v. Schönfeldt (FDP) . . . . .	4056
Abg. Dinné (BGL) . . . . .	4057
Abg. Borttscheller (CDU) . . . . .	4058
Abg. Wedemeier (SPD) . . . . .	4058
Abstimmung . . . . .	4059

**Arbeitsplatzvernichtung durch Großwertfusion Vulkan/AG „Weser“**

Antrag (EntschlieÙung) der Gruppe der BGL  
vom 9. Dezember 1981  
(Drucksache 10/699)

Abg. Adamietz (BGL) . . . . .	4059
Abg. Ostendorff (FDP) . . . . .	4060
Abstimmung . . . . .	4060
Abg. Ursula Kerstein (SPD) . . . . .	4061

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Dr. Zollmann.

**Präsident Dr. Klink****Vizepräsident Ehlers****Schriftführerin Helene Knorr****Vizepräsident Schmidt****Schriftführer Ravens**

---

Bürgermeister **Thape** (SPD), Senator für Finanzen

Senator für Inneres **Fröhlich** (SPD)

Senator für Rechtspflege und Strafvollzug **Kahrs** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit **Willms** (SPD)

Senator für Gesundheit und Umweltschutz **Brückner** (SPD)

Senator für Wissenschaft und Kunst **Franke** (SPD)

Senator für Bildung **von Hassel** (SPD)

Senator für das Bauwesen **Meyer** (SPD)

---

Senatsdirektor **Bohle** (Senator für Rechtspflege und Strafvollzug)

Senatsdirektor **Dr. Euler** (Senator für Gesundheit und Umweltschutz)

Senatsdirektor **Dr. Heidorn** (Senator für Arbeit)

Senatsdirektor **Dr. Hennemann** (Senator für Wirtschaft und Außenhandel)

Senatsdirektor **Professor Dr. Hoffmann** (Senator für Wissenschaft und Kunst)

Senatsdirektor **Kulenkampff** (Senator für das Bauwesen)

Senatsdirektor **Quantmeyer** (Senator für Finanzen)

Senatsdirektor **Stahl** (Senator für Finanzen)

Landesschulrat **Mews** (Senator für Bildung)

(A) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung um 9.32 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, die 52. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse recht herzlich. Folgende Gruppen sind anwesend: ein Kreis für politische Bildung der Volkshochschule in Lilienthal, eine Klasse des Schulzentrums Carl-Goerdeler-Straße, zwei Klassen des Schulzentrums in den Sandwehen und eine Klasse des Kippenberg-Gymnasiums.

Ich begrüße die Zuhörer in unserem Kreis.

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Entschädigung der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP vom 9. Dezember 1981, Drucksache 10/700.

Der Entschließungsantrag gilt gemäß Paragraph 31 Absatz 3 der Geschäftsordnung als dringlich.

Ich schlage Ihnen vor, daß ich die Entschließung zusammen mit den in der Beratung verbundenen Tagesordnungspunkten 27, 29 und 31 aufrufe.

Ergibt sich dagegen Widerspruch? — Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Weitere Eingänge liegen nicht vor.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

(B)

#### Förderung des Ausbaus von Dachgeschossen und Souterrains in vorhandenen Wohngebäuden

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 27. Oktober 1981  
(Drucksache 10/644)

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/644 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Kudella, Neumann und Fraktion der CDU. Er liegt den Abgeordneten gedruckt vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß in vorhandenen Wohngebäuden Dachgeschosse und Souterrains verstärkt zu Wohnzwecken hergerichtet werden können.

Dazu ist es erforderlich, daß

- bestehende Gesetze, Verordnungen und bürokratische Hemmnisse gelockert,
- Dispense bis an die Grenze der Vertretbarkeit erteilt und
- Bauanträge innerhalb von sechs Wochen beschieden werden.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Kudella.

Abg. **Kudella** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU will mit dem vorliegenden Antrag erreichen, daß bestehende Gesetze, Dienstanweisungen, Verordnungen novelliert werden, um zukünftig auch Dachgeschosse und Souterrains nach erfolgtem Ausbau zu Wohnzwecken nutzen zu können.

Sie wissen aus verschiedenen Debatten, die wir über Wohnungsprobleme in Bremen geführt haben, daß uns gerade kleine Wohnungen fehlen, insbesondere für die zunehmende Zahl von Einfamilienhaushalten und für Studenten. Hierfür bieten sich in einem bestimmten Umfang Dachgeschosse und Souterrains an, allerdings sind die augenblicklichen Regelungen, die wir haben, um diese ausbauen zu können, zu starr und zu eng.

Ich habe inzwischen von seiten der SPD und auch der FDP gehört, daß man sich in einem Ausschuß der Baudeputation mit diesen Fragen beschäftigen will und unseren Antrag überweisen möchte. Insofern kann ich mich hier in der Begründung auf diese wenigen Bemerkungen beschränken und brauche nicht mehr in eine ausführliche Begründung einzusteigen. Allerdings will ich —

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Kudella** (CDU): Bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Sixt!

Abg. **Sixt** (SPD): Herr Kudella, haben Sie nur davon gehört aus der Ausschubarbeit oder haben Sie sogar eigene Mitglieder aus Ihrer Deputation dafür benannt?

(Heiterkeit)

Abg. **Kudella** (CDU): Es ist richtig, es ist in der Tat richtig, daß wir auch Mitglieder benannt haben, aber daß dieses Thema in dem Ausschuß behandelt wird, ist natürlich eine zweite Sache, Herr Kollege Sixt, die mit der Frage, ob da von uns jemand mitarbeitet oder nicht, eigentlich nichts zu tun hat.

Gut, ich will hier nur sagen zum Abschluß, meine Damen und Herren, wir haben entsprechende Vorschläge bereits im vorigen Jahr unterbreitet, wir haben im März 1981 hier im Hause einen CDU-Antrag mit gleicher Zielsetzung behandelt. Damals hat die SPD unsere Vorschläge allerdings noch abgelehnt. Ich entnehme jetzt der Pressemitteilung des Bausenators, nein, Pardon, der SPD, daß sie inzwischen auf unsere Linie eingeschwenkt ist, so daß wir sicher zum Erfolg kommen werden. Die CDU-Fraktion wird also der Überweisung unseres Antrages zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Welke.

Abg. **Welke** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kudella hat für die CDU schon

(C)

(D)

(A) darauf hingewiesen, daß von seiten der FDP-Fraktion und auch von seiten der SPD-Fraktion ein Überweisungsantrag gestellt werden wird. Ich möchte den hier offiziell einbringen.

Der Antrag der CDU wiederholt lediglich Anliegen, die von anderen schon sehr viel früher und sehr viel ausführlicher in die Diskussion eingebracht worden sind. Diese Appelle haben letzten Endes auch dazu beigetragen, Herr Kollege Kudella, daß sich im August dieses Jahres ein Unterausschuß der Deputation für Bau und Raumordnung konstituierte, der sich zum Ziel setzte, die Landesbauordnung und andere baurechtliche Vorschriften zu novellieren. Zur Vorbereitung dieser Arbeit wurden die Fraktionen, die Verbände und sonstige am Baugeschehen interessierte Institutionen aufgefordert, Vorschläge zu unterbreiten, um eine Arbeitsgrundlage für diese Beratung zu haben.

Diese Anregungen sind dann von der Bauverwaltung in einem stichwortartig gehaltenen Katalog zusammengefaßt worden, und zur Information des Hauses möchte ich hier einmal kurz zitieren, welche Anregungen sich in diesem Katalog dann im einzelnen wiederfinden. Überschrift dieses Katalogs: „Anregungen zur Vereinfachung und Erleichterungen in bauaufsichtlichen Verfahren“.

Punkt eins: „Streichungen und Änderungen von Vorschriften. 1a: Treppensteigung, Treppenbreiten, Deckenhöhen, Stellplätze zur Erleichterung von Dachgeschoßwohnungen“ — Vorschlag der FDP-Fraktion — „1 b: Verringerung der ausdrücklichen Anforderungen an Bauteile wie Treppen, Belichtungen, Lüftungsanlagen, Bauwiche, Grenzabstände, Vereinheitlichung von Brandschutzvorschriften.“ Dieser Vorschlag kam von der Abteilung IV des Senators für das Bauwesen. Dann: „1 i: Ablösung von Stellplätzen erleichtern, Nachweise notwendiger Stellplätze sollte entfallen, wenn geschützte Bäume vorhanden sind“ — Vorschlag der freien und privaten Wohnungsunternehmen — „1 k: Ausbau von Dachgeschossen erleichtern, Regelung der Dienstanzweisung im Gesetz festschreiben“ — gleichfalls ein Vorschlag der freien und privaten Wohnungsunternehmen.

Auch zur Fristsetzung findet sich in einem gesonderten Punkt 3 die Meinung der anderen Beteiligten. Hier lautet es im Punkt 3 a: „Maximale Dauer für die Erteilung der Baugenehmigungen sollen nach Vorschlag des Bausenators drei Monate, nach Vorschlag der FDP, der freien und privaten Wohnungsunternehmen und der Architektenkammer zwei Monate sein.“

Sie sehen, Herr Kollege Kudella, alles was Sie heute in Ihrem Antrag ansprechen, ist schon von anderen vorgeschlagen worden. Ich freue mich aber, daß mit Hilfe Ihres Antrags jetzt dieser Katalog um die Stellungnahme der CDU-Fraktion komplettiert werden kann. — Danke sehr!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Janke.

Abg. **Janke (SPD)\*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kudella hat schon darauf hingewiesen, daß die SPD-Fraktion in einer Pressemitteilung auf den Abbau von bauhindernden Vorschriften für den Ausbau von Dachgeschossen, Souterrains dringt. Herr Kudella, ich verstehe recht wohl, warum Sie diesen Antrag gestellt haben. Sie haben gedacht, da machen die jetzt eine große Sache daraus, und da wollen wir einmal zuvorkommen und einen Antrag in die Bürgerschaft einbringen.

Ich finde, dies verlängert nur die Tagesordnung, zumal sie heute schon lang genug ist und wir bis in die Nacht hinein tagen müssen. Solche Anträge gehören in die zuständige Fachdeputation oder in den Ausschuß, wo sie behandelt werden können. Die SPD-Fraktion oder der Vorstand hat mit den Baudeputierten schon vor langer, langer Zeit anhand eines umfangreichen Papiers dies Ganze diskutiert, hat dann eine Presseveröffentlichung gemacht, und just an dem Tag der Veröffentlichung kommen Sie mit diesem Antrag und wollen hier dem Hause letztendlich, ich sage einmal, so eine Art Erstgeburtsrecht beweisen.

Ich finde,

(Abg. Kudella [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

dies ist nicht die richtige Art! Sie sollten mit uns zusammen in dem Ausschuß, der eingerichtet worden ist, wie Herr Sixt auch in der Zwischenfrage festgestellt hat, arbeiten und dieses Thema angehen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné (BGL):** Meine Damen und Herren! Man höre sich das Gejammer an, wenn der SPD einmal das Erstgeburtsrecht abgesprochen wird! Was sie dauernd versucht, das widerfährt ihr Gott sei Dank auch einmal!

Ich glaube, in der Sache sind wir uns alle einig, wir können den Antrag ohne Einschränkung unterstützen. Ich mache bloß auf folgendes aufmerksam: Sie werden erleben, wenn mehrere Leute diese Möglichkeit des Ausbaus von Dachgeschossen und Souterrains wahrnehmen, daß das auch Leute sein werden, die sich bereits ein Auto angeschafft haben und von draußen wieder hereinziehen, weil sie gemerkt haben, daß das mit dem Wohnen im Grünen doch nicht so der wahre Honig ist.

Ein verstärkter Druck auch im Sinne des Sachzwangs, den wir gestern bei dem Autobahnzubringer in Bremerhaven diskutiert haben, wird auf uns zukommen. Es wird gefordert werden, Einstellplätze beziehungsweise Planierungen von Gärten hinter den Häusern und so weiter für die Abstellmöglichkeiten zu erlauben. Das wird auf uns zukommen. Ich bitte Sie, diesem Druck dann allerdings zu widerstehen, weil das dann mit einer empfindlichen Ein-

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) buße an Lebensqualität im innerstädtischen Bereich einherginge! — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/644 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Abg. J ä g e r [FDP]: Wir haben einen Überweisungsantrag gestellt! — Zurufe)

Ich korrigiere mich!

Wer der Überweisung an die Deputation für Bau und Raumordnung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit der Überweisung einverstanden.

(Einstimmig)

#### Alternativen zur bisherigen Klärschlammabeseitigung

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 27. Oktober 1981  
(Drucksache 10/645)

(B)

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
vom 10. November 1981  
(Drucksache 10/659)**

Wir verbinden hiermit:

**Alternativen der Klärschlammabeseitigung**  
Antrag der Fraktion der SPD  
vom 10. November 1981  
(Drucksache 10/660)

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/645 ist unterschrieben von den Abgeordneten Oeing, Neumann und Fraktion der CDU, der dazu eingebrachte Änderungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 10/659 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Neujahr, Lahmann und Fraktion der FDP, und der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/660 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Beckmeyer, Wedemeier und Fraktion der SPD.

Die Anträge sind gedruckt an die Abgeordneten verteilt worden.

**Drucksache 10/645**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, Alternativen zur bisherigen Klärschlammabeseitigung zu prüfen mit dem Ziel, das Aufbringen von Klärschlamm auf landwirtschaftlich genutzte Böden auszuschließen.

#### Drucksache 10/659

(C)

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Antrag der Fraktion der CDU (Drs. 10/645) wird wie folgt geändert:

Hinter den Worten „zu prüfen“ wird der Text ersetzt durch folgenden Wortlaut:

„unter anderem auch mit dem Ziel, künftig nur noch den Klärschlamm an die Landwirtschaft abzugeben, dessen gesamter Schadstoffgehalt die Höchstwerte der vom Bundesminister für Inneres vorbereiteten Verordnung über das Aufbringen von Klärschlamm unterschreitet.“

#### Drucksache 10/660

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, alle bestehenden Möglichkeiten zur Klärschlammabeseitigung mit ihren jeweiligen ökologischen Auswirkungen zu untersuchen und der Bürgerschaft darüber zu berichten, welche Form der Beseitigung oder Nutzung in Bremen und Bremerhaven unter Berücksichtigung der zu erwartenden Klärschlammverordnung verwirklicht werden soll. In diesem Bericht sollen auch Möglichkeiten zur Verringerung des industriellen Eintrags von Schwermetallen in die Abwässer aufgezeigt werden.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Oeing.

Abg. **Oeing** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor genau einem Jahr haben wir hier an gleicher Stelle über das Thema Klärschlamm eine ausführliche Debatte geführt und — wie man der Presse entnehmen konnte — auch eine „fast verächtliche Einigkeit“ erzielt darin, das Einbringen von Klärschlamm in die See zu verhindern beziehungsweise das Verklappen zu verbieten.

(D)

Die Überschriften in den Tageszeitungen lauteten damals: „Bürgerschaft gegen Verklappung von Klärschlamm und Dünnsäure“, „Bürgerschaftsabgeordnete einig: Verbot jeglicher Einbringung von Klärschlamm“ oder „Bürgerschaft: Verklappung von Klärschlamm und Dünnsäure sofort verbieten“, und weiter las man: „Wie ernst es den Bremer Parlamentariern mit ihrer Aufforderung war, zeigte die gestrige Debatte, in der man auf Effekthascherei und Polemik verzichtete.“

Nun, meine Damen und Herren, genau das sollten wir auch heute tun, und ich schließe mich deshalb der Meinung des Senators Meyer an, der in der Presse erklärte, man solle das Thema Klärschlamm versachlichen. Nur, versachlichen kann nicht heißen, das Thema zu verniedlichen oder gar zu verschweigen oder ihm die Richtung zu geben, die die leeren Kassen vorschreiben.

(Beifall bei der CDU)

Das Aufbringen von Klärschlamm auf das Land ist in letzter Zeit durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen in den Medien ins Gerede gekommen und zwar nicht — das möchte ich hier ausdrücklich betonen — durch die Politiker, sondern durch Wissenschaftler und Experten, die durch unterschiedliche Auffassungen in der Beurteilung der Nützlichkeit oder Giftigkeit des Klärschlammes konträre Meinungen haben.

(A) Ich bin nicht, wie in der Presse dargestellt, der Experte. Es ist auch nicht meine Aufgabe, mich mit den Wissenschaftlern auseinanderzusetzen. Aber dann, wenn aus den Diskussionen zu ersehen ist, daß eine Gefährdung der Bevölkerung nicht auszuschließen ist, ist es unsere Aufgabe als Politiker zu handeln, um unsere Bürger vor möglichen Schäden zu schützen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe über ein Jahr alle Informationen über Klärschlämme gesammelt, Institute angeschrieben, die relevante Aussagen zum Thema Klärschlamm machen können, Landwirtschaftskammern und auch das Umweltbundesamt um Stellungnahme gebeten. Die Bewertung aller Gutachten, Meinungen, Berichte und Analysen läßt sich in drei Aussagen zusammenfassen:

Erstens: Es gibt keine Institution, keine Landwirtschaftskammer und keine Wissenschaftler, die sich uneingeschränkt für das Aufbringen von Klärschlamm auf das Land aussprechen. Ich betone: keine!

Zweitens: Die Zahl derer, die das Verwenden von Klärschlamm als Dünger für die Landwirtschaft ablehnen, ist erheblich größer als die Zahl derer, die sich für das Aufbringen aussprechen.

Drittens: Alle Befürworter der landwirtschaftlichen Nutzung von Klärschlamm machen mehr oder weniger Einschränkungen, die nach genauem Studium erheblichen Anlaß zum Nachdenken geben.

(B) Ich möchte Ihnen hier einige Beispiele zitieren: Da erscheinen im „Landwirtschaftsblatt Weser-Ems“, einem, wie es heißt, Fach- und Verkündungsblatt für die Land- und Forstwirtschaft, das sich auf elf Seiten ausführlich mit dem Thema Klärschlamm befaßt, zehn Regeln für die umweltfreundliche Anwendung von Klärschlamm.

Dort heißt es unter anderem: „Klärschlamm-anwendung im Gemüseanbau ist grundsätzlich verboten. Für Hackfrüchte und Futtermais werden von den Hygienikern Bedenken erhoben. Hier scheint eine gewisse Vorsicht geboten.“ Weiter steht dort: „Im Klärschlamm sind meist auch Krankheitserreger vertreten, beispielsweise Salmonellen, Kolibakterien, auch Gelbsucht-Viren und Wurmeier. Die Krankheitserreger werden durch den Reinigungsprozeß, vor allem durch die Schlammfäulung, vermindert oder geschwächt. Es darf aber“ — das ist eigentlich eine wesentliche Aussage — „nicht verschwiegen werden, daß auch entseuchter Schlamm unter bestimmten Bedingungen nachträglich wieder infektiös werden kann, eine Entseuchung also nicht alle Probleme löst.“

Ein weiterer Befürworter zur Nutzung des Klärschlammes als Dünger ist Professor Thormann vom Umweltbundesamt in Berlin. Er schrieb mir in einem Brief bezugnehmend auf die ZKA in Bremerhaven —

(Abg. Neumann [CDU]: Was ist ZKA?)

Zentrale Kläranlage in Bremerhaven! —, da hat es wohl schon Vorgespräche gegeben, daß in Bre-

merhaven ein relativ schadstoffarmer Klärschlamm zu erwarten sei, er weise aber darauf hin, daß es einen schadstofffreien, sprich giftfreien, Klärschlamm nicht gebe. (C)

Er schreibt weiter, ich zitiere: „Wir gehen davon aus, daß aus den aufbereiteten Klärschlämmen die Schadstoffwirkung und -belastung sehr gering sein wird, wenn die Anwendungsempfehlungen der Landwirtschaft beachtet werden.“

Da wir gerade beim Bremerhavener Klärschlamm sind, Herr Beckmeyer erklärte im Bremerhavener Sonntagsjournal, ich zitiere: „Der Bremerhavener Klärschlamm ist — im Gegensatz zu den Klärschlämmen anderer Städte — fast frei von giftigen Schwermetallen.“ Ich finde, Herr Beckmeyer, das ist eine kühne Behauptung, und zwar deswegen sehr kühn, weil wir in Bremerhaven bis heute noch gar keinen Klärschlamm haben, folglich dessen konnte er auch noch nicht untersucht werden.

(Lachen bei der CDU)

Eine Analyse Bremerhavener Abwässer, wie Sie schreiben, allein reicht hier überhaupt nicht aus. Aber das wissen Sie, Herr Beckmeyer, auch.

(Beifall bei der CDU)

Aber Sie befinden sich da in guter Gesellschaft mit Ihrer Erklärung, ich will Ihnen einmal vorlesen, wie andere das sehen. Ich habe hier von der Staatlichen Pressestelle in Hamburg eine Mitteilung, da erklärt der Senator Lange, auch ein SPD-Mann: „Ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß der Klärschlamm als Giftschlamm bezeichnet wird. Mit dieser Bezeichnung ist der Hamburger Klärschlamm vollkommen ungerechtfertigt ins Gerede gebracht worden. Klärschlamm ist ungiftig.“ (D)

(Abg. Neumann [CDU]: Wer war das?)

Das war der Senator Lange aus Hamburg! Weiter sagt er: „Alle fachkundigen Messungen und Analysen haben ergeben, daß der Hamburger Klärschlamm einen vergleichsweise niedrigen Schwermetallgehalt hat.“

Meine Damen und Herren, ich habe hier eine ganze Menge solcher Erklärungen vorliegen. Jeder erklärt, in seinem Bereich, daß sein Klärschlamm natürlich ungiftig sei, aber die anderen, in der anderen Stadt, die hätten den giftigen. Meine Damen und Herren, so werden auch Politiker unglaubwürdig.

(Beifall bei CDU und BGL)

Ein weiterer Befürworter der Nutzung des Klärschlammes für die landwirtschaftlichen Flächen ist die Landwirtschaftskammer Münster. Sie weist auf die vielen Vorteile des Klärschlammes hin hinsichtlich des Düngers, und ich will auch gar nicht bestreiten, es gibt in der Tat auch ganz erhebliche Dinge, die zu gebrauchen sind in der Landwirtschaft, aber sie unterschätzt auch nicht die Gefährlichkeit und weist auf strenge Kontrollen hin. Ähnlich sieht es die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, die dann die Landwirtschaft darauf hinweist, was alles beachtet

(A) werden muß, bevor man den Klärschlamm auf die Felder bringt. Da steht etwas von Menge, Beschaffenheit, Zusammensetzung, Stickstoff, Phosphorgehalt, Kalkmenge und so weiter. Meine Damen und Herren, mein Eindruck ist: Bevor heute einer Landwirt wird, muß er erst Chemiker werden.

Wie wurde in der Vergangenheit mit dem Klärschlamm umgegangen? Ich möchte Ihnen hier zwei Beispiele nennen: In München hat man den Klärschlamm jahrelang auf die Äcker und Wiesen geschüttet. Ergebnis: Die so gedüngten Äcker sind in den nächsten Jahrzehnten nicht mehr zu gebrauchen.

Im zweiten Beispiel zitiere ich aus einem Protokoll der Stadt Hagen in Westfalen. Dort heißt es: „Anhand eines Planes mit einer erläuternden Aufstellung hatte das Staatliche Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft alle bisher genannten landwirtschaftlich genutzten Flächen zusammengestellt, die in den letzten Jahren mit Schlamm von der Kläranlage Vorhalle bekippt worden sind. Bei fast allen Flächen lag der Cadmiumgehalt des Bodens weit über dem Richtwert von drei Milligramm pro Kilogramm Trockensubstanz. Die Werte lagen zwischen sechs Milligramm und 200 Milligramm, also dem Fünfundsechzigfachen der zulässigen Menge an Cadmium.“

Lassen Sie mich hier eine Bemerkung machen: Wir sprechen jetzt nur von Cadmium. Klärschlamm enthält aber auch die Schwermetalle Blei, Chrom, Kupfer, Nickel, Zink und Quecksilber.

(B) Zum Quecksilber sagt Professor Kloke von der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin, ich zitiere: „Eine verbreitete Quelle für Quecksilber sind neben fossilen Brennstoffen einschlägige Industrierwerke, Klärschlämme und Komposte. Quecksilber gilt unter den Schwermetallen für den Menschen als giftigstes Element.“

Professor Kloke weiter: „Da dem Boden zugeführte Schwermetalle — gleich ob mit Kompost, Klär- oder Flußschlamm — nicht ausgewaschen werden, dort also für immer und ewig der Pflanze in mehr oder weniger großen Anteilen zur Verfügung gehalten und von ihr aufgenommen werden, wird der Boden durch die Schwermetallzufuhr irreparabel geschädigt. Luft und Wasser können wir reinigen, einen mit Schwermetallen überlasteten Boden jedoch nicht.“

Ein weiterer Wissenschaftler, Professor Dambroth vom Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft erklärt, daß sich die These, Klärschlamm auf das Land aufzubringen, immer mehr als falsch erweise. Die dauernde Anreicherung des Bodens mit nicht immer kontrollierbaren Stoffen wie Schwermetallen sei mit einer Zeitbombe vergleichbar.

Die amerikanische Cornell-Universität in Ithaca stellt in einer Studie fest: „Klärschlämme taugen nicht zur Bodenverbesserung und Düngung in Landwirtschaft und Gartenbau, sie sind schlichtweg zu giftig.“

(Abg. Fluß [SPD]: Die Zeitung hatte ja recht, Sie sind ja wirklich Experte!)

(C) Bei all dem, was ich hier aufgeführt habe, kommt noch ein Aspekt hinzu, der bisher in allen Untersuchungen noch nicht berücksichtigt worden ist, und zwar der gerade in letzter Zeit ins Gespräch gekommenen sogenannten sauren Regens oder auch Schwefelregens. Sie werden fragen, was hat das mit Klärschlamm zu tun. Sehr viel sogar, wie Sie gleich feststellen werden. Wissenschaftler haben folgendes festgestellt, ich zitiere aus einem Schreiben:

„Als erwiesen gilt schon seit etlichen Jahren, daß Schwefeldioxid den Menschen nicht nur per Luft angreift, sondern auch gleichsam zu Lande. Denn: Der Säuregehalt des Regens, der sich aufgrund der SO<sub>2</sub>-Emissionen in industriellen Regionen der Bundesrepublik seit 1965 mehr als verzehnfacht hat, erhöht die sogenannte Pflanzenverfügbarkeit hochgiftiger Schwermetalle wie Cadmium, die unter anderem mit Klärschlamm, Abgasen und Phosphatdünger zunehmend auf die Äcker aufgebracht werden.“

Die Kombination von Cadmium und Säureregen — meine Damen und Herren, das ist ganz wichtig — „kann tödlich wirken. Schwefelversauerter Boden nämlich ermöglicht es diversen Nahrungs- und Futterpflanzen, das Drei- bis Zehnfache der üblichen Cadmium-Menge zu speichern. Im menschlichen Organismus, der Cadmium mit dem Verzehr von Eiern, Kartoffeln, Gemüse, Getreide, Pilzen, Rind- und Kalbfleisch aufnimmt, wird das schwer abbaubare Gift durch das Blut transportiert und in der Niere ausgefiltert, wo sich die Cadmium-Konzentration lebenslang kontinuierlich erhöht.“

(D) Das Umweltbundesamt hat gerade vor einigen Tagen festgestellt, daß in der Bundesrepublik mittlerweile 200 000 Personen aufgrund des Cadmiumgehalts in den Nahrungsmitteln erkrankt sind, 200 000!

Weiter heißt es in dem Schreiben: „Schon jetzt beträgt die durchschnittliche orale Cadmium-Aufnahme der Westdeutschen laut Umweltbundesamt 70 bis 80 Prozent des Wertes, den die Weltgesundheitsorganisation als oberste tolerierbare Aufnahme angibt.“

Im Entwurf von Bundesminister Baum kommt häufig das Wort „Grenzwert“ vor. Meine Damen und Herren, über die sogenannte Grenzwertphilosophie ist eigentlich schon sehr viel diskutiert worden, nur, die Vergangenheit hat gezeigt, daß Grenzwerte uns spätestens beim nächsten Umweltskandal einholen. Ich betrachte sie manchmal als Persilschein für die Gefährdung von Mensch und Umwelt.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluß. Eine Pressemitteilung zu unserer Debatte vor einem Jahr habe ich am Anfang verschwiegen, und zwar die mit der Überschrift „Vergiftung der Nordsee stoppen“. Meine Damen und Herren, wenn wir hier vor einem Jahr in diesem Haus überzeugt waren, daß das, was wir da ins Meer schütten, giftig war, — —.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist gerade der Irrtum!)

(A) Nein, das haben Sie mit gesagt, auch Herr Beckmeyer, selbstverständlich! Wir haben hier festgestellt, daß das, was wir ins Meer schütten, giftig war. Wenn das richtig war, dann müssen wir doch heute überzeugt sein, daß das, was wir auf das Land aufbringen, doch auch giftig ist,

(Beifall bei der CDU)

denn der Klärschlamm hat sich in einem Jahr nicht verändert.

Eines haben wir noch festgestellt, daß wir, die Menschen, nämlich immer am Ende einer Nahrungskette stehen. Vor einem Jahr haben wir gesagt, wir wollen keine vergifteten Fische. Nun muß ich Sie fragen: Wollen wir demnächst vergiftetes Getreide?

(Glocke)

Meine Damen und Herren, wir haben doch nur das Problem verlagert, und zwar einfach von der See auf das Land, und das kann vor einem Jahr hier nicht unser Ziel gewesen sein.

Meine Damen und Herren, wir haben damals den ersten richtigen Schritt getan, und wir sollten nun auch mutig den zweiten tun, nämlich den, daß wir das Aufbringen von Klärschlämmen auf unsere Äcker und Wiesen unterlassen.

(B) Meine Damen und Herren von der SPD, Ihr Umweltsenator hat sich vor kurzem für ein Verbot von Asbest ausgesprochen, obwohl der Stoff hinsichtlich seiner Gefährlichkeit für den Menschen mindestens genauso umstritten ist wie der Klärschlamm.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen, könnte man zu der Auffassung gelangen, Sie von der SPD betrieben nur dann Umweltschutz, wenn es die öffentliche Hand nichts kostet.

(Beifall bei der CDU)

Ich hoffe, meine Damen und Herren, diesen Eindruck wollen Sie vermeiden und stimmen unserem Antrag zu.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen:

(Glocke)

Ich bin gleich fertig! Nach unserer Auffassung ist nicht die Frage so wichtig, wie giftig oder weniger giftig, wie gefährlich oder weniger gefährlich Klärschlamm ist, sondern allein die Frage, ob wir es der Bevölkerung nach dem heutigen Wissensstand zumuten können, mit der Zeitbombe Klärschlamm, wie es ein Wissenschaftler formulierte, zu leben. Ich meine, wenn wir auch nur die leisesten Bedenken haben, sollten wir uns gegen ein Aufbringen von Klärschlämmen auf das Land aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Neujahr.

(C) **Abg. Neujahr (FDP):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Diskussion um die Aufbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlich genutzte Gebiete ist sicherlich förderlich. Das Dilemma bei dieser Debatte ist allerdings, daß pauschalierend immer Klärschlamm gleich Klärschlamm gesetzt wird

(Beifall bei FDP und SPD)

und daß zugleich auch immer pauschalierend Klärschlamm der Vergangenheit mit Klärschlamm der Gegenwart gleichgesetzt wird. Damit kommt man zu Urteilen, die der Situation nicht mehr ganz gerecht werden.

Die Klärschlammverwertung ist in der letzten Zeit in öffentlichen Verruf geraten, weil der zu verwertende Klärschlamm in der Regel angereichert ist mit Schwermetallverbindungen. Solange die Anreicherung mit Schwermetallen die Grenzwerte, die der Verordnungsentwurf des Innenministeriums vorsieht, erreicht oder gar überschreitet, besteht dieser Verruf selbstverständlich zu Recht. In diesen Fällen muß die Aufbringung auf landwirtschaftlich genutzte Gebiete ausgeschlossen werden. Darüber, glaube ich, besteht in diesem Hause gar kein Zweifel.

(Beifall bei der FDP)

Aber, so fragen wir uns, darf man denn deswegen gleich in das andere Extrem fallen und die Aufbringung eines jeden Klärschlammes ausschließen, wie es der CDU-Antrag will? Wir meinen, aus einer Reihe von guten Gründen, nein!

(D) (Beifall bei FDP und SPD)

Klärschlamm, meine Damen und Herren, kann nicht gleich Klärschlamm gesetzt werden, weil der Schadstoffgehalt ganz wesentlich von den Abwasser abgebenden Industrien abhängt. So ist zum Beispiel der künftig in Bremerhaven anfallende Klärschlamm in seiner Schadstoffzusammensetzung keineswegs gleichzusetzen mit dem Klärschlamm, der beispielsweise in den Industriegebieten Nordrhein-Westfalens anfällt. Dort, wo der Schwermetallgehalt die Höchstwertgrenze, immer jetzt bezogen auf die Verordnung des Innenministeriums mit Stand Oktober 1981, die engere Grenzwerte enthält im Vergleich zum Entwurf mit Stand August 1981, berührt oder übersteigt, meinen auch wir, daß eine Aufbringung verboten sein muß. Das wird nach dem Verordnungsentwurf geschehen.

Aber wo das geschieht, wo der Schwermetallgehalt diese Grenze erreicht oder überschreitet, tritt für uns zugleich das Problem der Verursacher ein. Lassen Sie mich einen kleinen Exkurs machen, der dieses Problem ganz deutlich aufzeigt! In der Stadt München zum Beispiel überwacht eine Arbeitsgruppe die Einleitung von Abwässern aus Industriebetrieben in das öffentliche Kanalnetz. Bei dieser Einleitung müssen von der Stadt gesetzte Grenzwerte eingehalten werden.

Die Maßnahmen zur Reduktion des Schwermetallgehalts des Klärschlammes — München ist da übri-

(A) gens führend in der Bundesrepublik — im Bereich der Industrieüberwachung waren so erfolgreich, daß sie richtungsweisend für die Bundesrepublik sind. Der Cadmiumgehalt konnte von durchschnittlich 50 bis 60 Milligramm pro Kilogramm Trockensubstanz im Jahr 1978 auf etwa 23 Milligramm im Jahr 1980 und auf 17 Milligramm im ersten Halbjahr 1981 gesenkt werden. Die erreichten Werte sind deswegen besonders wichtig, weil hier die Cadmiummenge den zukünftig bei der landwirtschaftlichen Verwertung von Klärschlamm durch die Verordnung festgesetzten Grenzwert von 20 Milligramm bereits im Frühjahr 1981 deutlich unterschritten hat.

Erwähnenswert ist außerdem, daß bei dieser Überwachung der Cadmiumgehalt des dem Klärwerk zufließenden Abwassers im ersten Halbjahr 1981 im Durchschnitt nur 0,0015 Milligramm pro Liter betrug, also ein Viertel des zulässigen Grenzwertes für Trinkwasser.

Die Intensivierung der Industrieüberwachung hat also zu bemerkenswerten Erfolgen geführt, und das ist bisher in der Diskussion keineswegs berücksichtigt worden. Das gesamte richtungsweisende Untersuchungsprogramm über die Quellen der Schwermetalle im Abwasser und Klärschlamm erfaßt hier in München sowohl die konkreten Quellen, die Quellen aus der Industrieeinleitung, als auch die sogenannten diffusen Quellen, das sind die Quellen aus Haushaltungen, Heizung und Straßenverkehr.

(B) Klärschlamm, meine Damen und Herren, ist also nicht gleich Klärschlamm. Das muß man beachten. Der Schadstoffgehalt im Klärschlamm kann also bereits nach vorliegenden Erkenntnissen weit unterhalb der Toleranzgrenze reduziert werden. Aus diesem Grunde können wir selbstverständlich den zweiten Teil des Antrags der CDU nicht mitmachen, weil er all diese Dinge nicht berücksichtigt.

(Abg. Neumann [CDU]: Mitzuteilen brauchen Sie den nicht, den haben wir schon mitgeteilt!)

Die hierin enthaltene unzulässige Gleichsetzung kann außerdem, und auch das hat der Verfasser des CDU-Antrags nicht gesehen, Negativfolgen haben.

(Zuruf des Abg. Neumann [CDU])

Herr Neumann, wenn Sie Zwischenbemerkungen in die sachliche Richtung machen wollen, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie sie so deutlich machen, daß ich sie hier aufnehmen und auswerten kann!

(Abg. Neumann [CDU]: Ich habe gesagt, Sie sind nicht so umweltfreundlich, wie ich mir das gewünscht habe, Herr Kollege!)

Ja, ich glaube, genau das Gegenteil ist der Fall, denn jetzt komme ich zu den Sätzen, die Sie wahrscheinlich auch überzeugen werden! Warten Sie einen kleinen Augenblick ab!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Sie haben aber Hoffnung, Herr Kollege!)

Ja, Herr Wedemeier, das ist eben wahrscheinlich mein Schicksal, daß ich mehr Hoffnung habe als Sie in dieser Beziehung! Das ist durchaus möglich! (C)

(Heiterkeit — Abg. Stichweh [SPD]:  
Man soll die Hoffnung nie aufgeben!)

Die Negativfolgen, die ich eben angesprochen habe, sind nämlich die, daß die phosphathaltige Kunstdüngung auf Dauer schädlicher ist als die Aufbringung von schadstoffarmen Klärschlämmen auf landwirtschaftlich genutzte Gebiete. Auch das ist nicht beachtet worden.

(Abg. Neumann [CDU]: Dann müssen wir auf beides verzichten!)

Es ist also durchaus realistisch, daß bei einer Reduktion des gesamten Gehalts an Schadstoffen das Aufbringen von Klärschlamm förderlich sein kann.

Auf all diesen Erkenntnissen beruht unser vorliegender Antrag, der, so meinen wir, auch für die CDU-Fraktion tragbar ist, weil er nämlich die Aufbringung immer vom Unterschreiten der Höchstwerte abhängig macht, auch wenn diese in Zukunft eventuell durch weitere Verschärfungen zurückgenommen werden. Diesem Änderungsantrag liegt sowohl der Gedanke des Unschädlichen als auch der Gedanke des Nutzbarmachens von Nützlichem zugrunde.

Natürlich sind wir mit Ihnen der Auffassung, und das bezieht sich jetzt auf den ersten Teil des CDU-Antrags, daß Alternativen zur Klärschlammabeseitigung geprüft werden müssen. Deponien sind wegen der Gefährdung des Grundwassers ebenso keine Lösung wie das Verbrennen, bei dem Schwermetallstaub durch die Luft auf die Felder getragen werden kann. Eine mögliche Alternative verspricht ein Recyclingprojekt der Energieforschung in Tübingen zu werden. Dieses Tübinger Verfahren, wenn die Bewährungsprobe im jetzt eingeleiteten Großversuch erfolgreich bestanden ist, könnte Klärschlamm in Öl und Kohle und zu einem weniger umweltschädlichen anorganischen Bestandteil umwandeln. (D)

Die Klärwerke der Bundesrepublik produzieren zur Zeit, so schätzt man, zirka 80 Millionen Tonnen Abwasserrückstand. Man schätzt, daß etwa vier Millionen Tonnen organische Substanzen darin enthalten sind. Zumindest diese fünf Prozent, mehr sind es leider nicht, brauchte man nicht mehr zu deponieren. Der Leiter dieser Tübinger Forschungsanstalt und des Forschungsteams schätzt die Kohle- und Ölgewinnung auf etwa zwei Millionen Tonnen bei dem derzeitigen Klärschlammaufkommen.

Interessant ist, daß sich im Ergebnis alle Klärschlammtypen, alle, auch die schadstoffreichen, den Erfahrungen nach in diesen Recyclingprozeß eingliedern lassen. Nur, die Verwertung zu Kohle und Öl ist relativ gering, so daß der größte Anteil eben doch wieder als nicht umwandelbare Restmenge anfällt; wir stehen dann wieder vor dem gleichen Problem. Dieses Verfahren wäre jedoch nach unserer

- (A) Auffassung eine mögliche und eine durchaus überprüfbar Alternative.

Grundsätzlich aber, das möchten wir an dieser Stelle ausdrücklich betonen —

(Glocke)

ich komme zum Schluß, Herr Präsident —, kommt es nicht allein darauf an, Beseitigungsalternativen allein zu überprüfen, sondern es kommt zugleich und in gleichem Maße darauf an, die Ursachen für die Schadstoffabgabe zu erkennen und zu beseitigen, nach Lösungen eben dieses Problems zu suchen und Lösungen dieses Problems vorzusehen.

Ganz kurz zum Antrag der SPD! Ich halte den Antrag der SPD — —.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter, wie lange brauchen Sie noch?

Abg. Neujahr (FDP): Zehn Sekunden, Herr Präsident!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Eins! — Heiterkeit)

Der Antrag der CDU erscheint uns weniger entscheidungsfreudig als unser. Er liegt allerdings auf der gleichen Linie.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Der SPD!)

- (B) Der SPD, Entschuldigung! Wenn Sie sich nicht entschließen können, unserem entscheidungsfreudigeren Antrag zuzustimmen, werden wir Ihrem Antrag zustimmen.

(Abg. Neumann [CDU]: Sie haben doch nur einen Ergänzungsantrag!)

Ich möchte fragen, Herr Präsident, ob über den SPD-Antrag eventuell zuletzt abgestimmt werden kann.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Das wird der Fall sein!

Das Wort hat der Abgeordnete Beckmeyer.

Abg. Beckmeyer (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu diesem Thema Klärschlamm noch einige Sätze aus unserer Sicht sagen! Es ist sicher nicht das begeisterungswürdigste Thema, aber ich glaube, es ist dennoch wichtig, auch hier unsere Auffassung deutlich zu machen.

(Abg. Jackisch [CDU]: Paß nur auf, daß das keine Schlammschlacht wird! — Heiterkeit — Abg. Wedemeier [SPD]: Paul, du bist doch Sportdeputierter!)

Das ist eben der Unterschied! Klärschlamm ist nicht Klärschlamm, der Kollege Neujahr sagte es schon! Insofern wird das hier keine Schlammschlacht!

Lassen Sie mich zu Beginn meines Beitrags etwas zu den unterschiedlichen Ansätzen in den Anträgen von SPD und CDU sagen! Sie, meine Damen und

Herren von der CDU, wollen generell das Aufbringen von Klärschlamm auf landwirtschaftlich genutzte Böden, egal, wie die Substanz beschaffen ist, untersagen. Wir Sozialdemokraten dagegen wollen alle bestehenden Möglichkeiten zur Klärschlammabeseitigung mit den jeweiligen ökologischen Auswirkungen untersuchen.

Wir legen besonderen Wert darauf, alle Formen der Beseitigung oder Nutzung von Klärschlämmen für Bremen und Bremerhaven zu prüfen. Dabei wollen wir auch aus abfallwirtschaftlichen und ökologischen Gründen die Möglichkeiten nicht ausschließen, Klärschlamm soweit wie möglich in der Landwirtschaft zu verwenden, um die darin enthaltenen Wertstoffe in den Stoffkreislauf zurückzubringen. Unbedingte Voraussetzung allerdings für die landwirtschaftliche Verwertung ist, daß der Klärschlamm keine unzulässigen Schadstoffkonzentrationen enthält.

Dazu, meine Damen und Herren, gibt es einen Katalog von intensiven Überwachungsmöglichkeiten des Klärschlammes. Wir haben den Entwurf des Bundesinnenministeriums vom August 1981, in dem die verschiedensten Nutzungen beziehungsweise Voraussetzungen aufgeführt sind, und ich will einige davon hier heute erwähnen.

Es ist erst einmal klar festzuhalten, daß nicht jeder Boden sich für die Klärschlammaufbringung eignet. Eine Bodenuntersuchung ist unabdingbare Voraussetzung, bezogen auf die Belastung, die schon vorhandene Belastung des Bodens.

Die zweite Frage ist, wie der Klärschlamm geartet ist. Auch hier gibt es Untersuchungen, und, Herr Oeing, ich glaube, daß man aus den Abwässern der Stadtgemeinde Bremerhaven, die in anderthalb Jahren geklärt werden, sicherlich schon durch Analysen auch Rückschlüsse auf den Gehalt eines zu erwartenden Klärschlammes, der sich aus diesen Abwässern letztlich bilden wird, ziehen kann. Diese Analysewerte der Abwässer Bremerhavens liegen vor, und ich will sie einmal deutlich auch hier vortragen, damit nicht die Mär, die Sie verbreiten, auch in der Öffentlichkeit weiter Frucht trägt.

Wir haben in Bremerhaven, bezogen auf die Grenzwerte des Bundesinnenministeriums vom August 1981 bei den verschiedenen Schwermetallen, bezogen auf Untersuchungen, die von einem wirklich unverdächtigen Institut durchgeführt worden sind, Anteile am Grenzwert — bei Blei von elf bis 14 Prozent, bei Cadmium 5,6 bis 6,2 Prozent, immer Anteil am Grenzwert, bei Zink von 16 Prozent, bei Kupfer elf bis 14 Prozent und beim Quecksilber, da sprachen Sie von dem giftigsten Metall, von 0,3 bis 0,8 Promille. Ich möchte das einmal deutlich machen, so daß meine Aussage, die Sie vorhin zitiert haben, bezogen auf den zu erwartenden Klärschlamm meinerseits wohl voll und ganz mit solchen Analysewerten belegt werden kann.

Wir haben Abwässer, wir haben zu erwartenden Klärschlamm, der — so, wie es die Analysewerte

(C)

(D)

(A) zeigen — landwirtschaftlich genutzt werden kann, eben unter den von mir skizzierten Bedingungen, und ich will da fortfahren: Hinzukommen muß ebenfalls eine genaue Begrenzung der Menge, die jährlich aufgebracht werden darf. Ebenfalls hinzukommen muß eine klare Überwachung der Verbringung von Klärschlämmen oder solchen Substanzen, die daraus entstehen.

Deutlich muß man sagen, diese Verordnung des Bundesinnenministeriums besagt auch, daß auf Obst- und Gemüse- und Grünlandflächen eine Verbringung von Klärschlamm nicht geschehen sollte, nicht geschehen darf, aber eben nicht aus Gründen der Belastung, sondern rein aus hygienischen Gründen, weil eben, wie Sie angeführt haben, die Möglichkeit besteht, daß ganz bestimmte Bakterien im Grunde in diesem Klärschlamm enthalten sein können. Aber ich will auch hier etwas dazu sagen, weil man nun vielleicht den Schluß daraus folgern könnte, eben das wäre der Grund, weshalb man es auf die anderen Flächen ebenfalls nicht aufbringen sollte:

Das, was in Bremerhaven entstehen wird, ist eine Substanz, die sich aus einem ausgefaulten Klärschlamm entwickelt, der in entsprechender Form, und ich habe das vor einem Jahr hier schon einmal deutlich gemacht, und Sie haben dies wiederum nicht aufgenommen, entsprechend entwässert wird zu einer fast trockenen Substanz, dann mit Kalk angereichert wird. Durch die Prozeßwärme mittels der Zugabe von Kalk wird eben gerade die Hygiene in diesem Substrat erst hergestellt, weil die Prozeßwärme, die sich bis zu 80, 90 Grad in dieser Substanz entwickelt, eben dafür sorgt, daß diese Bakterien abgetötet werden. Das einmal zur Erklärung!

(B) Der Kollege Neujahr hat schon ausführlich angeführt, daß Klärschlamm nicht gleich Klärschlamm ist. Die Berichte über den Klärschlamm Göttingens sind natürlich besorgniserregend, wenn dort Auswertungen ergeben haben, daß eine sechsfache Menge der zulässigen Höchstmenge von Cadmiumbelastung vorhanden ist. Da kann ich nur sagen, solche Klärschlämme können nicht landwirtschaftlich verbraucht und genutzt werden.

Ich möchte auch hinzufügen, geringe Schwermetallbelastungen, und da muß man sich auch wie in der Medizin einmal orientieren, haben nicht unbedingt immer Schadstoffcharakter, sondern bergen auch die Möglichkeit in sich, daß sie vielfach wachstumsnotwendige und ertragsfördernde Substanzen in Form von Spurenelementen für die Pflanzen in sich bergen. Insofern, meine ich, wäre es töricht, wertvollen Klärschlamm mit einem sehr hohen Anteil von organischen Stoffen, von organischen Wertstoffen zu verbrennen, die Restsubstanzen, aber die geringen Restsubstanzen von Schwermetallen nicht zu vernichten, und das, was an werthaltigem Klärschlamm vorhanden ist, dann in Rauch aufzulösen unter enormer Zugabe von Primärenergie.

Ein Vorletztes! Sie beziehen sich auf verschiedenste Experten. Sie haben einen angeführt vom Institut für Pflanzenbau und Pflanzenzüchtung, Herrn Damb-

roth. Sie wissen selbst, daß sein Kollege von der gleichen Institution einen Monat später auf Initiative des Bundesumweltamtes genau eine entsprechende konterkarrierende Erklärung, eine Korrektur des Herrn Dambroth abgegeben hat.

Ebenfalls hat Ihr Gespräch mit Herrn Thormann, aus dem Sie auch scheinbar keine Konsequenzen für Ihre Haltung gewonnen haben, deutlich gemacht, daß das Bundesumweltamt per Expertise der ZKA Bremerhaven vom Februar 1981 ausführt, daß diese Klärschlämme, die zu erwarten sind, extrem unter den tolerierbaren Grenzen liegen,

(Abg. Oeing [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

und insofern also nutzbar sind.

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Beckmeyer (SPD): Herr Oeing, ich habe schon das Lämpchen leuchten, ich möchte vielleicht Ihnen noch zwei Bemerkungen vorlesen und vielleicht auch damit meine Rede beenden!

Herr Neumann,

(Abg. Neumann [CDU]: Was ist denn nun wieder?)

Ihre Haltung, die Herr Oeing Ihnen durch vielleicht ein Überreden in Ihre Fraktion hineingetragen hat, ist nicht zu Ende gedacht. Wenn Sie diese extreme Rigorosität für Ihre Fraktion, bezogen auf die Verwertung von Klärschlamm, auf solche Umweltschutzfragen übertragen, die ebenfalls in diesem Hause diskutiert werden, dann müßten Sie es sein, für die Atomenergie ein Teufelszeug ist,

(Beifall bei der SPD)

für die im Grunde Fragen der Industrialisierung überhaupt nicht in Frage kommen, weil überall Grenzwerte zugrunde gelegt werden, die die Industrialisierung bezogen auf die Überwachung im umweltschutzmäßigen Sinne nicht zum Tragen kommen lassen. Das ist der Punkt, an dem ich Ihnen sagen muß, Sie sind auf dem falschen Dampfer in dieser Frage!

Ein Allerletztes, und da möchte ich einen Ihnen vielleicht nahestehenden Minister aus Baden-Württemberg heranziehen, und damit komme ich auch zum Schluß, Herr Präsident! „Ziel jeder fortschrittlichen Politik auf dem Gebiet der Klärschlammabeseitigung ist es, Abfälle möglichst weitgehend zu verwerten. Dies gilt auch für den Klärschlamm. Es ist daher unter anderem anzustreben, die in ihm enthaltenen Wertstoffe landbaulich zu nutzen und diese so wieder in den natürlichen Stoffkreislauf zurückzuführen.“ Das sagte der baden-württembergische Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, CDU, innerhalb dieses Jahres 1981!

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen, wir sind der Meinung, daß wir die Möglichkeiten nutzen sollten, die sich mit unserem

(A) Klärschlamm bieten. Wir sollten nach der Analyse und Auswertung dieser Klärschlämme einen Bericht des Senats entgegennehmen, um daraus dann unsere Konsequenzen für das Land Bremen zu ziehen. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. Willers (BGL): Meine Damen und Herren! Herr Beckmeyer, ich sehe es nicht so, daß die CDU in dieser Sache auf dem falschen, sondern ich sehe das so, daß sie ausnahmsweise einmal auf dem richtigen Dampfer ist. Mich wundert das auch, aber das ist so, und ich möchte insbesondere dem kleinen Gruhl aus Bremerhaven hier ganz herzlich danken für seine Initiative.

(Abg. Neumann [CDU]: Schaden Sie ihm doch nicht wieder!)

Ich sage das ohne jede Ironie, ich finde das gut, und ich finde auch gut, daß er seine Fraktion von dieser Initiative hat überzeugen können.

(Abg. Neumann [CDU]: Aber im Gegensatz zu Ihnen, spaltet er sich nicht ab von uns!)

Das kann sein, aber Herr Gruhl hat sich auch nicht von uns abgespalten, sondern von Ihnen!

(B) (Abg. Neumann [CDU]: Dann haben Sie sich von den Grünen abgespalten!)

Na gut! Nein, wir haben uns auch nicht von Herrn Gruhl abgespalten.

Ich kann das, was Herr Oeing hier gesagt hat, voll und ganz unterschreiben, und deswegen brauche ich mich hier nicht mehr lange auszulassen. Was Herr Neujahr gesagt hat, finde ich problematisch. Wenn er sagt, was Herr Oeing hier vorgetragen habe, sei pauschalierend, dann muß ich ihn fragen, wie differenzieren Sie denn? Die Differenzierungsmöglichkeiten sind nämlich außerordentlich schwierig. Ich sehe die nicht, und solange das nicht möglich ist, wirklich zu differenzieren in dieser Angelegenheit, sagen wir im Zweifel nie, im Zweifel auch den Klärschlamm genauso wenig wie in die Nordsee auf das Land bringen.

(Abg. Neujahr [FDP]: Wohin denn?)

Es gibt Möglichkeiten! Es ist hier auch schon einiges gesagt worden, Wirbelschichtverfeuerung und so weiter. Ich finde, daß die FDP sich in dieser Sache in technizistische Spielereien verliert und auch in dieser berühmten Höchstwertediskussion verliert.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner!

Abg. Willers (BGL): Die Höchstwertediskussion ist außerordentlich problematisch, weil, das hat Herr Oeing auch ziemlich deutlich dargelegt, wir im

(C) Grunde überhaupt nichts wissen. Wir haben eine Unzahl von wissenschaftlichen Äußerungen zu dem Problem, aber was wir eigentlich wissen und auch als Politiker aus diesen wissenschaftlichen, sich widersprechenden Äußerungen herauslesen können, ist nichts. Deswegen sagen wir, im Zweifel nicht.

In einem haben Sie recht, Herr Neujahr, im Grunde geht es um die Ursachenbeseitigung. Das ist die entscheidende Sache, aber wie schwierig das ist, wissen wir alle. Das bedeutet, die Industrie vor die Brust zu bekommen und die Cadmiumproduktion zu drosseln und so weiter. Das wird wohl eine Aufgabe sein, an der wir noch einige Jahrzehnte zu basteln haben, aber das wäre die eigentliche Aufgabe.

Wie problematisch das ist mit der Aufbringung von Klärschlamm auf das Land, hat eigentlich auch Herr Beckmeyer gesagt, wenn er davon redet, daß natürlich die Begrenzung der Menge, die aufgebracht werden dürfe auf die Ländereien, festgeschrieben werden müsse. Wenn er andererseits sagt, daß der Klärschlamm ein wertvoller Beitrag zur Düngung sei, dann frage ich mich, warum muß das begrenzt werden? Er hat auch ganz richtig gesagt, daß nicht nur Schwermetalle diese Klärschlämme problematisch machen, sondern auch noch ganz andere Stoffe, wie zum Beispiel Bakterien.

Also, kurz gesagt, wir wissen viel zu wenig, um verantwortungsbewußt heute sagen zu können, Klärschlamm auf Ländereien ist unschädlich oder vielleicht sogar nützlich, und deswegen unterstützen wir den Antrag der CDU, das ist der konsequenteste. Wir stehen nicht hinter der etwas verwässernden Änderung der FDP, und wir werden uns bei dem SPD-Antrag, weil der wie üblich das Problem auf ein Prüfungsproblem reduziert, der Stimme enthalten.

(D) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Meyer.

**Senator für das Bauwesen Meyer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich auch ruhig einmal versuchen, sachlich anzufangen! Diese Debatte, meine Damen und Herren, ist geprägt, jedenfalls äußerlich, von einer großen Sachlichkeit. Der Abgeordnete Oeing hat auch mit einem entsprechenden Zitat von mir angefangen,

(Heiterkeit und Beifall bei FDP und BGL — Abg. Ostendorff [FDP]: Das war Klasse!)

daß man Sachlichkeit walten lassen sollte.

Nur auf der anderen Seite, finde ich, ist gerade bei diesem Thema der Klärschlammverwertung, welches durch die Bundesrepublik geistert und landauf, landab sehr kontrovers, auch emotional diskutiert wird, Sachlichkeit angebracht. Aber was Sie gemacht haben, ist äußere Sachlichkeit, und ansonsten haben Sie pseudowissenschaftlich herumgeredet, Vergleiche, die absurd sind, angestellt

(Beifall bei der SPD)

- (A) und führen damit dazu, und das sind eigentlich die schlimmsten Reden, die zu diesem Thema gehalten werden, daß in der Landwirtschaft eine völlige Verunsicherung ist, daß in der Bevölkerung eine völlige Verunsicherung und Verängstigung ist!

(Beifall bei der SPD)

Seien wir doch einmal ehrlich! Wenn man das hier hört, was Herr Oeing zitiert hat, Cadmium, Zink, Blei und eines nach dem anderen, da saß ich hier eben auch und hatte ein beklemmendes Gefühl. Wer hatte das hier denn nicht von uns?

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: Na endlich einmal!)

Auf der anderen Seite, natürlich, auf der anderen Seite ist es doch so, daß ich genau mit solchem Vokabular die Absurdität erzählen kann: „Leute, eßt keinen Fisch mehr!“ Dies ist Verunsicherung der Bevölkerung, und dies ist schädlich!

(Beifall bei der SPD)

Deswegen kann doch nur der gemeinsame Appell, gerade bei einem solch schwierigen Thema, lauten: Lassen Sie uns das Thema versachlichen, und das geht nur, indem wir wirklich versuchen, es differenziert zu behandeln. Ich hoffe, daß die Bürgerschaft durch die Beschlüsse, die sie heute fassen wird, in diese Richtung gehen wird, damit wir uns einmal mit Fachleuten gemeinsam auch kontrovers über dieses Thema unterhalten können, denn niemand will eine Schädigung der Umwelt erreichen! Aber trotzdem ist es doch wohl so, daß wir uns sehr intensiv über das Thema unterhalten müssen, wie beseitigen wir unsere Abfälle.

- (B) Es gibt eine völlige Übereinstimmung in der Bundesrepublik, zu der Ihr Standpunkt konträr läuft, nämlich Abfallverwertung zu betreiben, Wiederverwertung zu betreiben. Wiederverwertung bedeutet, Herr Willers, daß auch vom Grundsatz her der Klärschlamm wieder in den Naturkreislauf eingegeben werden muß, das heißt vom Grundsatz her, daß eigentlich die Klärschlammverwertung in der Landwirtschaft eine der naheliegendsten Verwertungen ist. Ich komme gleich auf Einzelheiten zurück!

(Abg. W i l h e l m s [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Keine Fragen jetzt bitte im Augenblick! Deswegen sagt zum Beispiel der Bundesinnenminister in seinem Entwurf über die Verwertung von Klärschlamm, daß — ich zitiere — „wegen seines Gehaltes an organischer Substanz und Pflanzennährstoffen Klärschlamm seit Jahren zur Pflanzendüngung und Verbesserung der Bodenstruktur angewendet wird.“

Die Bundesregierung vertritt den Standpunkt, daß Klärschlamm aus abfallwirtschaftlichen und ökologischen Gründen soweit wie möglich im Landbau verwertet werden soll. Unbedingte Voraussetzung dafür ist jedoch, daß Schadstoffe nicht oder nur in minimalen Mengen im Klärschlamm enthalten sind und die hygienischen Belange gewahrt werden.“

(C) Der Umweltminister, gleichzeitig auch Landwirtschaftsminister aus Baden-Württemberg, Herr Weiser, er wurde von Herrn Beckmeyer zitiert, unterstützt dieses Zitat nachdrücklich, das heißt, grundsätzlich ist gegen eine Verbringung von Klärschlamm in der Landwirtschaft nichts einzuwenden, allerdings, und hier kommt die entscheidende Einschränkung, muß man natürlich darauf achten, daß gewisse, sogar notwendige Spurenelemente, die im Klärschlamm enthalten sind und dadurch in die Landwirtschaft verbracht werden, einen Düngungsprozeß nach sich ziehen, nicht so stark werden, daß es zu einer Schädigung kommen kann.

Deswegen haben wir sehr eingehende Untersuchungen durchgeführt über die Substanz des bremischen Klärschlammes und können sagen, dies ist wissenschaftlich, Herr Oeing, nachweisbar, daß wir weit unter den Grenzwerten überall liegen, so daß in der Tat gesagt werden kann, daß im wesentlichen in unserem Klärschlamm Spurenelemente enthalten sind.

Darüber hinaus hat das Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung erklärt in einer wissenschaftlichen Untersuchung, ich zitiere den entscheidenden Satz in der Zusammenfassung: „Nach Herkunft und Zusammensetzung ist der untersuchte Abwasserfaulschlamm in Bremen für die landbauliche Verwertung geeignet.“ Das heißt also, grundsätzlich ist der bremische Klärschlamm für eine landwirtschaftliche Verwertung geeignet.

(D) Wir sind allerdings natürlich dabei, diese Verbringung intensiv zu kontrollieren, das heißt, hier laufen permanent Untersuchungen, nicht von dem Landwirt, der Chemiker sein muß, sondern von uns und von uns beauftragten Instituten, die die Verbringung in der Landwirtschaft jährlich sechsmal kontrollieren, also in Permanenz Reihenuntersuchungen durchführen, ob der Klärschlamm sich in seiner Substanz geändert hat und eventuell zu Schädigungen führen kann.

Dies kann hier völlig abgestritten werden. Der bremische Klärschlamm hat eine Zusammensetzung, die überhaupt keine Gefährdung der Landwirtschaft darstellt. In dem einen Bereich, in dem wir in die Nähe eines Grenzwertes kommen können, das ist hier in Bremen der Zinkgehalt, sind schon entsprechende Gebote erteilt worden. Hier komme ich auf einen wesentlichen Punkt, der auch von der FDP angesprochen worden ist.

Unsere Zielsetzung muß natürlich sein, die Schwermetallbelastungen im Klärschlamm beim Verursacher abzubauen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Das heißt, bei der Einleitung von Abwässern muß dafür Sorge getragen werden, daß schädliche Stoffe, soweit es irgend geht, gar nicht erst in das Kanalsystem eingeführt werden.

(Beifall bei der SPD)

Entsprechende Gebote sind bereits dort, wo wir extreme Belastungen befürchten und nachgemessen

(A) haben, erlassen worden, so daß davon auszugehen ist, daß die Zusammensetzung des bremischen Klärschlammes sich in den nächsten Monaten und Jahren noch weiter verbessern wird.

Der Abgeordnete Oeing hat darüber hinaus auch keine Alternative angeboten. Die Diskussion über den Ölentzug — —.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Oeing anzunehmen?

**Senator Meyer:** Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Oeing!

Abg. Oeing (CDU): Herr Senator Meyer, ich habe Sie vorhin am Anfang nicht richtig verstanden. Sie sagten, ich hätte die Pseudowissenschaft zitiert. Jetzt frage ich Sie, welche Wissenschaft zitieren Sie jetzt im Augenblick?

**Senator Meyer:** Jetzt zitieren Sie mich schon wieder falsch! Sie haben nicht die Pseudowissenschaft zitiert, Sie haben wissenschaftliche Äußerungen zitiert und pseudowissenschaftliche Folgerungen gezogen, das ist das Schlimme daran.

(Beifall bei der SPD)

(B) Lassen Sie mich das, weil ich gerade dabei bin, an dem Beispiel der Klärschlammverklappung erklären! Die Klärschlammverklappung ist deswegen von allen abgelehnt worden, da ist sich die Wissenschaft auch einig, weil hier völlig unkontrolliert Abfallschlämme in das Gewässer hineingebracht werden, dies führt zur Pflanzen-, zur Algenbildung, die in den Gewässern, auch in der Nordsee, erhebliche Sauerstoffentnahmen bewirken kann und damit zu extremen Belastungen der Nordsee führen kann.

Bei der Klärschlammverwertung in der Landwirtschaft machen wir doch etwas völlig anderes, permanente Reihenuntersuchungen, permanente Kontrolle über die Zusammensetzung des Klärschlammes und über die Auswirkungen des Klärschlammes. Insofern ist dies ein völlig unzulässiger Vergleich, den Sie gezogen haben.

(Beifall bei der SPD — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

**Senator Meyer:** Bitte sehr!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Oeing!

Abg. Oeing (CDU): Herr Senator, Sie zitieren häufig das Umweltbundesamt. Ist Ihnen bekannt, daß es auch im Umweltbundesamt unterschiedliche Auffassungen zum Thema Klärschlamm gibt, daß es nicht so ist, daß da „Friede, Freude, Eierkuchen“ herrscht, sondern daß man da sehr wohl differenzierte Meinungen zu dem Thema hat?

(C) **Senator Meyer:** Es gibt überall diese Diskussion unter den Wissenschaftlern, Herr Oeing. Ich habe auch das Umweltbundesamt gar nicht zitiert, nur, das Bundesumweltamt kommt unter dem Strich gesehen in der Addition seiner wissenschaftlichen Mitarbeiter zu dem Ergebnis, daß sehr wohl eine landwirtschaftliche Verbringung von Klärschlamm zu vertreten ist unter den bestimmten gesetzlichen Kautelen, die jetzt vom Bundesinnenministerium erarbeitet werden, das sich bezieht auf das Bundesumweltamt. Auch in dem Institut wird gesagt, Klärschlamm kann bei bestimmten Zusammensetzungen sehr wohl in der Landwirtschaft verbracht werden.

Insofern haben Sie also überhaupt keine Alternativen im Augenblick. Die Alternative kann natürlich lauten, wir verbrennen den Klärschlamm. Hierzu muß man wissen, daß eine große Energieaufwendung dazugehört auf der einen Seite und zum anderen natürlich die Schwermetallgehalte, soweit sie vorhanden sind, jetzt sozusagen in die Luft hineingepulvert werden und nur über extreme Auflagen versucht werden kann herunterzuziehen. Das heißt, auch bei der Verbrennung bleibt dieser Naturkreislauf, der irgendwo besteht, immer erhalten.

Insofern komme ich im Augenblick zu folgendem Schluß:

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

**Senator Meyer:** Eine noch!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Wilhelms!

(D) Abg. Wilhelms (CDU): Herr Senator, ist Ihnen bekannt, daß in der letzten Legislaturperiode insbesondere Ihre Kollegen aus Bremerhaven, als die MBA noch nicht ausgelastet war, teilweise mit den Begründungen von Herrn Oeing diesen verbrennen wollten mit den notwendigen Investitionen,

(Senator Meyer: Nein! — Abg. Sixt [SPD]: Was?)

und sind Sie nicht der Meinung, solange die Wissenschaftler so kontrovers diskutieren, im Interesse aller Beteiligten, daß man dann einer Verbrennung eher nähertreten sollte, als den Klärschlamm einfach auf das Land zu streuen?

**Senator Meyer:** Doch nicht einfach auf das Land zu streuen! Ich fange jetzt nicht noch einmal von vorn an, ich will nur einmal folgendes sagen zu Bremerhaven: Bremerhaven hat einen Antrag in Vorbereitung, nach dem die zentrale Kläranlage in Betrieb genommen worden ist, in Richtung Verklappung. Dies haben wir hier auch offen diskutiert.

(Abg. Wilhelms [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Keine Fragen jetzt mehr, hier leuchtet immer das Licht!

(A) Dies haben wir hier schon offen diskutiert.

(Glocke)

Keine Fragen mehr, bitte! Hören Sie einmal zu, Herr Abgeordneter! Ein Antrag auf Verklappung von Klärschlamm ab 1983 war gestellt beziehungsweise in Vorbereitung als Zielrichtung. Die Bremerhavener haben, als die Diskussion sich hinsichtlich der Verklappung dahin orientierte und immer stärkere Beweise durch wissenschaftliche Aussagen vorlagen, daß eine Verklappung von Klärschlamm in der Nordsee nicht gebilligt werden kann und zu verheerenden Auswirkungen führen kann, diesen Antrag unmittelbar zurückgezogen beziehungsweise haben diesen Antrag nicht gestellt.

(Abg. Wilhelms [CDU]: Verbrennung habe ich gefragt!)

Insofern ist gerade in Bremerhaven in der Problematik der Klärschlammverwertung hier hervorragend — —.

(Abg. Wilhelms [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Keine Fragen mehr, Herr Abgeordneter, das hatte ich eben schon gesagt! Insofern ist hier hervorragend reagiert worden, indem nämlich die negativen Auswirkungen erkannt worden sind und solche Anträge gar nicht mehr weiter durchgeführt werden sollen.

Wir werden deswegen in Bremen, und das als meine Schlußbemerkung,

(B)

(Abg. Wilhelms [CDU]: Verbrennung hatte ich gefragt!)

aufgrund der Zusammensetzung des bremischen Klärschlammes keine Veranlassung sehen, erstens unsere Verbringung des Klärschlammes in Edewecht auf der Deponie zu ändern, dies läuft ganz hervorragend, und zweitens aber auch nicht unsere Verbringung von Klärschlamm in der Landwirtschaft zu ändern, weil die Zahlen, die uns zugeführt worden sind und wissenschaftlich abgesichert sind, eindeutig das Ergebnis haben, daß der bremische Klärschlamm nicht zu den Gefahren führt, die hier an die Wand heute, von Herrn Oeing insbesondere, gemalt worden sind. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist geschlossen.

Herr Abgeordneter Schumacher, die Redezeit ist verbraucht. Wir haben Redezeiten beschlossen, ich kann leider keine Wortmeldung mehr zulassen.

Wir kommen zur Abstimmung, meine Damen und Herren, über den Antrag der CDU, und zwar lasse ich gemäß Paragraph 51 Absatz 7 zuerst über den Änderungsantrag abstimmen.

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 10/659 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(C)

(Dagegen SPD, CDU und BGL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/645 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD.

Wer dem Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 10/660 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(BGL)

(D)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.

#### Förderung der mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Kenntnisse und Fähigkeiten der jungen Generation

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 1. Oktober 1981  
(Drucksache 10/618)

Die Große Anfrage mit der Drucksachen-Nummer 10/618 ist unterschrieben von den Abgeordneten Ravens, Neumann und Fraktion der CDU.

Ich bitte Herrn Senator von Hassel, die Große Anfrage zu beantworten!

**Senator für Bildung v. Hassel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Große Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: „Wie beurteilt der Senat das Ergebnis einer Untersuchung der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, nach der jeder fünfte Betrieb, der Diplomingenieure beschäftigt, seinen Bedarf an Ingenieuren derzeit nicht decken kann?“

Die in der Anfrage genannte Untersuchung gibt zwar wichtige Aufschlüsse, wegen der Differenziertheit der hier berührten Sachverhalte reichen die

- (A) Aussagen für eine ausgewogene Beurteilung der angesprochenen Problematik nicht aus.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation stellt sich für die verschiedenen Ingenieurfachrichtungen recht unterschiedlich dar. Insgesamt finden sich in den letzten verfügbaren Sonderuntersuchungen der Bundesanstalt für Arbeit vom September 1980 105 arbeitslose Ingenieure im Arbeitsamtsbezirk Bremen. Diese Zahl ist mittlerweile auf 208 gestiegen. Den 208 arbeitslosen Ingenieuren stehen 139 offene Stellen gegenüber.

Nach Ermittlung auf Bundesebene in dem Fachbereich der Fachvermittlungsstelle Bremen des Arbeitsamtes Bremen besteht bei den Maschinenbau- und Fahrzeugbauingenieuren, aber auch bei den Elektroingenieuren ein Bedarf nach Ingenieuren mit speziellen Qualifikationen, der vom Arbeitsamt nicht voll abgedeckt werden kann.

Dies liegt vor allem daran, daß die Arbeitgeber bestimmte Teilqualifikationen zusätzlich erwarten oder bestimmte praktische Erfahrungen voraussetzen, über die die Bewerber nicht verfügen.

Insgesamt besteht aber bei allen Fachrichtungen im Bereich der Fachvermittlungsstelle Bremen, das ist Land Bremen und nördliches Niedersachsen, ein Überhang an arbeitslos gemeldeten Ingenieuren gegenüber den angebotenen offenen Stellen.

- (B) Auf Bundesebene bestehen Überhänge der offenen Stellen gegenüber den verfügbaren Bewerbern nur bei zwei — allerdings auch den quantitativ bedeutsamsten — Fachrichtungen, nämlich bei den Ingenieuren des Maschinen- und Fahrzeugbaus einerseits und den Elektroingenieuren andererseits. Bei allen anderen Ingenieurfachrichtungen übersteigt die Zahl der Bewerber die Zahl der offenen Stellen erheblich. Besonders ungünstig ist die Beschäftigungssituation bei Architekten und Bauingenieuren. Die Fachvermittlungsstelle Bremen verzeichnet zur Zeit 318 Bewerber bei 33 offenen Stellen. Hier macht sich in besonderem Maße die Flaute in der Baukonjunktur bemerkbar.

Von der nicht zu bestreitenden Bedarfssituation bei bestimmten Teilqualifikationen im Bereich Elektro- und Maschinenbauingenieur auf einen langfristig drohenden generellen Ingenieurmangel zu schließen, ist vorschnell. Der Engpaß auf Bundesebene ist vor allem durch die schnelle, in Teilbereichen boomartige Entwicklung einzelner Wirtschaftszweige, zum Beispiel im Bereich der Mikroelektronik, verursacht worden. Es handelt sich somit um zeitweise Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt in Teilsektoren aufgrund besonderer struktureller beziehungsweise konjunktureller Entwicklungen.

Nach Auffassung des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft besteht begründete Aussicht dafür, daß teilweise bestehende Schwierigkeiten bei der

- (C) Besetzung von Arbeitsplätzen mittelfristig behoben werden. Der Bundesminister führt dies zurück auf ein wieder belebtes Studieninteresse für Ingenieurwissenschaften und auf die jetzt in die Universitäten strömenden starken Jahrgänge. Kurzfristig auftretende Engpässe könnten ferner durch die gerade im naturwissenschaftlich-technischen Bereich gegebene hohe Flexibilität der Absolventen der verschiedenen Ausbildungsgänge überwunden werden.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft stellt dazu fest: „Vom Bildungswesen kann nicht verlangt werden, daß es ständig einen jeden auftretenden Bedarf an Absolventen bestimmter Fachrichtungen befriedigende Zahl von Bewerbern vorhält. Für den benötigten Nachwuchs durch rechtzeitige Werbung, Veröffentlichungen der Zukunftserwartung und attraktive Gestaltung der Arbeitsplätze zu sorgen, ist die originäre Aufgabe der jeweiligen Wirtschaftszweige selbst.“

Dies entspricht auch der Auffassung des Senats. Unabhängig davon bestehen aber, insbesondere auch in Bremen, Möglichkeiten der beruflichen Weiterbildung mit Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit. Dadurch können sich auch Ingenieure den geänderten Arbeitsmarktbedingungen anpassen.

Zu Frage 2: „Was will der Senat unternehmen, damit den Schülern in hinreichendem Maße mathematische, naturwissenschaftliche und technische Kenntnisse vermittelt und sie befähigt werden, entsprechende Studiengänge zu wählen?“

Den Schülern bremischer Schulen werden die Kenntnisse vermittelt, die sie befähigen, alle Studiengänge zu wählen. Dies gilt auch für mathematische, naturwissenschaftliche und technische Kenntnisse. Dies zeigt sich auch bei der Wahl der Studiengänge.

Bundesweit sind seit 1975 die Studentenzahlen in den Ingenieurwissenschaften in dem selben Verhältnis angestiegen wie die Studentenzahlen insgesamt.

Die Studienplatzangebote wurden im Bereich der Ingenieurwissenschaften auf Bundesebene von 1972 bis 1979 um zirka 39 Prozent ausgeweitet. 1981 ist der Anteil der Studienwilligen mit dem Studienwunsch Ingenieurwissenschaften im Bundesgebiet wieder auf 22,3 Prozent aller Studienbewerber gestiegen, nachdem sich dieser Prozentsatz von 1975 bis 1980 von 22,6 Prozent auf 21,6 Prozent ermäßigt hatte.

In Bremen wird das im Bereich der Fachhochschulen in der Vergangenheit angebotene Spektrum in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen auch in Zukunft vorgehalten werden. Es soll ergänzt und erweitert werden durch Systemanalyse und Lebensmitteltechnologie an der Fachhochschule Bremerhaven und universitäre Studienplätze für Produktionstechnik sowie Fachhochschulstudienplätze, die für Aufbau- und Ergänzungsstudienangebote unter anderem in den Ingenieurfächern genutzt werden können.

(C)

(D)

(A) Im übrigen wird auch in Bremen erstmalig zum Wintersemester 1981/82 ein Anstieg der Bewerber für Studienplätze in den Ingenieurwissenschaften verzeichnet.

Zu Frage 2 a: „Welche Maßnahmen plant der Senat, um die mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Kenntnisse der Absolventen der Sekundarstufe I zu verbessern, damit sie für das Berufsleben entsprechend ausgerüstet sind?“

Die erste Begegnung des Schülers mit einem Lerngegenstand kann seine Lernbereitschaft entscheidend beeinflussen und sein Interesse dauerhaft bestimmen. Dies gilt auch für die mathematisch-naturwissenschaftlichen und die technischen Unterrichtsfächer. Der Senat teilt daher die in der Fragestellung enthaltene Auffassung, daß der Unterricht im Sekundarbereich I nicht ohne Einfluß auf die spätere Berufswahl, die Fächerwahl in der gymnasialen Oberstufe und die Wahl eines Studienganges ist.

Diese Zusammenhänge wurden bereits im Strukturplan für das Bildungswesen von 1970 unter Verwendung der vorliegenden wissenschaftlichen Erkenntnisse dargelegt. Die entsprechenden Empfehlungen der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates wurden bei der zu Beginn der siebziger Jahre einsetzenden Reform des bremischen Schulwesens berücksichtigt. In dem Sachunterricht der Grundschule wurde die naturwissenschaftliche und technische Elementarbildung aufgenommen.

(B) Mit der Einführung der Orientierungsstufe wurden in der fünften und sechsten Jahrgangsstufe die Naturwissenschaften mit deutlich festgelegten Fachanteilen in Biologie, Physik und Chemie als dreistündiges Fach eingeführt, in dem durch Unterricht in halber Klassengröße ein altersgemäßer Zugang über das Experiment vorgesehen ist. Außerdem wurden die Fächer Technisches Werken und Textilarbeit eingeführt.

In den an die Orientierungsstufe anschließenden Jahrgangsstufen des Sekundarbereiches I wurden die Fächer Technisches Werken und Textilarbeit auch in der Realschule und im Gymnasium eingeführt. In der Hauptschule und in den Gesamtschulen war dies bereits früher geschehen.

Die Fächer Physik, Chemie und Biologie werden in den Jahrgangsstufen sieben bis zehn in allen Schulgattungen fortgeführt, teilweise weiterhin als Unterricht in halber Klassengröße, das heißt mit der Möglichkeit zum Schülerexperiment.

Zu Frage 2 b: „Wie beurteilt der Senat den Erfolg des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts in der gymnasialen Oberstufe angesichts der Tatsache, daß durch die umfangreiche Fächerabwahlmöglichkeit den Schülern in einigen naturwissenschaftlichen Fächern erhebliche Grundkenntnisse fehlen?“

Der Senat ist nicht der Auffassung — wie dies in der Anfrage unterstellt wird —, daß die Schüler in den Abwahlmöglichkeiten den entscheidenden posi-

tiven Gesichtspunkt bei der Fächerwahl in der gymnasialen Oberstufe sehen. Der Senat erinnert an den Kern der Neugestaltung der gymnasialen Oberstufe, der die vergrößerte Wahlmöglichkeit der Schüler im Rahmen eines erheblich breiteren Fächerkanons beinhaltet. Wenn die Schüler aber das eine wählen, müssen sie das andere ausschließen; eine Wahl von Fächern bedeutet Chance und Verzicht zugleich.

Das Wahlverhalten der bremischen Oberstufenschüler zeigt — so weist die 1979 vom Institut für Didaktik der Physik der Universität Frankfurt bei den Kultusministerien erhobene Vergleichsstatistik über die Wahl der Fächer Mathematik und Naturwissenschaften aus —, daß Bremen etwa im Bundesdurchschnitt liegt.

Bundesweit vergleichbar sind auch die Unterschiede zwischen den drei naturwissenschaftlichen Fächern: Während das Fach Biologie von 80 Prozent der Schüler gewählt wird, erfreuen sich die Fächer Chemie mit 47 Prozent und Physik mit 33 Prozent weniger großer Beliebtheit.

Die Unterschiede zwischen dem Grad der Pflichtaufgaben in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik sind ausführlich bereits in der Antwort des Senats auf eine Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 25. März 1981 dargelegt worden. Darauf wird verwiesen.

Der Senat erinnert daran, daß die wichtige Aufgabe der Einführung neuer Fächer in den traditionellen Fächerkanon der gymnasialen Oberstufe nur dadurch ermöglicht worden ist, daß Raum für sie geschaffen wurde. Unter diesen neuen Fächern nehmen die Fächer des Bereiches Technik den größten Raum ein: Informatik als Wissenschaft von der systematischen Verarbeitung von Informationen bietet einen engen Anwendungszusammenhang mit Mathematik, den Naturwissenschaften und der Technik. Bautechnik, Elektrotechnik, Maschinentechnik und Ernährungslehre als Leistungsfächer sollen einen praxis- beziehungsweise berufsbezogenen Beitrag zur technischen Grundbildung und zur Studienqualifikation leisten sowie den Weg zu einer beruflichen Ausbildung und Tätigkeit öffnen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Schaffung der Schulzentren im Sekundarbereich II zu verweisen, in denen durch die Ausstattung mit Fachräumen und Lehrmitteln eine gemeinsame Nutzung — —.

(Unruhe — Glocke)

**Vizepräsident Ehlers:** Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit!

(Zuruf von der CDU: Er soll nicht solange reden! — Abg. Wedemeier [SPD]: Das ist doch eine Unverschämtheit! Das ist doch eine CDU-Anfrage! — Abg. Kunick [SPD]: Da kann man einmal sehen, wie ernst das gemeint ist!)

(C)

(D)

## (A) Das Wort hat Herr Senator von Hassel!

**Senator v. Hassel:** Ich möchte nur gern einschleichen, daß der Senat sich bemüht hat, Ihre Fragen gründlich und sachgerecht zu beantworten, weil er meint, daß das Parlament darauf einen Anspruch hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich fahre in meiner Antwort fort!

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Schaffung der Schulzentren im Sekundarbereich II zu verweisen, in denen durch die Ausstattung mit Fachräumen und Lehrmitteln eine gemeinsame Nutzung durch Schüler der gymnasialen Oberstufe und beruflicher Bildungsgänge und damit ein effektiver Einsatz erreicht worden ist.

In der CDU-Anfrage wird das Fehlen von Grundkenntnissen in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften beklagt. Der Senat kennt die Ergebnisse einzelner Untersuchungen, die zu dem Schluß kommen, daß „eine beträchtliche Gruppe von Studienanfängern existiert, deren in der Schule erworbener Kenntnis- und Fähigkeitsstand für die Aufnahme eines Studiums mathematisch-naturwissenschaftlicher Richtung als unzureichend bezeichnet werden muß“ — nach Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vom 28. 7. 1981 —. Eine andere Untersuchung beklagt nicht nur einen generellen Abfall in den naturwissenschaftlichen Vorkenntnissen, sondern auch das zunehmende Fehlen von „Spitzen“, zitiert nach Nägerl und Harten, Göttingen.

(B)

Hierzu ist festzustellen, daß es sich um punktuelle Aussagen aus der Sicht bestimmter Fächer handelt — Studieneingangstest Physik einerseits, Medizinstudienanfänger andererseits —. Ihnen wird ebensowenig allgemeine Aussagekraft zugeschrieben werden können wie den Ergebnissen jüngster internationaler Schülerwettbewerbe: Bei der Schülerolympiade für Mathematik im Juli 1981 in Washington D. C. errangen die bundesdeutschen Schüler von 27 Teilnehmerstaaten nur knapp hinter den USA den zweiten Rang. Bei der Schülerolympiade für Physik im gleichen Monat in Bulgarien kamen die bundesdeutschen Schüler von 14 Teilnehmerstaaten hinter der UdSSR ebenfalls auf den zweiten Rang. Und bei der Schülerolympiade für Chemie im gleichen Monat in Bulgarien belegten die bundesdeutschen Schüler von 14 teilnehmenden Staaten einen guten mittleren Platz laut Pressemitteilung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft vom 24. 9. 1981.

Die Frage nach dem Erfolg naturwissenschaftlichen Unterrichts muß also insgesamt sehr differenziert betrachtet werden.

Der Senat sieht insgesamt keine Veranlassung, von dem auf der Grundlage der KMK-Vereinbarungen basierenden Verhältnis von Freiheit und Bindung, von Wahlmöglichkeiten und Pflichtauflagen

zugunsten weitergehender Verpflichtungen für einzelne Fächer abzugehen. Die Vertreter verschiedener Fächer und Fächerbereiche haben unter Hinweis auf vermeintliche oder beobachtete Grundlagendefizite die durchgehende Pflichtbelegung bis in die Abiturprüfung hinein gefordert: Neben der Mathematik und den Naturwissenschaften das Fach Deutsch, die Fremdsprachen — aus Kreisen der Westdeutschen Rektorenkonferenz wird die Forderung nach drei Fremdsprachen erhoben —, Geschichte und auch Geographie und Gemeinschaftskunde.

Der Senat wird angesichts der Unausgewogenheit und Unrealisierbarkeit so verschiedener fachspezifischer Forderungen diesbezügliche Beratungen in den Gremien der KMK abwarten. Er wird Strukturänderungen, die durch neue und von allen Ländern getragene Vereinbarungen erforderlich werden sollten, mittragen und durchführen. — Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Ehlers:** Vielen Dank, Senator von Hassel!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen erfolgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Soll in eine Aussprache eingetreten werden? — Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Ravens.

**Abg. Ravens (CDU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eine umfangreiche Arbeit gewesen. Ich bin zwar kein Pädagoge, normalerweise müßte ich jetzt sagen, Herr von Hassel, Arbeit zwei, aber den Inhalt kann ich nicht teilen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Fleißig!)

Fleißige Arbeit, richtig! Weil die Antwort so umfangreich ist, hätte ich sie doch gern vorher schriftlich bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist unwahrscheinlich schwer, jetzt inhaltlich auf jeden Satz einzugehen.

(Abg. Klein [CDU]: Völlig richtig!)

Das gilt jetzt nicht nur für unsere Fraktion, sondern Herr Stichweh hat mir eben gesagt, er habe die Antwort selbst auch nicht. Ich weiß nicht, ob das stimmt, ich glaube es auch nicht ganz,

(Heiterkeit bei der CDU — Abg. Stichweh [SPD]: Ich kannte die Antwort tatsächlich genauso wenig wie Sie!)

aber wie auch immer! Vielleicht wäre es aber tatsächlich gut gewesen! Streiten wir nicht darüber!

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, meine Fraktion hat sich zu dieser Großen Anfrage über die Förderung der mathematisch-naturwissenschaftlichen und technischen Kenntnisse und Fähigkeiten der jungen Generation entschlossen, weil uns Schlagzeilen und Veröffentlichungen in den letzten Wochen und Monaten beunruhigt haben. Ich möchte einige zitieren: „Verbesserte Vermittlung technikbezogener Grundkenntnisse in der Schule notwendig“, so der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in dem von ihm herausgegebenen Informationen vom 24. September 1981, oder: „Gesucht: Ingenieure für Metall- und Werftindustrie“ in der „Nordsee-Zeitung“ vom 9. September 1981. Der Präsident der Technischen Hochschule Darmstadt, Professor Dr. Helmut Böhme, wird in der „Frankfurter Zeitung“ vom 10. September 1981 wie folgt zitiert: „Der Ingenieurberuf als eine Herausforderung.“ „Ingenieurwissenschaften sollen stärker gefördert werden“ heißt es in der „Süddeutschen Zeitung“, die von einer Untersuchung der VW-Stiftung berichtet.

Auch in der Entschliebung der Deutschen Kommission für Ingenieurausbildung vom Juni 1981 wird die Berücksichtigung der Belange der Technik in allen Schulformen und Schulstufen gefordert. Diese Entschliebung ist im September 1981 auch diesem Hause offiziell zugegangen. Auch der VDI stellt im November 1981 die Forderung zur Einführung des Technikunterrichts in allen Schulformen und Schulstufen. Sogar in der Zeitschrift „tag und nacht“, Ausgabe 4/81, der Stadtwerke Bremen heißt es: „Ingenieure brauchen Nachwuchs“. Weiter legt die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Untersuchung „Ingenieurbedarf und Bildungssystem“ zu diesem Thema vor, die wir auch in unserer Großen Anfrage angeführt haben.

(B) Ich könnte diese Reihe beliebig fortsetzen. Es hat mich so ein bißchen in Erstaunen gesetzt, daß die Antwort des Senats so eine heile Welt dargestellt hat, als wenn das alles gar nicht so schlimm sei. Ich verstehe dann allerdings nicht, warum so viele Journalisten im deutschen Blätterwald dieses Thema aufgegriffen und seitenweise darüber geschrieben haben.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die letztgenannte Untersuchung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände stellt fest, daß Abschottung und Flucht vor der Praxis, Abwehr und Feindlichkeit gegenüber der Technik einseitige und damit falsche Bildungsprinzipien sind, von denen die Bildungslandschaft in der Bundesrepublik leider weitgehend gekennzeichnet ist.

Für den daraus resultierenden Mangel an Ingenieuren werden insbesondere die Schulen verantwortlich gemacht. Vor allem das auf Selbstbedienung umgestellte gymnasiale System ermöglicht es den Schülern vielfach — ich kann es ihnen gar nicht verübeln, das will ich auch sagen —, die als schwer

(C) geltenden Fächer zugunsten von leichteren abzuwählen. Hierdurch kann den jungen Menschen aber vielfach die Chance genommen werden, ihre Begabungen an mathematischen, naturwissenschaftlichen und technischen Anforderungen zu messen, was schließlich zu einer gravierenden Einschränkung bei der Berufswahlmöglichkeit führt.

Selbst der Staatssekretär im Bundesbildungsministerium hat zugestanden, daß der Zustand des Bildungswesens in diesem Bereich nicht durchweg befriedigen kann. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat sich den Ergebnissen dieser Analyse der Fachverbände nicht verschlossen. Sie hat sich gemeinsam mit dem Verband Bildung und Erziehung für einen eigenständigen Technikunterricht ausgesprochen, da — so wörtlich — „Technik als Unterrichtsprinzip vermutlich ebenso scheitern werde, wie es Unterrichtsprinzipien in anderen Bereichen ergangen ist“. Meine Damen und Herren, die Konsequenz kann doch nur eine stärkere Verankerung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Aufgabenfeldes im Pflichtfächerbereich der gymnasialen Oberstufe sein.

Lassen Sie mich jedoch zu diesem Problem noch etwas Grundsätzliches sagen! Wenn auch diese Symptome unverkennbar sind, kann von einer generellen Technikfeindlichkeit der Jugend in der Bundesrepublik und von einem allgemeinen Rückgang des Interesses von Schülern und Studenten an den technischen und naturwissenschaftlichen Fächern so pauschal keine Rede sein. Problematisch allerdings, so empfinde ich, ist das eklatante Auseinanderklaffen der verstärkten Nachfrage der Wirtschaft nach Facharbeitern, Ingenieuren und Wissenschaftlern einerseits und den nicht ausreichenden Absolventen andererseits.

(D) Wenn wir uns die Zahlen der Studierenden der Ingenieurwissenschaften und der Studenten in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen zum Beispiel im Vergleich zu den Studentenzahlen in den Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften oder den Sprach- und Kulturwissenschaften vor Augen halten, so kann der sich abzeichnende und bereits eingetretene Ingenieur- und Facharbeitermangel in naher Zukunft durchaus bedrohlich werden. Ich bin kein Prophet, aber ich könnte mir gut vorstellen, daß das Fehlen qualifizierter Ingenieure in Zukunft, vielleicht auch schon in naher Zukunft, die Leistungsfähigkeit unseres Landes nachhaltig beeinträchtigen wird.

(Beifall bei der CDU)

Aus was für Gründen auch immer, meine Damen und Herren, es bleibt festzuhalten, daß junge Menschen, die möglicherweise insgesamt über Folgen und Begleiterscheinungen des technischen Fortschritts verunsichert sind, sich bei ihrer Studien- und Berufsentscheidung oftmals attraktivere Bereiche aussuchen. Hinzu kommt noch die Tendenz, daß Schüler die mathematisch-naturwissenschaft-

(A) lichen Fächer in der gymnasialen Oberstufe vermehrt abwählen, was ihnen allerdings gegen unsere mehrfachen Warnungen in Bremen besonders leicht gemacht wird.

Darum fordern wir erneut, die gymnasiale Oberstufe mit ihren umfangreichen Abwahlmöglichkeiten mit dem Ziel zu überprüfen, von den Schülern die Belegung zweier naturwissenschaftlicher Fächer, wie wir dies auch in einem Antrag deutlich gemacht haben, bis hin zum Abitur zu verlangen. Die CDU ist sich mit den bedeutenden Fachleuten einig, daß in diesem Bereich Fehlentwicklungen in der Bundesrepublik Platz gegriffen haben, die die Befürchtungen rechtfertigen, daß die naturwissenschaftliche und technische Ausbildung der jungen Generation gefährdet ist.

Meine Damen und Herren, der zentrale Kritikpunkt ist dabei, ich muß es wiederholen, die um sich greifende Vernachlässigung der mathematisch-naturwissenschaftlichen Ausbildung an den Schulen, insbesondere auch an der Sekundarstufe I. Das hat Herr von Hassel eben auch zugegeben. Daß daraus dann ein mangelndes Interesse bei der Wahl entsprechender Studienfächer resultiert, obwohl gerade in diesen Bereichen genügend Studienplätze zur Verfügung stehen, ist nicht weiter verwunderlich und für mich auf makabre Weise schlüssig.

(B) Das Ergebnis ist, daß das Fehlen gut ausgebildeter Ingenieure und Naturwissenschaftler aufs äußerste die Erhaltung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Industrie gefährdet. So scheint sich der Kreis dann eigentlich wieder zu schließen. Wenn man — ich nehme ein Wort von Herrn Klein auf — grobschlüchtig vereinfachen wollte, könnte man sagen, Arbeitslosigkeit wird bereits im Schulsystem vorprogrammiert.

(Beifall bei der CDU)

Es muß auch noch ein Wort gesagt werden, meine Damen und Herren, zu den Arbeitsmöglichkeiten für hochqualifizierte Wissenschaftler in den technischen Bereichen, zum Beispiel der Universität Bremen und den Fachhochschulen in Bremen, die übrigens jetzt nach dem Willen dieses Senats und der sie tragenden SPD ohne Rücksicht auf Sachnotwendigkeiten in Zeiten knapper werdender Ressourcen in einer Roßkur einer ideologisch bedingten Zusammenlegung unterzogen werden.

Auch verstummen die Klagen nicht, das muß man einmal sehen, daß bestimmte naturwissenschaftliche Fächer und Fachbereiche beziehungsweise Einrichtungen an der Universität überproportional benachteiligt werden. Meine Damen und Herren, es soll sogar Fälle geben, in denen Berufungszusagen an der Universität Bremen hinsichtlich der Zurverfügungstellung technischer Ausstattung einfach nicht eingehalten werden. Ich habe hier einen Brief der Universität Bremen vorliegen, Schwerpunkt Geographie. Dort steht geschrieben — ich darf zitieren —:

„Neben der Verweigerung sonstiger Ausstattung ist die Ablehnung des Labors besonders schwerwiegend, da eine adäquate auf angewandte Fragestellung bezogene Ausbildung für Studenten der Geographie nicht zu leisten und eine effektive anwendungsbezogene Forschung nicht möglich ist.“ Dann kommt ein Satz — Herr Fluß ist nicht da, vielleicht können Sie das mitnehmen oder weitergeben! —: „Die Verweigerung dieser Einrichtung ist gleichbedeutend einem Entzug meines Lehr- und Forschungsauftrages an dieser Universität.“ Dann brauchen wir uns nicht zu wundern!

Auch hier, meine Damen und Herren, das zielt auf die Sparmaßnahmen des Senats, ist das Rasenmäherprinzip, nach dem die Sparmaßnahmen des Senats Platz greifen, völlig undurchdacht und richtet meines Erachtens langfristig großen Flurschaden an. Die CDU-Fraktion wollte mit dieser Großen Anfrage eine Diskussion darüber entfachen, daß wir die Mißstände, die uns in Schlagzeilen, wie ich sie vorher zitiert habe, entgegentreten, dort bekämpfen, meine Damen und Herren, wo unsere Mittel und Kompetenzen ausreichen, nämlich in der Gestaltung von Schule und Ausformung von Unterricht.

Auch sollten wir Lehrerkritik ernst nehmen, so die zum Beispiel vom Jahreskongreß des Fördervereins für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht, auf dem solide Grundkenntnisse statt Vernebelung und Pseudowissenschaft im Unterricht gefordert wurde. Gerade in Physik, Chemie und Mathematik muß beim Schüler zunächst — so wörtlich — „die Liebe zur Sache“ entfaltet werden, statt perfektionierten Lehrplänen das Wort zu reden, was hier in Bremen gerade besonders Mode zu sein scheint.

Fragen Sie einmal Lehrer draußen, meine Damen und Herren, die Abiturienten nach fünf Jahren auf ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in diesen Bereichen prüfen! Sie werden großes Entsetzen erleben über die Lücken, die dort entstanden sind nach fünf Jahren, enorm! Nicht zuletzt, meine Damen und Herren, sind aber auch Lehrer mitschuldig für diese Entwicklung, da, auch hier ist Bremen ein negatives Musterbeispiel, sie an einer Bildungseuphorie vor allem bei der Gestaltung der gymnasialen Oberstufe mitgewirkt haben. Meines Erachtens droht die gymnasiale Oberstufe zu einer Mini-Universität zu werden.

Für eine Erneuerung des Unterrichts ist aber Voraussetzung, daß in der Lehrerbildung wieder eine solide fachdidaktische Ausbildung zur Beseitigung der Praxisferne in der allzu wissenschaftlich ausgerichteten Lehrerbildung Platz greift.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, in einem Vortrag über Technikfeindlichkeit oder Technikangst der jungen Generation hat der Rektor der Hochschule für Technik in Bremen, Herr Professor Dr. Potthast, den bayerischen Wirtschaftsminister Anton Jaumann mit folgenden Worten zitiert: „Wenn wir aber unser Ja

(A) zum technologischen Fortschritt und zur verantwortungsbewußten Nutzung neuer Technologien offensiv und überzeugend vertreten, müssen wir bereits in den Schulen die Auseinandersetzung mit der Technik suchen und die Jugend für den technischen Fortschritt wieder mehr begeistern.“

(Glocke)

**Vizepräsident Ehlers:** Die Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Ravens** (CDU): Ja! „Es muß daher Aufgabe aller Gruppen sein, unserer kritischen Jugend die Bedeutung der Naturwissenschaft und der Technik verständlich zu machen, und die Zusammenhänge herauszustellen, wodurch unser heute erreichter Wohlstand und die soziale Sicherheit doch erst ermöglicht wurden, da konsequent technologische Erkenntnisse angewandt und nicht, weil sie verhindert wurden.“

Meine Damen und Herren, nicht Technik als Bastelunterricht gehört in die Schulen, sondern technische Geschichte, Probleme von gewünschten und unerwünschten, vermeidbaren und unvermeidbaren Folgen von Technik in unserer Gesellschaft, Aufgaben des Ingenieurs von heute in unserer Gesellschaft, Zusammenhänge zwischen Technik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen als zur Bildung angehörig gesehen werden. Es darf nicht mehr so sein, daß der, der den Aufbau einer Bachschen Fuge erläutern kann, als gebildet angesehen wird, derjenige aber, der die Strukturen einer Datenverarbeitungsanlage darstellt, als Fachidiot.

(B)

Leider fehlt mir die Zeit, weiter aus dem guten Vortrag von Professor Potthast zu zitieren. Ich würde jedem empfehlen, diesen nachzulesen, für mich sind ganz gute Thesen darin.

Meine Damen und Herren, die vom Senat erbetene — ich komme zum Schluß — Fristverlängerung zur Beantwortung unserer Großen Anfrage hat uns zunächst veranlaßt zu glauben, der Senat würde auf die Probleme, die auch im Blätterwald zutage getreten sind, eingehen und darstellen und zugeben, daß die Sorgen der Fachwelt ernst genommen werden müssen. Aber leider hat der Senat nach der Devise geantwortet, daß nicht sein darf, was nicht sein kann.

(Beifall bei der CDU)

Es scheint mir so, daß der Senat beziehungsweise die SPD, wie dies auch bei der Schulgesetzdebatte vor kurzer Zeit in diesem Haus aufgefallen ist, nicht nur in schulpolitischen Fragen verstockt ist, sondern auch nicht bereit ist, vielleicht auch nicht fähig, Entwicklungen und Symptome, die die Zukunft unseres Landes betreffen, mit dem nötigen Ernst wahrzunehmen und zu erkennen.

Zum Schluß, meine Damen und Herren! Insofern erscheint auch in dieser Frage Bremen, wie es eine große deutsche Zeitung in diesen Tagen schrieb, auf

dem besten Wege, nicht nur eine schulpolitische Insel zu werden. — Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Ehlers:** Das Wort hat Herr Professor Dr. Holl.

Abg. **Professor Dr. Holl** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich denke, zu dem Thema, das uns hier beschäftigt, darf auch jemand reden, der zumindest in der gymnasialen Oberstufe nicht durch ausgesprochen gute Leistungen in Mathematik und Naturwissenschaften aufgefallen ist, sondern im Gegenteil sehr bescheidene Leistungen aufwies. Das Thema, meine Damen und Herren, ist zu ernst, als daß es uns nicht alle beschäftigen sollte. Insofern, glaube ich, müssen wir der CDU-Fraktion dankbar sein, daß sie den Anstoß zu einer Diskussion über dieses Thema gegeben hat.

Es gibt überhaupt keinen Grund, besorgte Stimmen, die auf den Zustand des Unterrichts in Naturwissenschaften und Mathematik hinweisen, zurückzuweisen und sie nicht ernst zu nehmen. Es hat in der Bundesrepublik Deutschland leider keinen vergleichbaren Vorgang zu dem Sputnik-Schock in den USA gegeben. Wären wir rechtzeitig aufgewacht aus manchen Schlafzuständen, hätten wir wahrscheinlich diese Debatte hier gar nicht nötig gehabt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Es ist kein Zweifel, daß im Gegensatz zu der sehr differenzierten, aber im Grunde doch verschönernden Darstellung des Senators von Hassel sehr viele Stimmen auf den Zustand in diesen Fächern hinweisen und den Zusammenhang herstellen zwischen dem Zustand in diesen Fächern, den Absolventenzahlen, dem Stellenplatzangebot, der Arbeitslosigkeit in entsprechenden Bereichen und der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Ein solcher Zusammenhang besteht ohne jeden Zweifel.

(Beifall bei der FDP)

Es besteht auch kein Zweifel, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft grundgelegt wird im Unterricht an deutschen Schulen. Es gibt hier einen sehr langwirkenden, natürlich sehr differenziert zu betrachtenden Vorgang, und der Senator hat gut daran getan, die entsprechenden Vorgänge so differenziert darzustellen, wie er es hier getan hat.

Der Kollege Ravens hat auf die Stimmen von Technikfeindschaft hingewiesen, die man allenthalben feststellen kann. Auch ich bin der Meinung, daß man hier nicht generalisieren darf, daß es natürlich auch einen großen Anteil von Technikorientierung unter den Jugendlichen gibt. Aber es gibt auch, und das muß gesehen, das muß festgehalten werden, Stimmungen der Abwehr von Praxis, der Abwehr von Technik, und es muß danach gefragt werden, woher das kommt. Viele dieser Haltungen sind durchaus verständlich und verdienen auch unseren Respekt.

(C)

(D)

(A) Aber, so wichtig es ist, daß die Grenzen der Machbarkeit im technischen Bereich deutlich geworden sind, so sehr die Gewißheit von der grenzenlosen technischen Machbarkeit in Frage gestellt zu werden verdient, auch befragt werden muß auf den Grad an Humanität, der in dieser Gewißheit enthalten ist, so bedarf es doch gerade, weil dieser Zustand konstatiert werden muß, verstärkter Bemühungen um die Heranführung junger Menschen an die Technik, an ihre Herausforderung, an die Einsicht ihrer Grenzen und an den humanen Anteil von Entscheidungen, die wir zu treffen haben.

(Beifall bei der FDP)

Es geht dann aber nicht um die Erziehung von Fachidioten, es darf nicht darum gehen, sondern es muß darum gehen, daß durch die Schaffung eines breiten Grundlagenwissens die Kategorie Verantwortlichkeit eingeht in die Betrachtung von Technik und Naturwissenschaften. Das heißt, die kritische Rezeption naturwissenschaftlicher Erkenntnisse muß einhergehen mit der Exaktheit von Bemühungen um die Vermittlungen technischer Kenntnisse.

(B) Man muß erkennen, daß in den Fachangeboten von Physik, Chemie, Biologie, Mathematik, Technik, Informatik ein hoher erzieherischer Anteil enthalten ist, nämlich das, was man als das Ethos der Naturwissenschaften beschreiben könnte, den Zwang zur Exaktheit, den Zwang zur Präzision, die Herausforderung zur kritischen Beurteilung von Wirklichkeiten, dies alles dient nicht etwa der Selektion von Begabungen allein, sondern dient auch dazu, den Menschen zur kritischen Beurteilung seiner Wirklichkeit instand zu setzen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Diese Wirklichkeit, meine Damen und Herren, ist nun weiß Gott außerordentlich kompliziert geworden, und wir alle tun gut daran, unsere junge Generation zu befähigen, diese immer komplizierter werdenden Zusammenhänge so zu erkennen, daß sie Entscheidungen human treffen können zum Nutzen, zum Wohl ihrer Mitmenschen.

Es ist selbstverständlich, meine Damen und Herren, daß die ganze Diskussion letzten Endes wieder einmünden muß in die Bewertung, in die Beurteilung der gymnasialen Oberstufe. Ich kann im wesentlichen das unterstreichen, was der Kollege Ravens hierzu ausgeführt hat. Es ist eine wohl begründete Position, die meine Fraktion im Hinblick auf die gymnasiale Oberstufe einnimmt, die uns dazu instand setzt, das im wesentlichen zu unterstützen, was Sie hier ausgeführt haben, Herr Ravens.

Vor allem muß erkannt werden, Herr Senator von Hassel, daß in der doch faktisch bestehenden Abschottung zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II eine wichtige, eine wesentliche Behinderung darin zu erkennen ist, die wir vor-

finden, wenn wir junge Menschen rechtzeitig hin- (C)  
führen zu der notwendigen Betrachtung und der Rezeption von Erkenntnissen im Bereich der Naturwissenschaften. Wenn hier keine Grundlagen gelegt werden, dann entsteht in der Tat eine Streßsituation, die weithin beklagt wird, aber der Streß ist, um ein Modewort zu gebrauchen, in den Schulen vielfach „hausgemacht“, weil wir diese Abtrennung beider Stufen immer weiter praktizieren und ungeachtet der Vorhaltungen der Opposition auch hier in Bremen die SPD darauf beharrt, daß diese Abschottung fortbesteht in der Form von Sekundarstufen-I- und Sekundarstufen-II-Zentren.

So werden wir noch geraume Zeit warten müssen, bis die Einsicht sich verbreitet, daß hier etwas getan werden muß.

(Beifall bei FDP und CDU)

Verstehen Sie es als ein mir sehr naheliegendes Beispiel, wenn ich an diesem deutlich zu machen versuche, daß in der Tat darüber nachgedacht werden muß, wie das bloß pragmatische Hantieren mit technischen Herausforderungen dazu führen kann, daß wirklich nur fachidiotisch entschieden wird!

Ich erinnere hier an ökologische Debatten dieses Hauses, an die Frage des Wümmeausbaus. Hier ist immer wieder klar geworden, daß offenbar die Wasserbauingenieure nach wie vor einen Nachholbedarf haben an der Aufnahme von ökologischen Erkenntnissen. Wären sie sonst imstande, kanalartige Vorkehrungen zu treffen, um die Flüsse in ihre Betten zu zwingen, anstatt darüber nachzudenken, wie durch naturnahen Ausbau das Schlimmste an der Verschandelung, an der Zerstörung der Landschaft vermieden wird? (D)

(Beifall bei FDP, CDU und BGL)

Ich möchte zusammenfassen und vor euphorischer Betrachtung warnen, wie sie leider auch in der sehr differenzierten Betrachtung des Senators erkennbar geworden ist, und Sie alle, meine Damen und Herren, vor allem in der Regierungsfraktion, daran erinnern, daß wir auch eine Verpflichtung haben, naturwissenschaftliche Begabungen so zu fördern, daß sie in der Universität keiner Vorbereitung bedürfen, daß die Universität nicht verpflichtet wird, sozusagen Eingangskurse zur Vorbereitung in ihren eigenen Auftrag anzubieten. Daran kann dann auch nichts helfen, daß wir hochgradig qualifizierte Absolventen aus der gymnasialen Oberstufe hervorbringen, wenn sie nicht über die Einblicke verfügen, die die Zusammenhänge zwischen den gewählten naturwissenschaftlichen Fächern und den ethischen Verpflichtungen deutlich machen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei FDP und CDU — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stichweh.

(A) Abg. **Stichweh** (SPD)\*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Ravens, die Antwort des Senats kannte ich genausowenig wie Sie und wußte auch nichts über die Länge. Ich war also genauso berührt und angetan davon, und ich hätte auch nichts dagegen gehabt, wenn wir beispielsweise auf Ihren Vorschlag hin heute ausgesetzt hätten und in der Deputation vertiefend beraten hätten. Das wäre mir auch egal gewesen. Vielleicht können wir es sogar nachholen, wenn wir die Antwort schriftlich haben, daß wir es dann noch einmal in den Einzelheiten in der Deputation beraten.

Nur einen Punkt muß ich etwas zurückweisen: Sie haben gesagt, es habe die Antwort des Senats deutlich gemacht, daß in der Sekundarstufe I nichts passiert sei. Das ist immer so mit den vorbereiteten Reden. Ich habe übrigens meine erste Seite auch weggeworfen nach dem, wie die Debatte hier gelaufen ist, aber der Senat hat genau das Gegenteil gesagt.

Dann wollte ich noch eine Übereinstimmung festhalten, daß Facharbeiter- und Ingenieurmangel uns, die wir praktisch über keine Rohstoffe verfügen, zu ganz, ganz schwierigen Situationen bringen können, ich glaube, darüber sind wir uns alle einig, und insofern ist diese Frage bedeutungsvoll. Man muß sie sehr gründlich eruieren.

(B) Leider ist dabei herausgekommen, bei Herrn Ravens, und leider hat das auch Herr Professor Dr. Holl unterstellt, daß es eigentlich gar nicht darum ging, wie wir jetzt die Qualität unserer künftigen Facharbeiter verbessern, wie wir dafür sorgen, daß wir möglichst viele qualifizierte Facharbeiter und hochqualifizierte Ingenieure haben, sondern es ging um die Frage, leider reduziert es sich auf die Frage, ist die neugestaltete gymnasiale Oberstufe das, was Aussicht hat.

Dann wurde kritisiert, und dabei haben Sie sich etwas vergaloppiert, Kollege Ravens. Sie haben von Abwahlmöglichkeiten gesprochen. In Wirklichkeit bietet dieses System erheblich mehr zusätzliche Wahlmöglichkeiten. Besehen Sie sich das doch einmal von der positiven Seite! Das ist der eine Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ja, es ist immer die Frage, wie man etwas betrachtet, und der nächste Punkt ist der: Sie haben gesagt, es hätten sich Lehrer mit Abiturienten befaßt über deren naturwissenschaftliche Kenntnisse, nachdem sie fünf Jahre aus der Schule sind. Wenn man sich überlegt, daß wir erst, einmal abgesehen von einigen Vorlaufjahrgängen, vor einem Jahr Absolventen der NGO in Bremen haben, dann haben diese Lehrer die Absolventen der herkömmlichen Oberstufe befragt und haben dort die schlechten Ergebnisse festgestellt, also müssen wir doch reformieren!

\*) Vom Redner nicht überprüft

(C) Das war doch genau der Ansatzpunkt, wobei ich auch wiederum sagen muß, wir werden in nächster Zeit nicht darum herumkommen, und vielleicht machen wir es sinnvollerweise in der Deputation vorweg, daß wir uns darüber unterhalten, wie die neugestaltete gymnasiale Oberstufe in Bremen im Bundeskonsens einzuordnen ist. Auch darüber werden wir Gespräche führen müssen, aber, bitte schön, nicht für dies, ich hätte fast gesagt, mangelnde Engagement junger Menschen für technische Wissenschaften, bitte, dafür nicht immer nur die Schule verantwortlich machen!

(Beifall bei der SPD)

Vor allen Dingen dann schon nicht das Gymnasium, denn, Herr Professor Dr. Holl, die meisten Ingenieure kommen nicht aus der gymnasialen Oberstufe, sie kommen über Berufsausbildung, Fachoberschule und Fachhochschulstudium, das muß doch einmal gesagt werden!

(Beifall bei der SPD)

Wer sich mit Leuten unterhält, die im Arbeitsleben stehen, die sagen doch, wir brauchen die Theoretiker, aber was wir unbedingt dazu brauchen, sind die über die Fachhochschule gekommenen Ingenieure, weil diese nämlich noch etwas von der Praxis verstehen. Wir brauchen beide Seiten. Das ist doch das, was überall bestätigt wird.

(Beifall bei der SPD)

(D) Der negative Trend zu ingenieurwissenschaftlichen Studien ist nämlich viel älter, und ich will einmal versuchen, einige Ursachen aufzuzeigen, dann kann man sich vielleicht auch einmal überlegen, wie es weitergehen soll. Es reicht mit Sicherheit das sogenannte Drückebergerargument nicht aus, indem man nämlich sagt, die Schüler entziehen sich den naturwissenschaftlichen Fächern, weil da knallhart Spitz auf Knopf, wie es so schön jetzt neudeutsch heißt, nachgefragt und nachgeprüft werden kann, man kann nicht darum herumreden. Das mag den einen oder anderen Schüler bewegen, reicht aber als Argument dafür mit Sicherheit nicht aus.

Es reicht auch nicht das von links kommende Argument, von Leuten, die sich für links halten, aus, daß man sagt, die Technik habe dazu geführt, was übrigens in der Sache richtig ist, daß wir zu inhumanen Arbeitsplätzen gekommen seien. Dann hätte beispielsweise, wenn das ein ausreichendes Argument wäre, die Arbeiterbewegung schon seit vor dem Ersten Weltkrieg ein viel distanzierteres Verhältnis zur Technik haben müssen. Wer die heutige Arbeiterbewegung ansieht, stellt fest, daß es auch dort Probleme gibt, ökologische und andere Gesichtspunkte beispielsweise mit einzubeziehen, nicht den Gesichtspunkt der Humanität des Arbeitsplatzes. Dem hat sich die Arbeiterbewegung in Gewerkschaften und in der SPD schon seit langem verschrieben.

(Beifall bei der SPD)

(A) Also reicht das auch nicht als Argument aus.

Meine Vermutung, mehr kann man nicht machen als vermuten, warum wir eine solche Distanz gerade bei jungen Leuten zu diesen Bereichen haben, nehme ich aus dem, was eigentlich Robert Jungk schon beschrieben hat in seinem Buch „Heller als tausend Sonnen“. Es geht um diesen — —.

Man denke an den Physiker Oppenheimer, der nach Berichten, die sehr glaubwürdig sind, furchtbar entsetzt gewesen sein soll, als er das Ergebnis seiner Atombombe sah! Robert Oppenheimer hat federführend die Atombombe für die USA gebaut, und er soll nach dem Abwurf in Hiroshima furchtbar entsetzt gewesen sein. Es sind auch glaubhafte Berichte von Naturwissenschaftlern übermittelt, die bestätigen, daß Otto Hahn, der 1938 die Kettenreaktion erfunden hat, sich sogar mit Selbstmordgedanken getragen hat in seiner Emigration.

(Bürgermeister Koschnick: Entdeckt!  
Nicht erfunden!)

Die Kettenreaktion entdeckt, die hat er entdeckt, indem er mit dem berühmten Paraffinblock die Neutronen gebremst hat, was genau die Umkehrung der alten Vermutung war und so weiter.

(Beifall und Heiterkeit bei SPD, CDU und FDP — Abg. Dr. Menke [CDU]: Gehobene Volksbildung!)

(B) Otto Hahn und seine Mitstreiter waren 1938 felsenfest davon überzeugt, daß dies reine Grundlagenforschung sei und niemals eine technische Anwendung finden würde, und 1945 hat das diese grausame Anwendung gefunden. Dieser Schock sitzt noch heute allen Physikern in den Knochen. Wenn wir dann an das Ökologiebewußtsein denken, wenn wir beispielsweise im Bereich der Chemie daran denken, ich verweise einmal auf das, was wir hier in den letzten Tagen diskutiert haben, Streusalz, eben gerade Klärschlamm, und da war noch ein Punkt!

(Abg. Gerhard Fischer [CDU]: Kabelfernsehen!)

Nein, es war noch ein Punkt aus der Chemie, es ist nicht so wichtig, es ist in der Tagesordnung nachzulesen. Dieser ökologische Ansatz, diese neuen Erkenntnisse im chemischen Bereich führen doch auch dazu, daß junge Leute zu einer Distanz kommen können.

In der Biologie darf ich nur einmal eben an die Horrorvision der möglichen Genmanipulation erinnern, die sich dort auftut als neue Perspektive. Solche Dinge sind sicherlich für mich die tiefgreifenden Ursachen, warum eine innere Distanz zu den naturwissenschaftlichen Fächern entsteht, aber dabei darf man nicht stehenbleiben.

Ich möchte noch eines anführen, Herr Dr. Schulte, daß es auch nicht nur an den Wissenschaften gelegen hat. Es hat auch daran gelegen, daß nach der Studie, die hier die Arbeitgeber vorgelegt

haben, noch das Battelle-Institut 1974 für das Jahr 1990 60 000 arbeitslose Elektroingenieure prognostiziert hat, und der VDE, das ist auch so ein Verband, hat noch 1975 derartige Prognosen bestätigt. Auch das ist ein Grund dafür, daß junge Leute sich einer solchen Ausbildung nicht widmen.

Wenn man auf der einen Seite feststellt, daß ein Viertel der Studienplätze oder bis zu einem Viertel der Studienplätze im ingenieurwissenschaftlichen Bereich nicht belegt sind, wir aber auf der anderen Seite, das hat mich am meisten an der Antwort erstaunt, laut Arbeitsamt mehr Bewerber für solche Arbeitsplätze haben, dann zeigt das deutlich, wie schwierig in diesem Bereich die Prognose ist.

Der Ansatzpunkt, den man in den Schulen vermitteln muß, im Rahmen des naturwissenschaftlichen Unterrichts, aber auch im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts, ist der, daß man den jungen Leuten sagt, wenn du dein Leben ökologiebewußt gestalten willst, wenn du den grauenhaften Folgerungen, den möglichen grauenhaften Folgerungen von Technik entgegentreten willst in deinem künftigen Berufsleben, dann mußt du diese Bereiche studieren, damit du als Fachmann aus deiner Fachkenntnis heraus gegensteuern kannst.

Wir brauchen also den Naturwissenschaftler, der sich darüber im klaren ist, wozu er und sein Wissen gebraucht und mißbraucht werden können.

(Beifall bei SPD, FDP und BGL)

(D) Meine Damen und Herren, ein Satz: Dieser Ansatz hat auch Pate gestanden bei der Gründung der bremischen Universität, was für mich ein Beweis dafür ist, daß sozialdemokratische Bildungspolitik durchaus vernünftig ist. — Ich danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Klink: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Brox.

Abg. Josette Delphine Brox (BGL)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich hat Herr Stichweh beinahe alles gesagt, was ich zu sagen hatte. Es ist nicht uninteressant, in dieser Debatte die These von einem Herrn Löwenthal zu diskutieren. Die treffen auch ganz gut auf diesen Antrag der CDU zu. Man merkt auch, daß Herr Stichweh vielleicht doch zu der Brandt-Richtung gehört.

(Abg. Stichweh [SPD]: Nein, nicht vielleicht!)

In der Tat findet man immer in den Tages- und Fachzeitschriften solche Meldungen, daß der deutsche Diplom-Ingenieur in den Betrieben fehle. Die Journalisten, die nach der Ursache suchen, meinen, daß wir Mitglieder der grünen Bewegung einfach daran schuld seien. Das ist es, was sie im Grunde genommen gesagt haben, ohne es auszusprechen. Sie untersuchen natürlich nicht, warum die grüne Be-

\* Von der Rednerin nicht überprüft.

(A) wegung sich formiert hat, und so entstehen solche Thesen wie von Löwenthal und solche Anfragen von der CDU.

Also, noch einmal muß ganz klar gesagt werden: Vorgänge, die Sie alle kennen, die auch Symbol geworden sind, Hiroshima, Seveso, Harrisburg, die Verseuchung der Böden, der Luft und des Wassers, haben allerdings unseren Glauben an den wissenschaftlich-technischen Fortschritt in Ost und West tief erschüttert. Wir mißtrauen den Wissenschaftlern, die sich ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse des Menschen, ohne die gesellschaftspolitischen Probleme zu berücksichtigen, für den unkontrollierten Profit der Industrie und für das Wirtschaftswachstum einsetzen.

Dennoch, wir treten auch kräftig dafür ein, daß in den Schulen die mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer richtig vermittelt werden. Es ist unserer Meinung nach wichtig, daß sie auch in Verbindung zur Praxis unterrichtet werden. Die Theoriekenntnisse nützen nichts, wenn danach die Praxis anders aussieht.

Wir wissen aus unserer Erfahrung — wir, die Grünen —, daß wir, nachdem wir mit unserer Ausbildung schon fertig waren, aufgrund unseres gesellschaftspolitischen Engagements gegen die Umweltzerstörung und unseres Protests gegen Atomkraftwerke alle ein zweites Studium machen müßten. Wir sind alle mehr oder weniger Naturwissenschaftler geworden. Das ist Tatsache.

(B) Deswegen sind wir der Meinung, daß die Jugend diese Kenntnisse haben muß, um wirklich richtig reden zu dürfen. Herr Stichweh hat das auch bestätigt. Die Fachidiotie dient natürlich nicht dazu, daß die Jugend sich dafür begeistert. Wenn Sie mit der Jugend sprechen, klagt sie immer wieder, ihr könnt uns nicht von dieser Fachidiotie überzeugen. Wie sieht es aus, wenn wir nachher in die Betriebe gehen? Welche Möglichkeiten haben wir? Die organische Gesellschaft existiert nicht mehr, die spiegelt sich nicht wider. Das sind partielle Kenntnisse, die erforderlich sind für eine Betätigung.

Wir treten noch einmal dafür ein, daß diese Fächer die Zusammenhänge mit der Ökologie, die Zusammenhänge mit den Bedürfnissen einer organischen Gesellschaft, die über sich selbst entscheidet und die nicht mehr bereit ist, sich der Tyrannei des Profits unterzuordnen, aufzeigen. Darum fragen wir, wenn die SPD es so sieht, wie wir es auch ansehen, was ist die SPD bereit zu tun, um in den Betrieben, in der Gesellschaft, in der Schule eine Tendenzwende vorzuzeigen? Die Beschlüsse, die wir sehen, die wir einmal im Monat hier miterleben, zeigen nicht, daß dort in dieser Richtung eine Tendenzwende zu sehen ist.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator von Hassel.

**Senator für Bildung v. Hassel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle mich ausdrücklich zustimmend zu dem, was Herr Stichweh, wie ich meine, Herr Professor Dr. Holl, auch Frau Brox in den dazu gehörenden Teilen hier ausgeführt haben zu ihrer Einschätzung dessen, was unter dem Schlagwort von der Technikfeindlichkeit im Augenblick in unserer Gesellschaft gehandelt wird und was ich, bezogen auf die heutige junge Generation, so nicht nennen würde.

Das Interesse an der Natur, an naturwissenschaftlichen Vorgängen, mathematischen, technischen Vorgängen ist eher größer als geringer gegenüber etwa unserer Jugendzeit. Das hat viele Gründe. Ich würde es eigentlich mit Ihnen zusammen eher eine Art Mißtrauen gegen Technik nennen, wie Sie es hier auch begründend vorgetragen haben. Sie haben ein kleines Beispiel genannt, Herr Stichweh hat es in größere Zusammenhänge gestellt. Es ist wirklich wohl so richtig, daß diese Gesellschaft, gerade was diesen Bereich angeht, eine große Chance hat, wenn es ihr gelingt, dieses Mißtrauen der jungen Generation gegenüber den Zusammenhängen über exakte, gründliche fachliche Ausrüstung in diesen Bereichen in eine neue gesellschaftliche Sicht der Zusammenhänge auch politisch hineinzuführen für die Zukunft. Daran müßten wir arbeiten.

Wenn nun konkret gefragt wird, was haben wir denn bisher in unserer Schule getan, ich nenne noch einmal schlagwortartig kurz: Es gibt seit einer Reihe von Jahren über Studentafeln und Lehrpläne in der Grundschule das Fach Mathematik. Es gibt naturwissenschaftliche Propädeutik. Wir haben mit der Orientierungsstufe in den Stufen fünf und sechs im Umfang von drei Stunden für die Schüler sechs Lehrerstunden Naturwissenschaften eingeführt in Halbgruppenarbeit über konkreten Umgang im Experiment und die entsprechende Lernerfahrung.

Das gleiche Modell, in Halbgruppen arbeiten zu können, wird mit den neuen Studentafeln in diesem Bereich über die Stufen sieben bis zehn in allen drei Schularten nach oben weitergeführt. Technische Fächer sind auch für die Schularten Realschule und Gymnasium hinzugekommen.

Nun ein Wort zur Oberstufe! Herr Ravens, da sind wir auch mit der FDP auseinander. Sie sagen, zwei Fächer durchgehend, naturwissenschaftliche. Ich habe in der Antwort aufgezählt, daß es daneben die Forderung gibt, natürlich auch Mathematik durchgehend, natürlich auch Deutsch durchgehend, natürlich für jemanden, der Ingenieur werden will, internationale Verwendbarkeit, mindestens eine Fremdsprache. Die Westdeutsche Rektorenkonferenz sagt, bis zu drei! Natürlich aus politischen Gründen in der augenblicklichen gesellschaftlichen Situation Geschichte durchgehend! Wenn wir die Historiker haben, rufen die Geographen und sagen, natürlich Geographie durchgehend!

Wenn Sie das nehmen, das ist doch fast der vollständige Kanon, den wir überhaupt im herkömm-

(A) lichen Gymnasium oben hatten, dann sind wir wieder bei der Schule, wie wir sie vor der Reform hatten, und mit den Wahlmöglichkeiten ist es aus und vorbei! Ich will Ihnen das einmal an einem kleinen Rechenvorgang zeigen.

Ich habe vorgestern zusammengesehen mit diesem Schüler vom Kippenberg-Gymnasium, der sich hier beim Bundeswettbewerb Mathematik als Bundessieger qualifiziert hat, mit seinem Mathematiklehrer und der stellvertretenden Schulleiterin, und wir haben einmal gemeinsam ausgerechnet. Er hat neben Mathematik das Leistungsfach Chemie, will auf Informatik hinaus, ist kurz vor seinen Prüfungen. Wäre er im alten mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig des Gymnasiums gewesen, hätte er in dem Bereich, in dem er seine Stärken hat und Schwerpunkte gebildet hat, elf Wochenstunden von 30 wählen und belegen können. In diesem System hat er 18!

(Abg. Ravens [CDU]: Das ist ja auch nur einer! — Abg. Gassdorf [CDU]: Der ist nicht repräsentativ!)

Der spricht für viele andere, die auf diese Weise, wenn auch nicht mit den gleichen Spitzenleistungen natürlich, ihren eigenen Interessen folgend Schwerpunkte bilden. Dies ist das Prinzip, das dort angelegt ist. Sie können natürlich zurückkehren und können sagen, nein, das will ich nicht, es sollen alle wieder alles haben.

(B) (Glocke)

Wenn das aber erneut hineingeführt wird, das wissen Sie doch, in die 30 Wochenstunden, geht irgendwo wohl Qualität aufgrund von Quantität verloren. Es geht nicht anders.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Senator v. Hassel:** Natürlich!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. Dr. Sieling (CDU): Herr Senator, sollte man, wenn man das klar erkennt und auch nicht ändern kann, weil wir nicht auf 40 Wochenstunden gehen können für den Schüler, dann nicht auch ehrlich genug sein und nicht sagen, der Bremer Abiturient kann alles studieren, sondern sagen, der Bremer Abiturient kann alles ohne Zeitverlust studieren, was er auf der Oberstufe belegt hat fachrichtungsmäßig, muß aber einen Verlust in Kauf nehmen, wie alle anderen Abiturienten auch, die aus der modernen Oberstufe kommen, wenn er eine andere Richtung, als er in der Schule angestrebt hat, studieren will?

**Senator v. Hassel:** Zunächst, Herr Dr. Sieling, würde ich sagen, nicht der Bremer Abiturient, sondern alle deutschen Abiturienten, weil dies eine Vereinbarung ist, die alle Bundesländer so ein-

halten, wenn auch mit graduellen Unterschieden (C) inzwischen, aber das Grundprinzip ist gleich.

Was wir hier, wie ich finde, unaufgelöst und ungeklärt weiterdiskutieren müßten, ist, bei wachsendem, in ständig kürzerem Zeitraum sich vervielfachenden Kenntnis- und Erkenntnisstand und -umfang in unserer Gesellschaft, der Zusammenhang zwischen der Vorstellung und Fiktion, da sei jemand im allgemeinbildenden Sinne generell und überall studienberechtigt, und dem, was er an gezielter spezieller Ausrüstung für seinen dann später gewählten Studienweg zur Verfügung hat.

(Glocke)

Das ist nicht aufgelöst.

Ich rede hier jetzt nicht irgendeinem Fachabitur das Wort. Das wäre sicher zu früh und zu verkürzt. Aber irgendwo stößt sich dieses Problem. Im übrigen habe ich den Kollegen dort gefragt, der Mathematik unterrichtet in diesem Leistungskurs, weil mir das auch eine Sorge bereitet, wenn man sich vorstellt, da sitzt nachher im Mathematikstudium, mindestens theoretisch, ein solcher Schüler neben jemandem, der in der Mathematik im Grundkursbereich geblieben ist, ob denn das nicht eine Ursache sein könnte für manche Klage, die sich dann über die Rektorenkonferenz auf uns richtet.

Er hat mir aus seinem Fachverstand gesagt, daß dies für das, was dann dort beginnt, im Grunde überhaupt keine große Rolle spielt, was das rein Fachliche angeht, wenn es nur gelungen ist, und das geht an vielen Gegenständen in diesem Bereich, bestimmte Denkkategorien und Denkprozesse und -techniken der geistigen Arbeit, bezogen auf diesen Bereich, vorher zu vermitteln.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen?

**Senator v. Hassel:** Gern!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr von Schönfeldt!

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Senator, um auf Ihr Beispiel mit dem Bundessieger zurückzukommen, würden Sie mir zugestehen, daß, abgesehen von einer solchen Spitzenbegabung, die es in dem von Ihnen konzipierten System sicherlich besser hat emanzipieren und entfalten können als in einem herkömmlichen System, es eine Vielzahl von Schülern gibt, zum Beispiel bin ich der Vater von solchen, die eine durchschnittliche Begabung aufweisen und die vor dem System der NGO mit ihren Leistungskursen nun nicht entschieden entschlossen stehen und ganz große Probleme haben, wofür sie sich entscheiden sollen, wie sie sich entscheiden sollen, und dann ihrer etwas breiter angelegten durchschnittlichen Begabung nicht gerecht werden können?

**Senator v. Hassel:** Solche Schüler haben auch in diesem System natürlich die Möglichkeit, auf eine

(A) so gezielte Schwerpunktbildung zu verzichten und sich breiter anzulegen über mehrere nebeneinanderliegende Bereiche. Das haben sie. Sie brauchen sich nicht so ausdrücklich mathematisch-naturwissenschaftlich zu konzentrieren.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Das haben sie eben nicht! Die sind arm dran!)

Ich unterdrücke den Hinweis darauf, daß wir in diesem Zusammenhang, Herr Stichweh hat vorhin darauf verwiesen, leider, sage ich, immer nur über eine bestimmte Gruppe unserer jungen Menschen, die aus dem Schulsystem herauskommen, reden. Dies, was da die dargestellten Nöte sind, sein mögen vor dem System, ist nun bei der größeren Zahl von Fünfzehn- oder Sechzehnjährigen, bezogen auf den Abschnitt, der dann auf sie zukommt und in dem sie sich für ein sehr spezielles Gebiet über eine Berufswahlentscheidung ziemlich unwiderlich zunächst einmal entscheiden müssen, sehr viel ausgeprägter, sehr viel enger, sehr viel schwieriger.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, gerade in einem System, in dem man auswählen kann, korrigieren kann nach einer Einführungsphase, die wir möglicherweise irgendwann mit den anderen Bundesländern zusammen auch noch einmal verlängern, hat doch der eine viel größere Chance, der sich im Alter von 16 oder 17 Jahren diesen Entscheidungen langsam nähern kann, als jemand, der 15 ist und sagen muß, was er denn nun lernen will.

(B)

Ich möchte zum Schluß Ihnen noch gern zusagen, daß die Antwort, weil sie auch so umfangreich ist, Herrn Ravens und den übrigen, natürlich allen Mitgliedern der Deputation für Bildung und auch Frau Brox zugehen wird, damit wir weiter darüber reden können. Ich bitte Sie aber um Verständnis, das Instrument der Großen Anfrage ist so angelegt, daß es hier vorgetragen werden muß und anschließend diskutiert wird.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

**Bewirtschaftungsmaßnahmen des Senats im Haushaltsjahr 1981 gemäß § 41 LHO**  
**hier: Realisierung der den einzelnen Bereichen vorgegebenen Kürzungsquoten**

Mitteilung des Senats vom 12. Oktober 1981  
 (Drucksache 10/624)

Der Senat legt der Bürgerschaft (Landtag) unter der Drucksachen-Nummer 10/624 eine Mitteilung

(C) vom 12. Oktober 1981 mit bereichsbezogenen Darstellungen über die Realisierung der jeweils zu erbringenden Kürzungsquote mit der Bitte um Kenntnisnahme vor.

Die jeweiligen Fachdeputationen haben die Bereichskonzepte gebilligt; die Finanzdeputation hat dem Gesamtkonzept zugestimmt.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Klein.

Abg. Klein (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir sollen heute Kenntnis nehmen von einem Kürzungspapier des Senats, von Bewirtschaftungsmaßnahmen, die sich auf den Vollzug des Haushaltsjahres 1981 beziehen, in einer Größenordnung von 137 Millionen DM. Wir sind der Auffassung, daß wir aus Anlaß dieser Kenntnisnahme und bei Gelegenheit dieser Kenntnisnahme auf dem finanzpolitischen Weg nach unten eine kurze Besinnungspause einlegen sollten.

(Vizepräsident Ehlers übernimmt den Vorsitz.)

Man sollte einmal nach oben schauen, woher man kommt, man sollte einmal sehen, ob sich das Wetter weiter verschlechtert, man sollte auch den Weg nach unten sehr sorgfältig betrachten, ob nicht vielleicht doch allmählich der Boden des Abgrundes sichtbar wird, ob man sich nicht besser abseilen könnte und vielleicht das eine oder andere Stück des Weges nach unten ohne Seil zurückzulegen ist.

(D)

Ich möchte versuchen, in drei grundsätzlichen Bemerkungen diese kurze Besinnungspause auf dem finanzpolitischen Weg nach unten zu kennzeichnen, und ich möchte Ihnen abschließend dann auch einige kritische Bemerkungen zu inhaltlichen Kürzungen unterbreiten. Aber diese drei grundsätzlichen Bemerkungen wären die folgenden:

Erstens beanstanden wir bei diesem Kürzungspaket, wie im übrigen auch bei den Kürzungspaketen, die noch auf uns zukommen in einer noch höheren Größenordnung für 1982, den unangemessen hohen Anteil von globalen Kürzungsmaßnahmen, hier zum Beispiel bei dieser Station, bei dieser 137-Millionen-DM-Vorlage, einen globalen Anteil von zwei Dritteln.

Zweitens kritisieren wir die unangemessene Höhe der investiven Kürzungen, auch das ist eine Kritik, die sich auf das auf uns zukommende Kürzungspaket 1982 erstreckt.

Drittens kritisieren wir bei dieser Vorlage, daß sie entgegen unseren Warnungen zu spät gekommen ist und deswegen im Vollzuge dieses Haushaltsjahres nicht mehr hinreichend greift mit der Folge, daß ein weiteres Defizit in diesem Jahr hinzukommt, und das muß addiert werden zu dem Defizit, das im nächsten Jahr auf uns wartet. Dazu möchte ich einige begründende Ausführungen machen. Erstens zu dem zu hohen Anteil von globalen Kürzungsmaßnahmen!

(A) Meine Damen und Herren, dem Senat ist etwas eingefallen, um das Problem der globalen Maßnahmen zu verbrämen. Es ist ihm ein Begriff eingefallen, ein Wort. Er hat das Wort „Aufgabenkritik“ in die Debatte geworfen, um den Anschein zu erwecken, durch Reduzierung, durch Reorganisation, durch Verdünnung von Aufgaben und durch Streichen von Aufgaben ein globales Kürzungskonzept vollziehen zu können.

Es ist aber bei dem Wort „Aufgabenkritik“ geblieben. In Wirklichkeit liegt bis heute ein Konzept nicht vor, das ein Ja zum Vollzug von Aufgabenkritik erlaubt. Das ist ein schwerwiegender Vorwurf, und ich bitte das Haus, in Überlegungen einzutreten, wie dem Senat auf diesem Wege zu helfen ist, wirklich ein Aufgabenkonzept zu entwickeln, das Aufgabenentlastung, Aufgabenreorganisation bringt mit der Folge einer organischen Einsparung und der Sicherung einer Grundeffizienz.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich dieses Problem an einigen Beispielen erhellen! Denken Sie bitte an die konsumtiven und personalen Einsparungsmaßnahmen durch globale Kürzungen! Hier ist der wesentliche Faktor die sogenannte Fluktuation. Fluktuation aber, meine Damen und Herren, ist etwas Zufälliges. Fluktuation im Personalbereich bedeutet Dienstunfähigkeit, Tod, vorzeitiges Pensionieren, Versetzen außerhalb Bremens, Ereignisse, die eintreten können zu einem nicht vorhersehbaren Zeitpunkt in jedem Ressort, bei jeder Aufgabe. Aufgabenkritik, so, wie wir sie verstehen, Konzept der Entlastung, der Reorganisation, der Verdünnung, ist aber etwas Konzeptionelles.

(B) Wer einsparen will durch Nichtmehrbesetzen von frei gewordenen Stellen, und zwar durch Fluktuation frei gewordenen Stellen, muß unbedingt die Grundzüge eines Konzepts zur Hand haben, um nun organisch einsparen zu können. Er muß zum Beispiel wissen, wenn bei der Aufgabe X eine Stelle frei wird, muß ich die Stelle jetzt wieder besetzen zu Lasten einer Aufgabe Y, oder ist die Aufgabe so wenig wichtig, daß ich die Stelle nicht mehr besetze. Dieses Konzept muß von Anfang an vorliegen!

Herr Bürgermeister Thape, meine Herren auf der Senatsbank, dieses Konzept haben Sie bislang nicht vorgelegt, und die Folge ist, daß bei den weiteren Kürzungsrunden, zum Beispiel bei der Personaleinsparung 1982 und bei der Vorwegnahme der Personaleinsparung 1983 auf das Jahr 1982 bezogen, die Ressorts das Nachweisen der Einzelkürzungen nicht erbringen können. Wir bitten Sie im Interesse der Verbesserung, der Effizienz Ihrer eigenen Kürzungsvorschläge, dieses Aufgabenkonzept zu entwerfen und auch hier vorzulegen, damit es im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen diskutiert und vielleicht noch einer Verbesserung zugeführt werden kann.

Die zweite Bemerkung:

(Abg. Launspach [SPD]: Kann man das nicht etwas leiser stellen?)

Es tut mir leid!

(Abg. Neumann [CDU]: Ihnen muß das einmal dringlich gesagt werden, sonst kapieren Sie das doch nicht!)

Es tut mir leid, wenn die Akustik dieses Hauses genauso wenig angemessen ist wie also die Ansätze eines solchen Aufgabenkonzepts!

Die zweite Kritik, meine Damen und Herren, bezieht sich auf den zu hohen Anteil an investiven Kürzungsmaßnahmen. Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, ich frage Sie allen Ernstes: Weshalb diskutieren Sie öffentlich, und zwar streitig, kontrovers auch mit Ihrem Bundeskanzler, das Auflegen eines Beschäftigungsprogramms, wenn Sie bei jeder Kürzungsrunde unangemessen disproportional investive Kürzungen vornehmen? Ist Ihnen denn nicht bewußt, daß Sie ein Beschäftigungsprogramm nicht brauchen, wenn Sie auf diesem Gebiete besser umschichten würden?

Ich möchte Sie jetzt nicht wieder reizen und die schrecklichen Erinnerungen an Bremerhaven bei Ihnen wecken, aber eines stimmt, was der Bundeskanzler Schmidt gesagt hat an die Adresse seiner Bremer Genossen: Schichtet so um in euren Haushalten, daß die Investitionen besser wegkommen! Ich kann das nur unterstreichen, wir haben Ihnen das schon seit einigen Jahren hier in diesem Hause leider vergeblich gesagt.

Konkret zu dieser Kürzungsvorlage: Von 137 Millionen DM, die gekürzt werden sollen, sind rund 64 Millionen DM investive Ausgaben. Bei der nächsten Kürzungsrunde sind es mindestens 50 Millionen DM. Aber hier 64 Millionen, also fast die Hälfte investiv!

Dritte kritische Grundsatzbemerkung: Zu spät! Es greift nicht mehr! Wir haben bereits Ende des vergangenen Jahres gesagt, die Zeiten werden schlechter, eure Einnahmeerwartungsschätzungen sind zu hoch. Das hat sich bestätigt zu Anfang dieses Jahres; gestützt auf unsere Kritik haben wir dann sofort einen Nachtragshaushalt gefordert. Das ist von Ihnen abgelehnt worden, weil Sie bis Mitte des Jahres nicht gewillt waren, nicht bereit waren, den Ernst der Lage zur Kenntnis zu nehmen! Sie waren erst imstande, durch Bewirtschaftungsmaßnahmen nach der Sommerpause der Entwicklung hinterherzulaufen.

Meine Damen und Herren, hätten Sie mit uns gemeinsam zu Beginn des Jahres einen Nachtragshaushalt vorgelegt, dann wäre einmal Aufgabenkritik besser vollzogen worden, und zum anderen hätten wir rechtzeitig einsparen können. Wir werden jetzt im Haushaltsausschuß zunehmend mit Vorlagen konfrontiert, bei denen das Ausgleichskonzept, und zwar dies, das wir heute zur Kenntnis nehmen sollen, nicht mehr funktioniert, bei denen also zu Lasten von Deckungsmitteln, die noch gar nicht vorhanden sind, nachbewilligt werden muß. Ich schätze unter Berücksichtigung auch anderer Unsicherheitsfaktoren, daß wir trotz dieser Kür-

(C)

(D)

(A) zungsvorlage beim Vollzug dieses Haushaltsjahres 1981 ein zusätzliches Defizit von rund 50 Millionen DM bekommen werden.

Meine Damen und Herren, denken Sie an mein Bild zu Anfang, Besinnungspause auf dem Weg nach unten! Es wäre natürlich nicht richtig, die 137 Millionen DM, die 50 Millionen DM und die 51 Millionen DM globale Minderausgabe aus dem Frühjahr dieses Jahres zu addieren und sich damit zu beruhigen. Haushalt, Finanzwirtschaft ist ein überschaubares mittelfristiges Kontinuum. Wir müssen auch das, was uns 1982 bevorsteht, hier mit in den Griff nehmen.

Da sieht es folgendermaßen aus: Der Senat schätzt selbst ein Defizit für 1982 von 322 Millionen DM. Wir sind der Auffassung unter sorgfältiger Analyse der Lage, wie sie sich zur Zeit darstellt, daß dieses Defizit anwachsen wird auf rund eine halbe Milliarde DM! Lassen Sie mich das ganz kurz substantiieren, denn es ist ein gewichtiges Wort! Sie können dabei auch ermessen, daß ich vorsichtig schätze.

Ich addiere zu diesen 322 Millionen DM 30 Millionen DM Mehrkosten durch die Schleuse Oslebshausen, die mit 34 Millionen DM angemeldet sind, 30 Millionen DM Mehrausgaben für die Sozialhilfe, während wir bereits jetzt Ende August 34 Millionen DM Mehrausgaben haben, habe ich für das nächste Jahr nur 30 Millionen DM Mehrausgaben unterstellt.

(B) Von den 100 Millionen DM Pflegesatzverlusten, die wir abdecken müssen, habe ich die Hälfte genommen. Ich nehme an, daß es bei diesem Rechtsstreit vielleicht halbe-halbe ausgehen wird, also nur 50 Millionen DM. Es kann auch weniger werden, das wäre natürlich schön, aber es kann natürlich genauso gut mehr werden.

Dann habe ich das, was wir gestern besprochen haben und auch in der Kulissee erfahren haben, hinzugesetzt, 20 Millionen DM mindestens für die Anteile am Bremer Vulkan, sechs Millionen DM für den Untergang der Corinna Drescher beziehungsweise Elmar Tres, weil unsere Bürgerschaften ausfallen in einer Höhe von sechs Millionen DM wegen der Unterversicherung dieses Schiffes, Einzelheiten werden noch untersucht,

(Abg. Adamietz [BGL]: Hört, hört!)

sechs Millionen DM für eine bereits zugesagte Hilfe für die AG „Weser“, vier Millionen DM Kapitalerhöhung für unsere Beteiligung bei VFW/MBB. Das macht insgesamt 146 Millionen DM.

Das addiere ich zu den 322 Millionen DM Defizitschätzungen des Senats und addiere hinzu die von mir vorausgesagte Lücke von 50 Millionen DM zusätzlich aus dem Vollzug dieses Jahres. Dann habe ich im nächsten Jahr eine Lücke von rund einer halben Milliarde DM und muß zusätzlich leider noch zur Kenntnis nehmen, daß 50 Millionen DM aus der Lücke von 322 Millionen DM sehr fraglich sind; warum? Weil zunächst, um diese Lücke von 50 Millionen DM auszufüllen, die Straßenbahn noch die Stadtwerke erwerben muß, um in einer Höhe von

jeweils 50 Millionen DM im Jahr den Kredithaushalt erweitern zu können unter Einsatz der ersparten Bundessteuern.

(C) Diese Unsicherheit und diese großen Belastungen, die auf uns alle zukommen, veranlassen mich zu der wirklich dringenden Bitte, nehmen Sie diese grundsätzlich kritischen Bemerkungen ernst, kommen Sie herunter von den Globalmaßnahmen, die nicht ziehen, gehen Sie mit uns gemeinsam hin zu einer vernünftigen vollziehbaren Aufgabenkritik, legen wir ein Konzept vor, das wir gemeinsam erarbeiten, und nehmen Sie Abstand von dem bequemen, aber lebensgefährlichen Weg, mangels Einsparungsmöglichkeiten die restlichen Investitionen zu belasten, denn damit arbeiten Sie in der Krise krisenanfällig, Sie fördern die Krise, und Sie arbeiten nicht gegenläufig!

(Glocke)

Vizepräsident Ehlers: Herr Abgeordneter Klein, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Klein (CDU): Ich hatte das Erlöschen des Lichtes mit dem Ende meiner Rede synchronisiert, und es verbleibt mir deswegen nur noch die Bitte: Nehmen Sie sich das, was ich gesagt habe, zu Herzen! Im übrigen bedanke ich mich für Ihr geneigtes Ohr. — Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ehlers: Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

(D) Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Es wird Sie nicht überraschen, daß die FDP-Fraktion die Mitteilungen des Senats, die wir diskutieren, mißbilligend zur Kenntnis nimmt. Einmal beanstanden wir nochmals, daß der Senat hier nur im Schoße der Verwaltung vollzogene globale Kürzungsmaßnahmen mitteilt, an denen die Bürgerschaft nichts ändern kann. Bei einem Eingriff in einen vom Parlament beschlossenen Haushalt in Höhe von 137 Millionen DM wäre aber verfassungspolitisch ein Nachtragshaushalt notwendig gewesen, das heißt also eine erneute Beratung dieses Parlaments, das seine eigenen Beschlüsse hätte korrigieren können und müssen. Wir mißbilligen noch einmal dieses Verfahren.

Es kommt aber weiteres hinzu. Wir haben nämlich erhebliche Zweifel, ähnlich wie Herr Klein sie eben vorgetragen hat, ob mit einer Kürzung um 137 Millionen DM, es sind übrigens nur 134 Millionen DM nachgewiesen worden, drei Millionen DM bei Soziales fehlen noch, überhaupt der Haushalt dieses Jahres 1981 ausgeglichen werden kann. Wir haben daran erhebliche Zweifel.

Einmal entwickeln sich nämlich die Steuereinnahmen, die noch auf einer Schätzung aus August dieses Jahres beruhen, deutlich schlechter. Schon im November hat die Pressestelle des Senats mitgeteilt, daß ein verstärkter Abwärtstrend beim Steueraufkommen festzustellen sei. Dieser Abwärtstrend, den die Senatskanzlei im November, also vor ein paar

(A) Wochen, geahnt hat, hat sich bestätigt aufgrund der neuen Steuerschätzungen, die gestern veröffentlicht worden ist.

Das heißt, wir müssen damit rechnen, daß die Steuereinnahmen noch geringer sein werden und daß wir mit den bisher veranschlagten Kürzungsbeträgen nicht auskommen. Es erhebt sich also, selbst wenn man dieses Konzept, was die Bürgerschaft wohl tun muß, weil sie nicht eingreifen kann, laufen läßt, die Frage, was mit dem zusätzlichen Loch, das keiner jetzt genau beziffern kann, geschehen soll.

Dazu möchte ich für die FDP-Fraktion ganz klar machen, daß wir unter gar keinen Umständen eine noch höhere Verschuldung zum Ausgleich eines jetzt noch entstehenden zusätzlichen Loches in 1981 in Kauf zu nehmen beabsichtigen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben schon jetzt eine Prokopfverschuldung von annähernd 10 000 DM, das wissen wir alle, in diesem Punkt irrte der Kanzler auf Ihrem Parteitag in Bremerhaven, meine Kollegen von der SPD.

(Abg. Neumann [CDU]: Schlecht informiert!)

Bei den Schulden ist Bremen, wie wir alle wissen, Spitzenreiter.

Das müssen Sie ihm vielleicht das nächste Mal deutlicher aufschreiben. Sonst bin ich ziemlich uneingeschränkt mit seinen Ausführungen auf dem Parteitag, soweit sie mir bekanntgeworden sind, einverstanden, aber hier hat er sich geirrt. Wir sollten nicht schamhaft verschweigen, wie die Lage hier wirklich ist, weil wir die Hilfe des Bundes alle haben wollen, und man hier nichts beschönigen sollte.

(B)

(Beifall bei FDP und CDU)

Nun gut, eine zusätzliche Verschuldung scheint mir nicht in Betracht zu kommen für die Ausfüllung des zusätzlichen Haushaltslochs, das zu erwarten ist. Es gibt dann noch zwei Möglichkeiten, die übrigens auch der Finanzsenator neulich bei den Grundsatzberatungen des Haushaltsausschusses für den Haushalt 1982 im November erwähnt hat: Es kommt ein Verlustvortrag in Betracht, das heißt, daß wir den Verlust, den wir nun zusätzlich in diesem Jahr noch haben werden, übertragen in das nächste oder gar in das übernächste Jahr, oder es kommt eine sogenannte Restekappung in Betracht, also ein weiteres Zurückschneiden von Beschlüssen der Bürgerschaft, ein Verfall von Haushaltsmitteln, die bis zum Ende dieses Jahres nicht ausgegeben werden können.

Ich möchte deutlich sagen, meine Damen und Herren, daß ich mit einem Verlustvortrag überhaupt nicht einverstanden bin, denn wir erhöhen die ohnehin schon schwierigen Probleme des Jahres 1982 und gar 1983 durch solche Verschiebung des Problems noch viel mehr.

Ich bin auch nicht damit einverstanden, was leider schon beschlossen ist, daß etwa Rückzahlungsver-

pflichtungen gegenüber der Lagerhausgesellschaft wegen einer 1978 begonnenen Hafeninvestition aus 1982 nach 1984 und aus 1983 nach 1985 verschoben werden sollen, jeweils 43 Millionen DM, meine Damen und Herren. Weniger, weil es sich um einen Schattenhaushalt handelt, das ist eine systematische Frage, zu der ich auch grundsätzliche Bedenken habe, sondern vor allem deswegen, weil man natürlich durch die Nichterfüllung von Verpflichtungen, die in diesem und im nächsten Jahr abzufinanzieren sind, es der nächsten Bürgerschaft nahezu unmöglich macht, überhaupt noch Politik zu gestalten, meine Damen und Herren.

(C)

(Beifall bei FDP und CDU)

Es hat doch keinen Zweck, die heiße Kartoffel weiter vor sich herzurollen und das Problem in Jahre zu verlagern, deren Finanzierung sowieso nicht mehr gesichert erscheint, nämlich 1983, 1984 und 1985. Öffnen wir uns doch gegenseitig die Augen, meine Damen und Herren, daß das eine unverantwortliche Politik ist gegenüber einer ebenfalls souveränen Wählerschaft dieses Landes Bremen und einer ebenfalls wieder souverän sein sollenden Bürgerschaft der nächsten Legislaturperiode!

Ich habe höchste Bedenken in diesem Zusammenhang gegen einen Verlustvortrag, dann kommt schon eher eine Restekappung in Betracht, wenn man nicht klarkommt Ende dieses Jahres. Das wäre übrigens auch eine hilfreiche Maßnahme gegen das Dezemberfieber, das in den letzten Tagen des Jahres immer wieder ausbricht, wenn jemand noch in seiner Schattulle in einem Ressort Restmittel hat. Sie werden dann mit Gewalt ausgegeben, weil erfahrungsgemäß bei den nächsten Haushaltsberatungen ein Ressort befürchten muß, daß die nicht ausgegebenen Mittel abgesetzt werden und der Anschlag nicht wieder so hoch gebildet wird, auch wenn gelegentlich der Abfluß von Mitteln dadurch verhindert worden ist, daß einfach Entscheidungen nicht so schnell getroffen werden konnten oder die sachlichen Voraussetzungen nicht bestanden. Also, gegen Dezemberfieber hilft eigentlich am besten Restekappung. Darauf sollten der Senat und die Verwaltung sich einstellen, wenn noch zusätzliche Löcher entstehen.

(D)

Gut, meine Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Kürzungsprogramm des Senats ist das Problem noch nicht gelöst. Mein Hinweis ist als Empfehlung zu verstehen, wie man unserer Meinung nach zurecht kommen muß, wenn man zusätzliche Probleme bewältigen will, und das wird man schließlich müssen.

Es kommt ein weiteres Risiko hinzu: Der Senat war von Mehrausgaben bei der Sozialhilfe von 20 Millionen DM ausgegangen. Nun ist aber im Oktober dieses Jahres bekanntgeworden, daß die Mehrausgaben in diesem Bereich nicht nur 20 Millionen DM, sondern 32,3 Millionen DM betragen werden. Daran ändert auch die Empfehlung des Vermittlungsausschusses nichts, weil sie erst das nächste Jahr betrifft. Hier reden wir noch von 1981. Also,

(A) aus dem Bereich der Sozialhilfe wird sich ein Millionenloch ergeben, ein zusätzliches Defizit von mehr als zehn Millionen DM, woraus man leicht erkennen kann, daß die Bewirtschaftungsmaßnahmen des Senats, die er uns mitteilt, das Problem noch keineswegs gelöst haben.

Nun hat die FDP-Fraktion schon im September dieses Jahres gesagt, daß wir das Verfahren, das der Senat durchgeführt hat, für sehr zweifelhaft halten, auch inhaltlich. Der Senat hat in einem Rasenmäherbeschluß den einzelnen Ressorts bestimmte Einsparungsquoten auferlegt. Bei diesen Quoten handelt es sich um reine Rechengrößen. Sie waren und sind in keiner Weise das Ergebnis einer Aufgabenkritik.

Herr Klein hat recht, der Senat hat hier in der Tat ein Wort in die Welt gesetzt, aber es war nur ein Wort, denn dem Einsparungsbeschluß hätte in der Tat die Aufgabenkritik vorausgehen müssen. Die Festsetzung von Quoten löst das Problem nicht; aber diese Art, mit dem Problem fertig zu werden, zeigt, daß Senat und SPD zu schwach sind zu einer Aufgabenkritik, die wir zum wiederholten Mal und nun auch heute noch einmal fordern.

(Beifall bei der FDP)

Es wäre auch erforderlich gewesen, was wir schon damals verlangt haben, ein Kassensturz, denn nur wenn die Mitglieder dieses Hauses und der Fachdeputationen genau wissen, wo noch Geld vorhanden ist, können sie sachgerecht entscheiden, wo überhaupt noch eingespart werden kann. Dann hätten sinnvolle Prioritäten unter Sprengung des engen Ressortdenkens gefunden werden können. So aber sind die Quoten gleichmäßig festgesetzt worden, das ist sozusagen der Grundsatz: Was im Nachbarressort geschieht, das interessiert uns nicht. Das ist ein Kastendenken, meine Damen und Herren, mit dem man dieses globale, dieses übergreifende Problem überhaupt nicht mehr lösen kann. Dieses Verfahren ist unzulänglich!

(Beifall bei der FDP)

Nun dürfen Sie, meine Damen und Herren, diese Eingangsbemerkungen nicht so verstehen, als würde die FDP-Fraktion etwa alle Kürzungsvorschläge oder alle Kürzungsmittelungen, die in diesem Papier enthalten sind, ablehnen. Das ist nicht richtig, und ich will gern sagen, daß wir eine ganze Reihe von Einsparungsvorschlägen, die wir in der Vergangenheit schon einmal gemacht haben, in diesem Papier wiederfinden. Nur müssen wir natürlich bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß unsere damaligen Einsparungsvorschläge seinerzeit von der SPD immer abgetan worden sind, nun aber werden sie Realität, und das muß einem zu denken geben, auch Ihnen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Ich will ein paar Beispiele nennen: Im Bereich der Hochschulen hatten wir bei der Universität eine globale Minderausgabe von acht Millionen DM ver-

langt, bei den übrigen Hochschulen eine solche von 1,06 Millionen DM. Sämtliche darauf gerichteten Anträge der FDP-Fraktion sind bei den Haushaltsberatungen als völlig unrealisierbar abgelehnt worden, meine Damen und Herren. Inzwischen werden im laufenden Haushaltsjahr die Ausgaben für die Hochschulen nunmehr ausweislich dieser Mitteilung um 11,9 Millionen DM gekürzt. Was war da eigentlich unrealistisch an unseren Vorschlägen?

(Beifall bei der FDP)

Zweites Beispiel: Bei Lehr- und Lernmitteln hatten wir eine Kürzung von zwei Millionen DM ins Gespräch gebracht. Inzwischen ist der Gesamtanschlag von 15,5 Millionen DM auf 10,2 Millionen DM zurückgeführt worden, unsere Einsparungsvorschläge wurden also bereits in diesem Jahr um 3,2 Millionen DM übererfüllt. Was war da eigentlich unrealistisch an unseren Kürzungsvorschlägen?

(Beifall bei der FDP)

Nächstes Beispiel: Weiterbildung! Auch hier sind wir von einer globalen Minderausgabe von zwei Millionen DM ausgegangen. Hier sind die Einschnitte, die SPD und Senat vornehmen, zwar nicht so stark, aber immerhin sind auch hier jetzt 705 000 DM dem Rotstift zum Opfer gefallen. Also, tabu konnte doch dies auch nicht sein, wie Sie damals gesagt haben!

(Beifall bei der FDP)

Letztes Beispiel: Bei den unverzinslichen Gehaltsvorschußen haben wir im Dezember letzten Jahres eine Kürzung von 860 000 DM vorgeschlagen. Sie haben das abgelehnt. Jetzt ist dieser Posten sogar um zwei Millionen DM gekürzt worden. Meine Damen und Herren, was war das denn für eine vorausschauende Haltung, die damals die Mehrheitsfraktion und der Senat eingenommen haben?

(Beifall bei der FDP)

Man sieht also, was als Schwarzmalerei der FDP vor einem Jahr, exakt vor einem Jahr bezeichnet und desavouiert worden ist, als völlig unrealisierbar abgetan worden ist, das hat sich inzwischen als ebenso realisierbar wie notwendig erwiesen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Da kann man nur sagen: Die SPD-Fraktion und der Senat hätten vielen Bürgern dieses Landes sehr viel Mißmut und sehr viel Verständnislosigkeit für politische Entscheidungen ersparen können, wenn sie rechtzeitig auf die Notwendigkeit solcher Eingriffe hingewiesen und sie nicht viel, viel zu lange ge- leugnet hätten.

(Beifall bei der FDP — Präsident Dr. K l i n k  
übernimmt wieder den Vorsitz.)

Nun habe ich von den Entscheidungen gesprochen, die sich im großen Umfang mit unseren früheren Anträgen decken. Einige Punkte, bei denen wir Be-

(C)

(D)

(A) denken haben, muß ich aber auch anfügen. So sind zum Beispiel im Bereich Soziales, Jugend und Sport Wettmittel in einem erheblichen Umfang, man könnte sagen, zweckentfremdet worden. Da werden Ausgaben, die an sich in den Haushalt gehören, im Haushalt finanziert werden müssen, etwa bei Kindertagesstätten und Bürgerhäusern, in einem großen Umfang aus Wettmitteln finanziert. Meine Damen und Herren, ich mache nur darauf aufmerksam, daß dies eine Abkehr von der bisherigen Praxis ist. Man muß das bemerken und muß sehen, daß das haushaltspolitisch eine bedenkliche Entwicklung ist.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Punkt! Im Bereich Bauwesen werden rund 4,5 Millionen DM Einsparungen beim Bau der Tiefgarage Bleicherstraße ausgewiesen. Tatsächlich wird bei dieser Garage allerdings nicht gespart, es wurde vielmehr Geld umgeschichtet: Nachträglich herausgenommen wurden sozusagen aus dem fertigen Parkhaus städtische Haushaltsmittel, hineingesteckt wurden Ablösungsbeiträge, die jeder Bauherr zahlen muß, wenn er keine eigene Parkmöglichkeit schaffen kann.

(B) Meine Damen und Herren, damit ist die gesamte Rücklage — das ist der Punkt, auf den ich jetzt hinweisen will — für weitere Parkhäuser, für weitere Parkplätze aufgelöst. Das heißt konkret, auf lange Sicht wird kein weiteres Parkhaus, auch nicht das zweifellos dringend notwendige Parkhaus Violenstraße mit 540 Stellplätzen, gebaut werden können. Damit verliert nicht nur das gerade der Baudeputation vorliegende Konzept für den ruhenden Verkehr in der Innenstadt praktisch seine Grundlage, es wird vor allem eine große Chance zur Stärkung der Attraktivität der bremischen Innenstadt vertan.

(Beifall bei der FDP)

Vor allen Dingen, meine Damen und Herren, ich komme allmählich zum Schluß, bemängeln wir die falsche Gewichtung zwischen der Kürzung bei konsumtiven und investiven Ausgaben. Darauf hat mein Vorredner schon hingewiesen. Rund 90 der 134 Millionen DM, die gekürzt werden sollen, betreffen Ausgaben für Investitionen.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Lahmann, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, ich bitte Sie, mir noch einen kleinen Moment zu erlauben! Ich bin gleich zu Ende.

**Präsident Dr. Klink:** Darf ich fragen, wie lange Sie noch brauchen?

Abg. Lahmann (FDP): Drei Minuten!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte sehr!

Abg. Lahmann (FDP): Danke sehr! Also, wir be-  
anstanden, daß in zu starkem Umfang im investiven Bereich gekürzt wird. Damit wird die Verschuldungs-

(C) grenze, die Anfang dieses Jahres formal eingehalten worden ist, gesprengt, denn es dürfen keine höheren Kredite aufgenommen werden, als Investitionen getätigt werden. Wenn man nachträglich die Investitionen kürzt, dann sind die Schulden höher als die Investitionsansätze und -ausgaben. Das widerspricht der gesetzlichen Vorschrift.

Wir bedauern sehr, daß dies der Ausweg ist, den der Senat auch für die nächsten Jahre wählt, aber daß der Bruch dieser Kreditaufnahmegrenze schon in diesem Jahr eintritt, ist ein sehr bedenkliches Zeichen. Es ist vor allem auch deshalb bedenklich — nicht nur aus haushaltsrechtlichen Gründen —, meine Damen und Herren, weil dieses Einsparungskonzept nicht etwa arbeitslosigkeitshemmend wirkt, sondern eher arbeitslosigkeitsfördernd, denn Investitionen, auch der öffentlichen Hand, bedeuten Beschäftigung. Dieses Konzept aber, Investitionen zu kürzen, das hemmt nicht, sondern das fördert eher die Arbeitslosigkeit.

Meine Damen und Herren von der SPD, wenn Sie und einzelne Ihrer prononcierten Redner auf Ihrem Parteitag so sehr ein Beschäftigungsprogramm gefordert haben, dann hat doch der Bundeskanzler vollkommen recht, daß Sie damit nur auf andere zeigen! Sie machen in Bremen selbst eine völlig andere Politik und entlarven doch dadurch Ihre Forderung nach einem Beschäftigungsprogramm als eine leere Floskel, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

(D) Fangen Sie doch einmal bei sich an, und investieren Sie, das ist in der Tat ein Beschäftigungsprogramm! Dieses Kürzungsprogramm des Senats aber ist ein Anti-Beschäftigungsprogramm.

Meine Damen und Herren, wir haben — abschließend will ich das noch einmal zusammenfassen — Ihnen schon oftmals vorgetragen, daß im Haushalt konsumtive zu den investiven Ausgaben umgeschichtet werden müssen. Ich habe unsere Sparvorschläge ausdrücklich und konkret dargelegt. Die SPD hat unsere Vorschläge abgelehnt. Mit einer Verzögerung von Monaten und Jahren erkennt sie dann aber auch oftmals und zunehmend, daß unsere Entscheidungen und unsere Vorschläge doch richtig waren, sei es bei den oben angesprochenen Punkten aus unseren Haushaltsanträgen 1981, sei es bei unserer Forderung zur Einstellung der Wohnungsvermittlung, der Wohnberatung oder beim Essengeld.

Irgendwann kann auch die SPD in diesem Land sozusagen die normative Kraft des Faktischen nicht mehr übersehen. Nur ist eben sehr viel Schaden entstanden, und es sind hohe Schulden aufgelaufen. Vieles hätte von Bremen abgewendet werden können, wenn die SPD endlich einmal einsehen würde, daß es sehr viel besser ist, frühzeitig dem Patienten Bremen die richtigen Mittel zu verabreichen, als bei Kerzenschein sozusagen mit dem Taschenmesser dramatische Notoperationen durchzuführen.

Meine Damen und Herren, nachdem der Bundeskanzler deutlich gemacht hat, daß weder der Hilfe-

(A) schrei nach Bonn noch der Weg über Steuererhöhungen, sondern einzig und allein Sparen und Haushaltsumschichtung der richtige Weg zur wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung des Landes ist, wäre zu hoffen, daß sich auch in der Bremer SPD diese Einsicht durchsetzt. Man muß daran angesichts des Parteitags und zum Beispiel auch des Positionspapiers von Senator Franke erhebliche Zweifel haben.

Ich wiederhole noch einmal, was ich schon oft gesagt habe: Die FDP-Fraktion ist und bleibt trotzdem bereit, alle Maßnahmen zu unterstützen, die zur Gesundung Bremens, und das heißt vor allem, zu einer Rückkehr zu einer soliden Finanzwirtschaft, beitragen können!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stäcker.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte ein Wort des Kollegen Klein aufgreifen, das er hier zu Anfang äußerte, nämlich das Wort von der kurzen Besinnungspause, die einzulegen sei. Ich halte das auch für gut, denn es ist wichtig, daß wir uns vielleicht auch auf das besinnen, was hier vor Wochen und Monaten sowohl von der Opposition als auch von der Regierungspartei ausgeführt wurde. Daran möchte ich doch auch im Laufe meiner Ausführungen dann erinnern.

(B) Ich stelle fest, meine Damen und Herren, erstens, der Senat hat mit der hier vorliegenden Drucksache vom 12. Oktober 1981 seine Ankündigung wahrgemacht und detaillierte Kürzungsmaßnahmen entgegen den geäußerten Befürchtungen von CDU und FDP vorgelegt. Wenn man bedenkt, wie die Opposition noch vor einigen Wochen mit vielen Worten die angebliche Unmöglichkeit eines solchen Unterfangens des Senats unterstellt hat, dann müßten Sie heute eigentlich die Leistung des Senats besonders würdigen. Es ist doch dem Senat gelungen, die Einsparungsnotwendigkeiten in Höhe von 137 Millionen DM bis auf einen verbliebenen Rest von 4,2 Millionen DM durch Einzelkürzungen zu konkretisieren.

Zweitens, entgegen den Befürchtungen der Opposition bestand in den vergangenen Wochen auch die Möglichkeit, die Einsparungsvorschläge in den Deputationen gründlich zu beraten und gegebenenfalls Änderungswünsche dort vorzulegen und zu beantragen. Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion stellt dazu fest, daß von den Fraktionen der CDU und auch der FDP kein einziger Änderungsvorschlag bei diesen Erörterungen eingebracht worden ist!

Was uns jetzt vorliegt, ist, worauf der Vorsitzende unserer Fraktion schon in der September-Sitzung hingewiesen hat, zwar kein Nachtragshaushalt, kommt ihm aber wegen seiner Detaillierungen und Beteiligungsmöglichkeiten für die Oppositionsfraktionen sehr nahe.

(Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Auch im nachhinein erweist sich damit die Forderung, Herr Lahmann, der FDP nach Aufstellung eines Nachtragshaushalts, was diesen Sachverhalt angeht, als überflüssig und auch mehr oder weniger als ein reines Scheingefecht.

(Abg. Lahmann [FDP]: Wir sagen ja, er kommt dem nahe!)

Mit der detaillierten Vorlage gibt der Senat dem Parlament das Ergebnis seines Beratungsprozesses zur Kenntnis, und das bestätigt auch die von mir in der September-Sitzung vorgetragene Auffassung. Ich möchte aber noch einmal die Gelegenheit nutzen, auf Entwicklungen ebenfalls einzugehen, die diese Korrektur erforderlich machten. Es sind geringere Steuereinnahmen, höhere Zinsausgaben, höhere Sozialhilfeleistungen, Aufwendungen für die Beseitigung der Hochwasserschäden sowie der Mehrbedarf an Personalkosten, zum Beispiel für die Freigabe von 33 Lehrerstellen entsprechend der Entwicklung der Schülerzahlen.

Diese Mehranforderungen, meine Damen und Herren, die in dieser Höhe von niemandem, und ich betone ausdrücklich, von niemandem vorhergesehen werden konnten, mußten deshalb durch eine erneute Zurücknahme beziehungsweise Anhebung von Haushaltsansätzen im laufenden Jahr ausgeglichen werden. Ob — und da stimme ich mit meinen beiden Vorrednern graduell überein — die nun eingeleiteten Maßnahmen wirklich ausreichen, das muß sich bei Vorliegen der Schlußrechnungen im Frühjahr nächsten Jahres erweisen.

Ich will auch nicht verschweigen, daß es Anzeichen dafür gibt, daß es durch die anhaltende und sogar steigende Arbeitslosigkeit und die weiterhin ansteigenden Sozialhilfeausgaben und auch teilweise niedriger ausfallenden Einnahmen im nächsten Jahr zu einem weiteren Fehlbetrag kommen kann, wenn nicht sogar wahrscheinlich kommen wird. Ich gehe mit Herrn Lahmann überein, daß wir versuchen müssen, durch Restekappung diesen eventuellen Fehlbetrag möglichst zu mindern. Wenn uns das nicht gelingen sollte, dann muß laut Landeshaushaltsordnung dies in den nächsten zwei Jahren in den beiden laufenden Haushalten 1982 und 1983 ausgeglichen werden. Das wird uns das alles nicht leichter machen, es wird noch schwerer werden, wenn dies tatsächlich eintritt.

Aber, meine Damen und Herren, wie das so mit den Entwicklungen ist, dann sollten Sie sich doch auch noch einmal bei dieser Besinnungspause in Erinnerung zurückrufen, daß die ursprünglichen Ansätze schon im Frühjahr des vorigen Jahres um 120 Millionen DM zurückgenommen worden sind und daß die im Haushalt ausgewiesene Minderausgabe von 50 Millionen DM in diese 137 Millionen DM eingerechnet wurde und auch konkretisiert werden konnte. Natürlich waren dabei schmerzliche Einschnitte nötig.

Jetzt lassen Sie mich auch ein Wort an dieser Stelle zur von Herrn Klein beliebten Zitierung des

(C)

(D)

- (A) Begriffs Aufgabenkritik sagen! Jede Kürzung, jedes Durchringen um Zurücknahme von irgendwelchen politischen Vorstellungen in einzelnen Fachdeputationen oder auch im Gesamthaushalt ist eine Aufgabenkritik, denn es heißt abzuklopfen, was machbar und leistbar ist,

(Beifall bei der SPD)

heißt abzuwägen, was notwendig ist oder eventuell zurückgestellt werden oder auch gar nicht mehr durchgeführt werden kann. Das ist Aufgabenkritik.

Wir führen in diesen Wochen und Tagen Haushaltsberatungen im Haushaltsausschuß mit den einzelnen Ressorts durch. Es gehört zu den Standardfragen von Herrn Klein, dann diesen Begriff der Aufgabenkritik noch einmal einzuführen. Wir erwarten, ohne daß wir jetzt schon die Beratungen des Haushalts 1982 vorwegnehmen, gerade auch zu diesem Punkt dann eine Darstellung aller der Punkte, die im Haushalt 1982 auch konkret unter diesen Begriff fallen.

Nun ist auch gefragt worden, ob diese Maßnahmen nicht rechtzeitig hätten getroffen werden können. Hier verweise ich auch wiederum, weil Ihnen das scheinbar etwas entgangen ist, auf eine Formulierung im Finanzplan 1980 bis 1984, mit der der Senat schon ausdrücklich auf die Verpflichtung der Ressorts hinweist, umgehend Mitteilung zu erstatten, sofern sich Fehlbeträge abzeichnen, für die keine Deckungsmöglichkeit gesehen werden kann.

- (B) Meine Damen und Herren, keiner wird doch bestreiten können, daß auch wir, der Finanzsenator und die Mitglieder meiner Fraktion zum Haushaltsablauf immer wieder deutliche Worte gesagt haben und darauf hingewiesen haben. Aber die frühzeitigen Überlegungen, da befinden wir uns nicht in Übereinstimmung mit Ihrer Auslassung, haben uns in eine Lage versetzt, aus der wir heute feststellen können, daß es uns rechtzeitig gelungen ist, die für die 137 Millionen DM sich abzeichnende Deckungslücke in diesem Haushalt durch viele Einzelmaßnahmen weitestgehend zu schließen.

Wenn wir nun das Kürzungskonzept hinsichtlich der Ausgabengruppen betrachten, ergibt sich das Bild: 33,5 Millionen DM kommen aus dem konsumtiven Bereich, 90,3 Millionen DM aus dem investiven Bereich, zusätzlich zehn Millionen DM durch weitere Einzelkürzungen. Aber ich will Ihnen auch sagen, und das hat eine entscheidende Rolle gespielt bei der Vorlage des Kürzungsprogramms durch den Senat, daß zum Beispiel im konsumtiven Bereich erst 33 Prozent und bei den Globalmitteln 35 Prozent bis Jahresmitte abgeflossen waren und daß wir deshalb — wir haben die Debatte etwa zwei Monate später über diese Mitteilung des Senats erhalten — heute sagen können, daß wir Grund zu der realistischen Annahme haben, daß dieses Kürzungsziel für die 137 Millionen DM erreicht werden kann.

Natürlich wollen wir auch nicht verkennen, wie schwer das ist, wenn zum Beispiel bei Gebäudeunterhaltungsmitteln, aber auch bei allgemeinen Un-

terhaltungsmitteln diese Kürzungen realisiert werden müssen. Das ist ganz realistisch auch von uns zu sehen. Besonders hart trifft gerade in der derzeitigen konjunkturellen Lage der Umfang der Investitionskürzungen hier zu. Es handelt sich um eine Vielzahl, und deswegen war das auch so mühsam in den Deputationen, von kleineren Einzelkürzungen, aber auch um Kürzungen bei noch nicht begonnenen größeren Maßnahmen.

Bei Kürzungen aus einem laufenden Haushalt, meine Damen und Herren, werden sich leider keine anderen Lösungen anbieten. Wenn Sie hier nun wieder auf den Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung anspielen, dann will ich dazu auch ganz deutlich sagen, daß wir dies im laufenden Haushalt vom Senat gewählte Verfahren für politisch zwingend halten und daß wir auch keine rechtlichen Bedenken zu diesem Verfahren haben. Wir begrüßen im Gegenteil zu Ihnen deshalb die Handlungsweise des Senats.

Aber ich möchte auch noch einmal ein Wort sagen, und das gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, zu der Verlegung der Haushaltsberatungen in das Frühjahr 1982 für nächstes Jahr! Durch die Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten hat es sich nicht nur als wichtig, sondern auch geradezu als zwingend herausgestellt, die Haushaltsberatungen zu vertagen. Dies haben zwischenzeitlich im übrigen auch andere Bundesländer erkannt und entsprechende Schritte eingeleitet.

(Beifall bei der SPD)

Ich will es mir hier aus Zeitgründen ersparen, das im einzelnen aufzulisten, aber wenn Sie sich einmal umhören und umsehen würden bei den anderen Ländern, würden Sie sehr schnell darauf kommen. Ihre Vorwürfe von der CDU gehen in dieser Hinsicht völlig ins Leere!

(Beifall bei der SPD)

Im Gegenteil, meine Damen und Herren, und das wissen auch die Mitglieder im Haushaltsausschuß der anderen Oppositionsparteien, das Kürzungsprogramm dieser 137 Millionen DM ist in die Basiszahlen für die Haushaltsberatung 1982 mit eingeflossen und wird berücksichtigt.

(Abg. Klein [CDU]: Die Steuerschätzung ist erst gestern gewesen, Herr Kollege!)

Herr Kollege Klein, Sie wissen auch genau, daß die Ergebnisse zum Beispiel der Einnahmen im Monat Oktober sehr niedrig waren, auf der anderen Seite eine erfreuliche Einnahmesteigerung im November zu verzeichnen war. Keiner hier im Raum weiß, wie die Einnahmeseite des Monats Dezember aussehen wird. Jeder, der dazu heute schon konkret etwas sagen kann oder will, ob es nun so oder so viel ausmacht, was wir als Deckungslücke eventuell noch mit hinübernehmen müssen in das nächste Jahr, der spekuliert auf irgend etwas, was er nicht genau hier und konkret nachweisen kann!

(C)

(D)

(A) Wenn Sie hier heute Ihre Aufrechnung machen mit den 322 Millionen DM und dabei auf 500 Millionen DM kommen, dann will ich Ihnen nur stichwortartig sagen, daß wir uns darum bemühen, und Sie sind mit dabei, Kollege Klein, diese 322 Millionen DM für das Haushaltsjahr 1982 ebenfalls noch zu decken,

(Beifall bei der SPD)

daß wir wissen, daß die Haushaltsmittel, zum Beispiel die Aufwendungen für die Schleuse Oslebshausen nicht 1982 aller Voraussage nach kassenwirksam werden, daß um die Pflegekostensätze zur Zeit ein Prozeß geführt wird und daß wir hier 100 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen einstellen wollen.

Das kann man doch nicht schon als Minusbetrag von vornherein bezeichnen, es sei denn, daß Sie hellseherisch das Ergebnis dieses Prozesses bereits kennen. Wir wissen doch auch um die Sozialhilfeausgaben, aber haben Sie schon konkret hier eine Aussage treffen können, wie denn nun das Ergebnis des Vermittlungsausschusses des Bundestags sich tatsächlich auswirken wird? Können Sie das so genau beziffern mit den 30 Millionen DM, wie Sie gesagt haben, im nächsten Jahr an Mehraufwand? Das alles sind doch Spekulationen, die nicht substantiiert werden können und die auch nicht in dieser Weise hier angeführt werden können!

(B) Wir haben den Vorteil, und das sollten wir nicht vergessen, daß wir uns frühzeitig auf abzeichnende Entwicklungen einstellen und daß wir auch dementsprechend darauf reagieren können. Für uns bedeutet das Verminderung des weiteren Anstiegens der Arbeitslosigkeit in unserer Schwerpunktsetzung, Sicherung vorhandener Arbeitsplätze und, soweit das in unseren Möglichkeiten steht, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Dafür haben wir dieses 68-Millionen-Programm keinen Kürzungen unterworfen, sondern wollen dies dafür einbringen, und dabei stehen wir unter dem Zwang, keine zusätzliche Verschuldung zulassen zu können. Das wollen wir nicht, aber wir müssen auf der anderen Seite, das will ich auch hinzufügen, Einnahmeverbesserungen da, wo sie tragbar und vertretbar sind, mit in unserer Haushaltssituation berücksichtigen.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion lamentiert nicht über diese Krisen, wir schielen auch nicht auf die Stimmen angeblich Unzufriedener, sondern wir handeln aus Verantwortung für den Bürger und für unser Land!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*: Meine Damen und Herren! Wenn man die Worte des Abgeordneten Stäcker hier noch einmal zu Rate zieht, dann, glaube ich,

\*) Vom Redner nicht überprüft.

klang das so: Alle lamentieren über die Krise, wir nicht, wir sehen die gar nicht erst richtig! (C)

(Abg. Willers [BGL]: Wir machen sie!)

Ja, ich will gar nicht so viel sagen, wir machen sie, zu dem Thema Machen der Krise und Macher in der Krise, komme ich zum Schluß!

Meine Damen und Herren, ich möchte drei Punkte zu dieser Vorlage, der Mitteilung des Senats, sagen, zum einen zum Verfahren, zum anderen Bemerkungen in der Sache, und zum dritten, was können wir da politisch lernen.

Zunächst einmal zum Verfahren! In aller Kürze erinnere ich nur daran, daß wir im Jahre 1980, im Dezember, also genau vor einem Jahr, über den Haushalt des Jahres 1981 beraten haben. Da sind ausführliche Bemerkungen, ganz höflich ausgedrückt, von der Opposition gekommen über die Unseriosität der Haushaltsvorlage. Diese Bemerkungen gipfelten schließlich auch in dem Vorwurf, daß dieser Haushalt verfassungsrechtlich nicht tragbar sei, daß Verfassungsmanipulationen vorgenommen worden seien, ungedeckte Rücklagen, unzulässige globale Minderungen und ähnliche Tricks, Verletzung des Paragraphen 18 der Landeshaushaltsordnung und so weiter und so fort.

Nun, das wurde alles beiseite gewischt! Bemerkenswert daran war in jedem Falle eines: Auch der Senat konnte nicht leugnen, daß Löcher in diesem Haushaltsentwurf waren, und er sagte dann noch vor Verabschiedung dieses Haushalts 1981, da werden wir dann halt im Frühjahr diskutieren oder im Januar anfangen zu diskutieren, wie wir denn diese Minderausgaben, so heißt es immer im Fachjargon, erwirtschaften. (D)

Wir haben damals gerügt, daß man dann über einen Haushalt nicht beschließen könne, wenn man erst im Januar oder noch später erfahren solle, was eigentlich tatsächlich darinstehen soll. Aber darüber haben sich natürlich der Senat und auch die SPD-Fraktion hinweggesetzt und dieses Haushaltsgesetz verabschiedet. Im Laufe des Jahres 1981 kam es dann immer wieder zu Vertröstungen, wann man denn nun genauer erfahren würde, wie dieser Haushalt zu vollziehen sei, wie denn nun etwas zu erwirtschaften sei, was gar nicht da war.

Nun, endlich Ende August war es dann soweit, natürlich nachdem die Partei, die SPD, auf Parteiveranstaltungen sich „Klarheit“ verschafft hat, daß dann tatsächlich auch der Senat als Verfassungsorgan hier eine Mitteilung verfaßte. Die wurde dann im Oktober gedruckt, und heute, im Dezember, liegt sie uns nun endlich vor. Heute, im Dezember 1981, dürfen wir darüber diskutieren, was wir im Dezember 1980 hier hätten verabschieden sollen!

Das verwundert natürlich niemanden, der dieses Jahr 1981 in der Finanzpolitik in Bremen genauer verfolgt hat. Ich will das jetzt nicht noch alles aufzählen, bitte, der, den es interessiert, möge doch einmal einfach die Bürgerschaftsprotokolle dieses Jahres nachlesen, vielleicht nur die Tagesordnungs-

(A) punkte, und er wird sehen, was dort alles verhandelt worden ist, über Vorlage von Nachtragshaushalten, über Vorlage der Finanzplanung,

(Abg. Klein [CDU]: Über das Schätzen eines Defizits in 1981!)

über das Schätzen des Defizits in 1981 und das in 1982, selbstverständlich im Zusammenhang mit der Finanzplanung und bis hin eben zu der von uns immer noch als verfassungswidrig gekennzeichneten Verschiebung der Haushaltsberatungen dieses Jahres, die wir heute hier hätten machen sollen, auf das Jahr 1982.

Dieses Verfahren spricht allein Bände! Es ist geradezu makaber, wenn man sich dann anhören muß, wie hier diese Vorlage des Senats sozusagen noch belobigt wird, daß man tatsächlich seine Hausaufgaben gemacht habe, während andere gesagt haben, das sei unmöglich. Die Opposition hat nie behauptet, daß Kürzungen unmöglich seien, sie hat nur behauptet, daß es dem Senat nicht gelingen werde, nachträglich die Manipulationen, die er 1980 schon eingeleitet hat, hier nun darstellen zu können als eine seriöse Finanzpolitik. Ich glaube, bei diesem Verdikt können wir heute auch bleiben.

Vom Verfahren her noch einmal! Die Summe, über die uns jetzt hier diese Bewirtschaftungsmaßnahmen vorgelegt werden, 137 Millionen DM, ist sowieso zu gering, um den Haushaltsausgleich hier herbeizuführen. Ich will es bei dieser pauschalen Beurteilung belassen, weil da Einzelheiten auch von den anderen Rednern der Opposition schon gesagt worden sind. Bemerkenswert, daß von diesen 137 Millionen DM immerhin ein Betrag von 4,2 Millionen DM auch heute noch offen ist, auch heute noch nicht angegeben wurde, wie diese 4,2 Millionen nun gedeckt werden sollen!

Meine Damen und Herren, dafür mag man noch im August dieses Jahres eine Begründung gehabt haben, daß man das so schnell nicht prüfen könne, obwohl es ja — wenn man die Drucksache einmal liest, etwas technisch sicherlich dort gefaßt, wird man es sehen — alles vorhersehbare Probleme waren, wer nun welches Geld zu bekommen hatte, ob das schon festliegt, ob man das nun noch ausgeben kann oder ob das gebundene Zuweisungen sind und so weiter.

Mag es alles sein wie es will, daß wir heute im Dezember über diese Vorlage vom August, die dann gedruckt im Oktober wurde, diskutieren und der Senat immer noch nicht in diesen vergangenen Monaten Zeit gefunden hat, uns zu erklären, wie er diese 4,2 Millionen DM aus seinem eigenen Konzept zu decken beabsichtigt, das spricht doch wohl für sich! Das spricht für die Unfähigkeit oder die Unwilligkeit dieses Senats, wirklich ernsthaft hier finanzpolitisch die Hosen herunterzulassen!

(Beifall bei der BGL)

Meine Damen und Herren, diese Mitteilung des Senats gibt uns etwas zur Kenntnis, wie es so schön

heißt, und ich schließe mich da den Bemerkungen der Vorredner an, daß wir das nur mißbilligend zur Kenntnis nehmen können. Statt daß hier ein Haushalt, ein ordentlicher Haushalt verabschiedet wurde, im Jahre 1980, oder ein Nachtragshaushalt, wie gefordert von der Opposition, im Jahre 1981, wird uns nun hier ein solcher Haushaltsvollzug vorgelegt, der im Volumen so umfangreich ist, daß er in jedem Falle die Bürgerschaft als Plenum hätte beschäftigen müssen.

Man muß hinzurechnen, und das kommt auch noch bei diesem Problem hinzu, was hier aber noch nicht erwähnt wurde, daß während des ganzen laufenden Jahres auch Nachbewilligungen stattfinden, also auch eine Umschichtung. Wir haben gerade am 7. Dezember — das ist noch gar nicht ausgedruckt — die Mitteilung des Senats über die Haushaltslage nach dem Stand vom 30. September 1981. Wenn man da hineinschaut, stellt man fest, daß insgesamt noch einmal 103 Millionen DM an Nachbewilligungen gewährt wurden, die dann also umgeschichtet wurden. Von diesen 103 Millionen DM allein beispielsweise wurde behauptet, daß 37 Millionen DM durch Mehreinnahmen gedeckt seien, während der Rest — 58 Millionen DM — durch Einsparungen gedeckt seien.

Meine Damen und Herren, Mehreinnahmen von 37 Millionen DM sollen diese Nachbewilligungen decken, obwohl dieselbe Mitteilung des Senats über die Haushaltslage ausweist, daß wir insgesamt hinter den Anschlägen zurückbleiben, daß wir Minder-einnahmen insgesamt haben. Auch hier wird doch deutlich, daß irgendwo, wo vielleicht auch Mehreinnahmen entstanden sind, Geld genommen wird, um neue Bewilligungen zu decken, während nicht einmal die alten Löcher gestopft sind! Auch das zeigt, daß der Senat nicht bereit ist, hier tatsächlich die Karten offenzulegen und offen zu sagen, wieviel Geld da ist und wohin denn dieses Geld nun fließen soll.

Meine Damen und Herren, das Verfahren in der Sache, ich will das nur mit einem Wort noch kennzeichnen, ist eben unseriös, und die Inhalte dieser Sache können wir ebenfalls in keiner Weise gutheißen. Zum einen, bei dieser Bemerkung will ich es auch bei diesem Punkt belassen, sind zahlreiche Vorschläge schon im Jahr 1980 gemacht worden bei den Haushaltsberatungen, die von der SPD abgewimmelt wurden, abgelehnt wurden, abgetan wurden als nicht tragbar, als nicht in die politische Landschaft passend und aus anderen Gründen.

Herr Lahmann hat einige erwähnt, man mag nur die Drucksachen und die Protokolle der damaligen Haushaltsberatungen nachlesen, wir haben auch einige konkrete Vorschläge gemacht, wir finden jetzt auch einige davon wieder. Es zeigt sich darin nur — auch hier wieder —, daß Senat und SPD-Fraktion nicht bereit sind, auch nur zuzuhören, wenn Vorschläge von anderen politischen Kreisen gemacht werden.

Zum zweiten kritisieren wir in der Sache, daß hier tatsächlich auch kein politisches Konzept vorhanden

(A) ist für diese Bewirtschaftungsmaßnahmen. Es ist kein Schwerpunkt ersichtlich. Es ist keine politische Begründung gegeben, warum man hier so verfährt und dort so. Es sind Globalkürzungen, das ist schon angesprochen worden, aber es ist nicht angegeben worden, daß wir hier eine politische Konzeption etwa verfolgen, indem man sagt, in diesem Bereich müssen wir eben nun kürzen, und in jenem Bereich müssen wir vielleicht sogar etwas zulegen, indem man also auch Schwerpunkte setzt, indem man tatsächlich einfach sagt, politische Prioritäten setzen wir hier, und damit begründen wir auch, warum wir anderen auf die Füße treten. Nichts von alledem!

Da ist eigentlich der Unterschied zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben fast verschwindend, zumal bei den Beträgen, um die es teilweise geht. Wenn ich lese, daß da irgendwo 69 DM oder 311 DM an investiven Ausgaben gekürzt werden, dann kann ich natürlich auch nicht mehr ernsthaft darüber nachdenken, ob das nun beschäftigungspolitische Auswirkungen hat oder nicht.

Es zeigt sich, daß hier durch diese Vorlage überhaupt kein Problembewußtsein geäußert wird über die Auswirkungen eines solchen Haushalts, sei es im konsumtiven, sei es im investiven Bereich. Diese Abgrenzung, wie gesagt, müßte eigentlich noch einmal problematisiert werden. Die Zeit dazu wird in den Haushaltsberatungen 1982 sein.

(B) Wenn man dann Einzelmaßnahmen ansieht, und ich will das nur an einzelnen Beispielen machen, dann wird man auch da nur Mißbilligung finden können, wenn man sieht, wie das insgesamt gemacht worden ist. Da ist das Stichwort Aufgabenkritik jetzt vorhin schon gefallen, und ich will es einmal aufgreifen, weil Herr Stäcker meint, in so einem Papier stecke auch Aufgabenkritik. Ich will das einmal aufgreifen und will mir einmal ein paar Aufgaben ansehen, wo hier gekürzt wurde.

Erstes Beispiel: Beiräte! Die Beiräte sollen 500 000 DM weniger bekommen von den Globalzuweisungen. Meine Damen und Herren, das ist Aufgabenkritik à la SPD. Hier wird großartig hingegangen und wird gesagt, mehr Demokratie wagen, direkte Demokratie, die Beiräte sollen Geld haben, sie sollen vor Ort etwas mit dem Geld anfangen können, daran sollen die Initiativen sich beteiligen können, die Bürgervereine. Der einzelne Bürger vor Ort kann in die Beiratssitzungen gehen, kann Wünsche und Anregungen äußern und kann dann auch mitbestimmen über das Geld, und dann geht der Senat hin und kürzt einmal eben 500 000 DM, ein Viertel der Summe, die damals vorgeschlagen war, und wir hatten noch Anträge gestellt, das zu erhöhen, das in derselben Höhe, besser gesagt, zu belassen, wir wollten da schon gar nicht mehr auf utopische Vorstellungen hinaus, daß die Beiräte ernsthaft größere Summen bekommen!

Hier zeigt sich, was Aufgabenkritik à la SPD heißt: den Bürgern verbal zu sagen, wir geben euch mehr Demokratie, und in der Sache, wenn es um die Sache

geht, und wenn es auch um das Geld geht, ihnen dieses Geld nicht zu geben, das ist Roßtäuscherei. Das Roß ist die SPD.

(Abg. Stäcker [SPD]: Wer täuscht?)

Meine Damen und Herren, Aufgabenkritik! Sehen Sie einmal hinein! Wir haben auch unsere Kritik an den Ausgaben, etwa im Baubereich, im Bildungsbereich, wobei wir dann gleich die Verknüpfung nehmen. Wenn also Betonwüsten für die Schüler aufgestellt werden und es wird uns immer gesagt, das Geld haben wir längst ausgegeben, das können wir gar nicht mehr kürzen, das macht die Sache ja nur noch schlimmer. Aber sehen wir uns an, was hier jetzt gekürzt wird!

Beispiel: Gerade bei den Sonderschulen, Lehrmittelausstattungen, das ist Aufgabenkritik à la SPD. Sehen wir an! Maßnahmen für Behinderte, Werkstätten für den Martinshof, da wird gekürzt! Das sind Hunderttausende von Mark, die da insgesamt gekürzt werden sollen.

(Abg. Klatt [SPD]: Das stimmt doch gar nicht bei den Sonderschulen! — Abg. Stichweh [SPD]: Bei dem Personalbereich wird überhaupt nichts gekürzt!)

Das ist Aufgabenkritik, genau! Sie können jetzt sagen, das sind hier nur 1000 DM und dort nur 1000 DM, das ist genauso wie bei den anderen Geschichten, das sind auch überall Tausendmarksbeträge, hier 630 DM, da 710 DM, bei manchen sind es 234 DM, beim anderen sind es 64 DM und so weiter und so fort.

(D) Sie sehen daran nur, das ist Aufgabenkritik à la SPD, keine Schwerpunktsetzung. Im Jahr der Behinderten, meine ich, hätte man hingehen müssen und sagen müssen, dann geben wir da noch ein bißchen Geld dazu. Wir wollen einen Schwerpunkt setzen, wir wollen zeigen, daß wir uns um die Anliegen dieser Menschen kümmern, aber Sie gehen eben hin und kürzen nach Ihrem Rasenmäher- oder Gießkannenprinzip genauso, wie Sie Subventionen mit der Gießkanne überall austreuen, so gehen Sie jetzt hin und gießen gewissermaßen mit Ihrer Gießkanne Salzsäure aus, um überall die zarten Pflänzchen da noch kaputt zu bekommen.

Meine Damen und Herren, wenn man dann den letzten Punkt der Sache sieht, die Finanzverwaltung, wenn man sieht, daß da Millionenbeträge hin- und hergeschickt werden, ob daß — das ist hier in der Bürgerschaft auch behandelt worden — Stiftung „Wohnliche Stadt“ ist oder ähnliche Summen, Konzessionsabgabe Stadtwerke und so weiter, dann weiß man genau, das sind nicht mehr Bewirtschaftungsmaßnahmen nach der Landeshaushaltsordnung, das ist Finanzjongliererei, das gehört in den ordentlichen Haushalt eingestellt, das ist ein Rechtsbruch, wenn das hier unter Bewirtschaftungsmaßnahmen einmal eben so einfließen soll.

(Beifall bei der BGL)

(A) Meine Damen und Herren, hier leuchtet schon ein Licht, ich will noch ein Beispiel geben dafür — —  
(Unruhe bei der SPD)

Das Licht leuchtet hier, daß ich noch drei Minuten habe, das steht hier ausdrücklich.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Anderthalb Minuten davon sind schon abgelaufen.

Abg. **Adamietz (BGL):** Ein Beispiel dafür, daß man natürlich so einen Katalog danach befragen muß, was nicht darinsteht, wo nicht gekürzt wird, bei den ganzen Planungsgutachten für die verfehlten Planungen etwa und, nur als Beispiel, weil es gerade so aktuell ist, etwa auch natürlich B 3, Frauenstelle!

Meine Damen und Herren, zum Schluß der Punkt noch einmal, was kann man politisch lernen: Wir freuen uns, daß man von der Opposition her immerhin langsam erkannt hat, daß die Zahlen für das Jahr 1982 eher in der Größenordnung einer halben Milliarde oder mehr liegen, statt bei den 300 Millionen DM, die hier zugegeben werden sollen, und es ist schon wirklich ein starkes Stück, man muß vielleicht auch sagen, wenn ich höflich bin, mutig von Herrn Stäcker zu meinen, das seien Spekulationen, während er offenbar seine getürkten Zahlen hier als seriös darstellen will. Spekulativ ist das, was die SPD hier immer wieder vorlegt.

(B) Ich will am Schluß nur sagen, wir müssen unterscheiden in der Tat nach dem Stichwort, was ist hausgemacht und was ist nicht hausgemacht. Über die Dinge, die an dieser Finanzmisere hausgemacht sind, brauchen wir natürlich politisch gar nicht groß mehr zu reden, die fallen in die Verantwortung des Senats, aber wie ist das bei den sogenannten nicht hausgemachten Sachen?

Da sind wir der Meinung, daß man politisch sehr wohl vorausschauen kann, Gefahren sehen kann, und das ist die Aufgabe der Politiker, sich darauf einzustellen. Wenn man dann diese Gefahren nicht sieht, obwohl Warner da sind, ist allerdings das Ergebnis dieser Krisen auch hausgemacht. Beispiel: Finanzentwicklung,

(Glocke)

ist von uns vorhergesagt worden. Wenn man uns dann sagt, die Ursachen dieser Finanzentwicklung mögen Ölpreise oder sonst etwas sein, auf das wir keinen Einfluß haben, mag das sogar noch hingehen, aber wenn man sich nicht rechtzeitig darauf einstellt, dann ist das hausgemacht.

(Glocke)

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident!

**Präsident Dr. Klink:** Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. **Adamietz (BGL):** Ich überziehe soviel wie der Vorredner.

(Widerspruch bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Wie lange — —.

Abg. **Adamietz (BGL):** Zwei Minuten! Der hatte drei Minuten, ich nehme nur zwei Minuten. (C)

Ein anderes Beispiel, ich greife das nur einmal auf, weil Herr Klein das angesprochen hat: Schiffsuntergang Elmar Tres, ein sehr bedauerlicher Vorgang, aber auch da können wir doch nicht so hergehen und die Augen verschließen, das ist eben Unglück, und wir sind so geplagt, wir sind die armen Opfer, ihr dürft uns nicht schelten.

Zum einen, ich will nicht auf die schiffbaupolitischen oder technischen Sachen eingehen, seit dem Untergang der München ist da ein stärkeres Problembewußtsein. Vielleicht hätte man da eben auch mehr vorausschauen können. Aber wie ist es in unserem Bereich? Da höre ich etwas von Unterversicherung. Versicherungen sind gerade dafür da, daß man eben Unglücke, Naturkatastrophen dann wenigstens, soweit das unsere Verantwortung ist, wirtschaftlich auffängt, ganz abgesehen von den Menschenleben, die dieses Unglück gefordert hat.

Wenn ich dann noch höre, da ist womöglich eine Bürgerschaft fällig, dann frage ich doch, war das denn nicht vorausschaubar. Wenn ich eine Bürgerschaft gebe, dann muß ich doch gerade den Fall einplanen, daß die Bürgerschaft fällig wird, daß ich in Anspruch genommen werde! Wo sind dann hier die Rücklagen für solche Bürgschaftsverpflichtungen? Nirgendwo! Wo ist die Kontrolle, daß so ein Schiff dann auch deckungsmäßig richtig versichert ist, damit die Bürgerschaft nicht in Anspruch genommen wird? Auch nicht da! Genauso ist das bei anderen Dingen, beim Weserwasser über den Hastedter Bulten, da sieht man in die Nordsee und baut Deiche und sieht nicht, daß im Rücken die Gefahr kommt. Das ist das Problem der SPD immer gewesen. (D)

Meine Damen und Herren, der Volksmund sagt, aus Schaden wird man klug. Wir meinen, es ist genug Schaden für Bremen bereits angerichtet worden, damit wir klug werden, und ich glaube, wir sind auch klug geworden.

(Abg. Wille [SPD]: Sie aber nicht!)

Die SPD allerdings hat nach unserem Eindruck noch nicht genug Schaden für Bremen erlebt, wenn nicht selbst heraufbeschworen, um klug zu werden. Deswegen unser Appell an die Bürger: Werden Sie als Bürger, die Sie das hier verfolgen, klug, wenden Sie wenigstens Schaden von Bremen ab, wenden Sie sich von der SPD ab!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, wir haben jetzt noch eine Wortmeldung und bis 13 Uhr nach meiner Uhr noch acht Minuten.

Herr Bürgermeister Thape, wie sieht es aus, wie lange ist etwa Ihr Redebeitrag? Können Sie das übersehen?

(Bürgermeister Thape: Die anderen reden stundenlang, und ich muß das in Sekunden machen! — Abg. Wedemeier [SPD]: Herr Präsident, um 13 Uhr pünktlich müssen einige — —!)

(A) Deswegen die Frage, Herr Bürgermeister Thape!

(Unruhe bei der SPD)

Das Wort hat Bürgermeister Thape.

(Widerspruch bei der SPD)

Entschuldigung, wir waren uns gerade einig, daß um 13 Uhr — —!

(Zurufe von der SPD — Glocke)

Wenn alle hier durcheinander reden, dann kommen wir natürlich nicht klar. Ich habe Herrn Bürgermeister Thape gefragt, und er hat mir gesagt, daß er bis 13 Uhr fertig sein wird. Habe ich das richtig verstanden?

(Bürgermeister Thape: Das habe ich vorhin gesagt, weil ich nicht wußte, daß alle verlängern. Möglicherweise schaffe ich es, aber ich kann es nicht ganz genau sagen, weil — —! — Starke Unruhe bei der SPD)

Wenn wir ein, zwei Minuten überschreiten, ist das ein Unglück?

(Zurufe von der SPD)

Bitte sehr!

**Bürgermeister Thape, Senator für Finanzen:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Eine schwierige Finanzsituation wird nicht dadurch besser, daß man sie verharmlost, sie wird aber ebensowenig schlechter. Indem man immer wieder die taktischen Behauptungen wiederholt, auch die falschen Behauptungen in einer recht blumenreichen Sprache, Herr Klein, ändert das nichts an den Fakten, das wollen wir doch einmal festhalten!

(Abg. Klein [CDU]: Also, das Defizit für dieses Jahr habe ich richtig eingeschätzt!)

Ich bin der Meinung, daß der Senat schnell und wirkungsvoll, wenn auch mit sehr schmerzhaften Eingriffen zum Teil, das muß ohne weiteres zugegeben werden, reagiert hat, und ich habe manchmal den Eindruck, daß gerade bei der Opposition deshalb die Unruhe entstanden ist, weil sie nicht erwartet hat, daß wir so schnell und wirkungsvoll eingreifen

(Beifall bei der SPD — Lachen bei CDU und BGL)

und daß damit das Gerede von der Hilflosigkeit des Senats der Finanzsituation gegenüber nämlich ad absurdum geführt wird und widerlegt wird.

Doch, ich glaube schon, daß etwas daran ist, denn wenn wir die Protokolle der Vergangenheit vergleichen, ist immer wieder dieser Vorwurf erhoben worden, daß wir nicht in der Lage seien, zu reagieren. Wir haben reagiert,

(Abg. Lahmann [FDP]: Sie reagieren, aber Sie agieren nicht!)

und zwar auch durch massive Eingriffe in die konsumtiven Ausgaben. Es stimmt nicht, daß wir nur in die Investitionen hineingegangen sind.

(Abg. Lahmann [FDP]: Das hat keiner gesagt!)

Leider mußten wir das tun, das ist nie bestritten worden, aber ich mache darauf aufmerksam, daß wir sehr, sehr hart in die konsumtiven Ausgaben hineingeschnitten haben, und erst die Praxis der Abläufe der nächsten Monate wird auch den Deputierten und den einzelnen Abgeordneten zeigen, wie schwerwiegend diese Eingriffe im konsumtiven Bereich gewesen sind und sich für die Zukunft noch auswirken werden.

Die Frage der Aufgabenkritik! Ich meine, Aufgabenkritik ist doch kein Zauberwort. Aufgabenkritik ist ein längerfristiger Vorgang, der eingeleitet wird natürlich auch durch globales Sparen, und wenn wir zum Beispiel für 1982 vorsehen, daß die Reisekosten um 50 Prozent gestrichen werden müssen, dann ist doch das nichts anderes als Aufgabenkritik. Das muß man doch festhalten. Wir wollen hier keinen Popanz aufbauen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Ein schlechtes Beispiel! Wählen Sie einmal eines aus dem Personalbereich!)

Im Personalbereich wird so massiv eingeschritten wie in keinem anderen Bundesland.

(Abg. Klein [CDU]: Eben!)

Darum! Das ist auch unsere Aufgabenkritik in bezug auf die Zahl des Personals, das ist doch ganz klar, und damit sind auch praktische Maßnahmen verbunden.

(Abg. Klein [CDU]: Aber dann müssen Sie doch auch die Aufgaben reduzieren!)

Herr Klein, es wäre nett, wenn Sie mich einmal ausreden lassen würden!

(Abg. Klein [CDU]: Das tue ich immer!)

So geht das nicht! Sonst müssen wir uns einmal zusammen hier an das Pult stellen, und das wird vielleicht ganz interessant. Das kann man einmal versuchen.

Herr Klein, Sie haben so eine Art Milchmädchenrechnung aufgemacht mit 500 Millionen Defizit für 1982. Ich schlage Ihnen vor, Sie zählen auch die Kürzungen, die wir in der Finanzplanung bis 1984 vorgenommen haben von knapp einer Milliarde DM, noch dazu, dann kommen Sie auf 800 oder 750 oder 900 Millionen DM und zu noch viel größeren Summen, denn die 322 Millionen sind bei uns aus der Finanzplanung herausgenommen worden, während die 137 Millionen natürlich aus einem laufenden Haushalt herausgenommen werden beziehungsweise herausgenommen worden sind.

(Glocke)

(C)

(D)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Herr Bürgermeister, wir kommen jetzt in gewisse Schwierigkeiten. Ich muß Sie fragen, ob Sie bereit sind, eine Zwischenfrage anzunehmen?

(Abg. Klein [CDU]: Ich stelle mich als schwarzen Mann gern zur Verfügung!)

**Bürgermeister Thape:** Das mache ich dann mit!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte!

Abg. Klein (CDU): Herr Bürgermeister, um keinen Zwischenruf zu machen und da Sie sowieso unter Zeitdruck stehen, das könnte vielleicht stören: Erinnern Sie sich daran, wie Ihre Reaktion war bei den Haushaltsberatungen für 1981, als ich für dieses Jahr ein Defizit von rund 150 Millionen DM errechnete? Erinnern Sie sich an Ihre damalige Reaktion?

**Bürgermeister Thape:** Ja, das habe ich gesagt, 250 Millionen DM sind es für dieses Haushaltsjahr nicht,

(Abg. Klein [CDU]: Eben!)

und die sind es ja auch nicht.

Abg. Klein (CDU): Darf ich fragen, Herr Bürgermeister, können wir uns hinsichtlich einer Addition verständigen, 51 Millionen DM globale Minderausgabe plus 137 Millionen DM Kürzungsvorlage, die wir jetzt hier zur Kenntnis nehmen, plus wahrscheinlich die Defizite aus diesem Jahr aus all den Imponderabilien, die wir erwähnt haben, von 50 Millionen DM, sind rund gerechnet 250 Millionen DM?

(B)

**Bürgermeister Thape:** Ja, es stimmt! Wenn Sie diese 50 Millionen DM dazurechnen, dann stimmt das!

(Abg. Klein [CDU]: Darf ich eine letzte Frage stellen?)

Bitte schön!

Abg. Klein (CDU): Wenn also, Herr Bürgermeister, meine Schätzung für die Lücke dieses Jahres jetzt nach Ihren eigenen Worten nicht unzutreffend ist, könnte nicht auch eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür sprechen, daß bezüglich der Schätzung der Lücke für 1982 es auch nicht ganz unrichtig ist?

**Bürgermeister Thape:** Herr Stäcker hat schon darauf aufmerksam gemacht, daß wir einfach nicht in der Lage sind, das auf die Mark genau vorauszube rechnen.

(Abg. Klein [CDU]: Eben!)

In der Beziehung gebe ich Ihnen auch recht, indem Sie sich verschätzen können. Auf der anderen Seite habe ich nur darauf aufmerksam gemacht, daß Sie die 322 Millionen DM, die nun aus der Finanzplanung herausgenommen worden sind, und die Risiken, die noch in 1982 sind, nicht zusammenzählen können. Das war meine Meinung, wenn Sie noch von einer Lücke sprechen, denn die 322 Millionen DM, die wir für 1982 herausgestrichen haben durch Senatsentscheidung, können Sie natürlich nicht mehr

als Risiken darstellen. Das war der Punkt, den ich herausstellen wollte. (C)

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Das war ja nur die Straßenbahn! — Abg. Lahmann [FDP]: Es sind ja noch ein paar mehr Risiken!)

Den Vorwurf von Herrn Lahmann, daß wir einen Nachtragshaushalt hätten vorlegen müssen, daß das gesetzlich praktisch notwendig wäre — —.

(Abg. Lahmann [FDP]: Gesetzlich habe ich nicht gesagt!)

Das haben Sie nicht gesagt? Gut! Das ist etwas anderes, denn das muß ich zurückweisen!

Wir sind nach dem Paragraphen 41 der Landeshaushaltsordnung berechtigt, Bewirtschaftungsmaßnahmen vorzunehmen, auch in dieser Form, und niemand ist berechtigt, hier dem Senat eventuell zu unterstellen, daß er falsch gehandelt habe. Das möchte ich doch in aller Deutlichkeit herausstellen.

(Abg. Lahmann [FDP]: Es wäre verfassungspolitisch notwendig gewesen, habe ich gesagt!)

Herr Adamietz hat gemeint, daß die Opposition schon alles vorher gesagt habe. Nun muß ich doch in bezug auf finanzpolitische Maßnahmen folgendes sagen: Man kann natürlich zehn Jahre lang immer sagen, ihr gebt zuviel Geld aus, und im elften Jahr hat man nachher recht und kann erklären, ich habe das vorher immer schon gesagt. Das stimmt so natürlich nicht. Wir sind jetzt in diese schwierige Situation gekommen. Wir haben uns schon früher mit Vorwürfen der Opposition auseinandersetzen müssen, die immer davon ausging, daß wir zuviel Geld ausgeben, und das hat damals nicht gestimmt. (D)

Aber in einem möchte ich auch noch eine Korrektur vornehmen. Die Opposition hat in diesem Jahr und wahrscheinlich im nächsten Jahr in allen Bundesländern recht, nämlich im Saarland die sozialdemokratische Opposition und in Nordrhein-Westfalen die CDU-Opposition und in Schleswig-Holstein wiederum die SPD-Opposition und hier in unserem Land diejenigen, die gesagt haben, daß wir mit erheblichen Kürzungen werden aufwarten müssen, einfach deshalb, weil die Gesamtentwicklung im finanziellen Bereich uns in erhebliche Schwierigkeiten gebracht hat. Das ist nie abgestritten worden, wenigstens nicht von mir.

(Zuruf der Abg. Adamietz [BGL])

Der Senat hat rechtzeitig, das stelle ich hier fest, umfassend und auch einschneidend reagiert, und zwar so, daß wir glauben, daß der Haushalt 1981 mit möglicherweise einem Spitzenbetrag, der nicht abgedeckt werden kann, das ist von mir auch nicht abgestritten worden, ordnungsgemäß gefahren werden kann, wenn auch unter erschwerten und schwierigen Umständen. Bleibt eine Deckungslücke übrig, werden wir versuchen, sie abzudecken aus den Re-

(A) sten, gelingt das nicht, müssen wir eine Deckungslücke in 1982 übertragen und dort abdecken oder spätestens als Schuldenvortrag in 1983 abzudecken versuchen beziehungsweise wir sind dann verpflichtet, ihn dort abzudecken.

Aber das sind keine Neuigkeiten, das haben wir schon bei den Haushaltsberatungen und im Sommer dieses Jahres gesagt, als wir uns mit finanziellen Fragen beschäftigten. Also, in der Beziehung läuft das ordnungsgemäß ab. Ich bin der Meinung, daß der Senat nicht nur seine Schularbeiten gut gemacht hat, sondern daß er als erster, als erste Landesregierung in der Bundesrepublik sich wirklich einschneidend und entscheidend auf eine neue schwierige Finanzsituation eingestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Meine Damen und Herren, ich unterbreche jetzt die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) bis 14.30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.05 Uhr)

\*

(B) Präsident Dr. Klink eröffnet die Sitzung wieder um 14.30 Uhr.

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

#### **Errichtung eines Ökumenischen Gymnasiums**

Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 1981  
(Drucksache 10/642)

Der vom Senat am 13. Dezember 1979 angeforderte Bericht liegt nunmehr unter der Drucksachen-Nummer 10/642 vor. Die Bürgerschaft (Landtag) wird um Kenntnisnahme gebeten.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Menke.

Abg. **Dr. Menke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir begrüßen von der CDU diese Mitteilung des Senats. Das Ökumenische Gymnasium lebt. Seit diesem Schuljahr unterrichten die Lehrer über neunzig Schüler. Wir wünschen dieser sorgfältig geplanten und gegen mancherlei Widerstände durchgesetzten Privatschule, sie möge leben, wachsen und gedeihen, auch über die Klasse zehn hinaus.

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen und unterstützen diese Schule, wie wir auch die übrigen privaten Schulen, die katholi-

(C) schen Schulen in Bremen und Bremerhaven, die freie Waldorfschule, die Freie Evangelische Bekenntnisschule, die Tobiasschule für Lernbehinderte und auch die Initiative zur Gründung einer deutsch-französischen Schule begrüßen.

(Abg. Fluß [SPD]: Sie haben die Koranschule vergessen!)

Wir begrüßen dies, weil Vielfalt und Wettbewerb im Bildungswesen etwas Gutes ist, Herr Fluß. Wir begrüßen dies, weil vielfältige und konkurrierende Bildungsangebote Bremen anziehender machen, Bremens guten Ruf stärken, das könnte Sie auch interessieren, und weil die staatlichen Finanzen, mithin der steuerzahlende Bürger, mit entlastet werden, denn in Bremen bringen die Schulträger beim Ökumenischen Gymnasium, die Eltern, Spender, sämtliche Investitionen auf und erhalten nur einen Zuschuß von 85 Prozent zu den Personalkosten. Fünfzehn Prozent der Personalkosten trägt der Schulträger, tragen die Eltern allein. Ein Privatschüler belastet den Staatsetat also weniger als ein Schüler staatlicher Schulen.

Dr. Gätjen schreibt dazu in einem Kommentar, ich zitiere: „Führt der Staat nun seine allgemeinen Sparmaßnahmen durch, dann sinkt automatisch die Schlüsselzahl und auch der Zuschuß zu den Privatschulen. Damit sind die Privatschulen an den Sparmaßnahmen gerecht beteiligt. Der Senat möchte aber jetzt über diese automatische Senkung hinaus den Privatschulen weitere 11,76 Prozent abzwacken. Wer etwas — so Dr. Gätjen — „von den Finanzen an der Privatschule versteht, weiß, daß dieses im allgemeinen von den Eltern überhaupt nicht zu verkraften ist.“

(D) Wir warnen daher davor, die Privatschulen unzumutbar zu belasten. Unsere Verfassung, unser Grundgesetz, gesteht in Artikel sechs den Eltern den Betrieb einer Privatschule und damit auch einen auskömmlichen Zuschuß zu. Wir rufen daher auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1969, 14. November, in Erinnerung. Da heißt es: „Der dem staatlichen Einfluß entzogene Bereich ist dadurch gekennzeichnet, daß in der Privatschule ein eigenverantwortlich geprägter und gestalteter Unterricht erteilt wird, insbesondere soweit er die Erziehungsziele, die weltanschauliche Basis, die Lehrmethode und Lehrinhalte betrifft.“

Dieses Offensein des Staates für die Vielfalt der Formen und Inhalte, in denen Schule sich darstellen kann, entspricht den Wertvorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, die sich zur Würde des Menschen und zur religiösen weltanschaulichen Neutralität bekennt.“ — Soweit das Bundesverfassungsgericht!

Die bestehenden Privatschulen, meine Damen und Herren, leisten gute Arbeit. Angehörige aller hier im Hause vertretenen Parteien vertrauen ihre Kinder den Privatschulen an, auch Sozialdemokraten, wie wir wissen, die einen der katholischen Schule, die anderen der Waldorfschule. Wir respektieren

- (A) eine solche Entscheidung, die einer bestimmten Privatschule und deren Erziehung und Bildung mehr vertraut, und zwar nicht nur den theoretischen Ansprüchen, sondern auch der tatsächlichen Umsetzung in eine überzeugende Schulwirklichkeit.

Zur Schulwirklichkeit gehören auch Tätigkeiten, an denen Schüler, Eltern und Lehrer sich beteiligen. Ich denke hier an die Obervolta-Woche der katholischen Schule. Hier werden seit acht Jahren für ein bestimmtes Projekt Gelder gesammelt in einer einwöchentlichen Schulaktion. Man fing vor acht Jahren mit 2000 DM als Ergebnis an, jetzt — 1981 — hat man fast 40 000 DM gesammelt.

Das Ökumenische Gymnasium fängt, und das finde ich sehr schön, jetzt kurz nach Beginn sehr viel bescheidener an, sie machen ein Weihnachtskonzert in der Oberneulander Kirche, und die Kollekte wollen sie einer Kirchengemeinde in Posen spenden. Ich finde das gut. Ich finde es auch gut, daß staatliche Schulen wie das Schulzentrum an der Graubündener Straße so etwas machen. Das wäre der erste Punkt, bei dem ich meine, daß Privatschulen eben, wenn es sich um Wettbewerb und Konkurrenz im guten Sinne handelt, auch mit staatlichen Schulen wetteifern, um die besten Ergebnisse zu erzielen. Das heißt, eine gute Schule muß auch nach außen strahlen, nach außen gute Beispiele geben, das gilt für Privatschulen wie für staatliche Schulen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Nun werden wir mit Sicherheit auch das Ökumenische Gymnasium, seinen weiteren Weg, sein Tun und Lassen, auch Unterlassen, sehr genau, sehr kritisch verfolgen. Darauf können Sie sich verlassen!

Seine Gründer und Planer, allen voran Frau Opelt-Stoevesandt, haben sich hohe, eindrucksvolle Ziele gesetzt. Ich zitiere aus der Zusammenfassung im Programm von 1974 beziehungsweise 1979: „Das Ökumenische Gymnasium wendet sich denjenigen zu, die besonderer Förderung bedürfen, zum Beispiel körperbehinderten, aber geistig leistungsfähigen Jugendlichen. Dies wird jetzt auch schon eingelöst. Das Ökumenische Gymnasium weiß sich verantwortlich für die christlich-religiöse Erziehung der heranwachsenden jungen Menschen und die Verbreitung des ökumenischen Gedankens.“ Ich halte das für außerordentlich wichtig.

Weiter: „Das Ökumenische Gymnasium übernimmt gegenüber dem staatlichen Schulwesen die demokratische Verpflichtung des sachkundigen, kritischen Gesprächspartners. Und das Ökumenische Gymnasium bietet den Eltern eine echte Alternative zum staatlichen Schulwesen.“ Ich überschlage ein paar Absätze, in denen Frau Opelt-Stoevesandt, wie ich finde, in sehr überzeugender Weise etwas zu der Erziehung und den Werten der Erziehung sagt.

Ich meine, wenn sie dies anstrebt, was auch in staatlichen Schulen von vielen Lehrern angestrebt wird und angestrebt werden soll, und dies erreicht wird, ist das gut. Sie schreibt nämlich: „Es ist das Ziel der Erziehung, auf den Weg zu sinnerfüllter

Lebensführung zu leiten. Lebenssinn ist von anderer Qualität als ein nur erfolgreiches und ruhmvolles Dasein. Sie zielt darauf hin, daß eben auch solidarisches, soziales Handeln verpflichtend sei und dem Schwächeren gegenüber Ziele der Erziehung sein sollen.“

Ich meine, es kann nur gut sein, wenn dies auch in staatlichen Schulen gewissermaßen im Wettbewerb noch stärker ausgeprägt wird. Wir haben wieder mehr Mut zur Erziehung. Darüber haben wir schon einmal gesprochen, und wir sollten noch mehr Mut zur Erziehung haben, darüber sollte auch Einigkeit hier im Hause bestehen.

Das Ökumenische Gymnasium betont eine wertorientierte, eine orientierende Erziehung sehr stark, und die staatlichen Schulen sollten hier auch wetteifern. Die ersten Monate dieser neuen Schule zeigen, scheinen zu zeigen, daß nicht nur gepredigt, sondern auch Schule überzeugend gestaltet wird. Fragen Sie wie ich, fragen Sie die Schüler, fragen Sie Eltern, fragen Sie Lehrer dieses Gymnasiums, Sie werden sich überzeugen lassen können!

Wir wollen an dieser Stelle nicht mehr davon sprechen, daß Senat und SPD wirklich viel versucht haben, diese Schule zu verhindern und Knüppel in den Weg zu werfen! Dieses Gymnasium lebt, und wir wünschen ihm wie auch den anderen privaten Schulen und auch den staatlichen Schulen, das heißt dem allgemeinen Schulwesen, in diesen schwieriger werdenden Zeiten, daß sie im Wettbewerb miteinander das gesamte Bremer Schulwesen befruchten können.

Wo gespart werden muß, werden es alle gemeinsam tragen, aber es darf nicht aus politischen und verfassungswidrigen Gründen dazu führen, die Privatschulen darüber hinaus noch stärker zu belasten. Wir meinen, daß diese Schule, die jetzt ihren Betrieb aufgenommen hat in diesem Schuljahr, auch wie geplant im neuen Schuljahr 1982 mit dem Aufbau einer gymnasialen Oberstufe beginnen sollte.

Wir sehen keinen zureichenden Grund, den schon, glaube ich, eingereichten Antrag auf Genehmigung einer Oberstufe abzulehnen, oder wir halten es gar für gänzlich unzumutbar, eine Schule nur für reicher Leute Kinder zu wollen. Dies aber will, wer verlangt, daß Eltern drei Jahre hindurch pro Kind insgesamt 15 000 bis 20 000 DM aufbringen, bis der Staat die Schule oder Schulstufe anerkennt. Wir halten eine Überlegung einer solchen dreijährigen Karenzzeit für unzumutbar und für verfassungswidrig.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich schließen mit den Bemerkungen, die die Bundesarbeitsgemeinschaft Freier Schulen kürzlich erklärt hat — ich bin gleich am Ende, Herr Präsident! —, es heißt dort: „Die Schulen in freier Trägerschaft erfüllen zusammen mit den staatlichen Schulen einen öffentlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag. Unser Staat braucht für die vielfältigen Bildungsbedürfnisse unserer Gesellschaft vielfältige Bildungsangebote.“

(A) Das Grundgesetz sieht diese Vielfalt von Bildungsangeboten vor. Es schließt damit ein Staatsmonopol aus und ermöglicht so das Recht der Eltern auf eine freie Wahl der Schule für ihre Kinder. Aus diesen Gründen erhalten Schulen in freier Trägerschaft öffentliche Finanzhilfe.“

Jetzt kommt ein entscheidender Satz: „Dies ist eine Finanzierung einer öffentlichen Aufgabe. Sie beruht auf einem verfassungsrechtlichen Anspruch der freien Schulen und kann daher nicht mit Subventionen im landläufigen Sinne gleichgesetzt werden. Es steht somit nicht“ — so die Arbeitsgemeinschaft — „im Belieben des Staates, diese Leistung wie andere Subventionen zu behandeln.“ Genau dieses — —.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Die Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Dr. Menke** (CDU): Jawohl, noch einen Satz! Für Bremen und seinen guten Ruf sollten wir auch in dieser Frage hier zusammenstehen. Das Ökumenische Gymnasium macht, davon sind wir überzeugt, Bremen attraktiver, und deshalb begrüßen wir, begrüßt die CDU-Fraktion diese Mitteilung des Senats und damit das Ökumenische Gymnasium. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich möchte nicht versäumen, eine Gruppe von Jura-Studenten in Begleitung von Professor Cieślak aus Polen, die sich im Rahmen des Kooperationsvertrages in Bremen aufhält, zu begrüßen.

(B)

(Anhaltender Beifall)

Wir wünschen Ihnen einen erfolgreichen Aufenthalt in Bremen und hoffen, daß der Aufenthalt dazu beiträgt, freundschaftliche Beziehungen zu unseren Bürgern zu finden.

Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Holl.

Abg. **Professor Dr. Holl** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die staatliche Schule, die im neunzehnten Jahrhundert, verbunden mit dem obligatorischen Besuch dieser Schulen, eingeführt worden ist, bedeutet nach wie vor eine große kulturpolitische Errungenschaft dieser Zeit. Sie ist vor allem durch Liberale erstritten worden. Aber Liberale haben auch keinen Hehl daraus gemacht, daß diese staatliche Schule eines Korrektivs dann bedarf, wenn sie sich nicht mehr den Herausforderungen der Zeit in ausreichendem Maß zu stellen vermag und wenn es an der Zeit ist, über schulpolitisch-pädagogisch erforderliche Experimente Überlegungen anzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Dies hat uns Veranlassung gegeben, dem Gedanken der Schulen in freier Trägerschaft immer aufgeschlossen gegenüberzustehen, und dies hat auch unsere Haltung bestimmt, als die Bremer Bürger,

die sich mit dem Gedanken der Errichtung eines ökumenischen Gymnasiums trugen, an uns herantraten. Wir waren mit anderen Kräften dieses Hauses der Meinung, daß diese Initiative unser aller Förderung bedarf und unser aller Förderung verdient. Dies haben wir wiederholt zum Ausdruck gebracht, und jeder, der in diesem Rahmen tätig ist, wird sich an unsere Initiativen erinnern.

(C)

Nun liegt, meine Damen und Herren, der Bericht des Senats vor. Dieser Bericht ist in unseren Augen ein positiver Beweis dafür, daß unsere Einstellung gegenüber dem Ökumenischen Gymnasium berechtigt war. Aber dieser Bericht, so positiv, so erfreulich er sein mag, gibt uns Anlaß, darüber nachzudenken, was an Erschwernissen jenen Schulen bevorsteht, die sich entweder neu konstituieren wollen oder die bereits bestehen und unter diesen Erschwernissen in Zukunft werden leiden müssen.

Ich spreche davon, daß nach dem Willen des Senats dem Haus ein Privatschulgesetz zugeleitet werden wird. Die Deputation für Bildung hat bereits Gelegenheit gehabt, sich mit diesem Gesetz zu beschäftigen, und die Regelungen, die dieses Gesetz vorsieht, stoßen in hohem Maße auf unsere Besorgnis, daß auf gewissermaßen kaltem Wege alle von uns begrüßten privaten Initiativen auf diesem Sektor beschnitten werden sollten.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich, meine Damen und Herren, sagt der Senat, daß er das Geld braucht, es sind etwas über fünf Millionen DM, die er einsparen wird, wenn die Bezuschussung von 85 auf 75 Prozent zurückgehen würde, aber, meine Damen und Herren, man darf doch sagen, daß dies eine schlichte Milchmädchenrechnung darstellt. Jeder weiß, daß diese Privatschulen in hohem Maße pädagogische Leistungen erbringen, die bei dem Massenbetrieb vieler gegenwärtiger Schulen nie erbracht werden können, ganz zu schweigen von dem pädagogischen Engagement der Lehrer, die dort tätig sind, und vor allem der Eltern, die sich in Elternvereinen um die Gestaltung und die pädagogische Ausgestaltung dieser Schulen bemühen.

(D)

(Beifall bei FDP und CDU)

Also, mein Eindruck ist, daß dies ein vorgeschobenes Argument darstellt, daß es im Grunde um die Absicht geht, einen Abschreckungseffekt für jene Kräfte zu erzielen, die, aus welchen Gründen auch immer, sich mit dem staatlichen Schulwesen nicht einverstanden erklären können und deshalb ihre Kinder auf privaten Schulen unterrichtet sehen möchten.

Es wäre deshalb, und dies ist ein Appell an die SPD, dringend erforderlich, daß man den Trägern der bremischen privaten Schulen Gelegenheit gibt, wenigstens ihre Gegenvorstellungen darzustellen, daß sie wenigstens Gelegenheit erhalten, auf ihre Bedenken, auf ihre Sorgen hinzuweisen. Dies war Gegenstand einer Anregung, die ich in der zuständigen Deputation gegeben habe. Leider ist diese

(A) Anregung bisher unerfüllt geblieben. Es mag scherzhaft gemeint gewesen sein, es hat aber doch, glaube ich, einen tieferen, um nicht zu sagen, einen makabren Hintersinn, wenn gesagt wurde, allenfalls dann sind wir zu einem Gespräch bereit, wenn statt der 75 Prozent des Zuschusses nur 65 Prozent herauskommen zum Schluß.

Meine Damen und Herren, hier ist wirklich total verkannt worden, was diese Schulen zu leisten imstande sind und was hier auch in privaten Initiativen aufgebracht wird in dem Sinne, den wir alle immer wieder für förderungswürdig erklärt haben, nämlich private Initiativen der Bürger zu unterstützen. Wir leben in einer Zeit, in der es auf sehr viel Engagement der einzelnen Menschen ankommt, in der wir nicht mehr darauf vertrauen können, daß der Staat das Erforderliche allein leisten kann.

Ich habe zum Beispiel mit sehr großem Interesse vernommen, was der Senator für Wissenschaft und Kunst anlässlich der Einweihung der Ausstellung „Bremer Silber“ im Focke-Museum gesagt hat. Ich war allerdings etwas überrascht, das gerade aus seinem Munde zu hören, denn bisher haben wir etwa zehn oder 20 Jahre eine SPD-Politik erlebt, die alles daransetzte, private Initiativen zu verunsichern oder jedenfalls nicht zu ermutigen.

(Abg. Stichweh [SPD]: Was hat er denn gesagt?)

(B) Er hat gesagt, daß er der Meinung sei, daß es in dieser Zeit darauf ankomme, die privaten Initiativen zu ermutigen. Nun, wenn diese Einsicht zu später Stunde einkehrt, um so erfreulicher! Jedenfalls war nach unserem Eindruck bisher die Haltung der SPD nicht von solchen Einsichten geprägt.

Zurück zum Privatschulwesen, und zurück zum Ökumenischen Gymnasium! Wir sind der Meinung, daß das ökumenische Gymnasium nicht den Regelungen unterworfen werden sollte, Herr Dr. Menke hat darauf hingewiesen, die umschrieben sind mit dem Terminus „Karenzzeit“, drei Jahre Karenzzeit, die in der Tat eine ganz erhebliche Behinderung darstellt für die gedeihliche, für die kontinuierliche Arbeit einer solchen Schule.

Ich meine, es müßte möglich sein, dem Senat den Auftrag zu geben, daß er in der erforderlichen Zeit die notwendigen Prüfungen veranstaltet, ob eine solche Schule lebensfähig ist, ob sie den Erfordernissen genügt, die das Schulgesetz ihr auferlegt, und daß nach dieser Zeit der Prüfung — sie war im Fall des Ökumenischen Gymnasiums für die Stufe, die betrieben wird, mit einem Jahr Frist durchaus ausreichend — zum Beispiel die Sekundarstufe II auf die bisherige Sekundarstufe I aufgesetzt werden kann.

Diese Schule dann einer dreijährigen Karenzzeit zu unterwerfen scheint mir absolut unangemessen, und ich kann schon jetzt unseren entschiedenen Widerstand gegen eine solche Regelung, sollte sie erwogen werden, ankündigen,

(Beifall bei der FDP)

wie ich überhaupt hoffe, daß wir noch ausreichend Gelegenheit haben werden, über die beabsichtigte Initiative in Sachen Privatschulgesetz hier in diesem Haus zu sprechen. Aber es schien mir am Platz, heute schon dazu auf einige Dinge hinzuweisen, die wir dann sicher in extenso weiter diskutieren können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Stichweh.

Abg. **Stichweh (SPD)\*:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Dr. Holl, vielleicht etwas zu den privaten Initiativen! Das ist sehr schwierig, das eine mit dem anderen zu vermischen. Für mich ist Schule immer noch ein ganz, ganz — —. Na, man kann sagen, Kultur ist eigentlich auch ein elementares Grundbedürfnis, aber es ist nicht direkt mit Schule zu vergleichen. Wenn Sie an andere Bürgerinitiativen denken, dann müssen Sie sagen, daß wir bisher eigentlich immer Privat- und Bürgerinitiativen unterstützt haben. Man muß das immer am konkreten Fall sehen, in welchem Bereich das ist. Nicht immer, aber fast immer, habe ich gesagt!

Ich begrüße genau wie die Vertreter von CDU und FDP den Bericht des Senats. Ich muß allerdings sagen, daß es mich etwas erstaunt, daß, nachdem eine Schule ein Vierteljahr in Betrieb ist, hier solche abschließenden Jubelurteile bereits gefällt werden. Das halte ich für etwas mutig.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, wir sollten etwas unterkühlt herangehen, sollten in Ruhe abwarten, was dabei herauskommt. Die Schule läuft jetzt, sie läuft in der Orientierungsstufe und in der siebten Jahrgangsstufe.

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. **Stichweh (SPD):** Ja, bitte!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte, Herr Dr. Menke!

Abg. **Dr. Menke (CDU):** Herr Stichweh, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich wortwörtlich, glaube ich, gesagt habe, wir werden auch den Weg des Ökumenischen Gymnasiums sehr kritisch verfolgen? Das heißt also nicht, daß wir eine abschließende positive Wertung abgegeben haben.

Abg. **Stichweh (SPD):** Ja, Herr Dr. Menke, ich war bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie das gesagt haben und daß Sie dann ständig von der Oberstufe, die frühestens in drei Jahren irgendwann einmal kommen müsse, gesprochen haben. Das heißt, für Sie ist der Weg eigentlich schon klar, mindestens über drei Jahre im voraus war der kritische Weg schon klar. Das habe ich zur Kenntnis genommen, und das wollte ich hier ansprechen.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Wir werden sehen müssen, wie weit die Schule ihrem eigenen selbstgesteckten Anspruch gerecht wird. Man wird erst einmal ein bißchen abwarten müssen, wie sieht beispielsweise dort die soziale Staffelung der Schüler aus, wie sieht es beispielsweise mit dem selbstgesteckten Anspruch aus, daß man verstärkt behinderte Kinder aufnehmen will. Ich darf nur eines sagen zu dem Begriff „ökumenisch“. Darin steckt so etwas wie christliche Nächstenliebe sicherlich: Darin, wie der Verein Ökumenisches Gymnasium mit dem Trägerverein für die Freie evangelische Bekenntnisschule bei der Besetzung des Gebäudes in Oberneuland umgegangen ist, habe ich nicht viel christliche Nächstenliebe entdecken können. Das kann ich Ihnen sagen!

(Beifall bei der SPD)

Es ist hier gesagt worden, daß an der Schule schon eine Reihe von Aktivitäten caritativer Art laufen. Das ist gut, das freut mich. Das freut mich bei jeder Schule, in der das läuft, aber man sollte nicht so tun, als gebe es so etwas in staatlichen Schulen nicht. Ich verweise hier eben darauf — ich war darauf nicht vorbereitet, aber der Kollege Fluß hat mich darauf aufmerksam gemacht —, daß in Lesum beispielsweise eine Sache zugunsten der italienischen Erdbebenopfer gelaufen ist, und der Kollege Sixt hat mich darauf hingewiesen, daß jetzt am Waller Ring eine Sammlung 6000 DM ergeben habe, mit denen ein Lastwagen voller Lebensmittel für Polen erworben werden konnte, der dort abgeschickt wird.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Solche Sachen wollen wir gar nicht gegeneinander auflisten, man sollte nur nicht so den Eindruck erwecken, als seien nur private Schulen zu solchen Taten in der Lage. Das wollte ich hier nur dazu sagen.

(Erneuter Beifall bei der SPD)

Das Kernproblem, dem sich diese Schule in zwei Jahren stellen muß, und da werde ich diese Frage stellen, ist folgendes: Sie hat sich bei dem Antrag einverstanden erklärt, eine Orientierungsstufe durchzuführen. Die Orientierungsstufe unterrichtet aber Schüler aller Begabungsrichtungen. Und das ist die Frage, die in zwei Jahren zu untersuchen sein wird: Was macht diese Schule, die die Schüler in der fünften und sechsten Jahrgangsstufe in der Orientierungsstufe, in der sie auf alle drei weiterführenden Schularten vorbereiten sollte, mit den Schülern, die sich für die Hauptschule beziehungsweise die Realschule qualifiziert haben und die dort dann nicht weitergehen können an diesem Ort?

Was, meine Damen und Herren, macht dann die Opposition, die im staatlichen Schulwesen den häufigen Wechsel des Schulgebäudes so heftig kritisiert? Was machen Sie dann als Opposition, wenn Sie sich mit diesen Schülern auseinandersetzen müssen? Das ist die Frage, die wir dann klären müssen.

Dann zum Privatschulgesetz, was wir hier noch in Ruhe debattieren müssen! Dazu möchte ich nur fol-

gendes sagen: Es bringt laut Vorlage über fünf Millionen DM an Einsparungen ein. Es ist der Vorlage, die Ihnen bekannt ist, die wir in der Deputation gehabt haben, ein Passus angehängt, der ausdrücklich besagt, daß der Senat davon ausgeht, daß wir nur vorübergehend im Zeichen der Sparmaßnahmen den Förderungssatz von 85 auf 75 Prozent zurücknehmen, daß es sich nur um eine vorübergehende Maßnahme handelt, die ausschließlich durch die Sparmaßnahmen motiviert worden ist.

(Zuruf des Abg. Schröder [FDP])

Das ist, bitte schön, Herr Schröder, der Text der Deputationsvorlage. Besorgen Sie sich das!

Herr Dr. Holl hat eine Äußerung eines einzelnen SPD-Deputierten, der ausdrücklich gesagt hat, daß sei seine private Meinung, hier zitiert. Es stimmt, daß ein Deputierter als seine private Meinung gesagt hat, er würde einer Überprüfung gern zustimmen, wenn sie zum Ziel hätte, noch weniger zu fördern. Aber wenn jemand vorher ehrlich erklärt, offen erklärt, das sei seine private Meinung, dann sollte man hier bitte im Parlament nicht den Eindruck erwecken, als sei es die Meinung der SPD-Fraktion oder des Senats!

(Beifall bei der SPD)

Abschließend nur noch eines, damit bin ich unter 50 Prozent der Redezeit geblieben, wenn ich mich nicht geirrt habe!

**Präsident Dr. Klink:** Über 50 Prozent!

(D)

Abg. **Stichweh** (SPD): Herr Präsident, ich bitte um Entschuldigung, dann hat das die Zwischenfrage gemacht!

Abschließend nur eines: Es wurde immer wieder gesagt, die SPD-Fraktion und der Senat hätten der Neugründung des Ökumenischen Gymnasiums Knüppel zwischen die Beine geworfen. Das ist nicht korrekt. Es ist lediglich gründlich nach Recht und Gesetz geprüft worden, und das wird weiterhin so gesehen!

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Menke [CDU]: Keine Knüppel, nur Steine!)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, bevor wir in der Debatte fortfahren, möchte ich sehr herzlich den neuen Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland, seine Exzellenz Ben-Ari, begrüßen.

(Beifall)

Wir freuen uns, daß Sie, Exzellenz, bei Ihrem Antrittsbesuch in der Hansestadt auch den Weg zu uns gefunden haben. Die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft sind sich stets der besonderen moralischen und historischen Qualitäten dieser deutsch-israelischen Beziehungen bewußt. Aus dieser Verantwortung heraus bemühen wir uns auch, fortwährend Begegnungen zwischen Menschen unserer beider Völker zu fördern. Sie werden deshalb

- (A) im kleinsten Land der Bundesrepublik viele Gesprächspartner finden, die Ihr Land bereits aus eigenem Erleben kennen. Ich nutze diese Gelegenheit gern, um den aufrichtigen Wunsch, auch der Bevölkerung von Bremen und Bremerhaven, zu bekräftigen, daß die Menschen in Ihrer Region bald in einem umfassenden und gerechten Frieden miteinander leben können.
- Für Ihre Arbeit, Herr Botschafter, begleiten Sie unsere guten Wünsche in dem gemeinsamen Ziel, um Verständnis und der Freundschaft beider Staaten zu dienen. Herzlich willkommen!
- (Beifall)
- Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.
- Abg. **Adamietz** (BGL)\*: Meine Damen und Herren, wenn die Abgeordneten dieses Hauses, jedenfalls diejenigen, die der Opposition angehören, immer das Gefühl hätten, der Senat und die SPD-Fraktion würden in allen Fragen nur nach den bestehenden Gesetzen entscheiden, dann würden wir viele Debatten hier nicht führen, dann wären wir schon ganz zufrieden,
- (Beifall bei der BGL)
- auch wenn uns die politische Richtung der SPD-Mehrheit hier nicht immer gefällt.
- (Vizepräsident Schmidt übernimmt den Vorsitz.)
- (B) Das Thema Ökumenisches Gymnasium ist ein Paradebeispiel dafür, wie der Eindruck, ich will mich vorsichtig ausdrücken, zumindest bei der Opposition bestehen kann und mußte, daß der Senat und die SPD-Fraktion gerade nicht willens sind, so immer zu verfahren, und daß sie andererseits aber willens und nicht nur bereit und in der Lage sind, vor allen Dingen auch begierig darauf sind, den politischen Gegner trotzdem verbal immer ins Abseits zu stellen.
- Das Thema Ökumenisches Gymnasium war eines der ersten Themen, das behandelt wurde, als wir 1979 in diese Bürgerschaft erstmals eintraten, und wie kaum ein anderes Thema ist es dazu benutzt worden, uns politisch zu schelten, uns politisch in eine Ecke zu stellen, in die reaktionäre Ecke, und zwar von allen denjenigen, die innerhalb oder außerhalb der SPD sozialdemokratische Schulpolitik, ich will gar nicht sagen Bildungspolitik, Schulpolitik verfolgen.
- Erst kürzlich ist mir mitgeteilt worden, daß der SPD-Abgeordnete — berühmt-berüchtigt muß man ja sagen — und IG-Metall-Bevollmächtigte Weinkauff auf einer Gewerkschafterversammlung — —.
- (Glocke)
- Vizepräsident Schmidt**: Herr Abgeordneter Adamietz, ich weise
- (Abg. **Adamietz** [BGL]: Herr Vizepräsident Schmidt, DGB-Kreisvorsitzender!)
- \*) Vom Redner nicht überprüft.
- diese Unterstellung zurück als berühmt-berüchtigt!
- (Abg. **Adamietz** [BGL]: Dann nur noch berüchtigt!)
- Das ist eine Unterstellung gegen einen Kollegen dieses Hauses!
- (Abg. **Wilken** [SPD]: Frechheit!)
- Abg. **Adamietz** (BGL): Das ist keine Frechheit, denn man muß sich doch einmal den politischen Vorgang ansehen! Der Herr Weinkauff, das wissen doch die Arbeitnehmer sehr viel besser — gerade der Herr Stichweh möchte doch gerade Schulpolitik für die Arbeitnehmer machen —, die hier dem DGB
- (Abg. **Stelljes** [SPD]: Ich gehe hinaus, das will ich mir nicht mehr anhören!)
- oder auch persönlich dem Herrn Weinkauff bei den Wahlen die Quittung geben für sein Verhalten, für das Nichteintreten für die Arbeitnehmerbelange, wo dann hier groß in der Fraktion getönt wird, ein solcher Mann geht natürlich hin und wirft auch noch Betriebsräte, politisch gesehen,
- (Glocke)
- hinaus aus der Gewerkschaft — —.
- Vizepräsident Schmidt**: Herr Abgeordneter, wir haben hier auf der Tagesordnung das Ökumenische Gymnasium!
- Abg. **Adamietz** (BGL): Na eben!
- (D) **Vizepräsident Schmidt**: Das steht in keinem Zusammenhang mit dem, was Sie hier reden!
- Abg. **Adamietz** (BGL): Ja, weil Sie mich nicht ausreden lassen, Herr Vizepräsident!
- Vizepräsident Schmidt**: Ich fordere Sie auf, zur Sache zu reden!
- Abg. **Adamietz** (BGL): Ich meine, das ist auch makaber, daß Sie als DGB-Kreisvorsitzender, der gerade also die Schlappe seines Lebens erlitten hat, doch sozusagen knapp an dem Rücktritt vorbei, nun meinen, Sie könnten Herrn Weinkauff hier verteidigen!
- (Beifall bei der BGL — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)
- Nein, Sie müssen abwarten, daß ich Ihnen einmal die Zusammenhänge hier auch entwickle, die von Ihnen hergestellt worden sind.
- Der Herr Weinkauff hat
- (Abg. **Stelljes** [SPD]: Sie sind Spätentwickler!)
- tatsächlich doch gemeint, er könne auf einer Gewerkschafterversammlung, IG-Metall-Versammlung in Hamburg, politisches Kapital daraus schlagen, daß er uns in die reaktionäre Ecke stellt mit der Begründung, daß wir eben sogar das Ökumenische Gymnasium unterstützt haben.

(A) Politisch ist ihm nämlich nichts anderes eingefallen, und er meinte, das nun aufgreifen zu können. Das macht doch genau deutlich, welche Heuchelei hinter solchen Ausführungen steht, wenn man sich nämlich ansieht, was wir tatsächlich in der Sache gesagt haben und wie sich Senat und SPD in der Sache verhalten haben.

(Zuruf des Abg. Stelljes [SPD])

Herr Stelljes, Sie hatten das Wort, ja?

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Stelljes, das Wort „Heuchler“ weise ich zurück! Ich meine, wir sollten auch auf solche Ausführungen fair reagieren!

Abg. **Adamietz** (BGL): Lassen Sie Herrn Stelljes, damit er wenigstens einmal hier im Parlament Dampf ablassen kann, in der Fraktion darf er das offenbar nicht!

(Heiterkeit und Beifall bei der BGL — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, ich muß Ihnen aber eines sagen, Ihre Ausführungen sind nicht dazu getan, hier zu einer Beruhigung im Parlament beizutragen!

(Beifall bei der SPD)

(B) Abg. **Adamietz** (BGL): Sehr richtig, das sollten sie auch nicht!

(Heiterkeit bei der BGL — Abg. **Lahmann** [FDP]: Das glaube ich!)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, ich möchte Sie herzlich bitten, den Stil zu finden, der diesem Hause gemäß ist!

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Adamietz** (BGL): Den habe ich doch gefunden!

**Präsident Dr. Klink:** Sie haben hier in Ihren Ausführungen eine Reihe von Abgeordneten in ihrer beruflichen Ehre angesprochen, was ich auf das Schärfste zurückweisen muß!

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Adamietz** (BGL): Herr Präsident, das muß ein Mißverständnis sein, wenn Sie das darunter verstanden haben sollten, dann will ich das auch gern zurücknehmen!

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das wird auch Zeit, mein Lieber!)

Ich meine, daß ich sie in der politischen Ehre, die ich ihnen abspreche, eben angegriffen habe. Das muß doch legitim sein als Abgeordneter der Opposition!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Adamietz, haben Sie gerade gesagt, daß Sie den Abgeordneten die politische Ehre absprechen?

Abg. **Adamietz** (BGL): Ja, sicher!

**Präsident Dr. Klink:** Das weise ich in aller Entschiedenheit zurück! Ich rufe Sie zur Ordnung!

(Beifall bei der SPD)

Abg. **Adamietz** (BGL): Ich habe nicht die persönliche Ehre abgesprochen, nicht die berufliche, wenn ich die politische Ehre nicht mehr absprechen darf, Herr Präsident, was soll ich dann hier noch reden?

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Dann setzen Sie sich doch hin!)

Es müssen sich doch Abgeordnete wie Herr Wein- kauf der politischen Ehre nach meinen Ehrmaß- stäben für würdig erweisen, daß ich ihnen diese politische Ehre zuspreche! Das hat er nun sicherlich nicht, und ich meine, für viele Leute in Bremen auch nicht! Das werde ich hier doch auch noch klar sagen, da nützt das alles nichts!

Meine Damen und Herren, ich wollte nur deutlich machen, damals war der Hintergrund nicht der, daß entschieden werden sollte über eine inhaltliche schulpolitische Konzeption des Okumenischen Gymnasiums, sondern ich erinnere einmal daran, daß der Abgeordnete Stichweh und der Fraktionsvorsitzende Wedemeier, bevor das in der Bürgerschaft verhandelt wurde, bereits erklärt haben, das wird nicht genehmigt. Sie haben bereits erklärt, so etwas gibt es nicht, das entspricht nicht dem Gesetz, und wir genehmigen das alles nicht.

Vor diesem Hintergrund war ein Antrag in die Bürgerschaft eingebracht worden, der lautete, es solle nach dem Gesetz genehmigt werden. Wenn das nach dem Gesetz nicht genehmigungsfähig wäre, dann wäre es natürlich nicht zu genehmigen gewesen. Das war der politische Hintergrund, und deswegen haben wir uns auch ganz klar dafür ausgesprochen, weil wir andererseits auch in der schulpolitischen Auseinandersetzung sagen, es ist richtig, Schulen in freier Trägerschaft zu haben, zu fördern, als Alternativangebot, als eine Möglichkeit, daß Eltern sich nicht dem politischen Verdikt derjenigen, die gerade Schulpolitik mehrheitsmäßig machen können, unterwerfen müssen.

Wir sind der Meinung, daß ein allgemeines Schulsystem existieren muß, staatlich getragen, aber wenn Eltern in relevanter Anzahl der Meinung sind, daß sie andere schulpolitische Konzeptionen nur in Schulen in freier Trägerschaft durchsetzen können, dann müssen sie die Möglichkeit haben, das auch hier durchzuführen. Genau diese Möglichkeit wollte die SPD ihnen entgegen, muß man sagen, den zitierten Urteilen des Verfassungsgerichts und entgegen der Gesetzeslage doch nehmen. Das war der Hintergrund, und deswegen haben wir uns ganz klar für diesen damaligen Antrag ausgesprochen.

(C)

(D)

(A) Bemerkenswert ist nur, und das möchte ich eben hier festhalten, daß die Mitteilung des Senats heute genau dem entspricht, was wir damals verlangt haben, nämlich daß es nach Recht und Gesetz gilt zu prüfen und dann auch zu genehmigen. Jetzt wird uns lapidar in einer Mitteilung, die wir eben einmal so zur Kenntnis nehmen können, mitgeteilt, man habe genehmigt, man habe genau das getan, was wir vor zwei Jahren verlangt haben. Jetzt wird einfach so getan, als ob das sogar noch eine große Heldentat des Senats und von dem Herrn Stichweh, etwa Deputation oder wer immer da nun zuständig sein mag, sei.

Wir wollen noch einmal betonen, allen denjenigen, die damals bewußt oder unbewußt unsere politische Haltung mißverstehen wollten oder mißverstanden haben, möchte ich deutlich machen, daß wir in der Tat schulpolitisch sagen, es muß solche Nischen geben, es ist eine falsche Kampfrichtung, wenn man meint, daß man Privatschulen heute ablehnen müsse, weil das Privilegierung sei, sondern es kommt darauf an, gegen eine Bevormundung, gegen eine Bürokratisierung, gegen eine verfehlte Bildungspolitik einer Mehrheit, einer verkrusteten absoluten Mehrheit, die seit 30 Jahren hier herrscht, etwas zu tun. Wenn man da etwas anderes unternehmen will, dann muß man schon in freier Trägerschaft fördern.

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den Vorsitz.)

(B)

Vom Verfahren her müssen wir hier in der Bürgerschaft als eine Gruppe, die gegen Etablierte allgemein antritt, darauf dringen, daß tatsächlich nicht willkürlich nach dem politischen Gusto der Mehrheit entschieden werden kann, dem genehmige ich eine Privatschule und dem genehmige ich nicht, sondern daß wir nur dann eine Chance haben, wenn wir hier in der Tat in etwas formaler Weise darauf beharren, daß das geltende Recht eingehalten wird.

Wenn es uns politisch möglich ist, dieses Recht noch zu ändern, weil wir sagen, andere Initiativen wollen wir entfalten, ist das auch noch eine andere Sache, aber das mindeste ist, daß wir die Kalkulierbarkeit der Anwendung dieses geltenden Rechts doch einfordern müssen. Das, meine ich, ist die Aufgabe einer politischen Gruppierung wie der unseren gegen alle, die uns da angegriffen haben.

Ein letztes Wort zu der Sache, wie nun tatsächlich mit dem Privatschulgesetz offenbar umgegangen werden soll! Ich habe das wohl vernommen, daß Herr Stichweh sagt, diese Reduzierung von 85 auf 75 Prozent soll nur vorübergehend sein. Da kann ich nur sagen, Herrn Stichwehs Wort in Herrn Thapes Ohr, denn offenbar geht Herr Stichweh davon aus, daß wir im nächsten Jahr oder im Jahr darüber oder im Jahr danach wieder das Geld in Massen haben. Ich kann nur prophezeien, daß die Sparpolitik sicherlich auf Jahre hinaus andauern wird, und das muß man klar sehen, denn es bedeutet, wenn wir einmal diese Eingrenzung einführen, daß man sicherlich in

den nächsten Jahren die genauso beibehalten wird.

(C)

Dann allerdings wird es interessant: Was ist die Stoßrichtung dieser Beschränkung der Finanzmittel der privaten Schulen? Ist sie das Ziel der Stärkung dieser Initiativen? Da können wir doch ganz klar sagen, nein, sie hat nur das Ziel, solche Initiativen zu schwächen, weil sie eine grundsätzliche Abneigung gegen diese Schulen in freier Trägerschaft haben, sie hat das Ziel der Finanzbeschaffung für die öffentlichen Kassen, womit Sie Ihre sonstige verfehlte Politik finanzieren können. Das heißt also, diese Finanzpolitik mit dem Privatschulgesetz ist eine, die wir prinzipiell nicht billigen können.

Sie hat auch noch die Folge, und das ist das Bemerkenswerte an der Argumentation von Herrn Stichweh, daß tatsächlich nur die noch zu diesen Schulen gehen können, die das Geld eben haben. Dann ist es Heuchelei, und ich betone dies Wort noch einmal, oder pharisäerhaft oder wie Sie es wollen, wenn dann der Herr Stichweh hingehet und sagt — ich habe es mir notiert —, wir werden fragen, wie sieht die soziale Staffelung dieser Schüler aus. Das ist wirklich der Gipfel der Unverschämtheit, so daran zu gehen, erst denen das Geld wegzunehmen und dann zu sagen, dahin gehen nur die Reichen!

Wir fordern, daß gerade auch diejenigen, die der SPD kritisch gegenüberstehen und kein Geld haben, und davon gibt es heutzutage genug, auch die Möglichkeit haben, solche Schulen in freier Trägerschaft zu besuchen oder neue zu gründen. Da gibt es genügend Initiativen, und nicht nur sozusagen die wohlbestallten Bürokraten in der SPD!

(D)

(Beifall bei BGL und CDU)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort Herr Senator von Hassel.

**Senator für Bildung v. Hassel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein paar kurze Bemerkungen! Ich gehe aus der Sicht des Senats davon aus, ich wende mich auch an Herrn Dr. Holl und andere Redner, daß die Debatte und die Ausführungen zu der geplanten Änderung des Privatschulgesetzes hier zu besprechen sein werden, wenn der Senat seine endgültige Vorlage eingebracht hat; was an Argumenten und Bedenken gekommen ist, werde ich mitnehmen und einführen.

Ich möchte Sie darauf hinweisen, Herr Dr. Holl, daß es keineswegs so ist, daß keine Bereitschaft bestanden habe, zu diesem Gegenstand Gespräche zu führen. Es hat eine solche Gesprächsrunde zwischen Herrn Bürgermeister Koschnick, mir und allen Vertretern dieser privaten Schulen gegeben. Aus diesem Gespräch, das sehr sachlich war, hat es eine Reihe von Überlegungen gegeben, die Eingang gefunden haben in die weiteren Formulierungen und Überlegungen. Einzelgespräche mit denen, die in meinem Hause dafür zuständig sind, gibt es laufend. Wir werden auch bei uns im Haus sicher noch einmal den ganzen Kreis wieder zusammenholen. Also, es ist nicht so, daß es da nicht Kontakte gäbe.

(A) Eine zweite Bemerkung! Herr Abgeordneter Adamietz, Sie hätten bei der Vorbereitung auf die heutige Sitzung, bei Ihrer Vorbereitung, aus der Mitteilung selbst entnehmen können, daß der Senat mit seinem Bericht hier heute einen Auftrag erfüllt, den ihm die Bürgerschaft am 13. Dezember 1979 erteilt hat.

(Beifall bei der SPD)

Genau dies ist hier aufgeschrieben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gerade an Ihre Adresse, aber Herr Dr. Menke hat es in seinem Redebeitrag auch getan, noch einmal ausdrücklich zurückweisen, wenn hier behauptet wird, daß der Senat versucht habe zu verhindern oder zu erschweren, daß es zur Genehmigung dieser Privatschule käme. Ich denke nicht, daß irgend jemand in diesem Hause hier ein Interesse daran haben könnte, daß die zuständige Verwaltung, vor allen Dingen die dort zuständigen Mitarbeiter, bei der Bearbeitung solcher Anträge, die aus ganz unterschiedlichen Richtungen mit unterschiedlichen Absichten kommen können, bei der Bewertung und Überprüfung der gesetzlich vorgegebenen Genehmigungs- und Erfüllungskriterien irgendwelche Unterschiede machen.

Ich meine, ein Abgeordneter, der gleichzeitig Volljurist ist, sollte in diesem Zusammenhang nicht von Eindrücken reden,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ein voller Jurist vielleicht, aber kein Volljurist!)

(B) sondern sollte in die entsprechenden gesetzlichen Vorgaben hineinsehen, dann würde er nämlich zum Beispiel erfahren können, daß eine der zu prüfenden Vorgaben ein in entsprechender Qualität vorhandenes ausreichendes Gebäude ist, und dann würde er bei entsprechender Nachprüfung erfahren können, daß dieses Gebäude in dem Fall, über den wir hier reden, zu einem bestimmten Zeitpunkt, der in diesem Jahr war, erst überhaupt nachweislich zur Verfügung stand und daß dann diese Verwaltung in wenigen Wochen und Monaten unter Anspannung ihrer Kräfte dazu beigetragen hat, so zu beschleunigen, daß noch mit Beginn dieses Schuljahres eröffnet werden konnte.

Also, gerade das Gegenteil von dem, was hier behauptet wurde, ist richtig! Ich stelle mich da ausdrücklich auch vor meine Mitarbeiter,

(Beifall bei der SPD)

die sich hier mit großer Mühe und mit großer Korrektheit vieler Arbeit unterzogen haben.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Stichweh.

Abg. **Stichweh** (SPD)\*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Also, Herr Adamietz, es tut mir leid, daß ich noch einmal Ihretwegen kommen muß,

\* Vom Redner nicht überprüft.

aber ich kann es, obwohl ich mich eigentlich schon hätte daran gewöhnen müssen, einfach nicht ertragen, wie Sie hier die Kollegen, die in gewerkschaftlichen Funktionen, ich denke an die Kollegen Weinkauff und Schmidt gerade eben, tätig sind, hier immer wieder — ja, mir fehlt das richtige Wort, das wäre unparlamentarisch — unqualifiziert angreifen!

Sagen Sie einmal, Herr Adamietz, was haben Sie eigentlich für ein gebrochenes Verhältnis zu den deutschen Gewerkschaften,

(Beifall bei der SPD)

die die höchste demokratische Tradition in diesem Lande seit der Kaiserzeit verkörpern? Das ist die Organisation, die die längste demokratische Tradition seit der Kaiserzeit gemeinsam mit der SPD hat! Was haben Sie eigentlich gegen diese Gewerkschaften?

(Beifall bei der SPD — Abg. Adamietz [BGL]: Deswegen bekommen sie auch die Abfuhr bei den Wahlen, Kammerwahlen zum Beispiel!)

Noch ein Punkt! Ja, bei uns kann es eben passieren, daß die Basis sich einmal so und einmal so entscheidet, weil bei uns die Basis frei entscheiden kann!

(Beifall bei der SPD)

Wenn die so entschieden hat, dann wird das akzeptiert und dann wird daraus gelernt!

(Abg. Adamietz [BGL]: Dann sollten die Multifunktionäre nicht so das Maul aufreißen!)

Seien Sie froh, daß wir so etwas bei uns haben!

Zur Geschichtsklitterung!

(Abg. Kunick [SPD]: Er hat ja keine Basis!)

Ich sage gleich noch etwas zu Ihrer Basis! Dazu komme ich gleich noch!

Ich möchte aber noch etwas zur Geschichtsklitterung sagen. Der Kollege Adamietz hat hier wieder einen Versuch gemacht, die Tatsachen völlig auf den Kopf zu stellen. Seinerzeit, 1979, kurz nach der Wahl, als es um die Frage der Genehmigung ging, ging es darum, daß das Ökumenische Gymnasium an das Gebäude der Verbraucherzentrale in der Carl-Ronning-Straße wollte. Das habe ich deutlich hier erzählt, das ist das Unmenschlichste, und das ist der unmenschlichste und schülerfeindlichste Standort in ganz Bremen, weil es nirgendwo eine so hohe Autoverkehrsdichte gibt!

(Beifall bei der SPD)

Das war der eine Punkt!

Der andere Punkt, Herr Rechtsgelehrter Adamietz, ich darf Ihnen einmal das Grundgesetz vorlesen!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Rechtsverdrehen Adamietz!)

(C)

(D)

(A) Ich zitiere aus Artikel 7, Absatz 4, dort heißt es, es geht um die Genehmigung von Privatschulen, und um die ging es damals: „Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sondierung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird.“

Genau diese Fragen haben wir gestellt. Wir haben die Fragen gestellt, sind die Lehrer sicher, sind die Lehrer wissenschaftlich qualifiziert ausgebildet, und der Senat hat die Pflicht zu überprüfen, ob dort eine Sondierung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern stattfindet.

(Beifall bei der SPD — Abg. Adamietz [BGL] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich nehme keine Fragen an! Das war genau der Punkt, um den wir seinerzeit diskutiert haben, aber das, weshalb Sie dies ständig verdrehen, ist nämlich für Sie ein Stück Vergangenheitsbewältigung, Herr Adamietz! Das war nämlich der erste Zeitpunkt, an dem die Wähler, Ihre grünen Wähler, Ihre Protestwähler gemerkt hatten, was sie eigentlich gewählt hatten hier in dieses Parlament.

(Beifall bei der SPD)

(B) Nach der Debatte ist Ihnen da nämlich das erste Mal der Wind um die Ohren geschlagen. Mittlerweile ist die Basis weg. Ich habe das mitbekommen von so vielen Lehrern beispielsweise, die die Grünen gewählt hatten, die hatten eine neue alternative ökologische Politik gegen das Establishment gewollt und hatten gemerkt, sie hatten lauter Blindgänger gewählt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Adamietz [BGL]: Das Establishment sind Sie!)

**Vizepräsident Schmidt:** Weitere Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Ich erteile jetzt das Wort nach Paragraph 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung zu einer persönlichen Richtigstellung dem Abgeordneten Weinkauf.

Herr Abgeordneter Adamietz, es ist zu Beginn der Sitzung eine Redezeit beschlossen worden vom Parlament. Die Redezeit ist ausgeschöpft. Ich erteile deshalb zum Sachverhalt nicht mehr das Wort.

Abg. **Weinkauf** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir hier in einem Parlament sind, dann wissen wir, daß hier auch hart miteinander gerungen wird. Aber wenn hier Unwahrheiten gesagt werden, glaube ich, ist es die Pflicht eines jeden Abgeordneten, hier für Richtigstellung zu sorgen.

(Beifall bei der SPD)

Der Abgeordnete Adamietz hat behauptet, daß ich irgendwo in Hamburg auf einer Konferenz etwas zu Fragen der Schule gesagt haben soll. Ich kenne mich

ja in vielen Gebieten aus, aber von der Schule habe ich also wenig Ahnung. Deswegen würde ich so etwas nie behaupten. Ich bitte Sie aber und verlange das, daß Sie sagen, wo das war, wo ich das gesagt haben soll, daß das richtiggestellt wird von Ihnen. Das war nämlich eine Lüge, und Lügen können ja nicht so im Raum stehenbleiben. (C)

(Beifall bei der SPD — Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Weinkauf, auch bei persönlichen Erklärungen sollten wir dieses Wort nicht verwenden.

Abg. **Weinkauf** (SPD): Dann war es die Unwahrheit, aber ich verlange als Abgeordneter, wenn hier etwas behauptet wurde, was nicht wahr ist, daß das dann hier richtiggestellt wird, und zwar von demjenigen, so ist das bei uns in den Gewerkschaften Gepflogenheit, der das behauptet hat.

(Beifall bei der SPD)

Letzte Bemerkung von mir! Herr Adamietz, ich weiß, Sie mögen mich vielleicht nicht, aber das stört mich wenig, ich habe nur eine Bemerkung noch dazu: Ich bin enttäuscht von den Debattenbeiträgen, die Sie hier im Parlament gehalten haben. Sie haben einmal gesagt, Sie wollten dem Bürgermeister Koschnick die Harke zeigen. Bisher habe ich von der Harke nichts bemerkt.

(Abg. Stelljes [SPD]: Mistforke!)

Bisher haben Sie nur zerstörend gewirkt, aber auch Sie werden wir überleben. — Schönen Dank! (D)

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

#### **Bericht über die Verringerung und die durchgeführte und geplante Verwertung von Abfällen im Land Bremen**

Mitteilung des Senats vom 26. Oktober 1981  
(Drucksache 10/643)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Meyer.

Der Senat erstattet mit seiner Mitteilung vom 26. Oktober 1981 unter der Drucksachen-Nummer 10/643 den erbetenen Bericht mit der Bitte um Kenntnisnahme.

(Starke Unruhe)

Meine Damen und Herren, es geht auch ruhiger! Die Deputation für Bau und Raumordnung hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

Die Beratung ist eröffnet.

Wortmeldungen liegen — —.

Das Wort hat der Abgeordnete Werner Fischer.

(A) Abg. Werner Fischer (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man den vorgelegten Bericht des Senats zur Hand nimmt und durchsieht, was übrigens sehr schnell geht, da er nicht länger ist als sonst normalerweise in Bremen allein eine Richtlinie zur Durchführung einer Beantragung eines Zuschusses für Lärmschutzmaßnahmen, da wird klar, warum wir über vier Jahre warten mußten, bis der Senat ihn vorgelegt hat. Um es vorwegzunehmen: Dieser Bericht ist vom Ergebnis her das Magerste, was der Senat seit langem dem Haus geboten hat!

(Beifall bei der CDU — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz)

Ich deutete schon an, daß die CDU bereits im April 1977 den Senat aufgefordert hat, einen Bericht über erstens die Verringerung der Abfälle und zweitens die durchgeführte und geplante Verwertung im Lande Bremen entsprechend dem Abfallwirtschaftsprogramm der Bundesregierung vorzulegen.

Nun hatten wir geglaubt, daß der Senat nichts Eifrigeres zu tun hat, als möglichst schnell eine Erfolgsbilanz anzubieten. Doch weit gefehlt! Anfang dieses Jahres mußten wir ihn erneut auffordern, nun endlich der Bürgerschaft einen solchen Bericht zu geben, der heute vorliegt und den es hier nun zu bewerten gilt.

Nun ist der Senat nicht immer so langsam, wenn es um das Thema Abfälle geht. Wenn er einen Weg findet, um den Bürgern mehr Gebühren aus der Tasche zu locken, zum Beispiel durch eine Änderung des Abfallbeseitigungsgesetzes mit größeren Müllbehältern, dann reicht häufig schon eine Andeutung in einem Urteil aus, um sofort den Senat und Verwaltung auf Trab zu bringen, aber das hängt sicherlich mehr mit der Finanzmisere als mit der Sache zusammen.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Mit wem?)

Mit der Finanzmisere! Haben Sie noch nie etwas davon gehört?

(Unruhe)

Wie ist nun dieser Bericht im einzelnen zu beurteilen, meine Damen und Herren? Da nimmt der Senat noch einmal ausführlich Aussagen aus dem Abfallwirtschaftsprogramm der Bundesregierung auf, sicherlich mehr aus der Überlegung heraus, daß er selbst verstanden hat, was er damals wollte, oder er geht davon aus darzustellen, was nun in Bremen geschehen ist. Lassen Sie mich von der Systematik her auch so vorgehen!

Zunächst zum Altglas: Hier gibt es eindeutig einen Erfolg. Diesen Erfolg wollen wir nicht in Abrede stellen, wobei wir jedoch fragen, was der Senat daraus gelernt hat. Meine Damen und Herren, Sie werden im folgenden gleich sehen, er hat bisher nichts daraus gelernt. Beim Altglas ist es gelungen, durch eine entsprechende Organisation und Öffentlichkeitsarbeit die Bürger in Bremen — und hier hauptsächlich in der Stadtgemeinde Bremen — dazu zu

bewegen, daß sie verstärkt ihr Glas der Wiederverwertung zuzuführen. (C)

In Bremerhaven sieht das allerdings noch ganz anders aus. Da sind in dem Bericht zufolge nur neun Altglascontainer aufgestellt, im Vergleich dazu in Bremen 246. Wenn man davon ausgeht, daß es nicht nur in Bremen Flaschen gibt, dann läßt sich sicherlich auch in Bremerhaven noch einiges in dieser Richtung verbessern.

(Beifall und Heiterkeit bei CDU und BGL)

Nun zum Metall: Gehen wir mal davon aus, daß bei den bremischen Verbrennungsanlagen eine lückenlose Erfassung erfolgt und damit eine Wiederverwertung des Metalls weitgehend sichergestellt ist! Trotzdem läßt sich einiges verbessern. Dies wird auch deutlich, wenn man auf die Möglichkeiten einer getrennten Einsammlung von Blechdosen selbst im Bericht hingewiesen wird, aber überhaupt keine Lösung nur angeboten oder angedeutet wird.

Die Sammlung von Altpapier erfolgt in Bremen durch karitative Verbände, doch meint die CDU, daß durchaus in diesem Bereich einiges verbesserungsfähig ist. Die Zusage der Großhändler, daß sie unabhängig von der Marktlage jede gesammelte Altpapiermenge abnehmen, muß in diesem Zusammenhang positiv gewertet werden. Doch die Frage bleibt, ob dies auch dann noch möglich ist, wenn die Großhändler über einen längeren Zeitraum beim Altpapier Verluste machen, und ob vor diesem Hintergrund überhaupt die Neigung besteht, mehr Altpapier einzusammeln. (D)

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion ist der Auffassung, daß hier eine wesentliche Verbesserung herbeigeführt werden kann, die auch ein kontinuierliches Einsammeln ermöglicht. Dazu ist es jedoch notwendig, daß man sich mit den Großhändlern in der Form einigt, daß man ihnen gegebenenfalls die Differenz zwischen Marktpreis und Kosten beim Einsammeln zuzahlt.

(Zuruf des Abg. W i l k e n [SPD])

Na warten Sie einmal ab, denn vielfach wird die Wirtschaftlichkeit auch in diesem Bereich von Maßnahmen zur Wiederverwertung von Abfällen völlig schief gesehen! Lassen Sie mich dies an einem Beispiel deutlich machen!

Rohstoffhändler brauchen — die Zahlen stimmen nun nicht auf Mark und Pfennig — rund 40 DM pro Tonne Altpapier, um kostendeckend arbeiten zu können. Würde zum Beispiel der Altpapierpreis erst bei 30 Mark je Tonne liegen, so entsteht je Tonne ein Verlust von zehn DM. Ein Umstand, den man sicherlich nur eine gewisse Zeit lang wirtschaftlich verkraften kann! Wird nun eine Tonne Altpapier von der Müllabfuhr eingesammelt, so entstehen dem Bürger bei den jetzigen Müllpreisen Kosten von rund 60 DM.

Nun stellt sich die Frage, was ist wirtschaftlich? Ist es denn wirtschaftlich, gegebenenfalls dem Rohstoffhändler pro Tonne einen Zuschuß von zehn DM zu geben, wenn Altpapier wiederverwertet wird, oder

(A) ist es wirtschaftlich, wenn der Bürger das Sechsfache dafür zahlen muß, daß anschließend das Papier verbrannt wird? Ich glaube, daß diese Frage sich für jeden hier aus dem Hause ganz leicht selbst beantworten läßt.

Für den Senat sieht jedoch die Wirtschaftlichkeitsberechnung ganz anders aus. Für ihn ist ein hohes Müllaufkommen wirtschaftlich, weil in Bremerhaven und in Bremen viel zu große Müllverbrennungsanlagen gebaut wurden und deshalb erst einmal diese Anlagen, insbesondere der zweite Kessel, ausgelastet werden müssen und der Bürger dafür auch entsprechend zur Kasse gebeten wird.

(Senator Meyer: Unglaublich!)

Aber Herr Senator, Sie wissen doch ganz genau, daß Sie von außerhalb Müll hier herankarren, der unter Kostendeckung hier verbrannt wird! Das ist doch nichts Neues.

Wenn dies alles in einigen Jahrzehnten dazu geführt hat, daß Bremerhaven und Bremen so viel Müll produzieren, daß er in der jetzigen Verbrennungsanlage nicht mehr untergebracht werden kann, dann wäre es wirtschaftlich nach Auffassung der SPD und des von ihr getragenen Senats, darüber nachzudenken, inwieweit das Müllaufkommen reduziert werden kann. Das ist nach SPD-Logik hier im Hause offensichtlich deren Wirtschaftlichkeitsbegriff. Meine Damen und Herren, deshalb wundert es auch keinen, daß bei der Sammlung von Alttextilien es von den Möglichkeiten der karitativen Verbände abhängt, wie weit Verbesserungen in der Wiederverwertung möglich sind, und daß alte Reifen im Lande Bremen grundsätzlich verbrannt werden.

(B)

Bei der Sammlung von Kunststoffabfällen hat man den vagen Versuch gemacht, auf ein Experiment des Landkreises Ravensburg hinzuweisen. Nun ist der Landkreis Ravensburg nicht unbedingt deshalb ausgewählt worden, weil man dort so besonders hervorragende Wiederverwertung betreibt. Nein, er ist höchstwahrscheinlich deshalb ausgewählt worden, weil der dortige Versuch erst im Herbst 1981 gestartet wurde und man folglich mit der Auswertung sich einige Jahre Zeit lassen kann.

Meine Damen und Herren, all diese Dinge zeigen, daß die Wiederverwertung von Abfällen im Lande Bremen — großzügig gesehen — in den Kinderschuhen steckt, realistisch betrachtet aber in den Windeln liegt. Wiederverwertung findet in Bremen nur dort statt, wo es sich nicht vermeiden läßt. Dies ist nach Auffassung der CDU höchst unbefriedigend.

(Beifall bei der CDU)

Überall dort, wo seit Jahren karitative Verbände eine Wiederverwertung durchgeführt haben, findet sie auch heute noch statt. In einem Fall hat sich der Senat bereit erklärt, dies etwas zu verfeinern, ich meine hier die Altglasgeschichte. Das ist ja nun hinlänglich bekannt. Ansonsten greift man weder auf Erfahrungen in anderen Städten zurück, noch werden

auch nur bestimmte Verfahren in diesem Bereich angesprochen und von seiten des Senats bewertet. (C)

Unsere große Debatte im Mai 1981 hat eine ganze Reihe von Vorschlägen dargelegt, die ich nicht wieder neu auführen möchte, nur steht fest, daß weder Vorschläge der CDU noch Vorschläge des SPD-Abgeordneten Sixt Eingang in die Überlegungen des Senats beim Bericht gefunden haben.

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleibt für mich festzustellen: Mit diesem Bericht sollte so verfahren werden, wie wir uns ihn in Teilbereichen der Wiederverwertung von Abfällen vorstellen: Er sollte möglichst hier im Hause direkt eingesammelt werden, und dieses Altpapier sollte dann einer sofortigen Wiederverwertung zugeführt werden. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Sixt.

**Abg. Sixt (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Fischer, was Sie hier zum Bericht gesagt haben, war meines Erachtens so wenig, daß ich mich damit nicht weiter auseinandersetzen muß,

(Lachen bei der CDU)

sondern ich werde mich jetzt mit dem Bericht weiter beschäftigen, denn das Ausmaß der Verwertung von Abfällen, Herr Fischer, im Lande Bremen braucht nun wirklich keinen Vergleich mit anderen Bundesländern zu scheuen. (D)

(Zuruf des Abg. Werner Fischer [CDU])

Im Gegenteil, die Ergebnisse der Altglas-, der Altpapier- und der Alttextilien-Sammlungen sind Spitzenergebnisse, obwohl es für diese Sammlungen sicher auch sinnvoll ist, weiterhin die bestehenden Systeme zu verstärken und möglicherweise auch neue Formen der Erfassung und Verwertung zu entwickeln.

Dies hat der Senat ja auch hier zugesagt. Wir erwarten allerdings, daß auch das für die anderen Sekundärrohstoffe wie Kunststoffabfälle und Altreifen gilt. Folgendes — und das gehört nicht direkt zum Thema Wiederverwertung, aber zu dem, was heute morgen gesagt worden ist —, halte ich für wichtig, es zu erwähnen, und es ist auch aktuell: Man sollte vielleicht auch das Beispiel Lüneburgs in Bremen aufgreifen und viermal im Jahr einen kostenlosen Giftmüllentsorgungstag für Haushalte vorsehen, um Farbreste, Medikamente, Pflanzenschutzmittel, Quecksilberhaltiges und so weiter an wohnnahen Sammelstellen loszuwerden.

Die Bundesregierung hat 1975 mit ihrem Abfallwirtschaftsprogramm die Ziele vorgegeben, die es zu erreichen gilt. In dem Programm wurde bedacht, daß die Verwirklichung dieser Vorgabe einen längeren Prozeß des Umlernens, Umdenkens, Herr Fischer, gerade auch bei der Wirtschaft selbst, voraussetzt, denn Recycling ist ja zunächst auch einmal

(A) eine Aufgabe, die die Wirtschaft zu erfüllen hat, natürlich nach den Möglichkeiten, die sich aus der Frage, ob die Rohstoffe, die sie wiedergewinnt, auch für sie den Aufwand rechtfertigen, ergeben. Man kann also hier nicht mit sofortigen und euphorischen Erfolgen rechnen, sondern bei zielstrebigem Behandlung der Probleme wird es schrittweise Teilerfolge geben.

Nachdem ich dies gesagt habe, möchte ich auch das andere, Kritischere, sagen: Wenn wir insofern den Bericht akzeptieren mit diesen schrittweisen Erfolgen, dann können wir den erreichten Zustand so noch nicht hinnehmen. Es gilt, ihn weiter zu verbessern und damit auch eines Tages den Bericht fortzuschreiben, denn der Veränderungsprozeß ist noch lange nicht abgeschlossen.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie, meine Damen und Herren, Wiederverwertung all dessen, was wir alle als Bürger jeden Tag nach Gebrauch aus der Hand legen, dessen wir uns, wie es im Abfallrecht so schön heißt, entledigen, ist nach wie vor ein Stiefkind, steckt doch ein unübersehbarer Reichtum in Papier und Stoff, in Glas und Metall, in Kunststoff und Holz. Ich habe darüber bereits im Mai Ausführungen, die ich hier nicht zu wiederholen brauche, gemacht.

(B) Ich will Sie weder mit Statistik noch mit Beispielen langweilen, aber mit diesem Bericht in der Hand kann ich nur mit Nachdruck alle Beteiligten auffordern, ihren Beitrag zu leisten, die Bürger, das heißt uns alle, voll mitzuarbeiten, denn ohne den einzelnen geht es nicht, die Wirtschaft, denn diese muß die Wiederverwertung organisatorisch leisten, die Forschung, denn wir brauchen neue wirtschaftlichere Verfahren, und nicht zuletzt auch die Verwaltung, die noch mehr Initiativen und Ideen für dieses Feld investieren kann und muß.

Allerdings will ich uns selbst, den Gesetzgeber, nicht ausschließen. In sachbezogenen Gesetzen und im Steuerrecht muß der Wiederverwertung von Dingen, die kein Abfall werden dürfen, wesentlich stärker Rechnung getragen werden. Wenn wir alle mit dem, was uns gegeben ist, weiterhin auskommen wollen, dürfen wir uns dessen eben nicht einfach nur entledigen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Willers.

Abg. **Willers (BGL):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Fischer hat schon gesagt, diese Mitteilung des Senats ist dünn und das nicht nur vom Umfang her, das ist auch unsere Meinung. Wir haben uns gefragt, woran das denn liegt. Einer der Gründe, auf die man da kommt, ist, daß die Abfallbeseitigung vielleicht beim falschen Ressort angesiedelt ist. Das Bauwesen scheint uns eigentlich nicht das richtige Ressort zu sein, um mit solchen Fragen,

(C) bei denen Ökologie eine ganz gewaltige Rolle spielt, fertig zu werden.

Wir haben in Gesprächen mit Verwaltungsmitgliedern immer wieder festgestellt, daß auch gerade in diesem Bereich so etwas wie ökologisches Bewußtsein total unterentwickelt ist und daß es nicht einmal so etwas — vielleicht kann man das von Behörden auch nicht erwarten — wie Phantasie gibt, was man mit Abfällen machen kann und wie man Abfälle auf eine sinnvolle Art und Weise beseitigen kann.

Typisch dafür ist auch, daß man sich weitgehend auf das — wie heißt das so schön? — Abfallwirtschaftsprogramm der Bundesregierung zurückzieht, und da gibt es den Satz, auch in diesem Papier nachlesbar: „Staatliche Eingriffe zur Steigerung der Verwendung von Rohstoffen sind nur dann geboten, wenn dadurch Schäden für die Allgemeinheit abzuwenden sind.“

Nun sind wir bestimmt die letzten, die staatliche Eingriffe befürworten, wir haben das bei anderen Gelegenheiten immer wieder gesagt, aber ich frage mich angesichts des staatlichen Durchgriffs in allen möglichen anderen Bereichen, warum nun gerade hier so bescheiden, denn es gibt in der Organisation der Abfallbeseitigung, insbesondere in einer Großstadt wie der unseren, nun einmal für den Bürger, für den einzelnen, nur sehr begrenzt Möglichkeiten, auf individuelle Art und Weise mit dem Abfall fertig zu werden.

(D) Hier wäre es nun wirklich angebracht und notwendig, daß der Staat, daß die Verwaltungen sich Gedanken machen und auch bestimmte Infrastruktur bereitstellen zu einer sinnvolleren Verwendung von Müll.

Ich will nur auf drei Bereiche dieses Berichts kurz eingehen. Ich habe mich auch nach Gesprächen mit der Verwaltung gefragt, warum es eigentlich unmöglich sein soll oder bisher nicht zu schaffen gewesen ist, Metall auszusondern und zum Beispiel in Containern zu sammeln. Ich weiß aus anderen Städten, daß nicht erst vor der Müllverbrennung, sondern schon vorher, Metall einer wirtschaftlichen Verwertung zugeführt wird.

Ich weiß aus anderen Städten, daß zumindest in Neubaugebieten Container aufgestellt worden sind, was ein relativ geringer Aufwand ist, die auch durch Wirtschaftsunternehmen abgefahren werden und die regelmäßig und in kürzester Zeit bis oben hin voll sind. Ich glaube, daß auf die Art und Weise durchaus ein Fortschritt zu erzielen wäre, und in diesen Containern, um das noch zu sagen, stecken nicht nur Kühlschränke und alte Fahrräder, sondern sogar Dosen, also auch Kleinzeug.

Ich habe es immer für eine vernünftige Art und Weise, mit diesem Metall fertig zu werden, gehalten, und auf meine Anregung an die Verwaltung, warum man das hier nicht in Bremen mache, herrschte ziemliches Erstaunen darüber, daß man das woanders macht, also nicht einmal die Orientierung an

(A) anderen fortschrittlicheren Abfallbeseitigungsmethoden scheint da zu klappen.

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]:  
Dann sagen Sie doch einmal, wo man das macht!)

Ich habe doch gesagt, Aufstellen von Metallcontainern!

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]: In welchen Städten?)

In welchen Städten das passiert? Zum Beispiel in Göttingen!

Überhaupt nicht zufriedenstellend ist die Geschichte mit den Kunststoffabfällen, und — Herr Fischer hat das auch schon gesagt — sich darauf zu verlassen, was bei dem Modellversuch Ravensburg vielleicht irgendwann einmal herauskommt, ist einfach nicht ausreichend. Da sollte sich die Stadt Bremen wirklich ein paar eigene Gedanken machen, und das Problem der Kunststoffverbrennung oder Kunststoffbeseitigung ist wirklich groß.

(B) Ich möchte noch eine Anregung geben. Ich weiß nicht, ob das machbar ist, ich möchte aber zumindest auch einmal den Senator bitten, das zu untersuchen. Wir stellen doch immer wieder fest, daß bei der Sperrmüllabfuhr ungeheure Mengen von Holz anfallen. Da werfen ja Familien ganze Wohnungseinrichtungen weg. Dieses Holz wird teilweise aussortiert durch Bürger, die den Sperrmüll zur Einrichtung ihrer eigenen Wohnungen nutzen, das heißt, es findet ein Austausch statt. Trotzdem wird eine gewaltige Menge Holz verbrannt, und die Frage ist, ob das vernünftig ist.

Meine Anregung geht dahin, ob es nicht vielleicht möglich und wirtschaftlich ist, das Holz auf gesonderte Art und Weise abzufahren, vielleicht gesonderte Holzabfuhrtermine einzurichten und dieses Holz auch in einer Art Markt oder einer Art Börse zum Austausch — organisiert durch den Senat — zur Verfügung zu stellen. Das würde möglicherweise auch die Schwierigkeiten, die wir mit der Sperrmüllabfuhr und diesem Chaos auf den Straßen, das da jedesmal auftaucht, haben, beheben.

Dies nur als Anregung, ich könnte mir vorstellen, daß das eine von vielen Bürgern akzeptierte und durchaus lebendige und vielleicht auch sogar einigermaßen finanziell darstellbare Angelegenheit sein könnte!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Schröder.

Abg. Schröder (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal eingehen auf das, was hier bisher gesagt wurde. Herr Willers, ich will gleich bei Ihnen anfangen. Ich weiß nicht, ob das, was Sie zur Holzabfuhr oder einem speziellen Holzabfuhrtermin vorgeschlagen haben, der richtige Weg ist! Zur Zeit wird es so gemacht, das Holz wird auf die Deponie geworfen, auf den Müllberg, es wird nicht einmal

verbrannt. Ich hätte auch Bedenken dagegen daß man das einsammelt und dann sozusagen weiterveräußert, weil Sie doch eigentlich am besten wissen müßten, daß die Hölzer einer Oberflächenbehandlung unterzogen worden sind, daß da Lacke und so weiter auftauchen, die nun wiederum umweltschädlich sind. Insofern verstehe ich Sie nicht ganz.

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den Vorsitz.)

Im Grunde genommen haben Sie auch, indem Sie der staatlichen Verwaltung hier sämtliches ökologisches Bewußtsein absprechen, auf der anderen Seite aber die staatliche Verwaltung auffordern, in der Müllabfuhr, in der Müllbeseitigung eine bessere Infrastruktur zu schaffen, sich in einen ziemlichen Widerspruch begeben, und den müßten Sie mir noch einmal aufklären. Ich halte das Bewußtsein sowohl bei der Müllverwaltung als auch bei den Müllmännern selbst für ausgeprägt vorhanden. Ich glaube nicht, daß wir sagen können, es ist überhaupt nichts in der Verwaltung da, und alles so über einen Kamm zu scheren, das geht einfach nicht.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin, meine Damen und Herren, auch mit dem, was Herr Fischer gesagt hat, was er inhaltlich ausgeführt hat, was er an Kritik zu dem Müllpapier selbst vorgetragen hat, nicht einverstanden. Herr Fischer, ich will einmal den Tagesordnungspunkt 28 abwarten, bei dem Sie über die Wirtschaftsstruktur sprechen wollen, da wird Ihnen dann vielleicht selbst auffallen, wie kräftig Sie eben nach dem Staat gerufen haben.

Wir machen das nicht mit, meine Damen und Herren von der CDU! Wir wollen mehr private Initiativen hineinbringen und nicht etwa noch Preise für Altpapier subventionieren. Das ist unmöglich, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP)

Beachtenswert in diesem Zusammenhang ist, was Herr Sixt vorgeschlagen hat, etwa einen Giftmülltag einzuführen. Ich habe noch für die Bremische Verwaltung, für den Bereich der Bremischen Schulen eine Anregung, von der ich meine, daß sie nun endlich einmal durchgeführt werden sollte. Wir alle kennen naturwissenschaftlichen Unterricht. Soweit es mir bekannt ist, gibt es keine gesonderte Abfuhr für die chemikalischen Reste in den Schulen. Die Beseitigung sollte entweder über den Markt, also bei der Bestellung neuer Chemikalien, erfolgen, oder es müßte eine gesonderte Müllabfuhr eingeführt werden.

(Beifall bei der FDP)

Der Senat müßte im übrigen auch in Verhandlungen treten. Herr Senator Meyer, ich glaube, daß teilweise der Fachhandel, also über die Handelskammer beispielsweise, durchaus bereit wäre, mit dem Senat zu Gesprächen zu kommen. Verfahren

(A) Sie ähnlich, wie die Bundesregierung es bei den Apothekern vorsieht — dort werden die Medikamente wieder eingesammelt —, und dringen Sie darauf, daß auch der bremische Fachhandel bereit ist, Voraussetzungen zu schaffen, um ähnlich, wie es mit Batterien geschieht, zum Beispiel auch Farbreste einzusammeln, was wir natürlich nicht von den anonymen Baumärkten im Umland erwarten können. Ich glaube, in diese Richtung sollte der Senat einen Vorstoß unternehmen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, ich werde mich relativ wenig an mein Konzept halten, weil ich meine, daß man sich auf Schwerpunkte beschränken sollte. Wir stehen ja vor der Frage, Herr Fischer, ob wir den Müll durch die Bürger sortieren lassen oder aber den Müll sozusagen hinterher sortieren. Es gibt ja auch von der Bundesregierung geförderte Modellvorhaben, die in der Kleinen Anfrage, die die Bundestagsfraktion der CDU/CSU eingebracht hat, jetzt vom Innenminister am 16. 10. 1981 beschrieben worden sind. Dort finden Sie eine Fülle von Beispielen, wie die Probleme ganz speziell gelöst werden können.

Wir stehen da, nur um das eine Beispiel noch einmal zu vertiefen, vor der Frage, ob wir es dem Bürger zumuten, den Müll selbst zu sortieren, oder aber ob jeweils immer eine Anlage erforderlich ist, die natürlich auch teuer ist, bei der Investitionskosten zu tätigen sind, und bei unserer Haushaltsknappheit ist das natürlich relativ schwierig durchzuführen. Insofern wären wir schon darauf angewiesen, daß der Bürger selbst den Müll sortiert.

(B) Ich möchte in dem Zusammenhang auch noch erwähnen, daß eigentlich von Bremen die Materialsammlungen ausgegangen sind. Das Deutsche Rote Kreuz hat als erste Organisation im karitativen Bereich die Glassammlung in Bremen eingeführt, und das ist sehr dankenswert, meine ich.

(Beifall bei der FDP)

Hierauf geht der Punkt 5.2.2 in dem Bericht des Senats ein. Sie sprechen davon, Herr Senator Meyer, daß man mit den karitativen Verbänden in Verhandlungen treten sollte, um im Bereich des Altpapiers etwa zu besseren Lösungen zu kommen. Ich meine, diese Lösungen dürften nicht so aussehen, daß wir den karitativen Organisationen nun alle Dinge wegnehmen,

(Beifall bei der FDP)

sondern hier muß ein Spielraum bleiben, meine Damen und Herren.

Es gibt eigentlich noch viel, was man sagen könnte, aber die Zeit ist im Grunde genommen mit zehn Minuten zu kurz bemessen, um auf alle Einzelheiten einzugehen. Dieses Thema ist ja auch im Mai dieses Jahres bereits debattiert worden.

Der Bericht gibt uns, meine Damen und Herren, auch Möglichkeiten, ich würde ihn deshalb nicht nur

(C) verreißen, hier als Parlamentarier intensiv tätig zu werden. Die Diskussion über die Müllbeseitigung ist meines Erachtens noch nicht beendet.

Wir werden den Senat, wenn wir Positives in seinem Handeln erkennen, in seinen Bemühungen unterstützen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat Herr Senator Meyer.

**Senator für das Bauwesen Meyer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Von mir nur ein paar kurze Bemerkungen! Zunächst zu dem Bericht selbst! Herr Fischer, also mir fällt immer wieder auf, daß Sie eigentlich ein sehr freundlicher und sachlicher Mann sind, aber Sie überlegen sich zu Hause ein paar böse Formulierungen, mit denen Sie Ihre Rede beginnen, schlagen immer alles fürchterlich zusammen, im Laufe Ihrer Rede — ich habe sie dankenswerterweise eben schriftlich bekommen —, loben Sie uns hier ausgiebig, und im letzten Absatz sagen Sie dann wieder, das ist aber doch alles schlecht und nicht ausreichend.

Das ist als Rede nicht ausreichend, wenn ich das einmal sagen darf!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin ja nun selbst acht Jahre Mitglied dieses Hauses gewesen, eine sehr schöne Zeit, die ich immer sehr genossen habe. Allerdings gab es immer das große Problem, daß ich Unmengen von Papier habe lesen müssen. Deswegen habe ich mir vorgenommen, bei den Berichten des Senats, die ich zu vertreten habe, möglichst kurz und prägnant zu formulieren. Wir hätten diesen Bericht auf 150 Seiten ausdehnen können, diverse Programme zitieren können. Ich habe aber die ganzen bundespolitischen Aspekte sozusagen nur in die Einleitung hineingenommen und sehr kurz, fast im Telegrammstil, unsere Folgerungen in Bremen herausgearbeitet. Ich finde eigentlich, dies ist ausreichend.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Zum einen spart das Papier — Verursacherpapier, Herr Fischer! —, zum anderen haben Sie als Abgeordneter dann auch die Möglichkeit, sich kurz und prägnant zu informieren, denn mein Eindruck ist eigentlich, daß wir im Bereich der Abfallbeseitigung doch sehr weit sind.

Herr Willers, für meine Mitarbeiter zumindest will ich doch zurückweisen, daß Sie pauschal sagen, die Verwaltung des Senators für das Bauwesen denkt gar nicht darüber nach, und die ganze Müllbeseitigung ist im falschen Ressort.

Zunächst einmal hat alternatives Nachdenken, ökologisches Nachdenken nicht unbedingt etwas mit Ressortzugehörigkeit zu tun, sondern hat etwas zu tun mit der grundsätzlichen Einstellung der Mitarbeiter, auf die es da sehr ankommt. Ich bin Herrn Schröder sehr dankbar dafür, daß er das noch einmal positiv aufgegriffen hat.

(A) Zur Abfallbeseitigung und zum Verwertungsgedanken! Ich darf Ihnen ein Beispiel von heute nennen! Ich hatte heute morgen das Vergnügen, in der Müllverbrennungsanlage eine Turbine einzuweißen, zu der das Parlament dankenswerterweise die Investitionsmittel zur Verfügung gestellt hat. Diese Turbine ist gedanklich und inhaltlich entwickelt von dem Leiter der Müllverbrennungsanlage, Herrn Dr. Wundes, unter der Fragestellung, was eigentlich mit diesem Überdruck gemacht wird, der in der Müllverbrennungsanlage erzeugt wird und teilweise in die Fernwärme geht, während sehr viel Druck heruntergenommen werden muß, und bisher einfach in die Luft verpufft wird.

Herr Dr. Wundes hat eine Idee entwickelt, die jetzt realisiert worden ist, den Überdruck einzusetzen für die Stromerzeugung. Ergebnis: Für 2,1 Millionen DM Investitionen haben wir jetzt eine Eigenversorgung mit Strom in der Müllverbrennungsanlage. Diese Anlage wird sich innerhalb von drei Jahren erstaunlicherweise amortisieren. Wir geben sogar in das normale Stadtwerkenetz Strom von der Müllverbrennungsanlage ab.

Ich glaube, dies ist ein kleiner, aber ein ganz wichtiger Beweis dafür, daß die Mitarbeiter sehr wohl nachdenken und sehr wohl den Wiederverwertungsgedanken immer nachvollziehen.

(Beifall bei der SPD)

(B) Ich will gar nicht mehr auf die positiven Auswirkungen der Altglassammlung eingehen, sondern mich zwei, drei kritischen Bemerkungen stellen.

Die erste Bemerkung, die hier gefallen ist, ist die Frage was eigentlich im Altpapierbereich gemacht wird. Ich hatte bereits bei der letzten Mülldebatte angekündigt, daß wir mit den karikativen Verbänden versuchen wollen, das Thema Altpapier in den Griff zu bekommen, das heißt zu systematisieren. Diese Gespräche sind relativ schwierig und noch nicht zu einem positiven Ende gekommen.

Herr Schröder sagt sicherlich zu recht, und das ist mein Problem im Augenblick, daß man den karikativen Verbänden wie dem Deutschen Roten Kreuz und anderen diese wichtige Einnahmequelle nicht einfach verschließen darf. Aber die Verbände haben natürlich das Problem, einen solchen großen Apparat zu unterhalten, der in der Lage ist, flächendeckend für Bremen systematisch Altpapier einzusammeln.

Hier sind wir noch nicht zu Ende. Es gibt inzwischen Angebote auch von Firmen, die sagen, wir wären gern bereit, dies zu übernehmen. Man muß sehen, ob wir da zu einem positiven Ende kommen. Mein Ziel ist auf jeden Fall, die Altpapiereinsammlung in Bremen in Richtung Wiederverwertung von Altpapier zu systematisieren. Wir werden sicherlich Anfang des nächsten Jahres auch zu konkreten Ergebnissen werden können.

Nur, Herr Fischer, was Sie, als Sie „Systematisiert die Altpapiersammlung!“ forderten, gefolgert haben, ist natürlich eine sehr starke Aufweichung der Positionen. Sie haben gesagt, gebt den Großhänd-

lern, die das Altpapier übernehmen, einen Ausgleich! Das heißt also, die sollen sich gar nicht mehr an dem Marktpreis orientieren, sondern wir subventionieren ab einer bestimmten Summe.

Dies kann ich eigentlich nicht akzeptieren. Die bisherigen Verhandlungen mit Großhändlern, mit Großaltpapierhändlern in Bremen haben so ausgesehen: Wir machen das für euch, überlaßt uns das Altpapier, aber wenn die Preise in den Keller fallen — die sind ja sehr stark steigend und fallend in diesem Bereich —, dann wollen wir dort einfach auf die Müllkippe dieses Papier bringen. Dies ist für mich keine überzeugende Lösung! Hier müssen andere Lösungen gefunden werden. Es kann nicht angehen, daß wir dieses ganze eingesammelte Papier dann auf den Müllberg bringen, es kann aber auch nicht angehen, daß wir gegenüber den Großmärkten diese Verfahren subventionieren. Deswegen ist dies keine echte Lösung. Ich glaube, hier müssen wir weiter nach Lösungen suchen, damit wir zu einer Systematisierung der Altpapiereinsammlung kommen.

Das nächste Thema ist Metallaussonderung.

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Senator, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

**Senator Meyer:** Ja, gern!

**Vizepräsident Schmidt:** Bitte, Herr Abgeordneter Fischer!

**Abg. Werner Fischer (CDU):** Herr Senator, sind Sie nicht mit mir der Meinung, daß ein Zuschuß, wenn die Preise niedrig sind beim Altpapier, an die Händler kostengünstiger ist, als es für 60 DM die Tonne, wie ich es ausgeführt habe, zu verbrennen?

**Senator Meyer:** Ja, das sieht auf den ersten Blick so aus, aber es geht dabei darum, daß die Händler dies ja auf die Müllkippe bringen wollen und ich andererseits natürlich sagen muß, daß das Verbrennen des Papiers in der Müllverbrennungsanlage, in diesem bunten Durcheinander, ein durchaus interessantes Verbrennungsmittel mit ist, weil wir ja in zunehmendem Maße mit zu verzeichnen haben, daß wir sehr viele Kunststoffe und so weiter in der Müllverbrennungsanlage haben. Insofern ist das mit der Verbrennung, 60 DM Kosten pro Tonne, so einfach nicht gesagt. Das Thema ist komplizierter.

Ich meine nur, wir dürfen nicht sagen, wir wollen unbedingt jetzt Altpapier einsammeln und gegebenenfalls auch die Händler subventionieren. Den Ansatz, den Sie gebracht haben, sollten wir in der Deputation auch noch einmal vertiefen. Ich hoffe nur, daß wir zu einem vernünftigen Vertragsergebnis kommen, entweder mit Händlern, mit Verwertern also, oder aber mit dem Deutschen Roten Kreuz und den angeschlossenen Verbänden.

Zum Bereich Metall wollte ich noch ausführen —

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Schmidt:** Sind Sie bereit, eine weitere Zwischenfrage anzunehmen, Herr Senator Meyer?

**Senator Meyer:** Ach, Herr Fischer, was bringt das denn? — Ja bitte!

**Vizepräsident Schmidt:** Bitte, Herr Abgeordneter Fischer!

Abg. Werner **Fischer** (CDU): Es ist bei meinem Vorschlag der Subvention ja nicht daran gedacht, das ständig zu tun, sondern nur in dem Fall, wenn der Marktpreis niedrig ist, damit nicht verbrannt werden muß!

**Senator Meyer:** Das habe ich verstanden! So habe ich das aber eben, glaube ich, auch interpretiert!

Zur Frage der Metallaussonderung wollte ich sagen, daß ich überhaupt nichts davon halte, Herr Willers, daß wir Container in der Stadt aufstellen. Lassen Sie uns doch von diesem Gedanken langsam wirklich abkommen! Ich kann das jedenfalls nicht akzeptieren. Wir stellen doch fest bei den Containern, daß überall Hausmüll mit abgelagert wird. Ich kann das auch für das Stadtbild nicht akzeptieren, daß wir hier jetzt anfangen, für jede Müllsorte uns einen neuen Container zu überlegen, der irgendwo aufgestellt werden sollte.

Wir haben eine klare Regelung: Wir sortieren Metallabfälle aus im Rahmen der Sperrmüllabfuhr. Es fährt also bei der Sperrmüllabfuhr ein gesonderter Fahrzeug vorweg, die Mitarbeiter ziehen die Metalle heraus und führen sie gezielt einer Wiederverwertung zu. Dieses Problem ist also über die Sperrmüllabfuhr einwandfrei geregelt. Ich glaube, auch die Zahlen, die hier in dem Bericht aufgenommen sind, machen das sehr deutlich, daß wir in der Stadtgemeinde Bremen auf diesem Wege eigentlich schon sehr weit sind.

(B) Ihr Vorschlag betreffend die Verwertung von Holz ist auch meines Erachtens nicht überzeugend. Wir haben doch jetzt bei der Sperrmüllabfuhr festzustellen, daß Unmengen von Hausmüll beigegeben wird. Dieses ganze Durcheinander in den großen Mietwohnungsgebieten insbesondere, wo natürlich sehr viel dann zusammenkommt, führt dazu, daß ich engagiert der Meinung bin, daß wir erstens den Mitarbeitern diese Arbeit nicht mehr zumuten dürfen, und zweitens, wenn wir es ernst meinen mit dem Gedanken der Wiederverwertung, zu einer gezielteren Sperrmüllabfuhr kommen müssen. Deswegen denken wir an Sperrmüllabfuhr auf Abruf, was ja genau dazu führt, daß zum Beispiel größere Holzgegenstände gesondert abgeholt werden und, wenn sie noch brauchbar sind, in irgendeiner Form gezielt wieder weiter zu einer Verwendung geführt werden können.

Das heißt also, wir sind auf dem richtigen Wege, glaube ich, gerade was das Thema gezielte Verwertung von Sperrmüll, der eingesammelt wird, betrifft. Deswegen habe ich, unter dem Strich gesehen, das Gefühl, bei aller Notwendigkeit, die wir natürlich

(C) beachten müssen, im Bereich der Wirtschaftlichkeit — man kann hier nicht romantische Modelle entwickeln, sondern es muß in irgendeiner Form wirtschaftlich sein, in einer Großstadt wie Bremen Müll abzufahren und einer Wiederverwertung zuzuführen —, daß wir unter diesem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit aber, was das Thema Altglasverwertung, Altpapierverwertung, Metallverwertung betrifft, und auch insgesamt, was das Thema Sperrmüllabfuhr betrifft, auf dem richtigen Wege sind. — Vielen Dank!

**Vizepräsident Schmidt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

#### **Kernkraftwerk Unterweser (KKU)**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 10. November 1981  
(Drucksache 10/662)

Wir verbinden hiermit:

#### **Kühltürme beim Kernkraftwerk Esenshamm**

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD  
vom 2. Dezember 1981  
(Drucksache 10/683)

u n d

#### **Kühltürme beim Kernkraftwerk Unterweser**

Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU  
vom 8. Dezember 1981  
(Drucksache 10/685)

(D) Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Brückner, ihm beigeordnet Herr Senatsdirektor Dr. Euler.

Die dringliche Behandlung des Antrags Drucksache 10/685 hat die Bürgerschaft (Landtag) zu Beginn ihrer gestrigen Sitzung beschlossen.

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/662 ist unterschrieben von dem Abgeordneten Dinné und Gruppe der BGL, der Entschließungsantrag Drucksache 10/683 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Ursula Kerstein, Wedemeier und Fraktion der SPD, und der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/685 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Fischer, Neumann und Fraktion der CDU.

Die Vorlagen sind im Wortlaut an die Abgeordneten verteilt worden.

#### **Drucksache 10/662**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, seine vertraglichen Rechte gegenüber der NWK und dem Lande Niedersachsen wahrzunehmen und nunmehr endlich auf Erfüllung der Zusagen auf Errichtung von Kühltürmen zu dringen, um Schaden für die Weser abzuwenden, statt sich jetzt auf Verhandlungen und Prüfungen über fragwürdige Wärmepumpensysteme einzulassen.

(A)

**Drucksache 10/683**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) bedauert, daß die niedersächsische Landesregierung die zwischen Bremen und Niedersachsen getroffenen Vereinbarungen zum Bau der Kühltürme beim Kernkraftwerk Esenshamm bisher nicht eingehalten hat. Da mit dem Bau bisher nicht begonnen wurde, ist die niedersächsische Landesregierung offenbar nicht in der Lage, den verabredeten Termin einzuhalten.

Die Bürgerschaft (Landtag) mißbilligt die Verschleppung des Baubeginns durch die niedersächsische Landesregierung, die versäumt hat, rechtzeitig alternative Vorschläge vorzulegen, die ein gleich wirksames System darstellen und die Erwärmung der Weser verhindern.

**Drucksache 10/685**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Verhandlung mit der niedersächsischen Landesregierung zu klären, inwieweit alternative Möglichkeiten zum Bau von Kühltürmen in gleicher Weise die Erwärmung der Weser verhindern, um dann gegebenenfalls die Vereinbarung zwischen Bremen und Niedersachsen von 1977 entsprechend zu ändern.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Zur Begründung des Antrags hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können uns relativ kurz fassen, weil wir im Rahmen der Fragestunde schon sehr tief in das Thema eingedrungen sind. Deshalb möchte ich mich darauf beschränken, die nach meiner Meinung vorliegenden Unterschiede bei den drei Anträgen klarzumachen.

(B)

Ich glaube, es ist in der Fragestunde mit dem zuständigen Herrn Senator klargeworden, daß Niedersachsen offensichtlich eine bestimmte Verzögerungspolitik betreibt und die Kühltürme zusammen mit der NWK nicht so richtig bauen will. So kann man das einmal allgemein ausdrücken.

Das ist deutlich geworden in den Antworten, die Herr Brückner uns gegeben hat. Unser Antrag stellt nun darauf ab, daß wir sagen — weil es auch gerichtlicherseits rechtskräftig festgestellt worden ist, daß durch diese Warmwassermengeneingaben in die Weser Schäden drohen —, es muß deshalb etwas getan werden. Wir meinen, aus der gegenwärtigen Situation muß die Folgerung gezogen werden, daß der Senat aufgefordert wird, dringend etwas zu tun. Das ist unser Antrag.

Der Antrag der SPD sieht das Problem in gleicher Weise, wie man aus dem Wortlaut entnehmen kann, aber er trauert eigentlich nur diesem Zustand nach, ohne nun ernsthaft etwas zu wollen. Die Frage ist: Will die SPD denn auch den Senat auffordern, in der Sache nun tätig zu werden? Das vermisse ich in dem Antrag!

Der dritte Antrag der CDU läuft darauf hinaus, daß Herr Fischer und andere vorschlagen, man möge doch nachdenken, ob man nicht andere Kühlsysteme zur Kühlung dieser riesigen Wassermengen anwenden könnte. Herr Fischer, der Punkt ist nun leider abgehandelt, was man da machen kann. Auch Ihnen

müßte klar sein, daß das einzige alternative Kühlsystem bei Esenshamm eventuell das wäre, daß Sie dort eine Wärmeschiene anhängen zur Fernwärmeheizung.

(C)

Aber erstens ist das dort technisch beziehungsweise in einem wirtschaftlichen Kostenrahmen nicht zu machen. Da müßte die Turbine total umgebaut werden. Zweitens ist der Nachteil derartig zentraler Anlagen der, daß Sie solche riesigen Wärmemengen auch im Kernwärmesystem überhaupt nicht unterbringen können. Das ist leider so, das können Sie in Ruhe nachrechnen, da sind sich alle Techniker von rechts bis links, von oben bis unten, oder welche Himmelsrichtung Sie immer nehmen wollen, einig. Der Vorschlag zieht nicht. Deshalb weiß ich nicht, was Sie mit Ihrem Antrag eigentlich bezwecken wollen.

Ich bin der Meinung, wenn wir die Sache bei Esenshamm ernst nehmen, dann müssen wir den Senat auffordern, dort tätig zu werden, und darauf zielt unser Antrag ab, und wir bitten entsprechend, dem Antrag zuzustimmen! — Vielen Dank!

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kerstein.

Abg. Ursula **Kerstein** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es auch kurz machen. In Anbetracht der gestern in der Fragestunde vom Senat vermittelten Auskünfte auf meine Anfrage wegen der Kühltürme in Esenshamm braucht man nicht noch einmal grundsätzlich in die Thematik einzusteigen, vor allem auch deshalb, weil wir uns vorgenommen haben, die Tagesordnung heute noch abzuarbeiten.

(D)

Deshalb ganz kurz: Meine Fraktion ist auf derselben Linie wie der Senat. Wir bestehen weiterhin auf der Errichtung von Kühltürmen, es sei denn, andere ebenso wirksame Systeme sind realisierbar, wie in unserem Antrag ausgeführt. Da dies aber nicht mehr in der verabredeten Frist stattfinden kann, bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag 10/683, der diese Verschleppungstaktik Niedersachsens mißbilligt. Wir drücken das deshalb so unmißverständlich aus, weil unser geduldiges Warten auf eine von der Landesregierung Niedersachsen mit Bremen getroffene Vereinbarung sehr strapaziert worden ist, nach unserer Auffassung sogar überstrapaziert wurde.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich kann Ihnen versichern, daß wir uns eine solche Mißbilligung nicht leicht gemacht haben, aber wir sind hier hingehalten worden mit Argumenten, die im Laufe der Jahre nicht überzeugender geworden sind.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kunick [SPD]: Sehr richtig, Frau Kollegin!)

Den Antrag der BGL mit der Drucksachen-Nummer 10/662 lehnt meine Fraktion ab, denn Wärmepumpensysteme kann man nicht von vornherein als

(A) fragwürdig bezeichnen. Ich bin kein Techniker, ich kann auch nicht so gut rechnen, aber wir werden natürlich die in Aussicht genommenen alternativen Vorschläge ernsthaft prüfen lassen. Fachleute bezweifeln allerdings bisher, daß sich die aus Kühlwasser gewonnene Wärme über große Strecken in ein Wohngebiet leiten läßt, und was außerhalb einer Heizperiode mit der Abwärme geschieht, muß auch gefragt werden.

Ich will hier nicht in technische Spezialgebiete einsteigen, weil ich versprochen habe, mich kurz zu fassen, aber wenn es wirklich ein anderes wirksames System gibt, das uns die Kühltürme erspart und gleichzeitig noch zur sinnvollen Ausnutzung des warmen Wassers geeignet ist, sind wir die letzten, die sich vernünftigen Vorschlägen gegenüber verschließen.

Den Antrag der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/685 empfehle ich ebenfalls zur Ablehnung, weil nicht der Senat, sondern die Landesregierung von Niedersachsen alternative Möglichkeiten vorlegen muß.

(Beifall bei der SPD)

Erst wenn diese vorliegen, können neue Verhandlungen geführt werden.

Zum Schluß meiner Ausführungen, meine Damen und Herren, möchte ich noch einmal — ich habe das schon einmal getan, auch im Zusammenhang mit dieser Debatte — auf die Gefahr hinweisen, die in der Beschäftigung mit technokratischen Detailfragen liegt. Ich habe das wirklich schon öfter gesagt. Es mag Ihnen penetrant erscheinen, aber ich möchte Ihnen noch einmal eines dringlich vor Augen halten, bedenken Sie auch bei weiteren Diskussionen zu diesem Thema neben der unbestrittenen Gefahr einer zusätzlichen Weserbelastung die Gefahren, die überhaupt von Atomkraftwerken ausgehen! Detaildiskussionen dürfen nicht dazu führen, Grundsatzprobleme zu vernebeln. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Werner Fischer.

Abg. Werner **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit gut zehn Jahren befassen wir uns in Bremen mit dem Thema Kernkraftwerk Esenshamm und den damit verbundenen Belastungen der Weser. Dabei gab es in der Vergangenheit, wenn es darum ging, durch das Kernkraftwerk Unterweser so wenig wie möglich die Umwelt, insbesondere die Weser, zu belasten, zwischen den führenden Fraktionen in diesem Hause kaum einen Dissens.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Zählen Sie die einmal auf!)

Der CDU und auch der SPD kam es darauf an, unabhängig von den grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten bei der Verwendung der Kernenergie, darauf hinzuwirken, daß beim Betrieb des Kern-

kraftwerks Kühltürme oder vergleichbare Kühlsysteme eingesetzt werden. Die FDP hat dabei in den letzten Jahren einen Kurs gefahren, der sicherlich auch damit zusammenhängt, daß sie meinte, sich gegenüber den Grünen profilieren zu müssen.

(Widerspruch bei der FDP)

Was nun die heutige Debatte um die Kühltürme in Esenshamm betrifft, so zeichnet sich ab, daß auch die Übereinstimmung zwischen SPD und CDU in einem uns alle in Bremen betreffenden Anliegen verlorengelht. Bis vor wenigen Tagen konnte man noch von einem gemeinsamen Anliegen in bezug auf eine möglichst geringe Erwärmung der Weser durch das Kernkraftwerk Esenshamm zwischen SPD und CDU ausgehen, was sich jedoch nach Vorlage Ihres Antrags von seiten der SPD grundsätzlich geändert hat.

Ich weiß nicht, was nun die Bremer SPD-Fraktion veranlaßt hat, mit einem Antrag in den niedersächsischen Landtagswahlkampf einzugreifen,

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ach du lieber Gott!)

der darüber hinaus auch noch sachlich falsch ist. Warten Sie einmal ab, Herr Wedemeier! Sie haben sowieso nicht aufgepaßt, wie wir unseren Antrag interpretiert haben. Das habe ich vorhin schon gemerkt. Dann lesen Sie ihn sich erst einmal richtig durch!

In der Kürze der Zeit will ich nur einige Fakten anführen, die deutlich machen —.

(Zuruf des Abg. Wedemeier [SPD])

Lassen Sie mich doch einmal ausreden! Sie können doch gleich hierherkommen und das widerlegen!

(Beifall bei der CDU — Abg. Wedemeier [SPD]: Das werde ich auch tun!)

In der Kürze der Zeit will ich nur einige Fakten anführen, die deutlich machen, welches Doppelspiel die SPD hier und in Niedersachsen, besonders vor Ort im Landkreis Wesermarsch, treibt. 1977 gelang es, auch mit massivem Einsatz unseres Fraktionsvorsitzenden Bernd Neumann, eine gemeinsame Vereinbarung zwischen Bremen und Niedersachsen in bezug auf die Errichtung von Kühltürmen zu erzielen. Es wird ein Fünfjahreszeitraum festgeschrieben, der sicherlich, das zeigt zwischenzeitlich die Entwicklung, unabhängig davon, ob letztendlich Kühltürme kommen oder nicht, als zu kurz anzusehen war.

Die SPD feierte dies hier in der Bürgerschaft als einen Erfolg, der auch im Hinblick auf eine möglichst geringe Weserbelastung zunächst so zu sehen ist. Bei den fünf Jahren, in denen Kühltürme gebaut werden sollten, ging man davon aus, daß zunächst einmal zwei Jahre Betriebserfahrung notwendig seien, um beurteilen zu können, welche Art von Kühltürmen sich überhaupt eignen. Ein Jahr war für das Genehmigungsverfahren, zwei Jahre waren

(A) für den Bau der Kühltürme vorgesehen, zusammen fünf Jahre. Wir alle wissen hier im Hause, daß der ursprüngliche Betrieb von Esenshamm sich verzögerte und der Vollastbetrieb erst ab August 1979 gefahren werden konnte. Parallel dazu war geplant, eine entsprechende Versuchsanlage zu errichten, um zu beurteilen, inwieweit Kühltürme im Brackwasserbereich funktionsfähig sind.

Dies alles hätte weitgehend laufen können, wenn nicht der Landkreis Wesermarsch sich von vornherein massiv gegen Kühltürme ausgesprochen hätte und sogar eine entsprechende Versuchsanlage blockiert hat. Nun sollte man wissen, daß bis zur letzten Kommunalwahl im Herbst dieses Jahres der Landkreis Wesermarsch eine SPD-Mehrheit hatte.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, man kann hier nicht von seiten der SPD in der Bürgerschaft der niedersächsischen Landesregierung Vorwürfe machen, wenn zur gleichen Zeit die eigenen Genossen vor Ort den Bau von Kühltürmen blockieren.

(Beifall bei der CDU)

Aber es waren auch nicht nur die Genossen vor Ort, die Bedenken gegen Kühltürme äußerten. So konnte man bereits im Oktober des letzten Jahres den niedersächsischen Oppositionsführer und SPD-Vorsitzenden Ravens hören, der Verständnis für den Wunsch äußerte, auf den Bau von Kühltürmen zu verzichten, und der gemeinsame Gespräche zwischen der niedersächsischen Landesregierung und dem Bremer Senat forderte, um von dieser Auflage — hören Sie zu! — wegzukommen.

(B)

Kann das Doppelspiel der SPD noch deutlicher werden? Eigentlich nicht, doch wenn man die Anhörung beim Genehmigungsverfahren zum Bau der Kühltürme sieht, kommt man dazu, daß es durchaus noch eine Steigerung gibt.

(Abg. Kunick [SPD]: Wo war die denn, in Vegesack?)

Zwischenzeitlich liegen über 300 Einsprüche von Privatpersonen sowie einer Reihe von Kommunen und des Landkreises Wesermarsch gegen den Bau von Kühltürmen vor. Dazu gehören auch die Stadt Nordenham und die Gemeinde Stadland. Dies alles zeigt, daß hier die SPD in eine billige Polemik verfällt und der Landesregierung vorwirft, den Bau von Kühltürmen zu verschleppen, während die eigenen Genossen vor Ort den Bau und das Genehmigungsverfahren blockieren.

Meine Damen und Herren, das ist die Realität, und deshalb werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Vielleicht wäre der SPD-Antrag nicht eingebracht worden, wenn der Senat dem SPD-Antrag, der hier im Hause auch mit unseren Stimmen im September

des letzten Jahres beschlossen wurde, Rechnung getragen hätte, in dem es heißt: „Die Bürgerschaft bittet den Senat, zu gegebener Zeit über den Bau der Kühltürme zu berichten.“ Offensichtlich hält der Senat bisher die Zeit nicht für gegeben, denn sonst wäre der Bericht da, oder Sie hätten einen Bericht vorgelegt, Herr Senator.

(C)

Noch ein paar Sätze zur Sache Kühltürme selbst! Die CDU-Bürgerschaftsfraktion hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, daß Kühltürme oder ein vergleichbares System beim Kernkraftwerk Unterweser errichtet werden, damit die Weser so wenig wie möglich belastet wird. Diese Aussage steht für uns nach wie vor, und es gibt auch keine Veranlassung, davon abzurücken.

(Abg. Jäger [FDP]: Was ist das andere System?)

Das werden Sie gleich hören! Zwischenzeitlich waren wir alle hier im Hause zu der Auffassung gekommen, daß Kühltürme gebaut werden sollten. Seit dieser Debatte sind ebenfalls vier Jahre vergangen, und man sollte sicherlich erneut überlegen, inwieweit es noch bessere Verfahren gibt. Man kann dem Bürger nicht deutlich machen, daß Kühltürme gebaut werden, in denen zukünftig mit Millionenaufwand Wärme vernichtet wird, während gleichzeitig Systeme denkbar sind, die dazu führen, daß die Wärme für andere Maßnahmen genutzt werden kann, was letztendlich eine Energieeinsparung bedeutet.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Solche Überlegungen werden jetzt offensichtlich angestellt, und es gibt anscheinend auch Verfahren, die technisch durchführbar sind. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird sich solchen Überlegungen nicht verschließen und bereit sein, Überlegungen, die Fehlinvestitionen von 100 bis 120 Millionen DM verhindern, Rechnung zu tragen.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern deshalb den Senat auf, in Verhandlungen mit der niedersächsischen Landesregierung zu klären, inwieweit alternative Möglichkeiten zum Bau von Kühltürmen in gleicher Weise die Erwärmung der Weser verhindern, um dann gegebenenfalls die Vereinbarung zwischen Bremen und Niedersachsen von 1977 entsprechend zu ändern.

Herr Wedemeier, wenn Sie zugehört hätten, wir haben nicht den Senat aufgefordert, in solche Verhandlungen einzutreten, sondern zu klären in den Gesprächen, was möglich ist.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Ja, das ist eben falsch!)

Wir halten unseren Antrag für eine konsequente Fortsetzung des SPD-Antrags vom Juli 1980, als der Senat zu einer entsprechenden Berichterstattung aufgefordert wurde, und bitten daher um Zustimmung zu unserem Antrag. — Ich darf mich bedanken!

(Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. Ostendorff (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da haben wir doch nun tatsächlich drei Anträge vorliegen von den in der Bürgerschaft vertretenen Fraktionen und der Gruppe, und jeder korrekt denkende Beobachter der bremischen parlamentarischen Szene muß sich fragen, wo ist eigentlich der Antrag der FDP?

(Abg. J ä g e r [FDP]: Das ist die Kernfrage!)

Dies, meine Damen und Herren, sagte ich Ihnen von diesem Platz vor 15 Monaten, ich kann überhaupt nichts anderes sagen, und mir wird es dieses Mal von Senator Brückner nicht vorgehalten werden können, daß ich immer wieder dasselbe sage, weil er in der Fragestunde zwar nicht gesagt hat, Ostendorff hat recht gehabt, er hat aber gesagt, ich habe mich geirrt, er hat dem Sinne nach gesagt — und nun ein Zitat von Senator Brückner, auch vom 18. 9. 1980 —, er wäre überzeugt, daß Niedersachsen die Verabredungen einhalten würde, er hätte keinen Anlaß, daran zu zweifeln.

Zwischendurch in einer Fragestunde habe ich mir erlaubt, den Senat zu fragen, ob er unter Zuhilfenahme eines Kalenders in der Lage wäre festzustellen, wann das Ende 1982 und Anfang 1983 wäre. Er, Senator Brückner, war damals noch der Meinung, die Kühltürme könnten kommen. Sie sind nicht gekommen.

(B) Ich bedauere ausdrücklich, daß ich seit 1971 von diesem Platz, was die Aufheizung des Weserwassers durch das Kernkraftwerk angeht, Ihnen nichts anderes sagen kann. Daß ich immer wieder dasselbe sagen muß, liegt nicht an mir.

(Abg. K u n i c k [SPD]: Das liegt am Kernkraftwerk!)

Das liegt daran, daß es dem Senat, aus welchen Gründen auch immer, nicht gelungen ist, rechtzeitig durchführbare Vereinbarungen mit Niedersachsen zu treffen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Kunick, eine mildere Formulierung einer Senatsschelte kan ich mir eigentlich kaum denken. Ich muß hier auch Herrn Kollegen Wedemeier eine Freude machen und etwas Lateinisches bringen,

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: Müssen Sie? Sie machen mir eine Freude!)

wobei ich das neuerdings immer zuerst auf deutsch bringe. Sie können jetzt natürlich sagen, wie einstmals ein alter Römer zu dem römischen Staatsmann und Philosophen Seneca sagte: Warum, Seneca, immer die gleichen Vorwürfe?

Seneca antwortete: Warum — Herr Wedemeier — immer die gleichen sündigen Anlässe? „Quousque

eadem peccabitis?“, auf lateinisch! Das ist viel schöner und viel treffender. (C)

(Abg. W e d e m e i e r [SPD]: So ist es! —  
Abg. D i t t b r e n n e r [SPD]: Herr Wedemeier hat schon das kleine Latinum!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht schön, immer wieder auf dasselbe hinweisen zu müssen. Es ist aber betrüblich für einen politisch Tätigen, daß die die Regierung tragende Fraktion dann nach 15 Monaten nicht einmal den Mut hat zuzugeben, ihr von der Opposition habt spätestens am 15. 9. 1980 recht gehabt.

(Beifall bei der FDP)

Das hätte Sie nichts gekostet, hätte uns aber gefreut!

Nun hören Sie das von mir noch einmal, und ich muß Ihnen hierbei eines ganz deutlich sagen, die Sorge, die die Freien Demokraten von Anfang an hatten, betraf das nicht vorhandene Kühlsystem. Ich möchte ausdrücklich sagen, wir hängen nicht an einem Kühlturm, ein anderes Kühlsystem wäre uns auch lieb, aber daß nach dieser Vereinbarung zwischen der von Ihnen getragenen Regierung und Niedersachsen kurz vor Ablauf der letzten Frist plötzlich gesagt wird, und gibt es doch vielleicht noch andere Kühlmöglichkeiten!

Nun habe ich persönlich, ohne eine große Detailkenntnis zu haben, Frau Kerstein, auch mit Ihnen die Sorge — ich formuliere sie nur etwas anders —, ich kann mir nicht so furchtbar viele Interessenten denken, die im August eines Jahres auf Fernwärme reflektieren. (D)

(Beifall bei der FDP)

Das ist nämlich auch noch die Problematik. Wo bleibe ich, selbst wenn es technisch möglich wäre, im August mit der Wärme? Wir können nur ein Gesetz machen, es müsse jeder heizen. Das ist ja vielleicht möglich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der von den Vorrednern dankenswerterweise eingehaltenen Kürze will ich versuchen, mich nicht auszuschließen. Die Freien Demokraten teilen das Anliegen der Bremer Grünen Liste, haben aber, wie mitunter, erhebliche Schwierigkeiten bei der Formulierung, weil Sie natürlich nun hier mit Ihrem Antrag wiederum einmal das Kind mit dem Bade ausschütten und dann uns mit der Badewanne gleichzeitig noch erschlagen wollen. So geht es nimmer!

(Beifall bei der FDP — Heiterkeit — Abg. W i l h e l m s [CDU]: Deus ex machina!)

Die Ausführungen waren nicht so lichtvoll. Doch, sie waren so lichtvoll, daß das andere Licht ausfallen konnte!

Wir werden, da wir in der Tendenz mit Ihnen einer Meinung sind und der Meinung sind, daß in anderen Anträgen diese Tendenz auch aufgegriffen wird, uns bei Ihrem Antrag enthalten, was nach unserer Geschäftsordnung auch eine Möglichkeit ist. Zum Antrag der SPD — ich gehe in der Reihenfolge

(A) des Eingangs vor — kann ich Ihnen sagen, daß wir diesem Antrag zustimmen werden. Er sagt das aus, was wir zumindest das letzte Mal am 18. 9. gesagt haben.

Der Antrag der CDU ist sprachlich, da haben Sie, Frau Kerstein, durchaus recht, etwas unglücklich, denn ein Landesparlament kann nun schlecht eine andere Landesregierung auffordern, aber, nehmen wir es im Ganzen, wir stimmen dem auch zu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere Herr Senator Brückner, ich wünsche Ihnen bei der weiteren Behandlung dieses Fragenkomplexes namens der Fraktion der Freien Demokratischen Partei ausdrücklich Glück, mehr Glück als bisher! — Ich bedanke mich!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Brückner.

**Senator für Gesundheit und Umweltschutz Brückner:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Haltung des Senats in dieser Frage ist eindeutig. Der Senat besteht weiterhin auf die Errichtung der Kühltürme, es sei denn, daß uns ein anderes gleich wirksames System vorgelegt wird und realisiert werden kann. Insofern muß der Senat auch nicht aufgefordert werden, Verhandlungen durchzuführen, jedenfalls nicht aus unserer Sicht, denn die Landesregierung in Niedersachsen hat uns Zusagen gegeben, eine Vereinbarung getroffen, uns brieflich mitgeteilt, was sie durchsetzen wird.

(B) Die Schwierigkeit, die hierin besteht, ist die, die Herr Ostendorff richtig genannt hat, der Senat hat es nicht durchsetzen können. Das stimmt, aber das liegt nicht an unserem Willen, sondern wir sind begrenzt durch die Grenze unseres Landes, und die juristischen Möglichkeiten, darüber hinaus an dieser Stelle etwas durchzusetzen in Niedersachsen, sind außerordentlich gering, um nicht zu sagen, gleich null.

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: Nur zu dumm, daß das Weserwasser die Grenzen nicht kennt!)

Deshalb haben wir diese Regelung, diese politische Vereinbarung, getroffen in der Hoffnung, daß der Partner sie einhält.

Ich will Ihnen deutlich sagen, ich bin darüber ziemlich enttäuscht, daß eine Landesregierung ihr Wort gibt und nachher sagt, nun laßt uns einmal wieder über etwas anderes verhandeln.

(Beifall bei SPD und FDP)

Insofern ist Ihr Wunsch, Herr Ostendorff, mir Glück mit auf den Weg zu geben, noch nicht genug. Es müßte auch der anderen Landesregierung in Niedersachsen gesagt werden, daß sie, wenn sie schon nicht an unserem Glück interessiert sein muß, dann aber doch an dem Ziel interessiert sein sollte, die Weser vor einer weiteren Erwärmung zu schützen.

(C) Dies nämlich, meine Damen und Herren, ist das Entscheidende, weil in der Diskussion oft darauf hingewiesen wird, es gehe nur um Bremer Wünsche und um das, was andere nicht leiden mögen — Landkreis Wesermarsch — oder nicht haben wollen — Gemeinde Nordenham —. Es geht darum, daß wir im Interesse des Flusses Weser die Erwärmung der Weser durch Einleiter in Zukunft weiter verringern. Es geht nicht nur darum, daß Werte eingehalten werden, das ist das mindeste. Wer langfristig für alle Anlieger an diesem Fluß ein Interesse hat, aus ökologischen Gründen und auch aus wirtschaftlichen Gründen, muß daran interessiert sein, daß das Kernkraftwerk Unterweser so wenig wie möglich an Wärme abgibt. Deshalb Kühltürme!

Ein anderes System kommt für den Senat nur dann in Frage, wenn es gleiche Wirkung erzielt. Es wäre gut und für den Senat eine Unterstützung, wenn das Parlament in dieser Frage nach wie vor eine Auffassung hätte. Ich habe noch vor kurzem, ich glaube, es war im November, Herrn Fischer auf seine Frage, ob der Senat nach wie vor mit der CDU der Auffassung sei, daß Kühltürme errichtet werden müßten, ein eindeutiges Ja gesagt. Ich wäre interessiert, heute auch gegenseitig dieses Ja von Ihnen zurückzuerhalten, damit das Haus insgesamt und der Senat diese Forderung durchsetzen können.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich rufe zunächst den Antrag der Gruppe der BGL zur Abstimmung auf.

Wer dem Antrag der Gruppe der BGL mit der Drucksachen-Nummer 10/662 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmhaltungen?

(FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nunmehr kommen wir zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der SPD.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachen-Nummer 10/683 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU)

Stimmhaltungen?

(C)

(D)

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt diesem Antrag zu.

Ich rufe jetzt den Antrag der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/685 auf. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und BGL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsident Schmidt: Meine Damen und Herren, ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf.

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes (Bericht nach § 24 Abgeordnetengesetz)**

Antrag der Fraktion der SPD  
vom 9. November 1981  
(Drucksache 10/654)  
1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

(B) **Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes (Kürzung der Abgeordnetenentschädigung um 10 %)**

Antrag der Gruppe der BGL  
vom 24. November 1981  
(Drucksache 10/673)  
1. Lesung

**Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft (Veröffentlichung der Tagesordnung)**

Antrag der Mitglieder des Vorstandes der Bürgerschaft vom 25. November 1981  
(Drucksache 10/676)

u n d

**Entschädigung der Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
vom 9. Dezember 1981  
(Drucksache 10/700)

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/654 ist unterschrieben von dem Abgeordneten Wedemeier und Fraktion der SPD, der Antrag Drucksache 10/673 ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Dinné und Gruppe der BGL, der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/676 trägt die Unterschriften der Mitglieder des Vorstandes, und der Entschlie-

(C) Bungsantrag Drucksache 10/700 ist unterschrieben von den Abgeordneten Wedemeier und Fraktion der SPD, Neumann und Fraktion der CDU, Lahmann und Fraktion der FDP.

Die Vorlagen sind im Wortlaut an die Abgeordneten verteilt worden.

**Drucksache 10/654**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:  
**Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes**

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

**Artikel 1**

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Bremisches Abgeordnetengesetz) vom 16. Oktober 1978 (Brem.GBl. S. 209—1100-a-3), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 1981 (Brem.GBl. S. 63), wird wie folgt geändert: § 24 erhält folgende Fassung:

„§ 24

**Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen**

Der Vorstand der Bürgerschaft erstattet der Bürgerschaft jährlich zum 1. Juni einen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen und macht einen Vorschlag über die Höhe der Anpassung der Entschädigungen.“

**Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

**Drucksache 10/673**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft (Landtag) beschlossene Gesetz:

**Artikel 1**

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft (Bremisches Abgeordnetengesetz) vom 16. Oktober 1978 (Brem.GBl. S. 209—1100-a-3), zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 1981 (Brem.GBl. S. 63), wird wie folgt geändert: In § 5 Abs. 1 wird die Zahl 3190 durch die Zahl 2871 ersetzt.

**Artikel 2**

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1982 in Kraft.

**Drucksache 10/676**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Geschäftsordnung der Bürgerschaft in der Fassung des Übernahmebeschlusses vom 7. November 1979 (Brem.GBl. S. 415), zuletzt geändert am 4. Juni 1981 (Brem.GBl. S. 147), wird wie folgt geändert:

1. In § 17 Absatz 2 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Worte eingefügt: „unter Beifügung der Tagesordnung“.
2. § 22 wird gestrichen.

**Drucksache 10/700**

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt, daß eine Erhöhung der Entschädigung nach § 5 Abgeordnetengesetz im Jahre 1982 nicht in Betracht kommt.

Wir kommen zur ersten Lesung der beiden Gesetzesanträge Drucksachen 10/654 und 10/673.

Die gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 27, 29, 31 sowie außerhalb der Tagesordnung — Drucksache 10/700 — ist eröffnet.

(D)

(A) Das Wort hat Herr Präsident Dr. Klink.

**Präsident Dr. Klink:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Im Namen des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft möchte ich zu den vorgelegten Anträgen Stellung nehmen,

(Zuruf des Abg. Adamietz [BGL])

und zwar zu den Anträgen 10/654, 10/673, 10/676 und 10/700, die den Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen betreffen, den Verzicht auf Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung, den Verzicht auf die Veröffentlichung der Tagesordnung und die Kürzung der Abgeordnetenentschädigung.

Zuerst zum Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen! Wie Sie wissen, hat das Bundesverfassungsgericht im Diätenurteil 1975 festgelegt, daß über die Entschädigungen im Plenum des Parlaments abgestimmt werden muß und die früher weit verbreitete Ankoppelung an Beamtengehälter zu entfallen habe. Bremen hat deshalb wie der Bund und die meisten Länder vorgesehen, daß der Vorstand beziehungsweise in anderen Ländern der Präsident diese Entscheidung durch einen Bericht vorbereitet.

Wir haben seinerzeit in Paragraph 24 unseres Abgeordnetengesetzes festgeschrieben, daß der Bericht des Vorstands zum 1. Januar eines jeden Jahres vorgelegt werden solle. Dieses Datum soll durch den vorliegenden Antrag auf den 1. Juli verschoben werden.

(B) Der Grund ist folgender: Seinerzeit war beabsichtigt, die Entschädigungen nachträglich an die Lohn- und Gehaltsentwicklung des Vorjahres anzupassen. So ist bisher im Grundsatz auch verfahren worden, im Grundsatz deshalb, weil die Anpassung zum 1. Januar 1981 die Lohn- und Gehaltsentwicklung von 1979 und 1980 berücksichtigte.

In der Öffentlichkeit wurde aber nicht zur Kenntnis genommen, daß es sich um eine nachträgliche Anpassung handelte. Die Öffentlichkeit, insbesondere die Presse, haben jedoch eine Pilotfunktion für die sich im Frühjahr anschließenden Tarifrunden gesehen. Dieser Eindruck soll vermieden werden. Ich bitte deshalb, dem Antrag 10/654 Ihre Zustimmung zu geben.

Ich komme nunmehr zum Antrag 10/700, der fest schreibt, daß die Entschädigung nach Paragraph 5 des Abgeordnetengesetzes 1982 nicht verändert wird.

Ich bin mir darüber im klaren, daß es nicht unproblematisch ist. Schließlich ist die Abgeordnetenentschädigung nicht mehr wie früher Ersatz für Aufwand, der mit dem Mandat verbunden ist, sondern sie ist, wie das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich betont, zum Lebensunterhalt bestimmtes zu versteuerndes Einkommen. Die Abgeordneten haben deshalb einen Anspruch darauf, daß ihr Lebensunterhalt sich in ähnlicher Weise verändert wie der der übrigen Bevölkerung. Arbeitnehmer aber haben in der Regel seit Frühjahr 1981 Lohn- und Gehaltserhöhungen erhalten und werden sie auch 1982 bekommen. Wir Abgeordneten werden daran nicht teilhaben. Wir setzen zweimal aus.

(C) Ich will darauf verzichten, die bremischen Abgeordnetenentschädigungen mit denen anderer Landtage zu vergleichen. Sie alle wissen, daß wir mit 3190 DM uns ganz unten an der Skala bewegen.

Vielleicht nur soviel: Die Grundentschädigung, also ohne die in allen anderen Ländern ohnehin höheren steuerfreien Kostenpauschalen, liegt in Bayern bei 6750 DM, in Rheinland-Pfalz bei 5200 DM, im Saarland bei 4500 DM. Hamburg zahlt jetzt — ich glaube, ab heute — 1500 DM. Aber Hamburg ist nicht vergleichbar. Dort handelt es sich um eine echte Aufwandsentschädigung, nicht um Lebensunterhalt. Außerdem wird dort die Aufwandsentschädigung netto gleich brutto gezahlt, also nicht versteuert.

Dennoch, ich meine, bei der jetzigen Haushaltslage, bei der Lage auf dem Arbeitsmarkt, sollten wir uns nicht anders verhalten, als der Antrag es vorsieht. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu diesem interfraktionellen Antrag.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Lassen Sie mich jetzt noch einige Sätze sagen zum Antrag 10/676! Bei der derzeitigen Haushaltslage ist es selbstverständlich, daß die Bürgerschaft bei den Sparmaßnahmen mit gutem Beispiel vorangeht.

(Abg. Adamietz [BGL]: Ha, ha!)

(D) Deshalb wird gegenüber dem vom Vorstand beschlossenen Haushalt eine Reduzierung von rund 1 150 000 DM im konsumtiven und investiven Bereich vorgesehen.

Das führt zu einer Reihe einschneidender Maßnahmen. Einige habe ich schon genannt: Verzicht auf Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung, Verzicht auf die Möglichkeit des freien Parkens in den bremischen Parkhochhäusern, Wegfall von Deputationsreisen, Einschränkung von Kopierkosten, Druckkosten und Portokosten, Halbierung von Verfügungsfonds und ähnliche Maßnahmen.

Eine dieser Maßnahmen, meine Damen und Herren, ist der Verzicht auf die Veröffentlichung der Tagesordnung unter den Amtlichen Bekanntmachungen. Die Einsparung beträgt immerhin 21 000 DM im Jahr. Eine solche Veröffentlichung ist bei anderen Landtagen nicht üblich. Auf diese bremische Besonderheit, so meine ich, könnte verzichtet werden. Die bremische Presse behandelt die Initiativen der Fraktionen und die Vorlagen des Senats bereits vor den Plenarsitzungen ausführlich in ihren redaktionellen Teilen und geht auf die vorgesehene Abwicklung der Plenarsitzung detailliert ein. Dafür möchte ich mich sehr herzlich bedanken und sie ermuntern, auch so fortzufahren.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Selbstverständlich gibt die Verwaltung der Bürgerschaft interessierten Bürgern, die sich nach Einzelheiten der Tagesordnung erkundigen, wie bisher jederzeit Auskunft. Ich bitte deshalb auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

(A) Im übrigen sollten wir, wie die FDP anregt, künftig überprüfen, ob die jetzige Regelung der Sitzungsgelder im Lichte der bisherigen Erfahrungen zu einem Überdenken Anlaß gibt. Wir sollten ferner der FDP-Anregung folgen und eine unabhängige Kommission berufen, um uns Vorschläge für die Anpassung der Abgeordnetenentschädigung künftig zu unterbreiten.

(Beifall bei SPD und FDP)

Der Vorstand wird diese Anregung, die im übrigen in verschiedenen anderen Ländern verwirklicht ist, aufnehmen. Über die Einzelheiten, insbesondere über die Zusammensetzung der Kommission, wird noch zu reden sein.

Nun zum Antrag 10/673, dem Antrag der BGL! Hierzu möchte ich im Namen des Vorstands der Bremischen Bürgerschaft erklären, daß die von mir genannten Einsparungen im Haushalt der Bürgerschaft die Abgeordneten selbst in empfindlicher Weise treffen werden, nämlich durch den Verzicht auf eine Erhöhung der Entschädigung und durch den Wegfall des freien Parkens. Damit leisten auch die Abgeordneten einen sichtbaren Beitrag in der allgemeinen Sparrunde. Eine weitere Kürzung der von den Abgeordneten zu versteuernden Entschädigung ist deshalb nicht vertretbar. Ich schlage Ihnen deshalb vor, diesen Antrag 10/673 abzulehnen. — Vielen Dank!

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

(B) **Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. **Adamietz (BGL)\*:** Meine Damen und Herren! Wir haben hier einen Antrag eingebracht, angesichts der finanziellen Situation des Landes Bremen die Abgeordnetendiäten um zehn Prozent zu kürzen. Das ist ein Thema, das allen anderen hier im Hause, wie der Redner vor mir ja betont hat, nicht schmeckt.

In einer solchen Situation verwundert es auch kaum, mit welcher bodenlosen Unverschämtheit hier dann auch noch die Geschäftsordnung manipuliert wird, um nun diesen Vortrag zu halten! Meine Damen und Herren, der Antrag der Bremer Grünen Liste ist vorgelegt worden, ist, glaube ich, als Punkt 29 auf die Tagesordnung gekommen und verbunden worden mit dem Punkt 27, einem Antrag der SPD-Fraktion, Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen.

Da sagt doch tatsächlich der Vizepräsident der Bremischen Bürgerschaft, als erstes solle begründet werden der Antrag der SPD-Fraktion durch den Präsidenten Klink! Der Präsident Dr. Klink geht hin und sagt, er begründe diesen Antrag jetzt für den Vorstand, und er tut so, als ob er hier einen offiziellen Bericht zu geben habe. Er nimmt überhaupt nicht Stellung für die Fraktion der SPD, obwohl wir schon auf der Rednerliste standen! Das ist typisch, wie hier mit allen Tricks versucht wird, auch die

\*) Vom Redner nicht überprüft.

Geschäftsordnung für die eigenen politischen Ziele einzusetzen. (C)

(Beifall bei der BGL)

Meine Damen und Herren, wir können das nur feststellen. Das können wir genauso feststellen bei der Abwehr von Angriffen nach Paragraph 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung, wie dies von diesem Präsidium gehandhabt wird. Wir sehen nur, daß immer in den Fragen, in denen es den Damen und Herren Abgeordnetenkollegen der etablierten Fraktionen etwas an den Kragen geht, sie da mit allen — auch unseriösen — Mitteln arbeiten.

Meine Damen und Herren, wir haben heute unter anderem auch die Finanzmisere des Landes Bremen diskutiert. Wir hören überall, etwa im Bundesbereich, wie über die Frage der Beamtengehälter Verhandlungen geführt werden. Da schlagen die Arbeitgeber, also die öffentlichen Hände, vor, die Beamtengehälter um ein Prozent zu kürzen. Wir hören überall, wie die Lohntarifrunden sich gestalten sollen. Wir wissen, es ist kein Geld in den Kassen, wir wissen, daß wir vielen auf die Füße treten müssen, und Sie selbst haben ja auch, so denke ich, genügend Briefe schon bekommen von Initiativen, von Bürgern, von Betroffenen über die Sparmaßnahmen.

In dieser Situation, so meine ich, muß man sich in der Tat an die eigene Nase fassen. Wie nun faßt sich die Bremische Bürgerschaft an die eigene Nase? Zunächst einmal erklärt hier eben für alle Fraktionen der Präsident Dr. Klink, daß die Pilotfunktion, die so gesehen wird, des Berichts über die Angemessenheit der Diäten nun wegfallen solle. Man will das auf den Juni verschieben, damit man schön im Fahrwasser von anderen Erhöhungen mitschwimmen kann, damit man sich eben nicht in einer bestimmten Situation, in der man nämlich auch Haushaltsberatungen macht, Ende des Jahres nämlich, schon entscheiden und zeigen muß, wie denn die Bürgerschaft vorangeht in der Beurteilung ihrer eigenen Diäten im Verhältnis zur finanzpolitischen Lage. (D)

Wir meinen, die Pilotfunktion ist gerade richtig, und gerade das An-die-eigene-Nase-Fassen ist wichtig, und deswegen sollten Sie das eben nicht auf den Juni verschieben und sich hinter anderen Tarifrunden verstecken, sondern dann, wenn die Haushaltsberatungen abgehalten werden, auch Farbe bekennen, wie Sie Ihre eigenen Taschen beurteilen. Dann können Sie auch hingehen und dem Bürger das Geld aus der Tasche nehmen. Deswegen ist es wichtig, daß der Bericht über die Angemessenheit der Entschädigungen zum 1. Januar kommt.

Ich finde, es ist schon erschreckend, wie der Vorstand der Bremischen Bürgerschaft mit diesem bisher geltenden Gesetz umgeht. Wir haben jetzt immerhin die letzte Bürgerschaftssitzung vor dem ersten Januar, und wenn im Gesetz steht, zum 1. Januar solle ein solcher Bericht kommen, meine ich, wäre es doch richtig, daß er nicht am 31. Dezember erstellt wird, sondern daß er tatsächlich in der

(A) letzten Bürgerschaftssitzung vor dem 1. Januar dann auch vorliegt.

Aber man weiß ja schon, man hat sich geeinigt, man will das verschieben, man will das hier auch vertuschen. Das ist der eine Punkt, wie die Bremische Bürgerschaft reagiert.

Wie reagiert sie noch? Sie reagiert so, daß sie sagt, wir wollen die Geschäftsordnung ändern, wir wollen die Tagesordnungen nicht mehr veröffentlichen. Die 21 000 DM wollen wir sparen. Anderswo werden Millionen verschwendet, auch bei den Fraktionszuschüssen wird Geld ausgegeben, der Etat der Bremischen Bürgerschaft geht in die 20 Millionen DM, da will man die 20 000 DM sparen, die dem Bürger noch Auskunft darüber geben, was denn eigentlich in der Bremischen Bürgerschaft verhandelt wird.

Wenn gesagt wird, das sei eine bremische Besonderheit, dann sind wir der Meinung, ist das endlich einmal eine Besonderheit, die vernünftig ist. Da kann der Bürger einmal sehen, was die Bremische Bürgerschaft für ein Pensum hat, was sie zu leisten hat.

Da zieht auch nicht der Hinweis auf die Presse. Wir zum Beispiel wissen genau, daß, wenn wir Anträge bringen und hier Debatten aufgrund unserer Anträge geführt werden, und dazu ein Nachklappantrag der SPD kommt, der angenommen wird, dann steht in der Presse nichts mehr davon, daß aufgrund unserer Initiative dieses Haus debattiert hat, sondern nur der Antrag, der angenommen wird, wird in der Presse behandelt.

(B) Wir haben ein Interesse daran, daß diese Tagesordnung veröffentlicht wird, und wir meinen, daß der Bürger auch ein Interesse daran hat. Diese Bekanntmachung kostet 20 000 DM. Ich weiß gar nicht, ob das so teuer sein muß, aber diese Bekanntmachung ist doch das mindeste, was wir als Bürgerschaft dem Bürger sagen müssen, warüber dieses Parlament verhandelt.

Das Bild, das Sie vom Parlament geben, wird doch genau das Gegenteil dessen sein, was man mit dem tollen Fremdwort Transparenz benennt. Sie wollen hier letztlich einen Geheimclub haben, davon soll keiner so richtig etwas mitbekommen. Wir wissen doch, daß nur ab uns zu die Ränge hier voll sind. Die Leute, die die Zeitung lesen, werden dann nicht mehr mitbekommen, was denn hier verhandelt wird. Ich meine, das spricht für sich.

Wenn dann noch die Diäten bei einem solchen Thema auch in Rede stehen, sieht man, war für ein Bild des Parlaments dabei herauskommt.

Der nächste Punkt: Wie faßt sich die Bremische Bürgerschaft an die eigene Nase in dieser finanzpolitischen Situation? Das ist eben der gemeinsame Antrag, Erhöhungen kommen nicht in Betracht. Das klingt wirklich heroisch. Den Beamten mutet man eine Kürzung von einem Prozent ihres Gehalts zu, aber bei uns sagt man, Erhöhungen kommen nicht in Betracht.

Meine Damen und Herren, wir haben gesagt, wir gehen mit gutem Beispiel voran und kürzen die

Abgeordnetenbezüge um zehn Prozent. Wenn wir das machen, können wir bei Behindertenwerkstätten um zehn Prozent kürzen oder noch mehr, dann können wir bei den Bibliotheken kürzen, dann können wir hingehen auch zu den Studenten, die auf der Straße stehen wegen ihres BAföG, und zu den Beamtenanwärtern, die weniger bekommen. Dann können wir sagen, wir müssen eben allen etwas zumuten. Wir müssen uns auch zumuten, von unseren hohen Gehältern etwas abzustreichen.

(Beifall bei der BGL)

Aber daraus, wie Sie es machen, indem Sie sagen, wir erhöhen ja nicht, wird man deutlich sehen, wie der Bürger darauf reagieren wird, wenn wir ihm zumuten, Abstriche hinzunehmen, keinen Inflationsausgleich zu bekommen, Einbußen beim Realeinkommen hinzunehmen, während die Bürgerschaft selbst, die Damen und Herren Politiker eben, sagen, bitte, bei uns keine Abstriche, wir erhöhen zwar nicht, aber keine Abstriche!

Heute dürfen wir in der Zeitung lesen, Hamburgs Abgeordnete kürzen ihre Diäten. Sie haben, wie wir eben gehört haben, ohnehin nur eine Aufwandsentschädigung, mag sie auch steuerfrei sein.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: Nur eine?)

1650 DM waren es bisher, und sie wird nun auf 1500 DM herabgesetzt.

Wer von Ihnen ist denn bereit, mit einer Aufwandsentschädigung von 1500 DM netto auszukommen? Meinen Sie, daß die Hamburger Abgeordneten weniger Verantwortung haben als wir für das Land Bremen? Meinen Sie, daß diese Abgeordneten dann schlechter tätig werden? Ich würde sagen, sie sind genauso schlecht wie Sie alle, soweit das eben von den etablierten Parteien hier zu sagen ist.

Meine Damen und Herren, da hätten Sie mit gutem Beispiel vorangehen, ein Signal setzen und sagen können, so beurteilen wir die Lage, es ist schwierig im Land Bremen, aber bitte, wir halten auch unseren Kopf hin, wir machen das deutlich.

Wir selbst wissen, daß das nur ein Symbol wäre, denn die Summe, die da zustande kommt, ist nicht die Welt, wird nicht Bremens Finanzen retten. Aber sie würde deutlich machen, daß die Abgeordneten noch ein Gespür dafür haben, was sie dem Bürger eigentlich zumuten, daß die Abgeordneten auch merken, man muß den Gürtel enger schnallen. Sie wollen nur der Bevölkerung den Gürtel enger schnallen, aber die Bevölkerung wird Ihnen den Gürtel enger schnallen!

(Beifall bei der BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Lahmann.

Abg. **Lahmann (FDP):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir nur ein paar Sätze der Erwiderung, vor allem an den Kollegen Adamietz gerichtet! Ich tue das, weil in der Vergangenheit, wie Sie sich erinnern werden,

(A) die FDP-Fraktion ein besonders kritisches Verhältnis zu diesem Thema entwickelt hat, obwohl ich nicht glaube, daß ich die Meinung des Präsidenten und des Hauses konterkariere, wenn ich jetzt ein paar Sätze sage. Ich möchte nämlich dem Präsidenten ausdrücklich zustimmen in dem, was er gesagt hat.

Herr Kollege Adamietz, ich glaube, wir sollten nicht so aufgeregt diskutieren, wie es zu Anfang Ihrer Rede den Anschein hatte. Wenn Sie von einer bodenlosen Unverschämtheit sprechen, mit der die Geschäftsordnung manipuliert worden sei, dann bitte ich doch, sozusagen auf den Boden der Tatsachen zurückzukehren! Hier ist die ganz übliche Praxis des Parlaments, mit der wir auch uneingeschränkt einverstanden sind, angewandt worden, daß verschiedene Anträge, die einen sachlichen Zusammenhang bilden, zusammengefaßt worden sind und zusammen besprochen werden.

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. Dinné [BGL]: Darum geht es doch nicht!)

Hören Sie doch bitte einmal zu! Es ist doch gar nichts Besonderes, daß wir verschiedene Anträge zum selben Thema zusammenfassen. Wer nun zuerst redet und wer zuletzt, ist doch auch wirklich von untergeordneter Bedeutung. Jeder kann alles sagen zu jedem Antrag, an jeder Stelle dieser Debatte. Das ist doch überhaupt nichts Neues, deshalb würde ich mir wirklich nicht das Maul zerreißen.

(B) Im übrigen finde ich es auch völlig normal, nein, nicht nur normal, sondern absolut richtig, daß der Präsident des Parlaments sich in einer parlamentarischen Frage, die sicher die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in hohem Maße genießt, sich auch in dieser Eigenschaft als Präsident des Parlaments zu Beginn einer solchen Debatte äußert.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

und seine Meinung wiedergibt. Das ist nicht nur normal, sondern ich finde, das ist sogar seine Pflicht.

Es kommt hinzu, daß er hier einen Beschluß des Vorstands zu erläutern hatte, dem die FDP bedauerlicherweise nicht angehört. Auch darum sind wir durchaus daran interessiert, daß der Präsident einmal öffentlich darlegt, welche Sparmaßnahmen der Vorstand denn in seiner Weisheit beschlossen hat.

Daß er das zu Beginn einer solchen Debatte tut, finde ich, ist vollkommen in Ordnung, und daß er sich dann auch noch zu den übrigen vorliegenden Anträgen äußert, ist doch selbstverständlich. Also, warum ärgern wir uns deswegen? Das muß doch gar nicht sein.

Nun zur Sache selbst! Herr Adamietz, ich stimme Ihnen zu, daß die Abgeordneten wie auch das Parlament insgesamt in dieser Situation der Haushaltsprobleme, wie wir sie jetzt haben, mit gutem Beispiel vorangehen müssen. Ich glaube, daß das mit den Beschlüssen geschieht, die sich abzeichnen. Wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen müssen und das auch wollen, heißt das ja nicht, daß wir

(C) etwa Vorreiter einer Entwicklung sein sollten, die wieder zu Erhöhungen führt. Das ist ja ein Grund dafür, daß wir etwa den Bericht über die Anpassungsbedürftigkeit der Diäten eben nicht mehr zu Anfang eines Jahres haben wollen, sondern in der Mitte eines Jahres.

Ich darf Sie nur daran erinnern, Herr Kollege Adamietz, so lange ist es ja noch nicht her, daß Sie und auch wir, als wir die Diätendebatte für dieses Jahr 1981 hatten, beide — ich glaube, noch einige andere Abgeordnete mehr — gesagt haben, es sei nicht gut, daß ein Parlament vor dem Beginn der Tarifrunde sich selbst ein Zubrot bewillige,

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. Adamietz [BGL]: Eben!)

weil dann die Vorreiterrolle entstände.

Das soll nun dadurch geändert werden, daß solche Berichte erst im Laufe des Jahres, prinzipiell erst später angefertigt werden. Das finde ich durchaus vernünftig und durchaus richtig, zumal dann auch eine aktuelle Einkommensentwicklung berücksichtigt werden kann. Bitte vergessen Sie nicht, daß auch Sie das vorgeschlagen haben! Das ist ja doch so lange noch nicht her. Erinnern Sie sich! Ich meine, das sollten wir tun.

Nun sagen Sie, der Verzicht auf eine Erhöhung der Diäten im Jahr 1982 sei kein Signal,

(Abg. Dinné [BGL]: Das stimmt!)

(D) das reiche Ihnen nicht. Meine Damen und Herren Kollegen von der BGL, ich glaube, da verkennen Sie, daß der Verzicht auf eine Erhöhung der Eingriff in einen Besitzstand ist, denn wir haben hier eine Situation, in der Abgeordnete ein Gehalt beziehen wie jeder andere auch, der seine Arbeit tut. Sozusagen Dienstleister sind wir, die dafür ein Gehalt beziehen.

Wenn Sie sagen, den Beamten, die im öffentlichen Dienst ihre Arbeit tun, werde eine Kürzung von einem Prozent zugemutet, das machten wir aber nicht bei uns, dann ist das schief gesehen. Es ist nicht vollständig gesehen, denn vergessen wir doch nicht, daß die Kürzung im öffentlichen Dienst um ein Prozent begleitet und gefolgt wird von einer Tarifrunde, die selbstverständlich Erhöhungen zum Gegenstand haben wird, so daß das saldiert zu betrachten sein wird!

(Beifall bei FDP und SPD)

Im Ergebnis also wird im nächsten Jahr ein wesentlich geringerer Eingriff in die Bezüge des öffentlichen Dienstes vorgenommen werden, als das bei den Abgeordneten dieses Hauses dadurch geschieht, daß wir heute beschließen, es gibt keine Erhöhung. Das heißt nämlich für alle Abgeordneten dieses Hauses: realer Einkommensverlust im Jahr 1982.

(Beifall bei der FDP)

So sind die Tatsachen! Es kommt hinzu, meine Damen und Herren, daß in diesem Zusammenhang

(A) eine Reihe von Eingriffen in die übrigen Positionen der Abgeordneten vollzogen wird, der Präsident hat das geschildert, zum Beispiel den Abbau des Parkprivilegs. Ich will nicht verhehlen, daß es dabei unter den Fraktionen unterschiedliche Auffassungen gegeben hat, wir haben uns aber hinter diesem Kompromiß versammelt, und wir tragen ihn.

Wir sind einverstanden mit dem Gesamtergebnis, daß ein Einkommensverlust in Kauf genommen wird auch aus Gründen des Signals durch alle Abgeordneten, und wir können diesen Kompromiß tragen, weil eben auch in Zukunft das Thema Sitzungsgeld auf dem Tisch bleibt, zum Anfang der nächsten Legislaturperiode wohl auch die Zuwendungen für die bürgernahe Mandatsausübung, und weil vor allem alle Fraktionen gemeinsam den Versuch unternehmen wollen, in Zukunft das Verfahren der Diätenanpassung zu objektivieren, indem im nächsten Jahr eine unabhängige Kommission gebildet werden wird. Das ist der Versuch, tatsächlich objektiver zu verfahren. Wir begrüßen gerade in diesem Zusammenhang auch das Gesamtergebnis.

Angesichts dieser Eingriffe in die Einkommensverhältnisse der Abgeordneten ist nach Meinung der FDP-Fraktion und wohl auch nach Meinung der anderen Kollegen eine weitergehende Kürzung nicht vertretbar. Ich will noch einmal ganz deutlich sagen, meine Damen und Herren, es ist nicht unanständig, als Abgeordneter ein Gehalt zu beziehen, und man kann über Kürzungen auch in Zukunft weiter reden. Aber Kritik wird es immer geben, solange es Bezüge von Abgeordneten gibt. Sie ist nicht abzustellen. Wir müssen alle dazu beitragen, daß eine gute Leistung erbracht wird und eine leistungsgerechte Bezahlung erfolgt. Das sollten Sie aber mit uns gemeinsam tun, weil das doch wirklich unstrittig sein sollte!

Ein Letztes, meine Damen und Herren, und darum wird die FDP-Fraktion sich auch bei der Abstimmung verhalten, wie der Präsident es empfohlen hat! Eine Ausnahme betrifft lediglich die Veröffentlichung der Tagesordnung, bei der auch wir für zweckmäßig halten, daß sie noch veröffentlicht wird, aber das ist ein Nebenpunkt. Wir werden uns also bei der Abstimmung verhalten, wie der Präsident es empfohlen hat.

Ich kann abschließend nur davor warnen, durch den ständigen Versuch, letzten Endes überhaupt keine Gehälter an Abgeordnete mehr zu zahlen, die Unabhängigkeit des Abgeordneten aufzuheben. Das können wir alle zusammen nicht wollen!

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

**Vizepräsident Schmidt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, ich rufe zunächst den Antrag der Fraktion der SPD mit der Drucksachennummer 10/654 zur Abstimmung auf.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (C)

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Als nächstes rufe ich auf zur Abstimmung den Antrag der Gruppe der BGL mit der Drucksachennummer 10/673.

Wer das Gesetz zur Änderung des Bremischen Abgeordnetengesetzes in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß Paragraph 35 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nunmehr lasse ich über den Antrag der Mitglieder des Bürgerschaftsvorstands mit der Drucksachennummer 10/676 abstimmen. (D)

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Teile der FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?

(Teile der FDP)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Nunmehr rufe ich den interfraktionellen Antrag mit der Drucksachennummer 10/700 zur Abstimmung auf.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und FDP seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Damit sind diese Tagesordnungspunkte erledigt.

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lahmann insbesondere für die Richtigstellung, weil das Präsidium

- (A) sich vorbehalten hatte, den Herrn Abgeordneten Adamietz sonst aufzuklären über angebliche Manipulationen der Tagesordnung. Ich empfehle ihm dringend, die Vorlagen entsprechend anzusehen und sich der Geschäftsordnung auch zu bedienen, dann wird er feststellen, daß wir nicht manipuliert haben.

### Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Land Bremen

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 10. November 1981  
(Drucksache 10/661)

Wir verbinden hiermit:

### Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen

Antrag (Entschließung) der Fraktion der SPD  
vom 8. Dezember 1981  
(Drucksache 10/693)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann.

Der Antrag mit der Drucksachen-Nummer 10/661 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Hinrichs, Neumann und Fraktion der CDU, der Entschließungsantrag Drucksache 10/693 trägt die Unterschriften der Abgeordneten Kunick, Wedemeier und Fraktion der SPD. Die Vorlagen sind im Wortlaut an die Abgeordneten verteilt worden.

(B)

#### Drucksache 10/661

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Land Bremen und zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen umgehend alle von dem Bevollmächtigten des Senators für Wirtschaft und Außenhandel für Unternehmensansiedlung festgestellten und vom Bremer Senat beeinflussbaren Investitionshemmnisse am Standort Bremen abzubauen.

#### Drucksache 10/693

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß schnellstmöglich eine zentrale Verhandlungskompetenz für Wirtschaftsansiedlung geschaffen wird, die nach einheitlichen Kriterien schnell und unbürokratisch zu Abschlüssen kommt und ansiedlungswilligen Unternehmen langwierige Verhandlungen mit verschiedenen Behörden erspart.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt die von Bürgermeister Koschnick bekundete Absicht, die Gewerbeflächen im Niedervieland durch eine Gesellschaft der Stadt erschließen zu lassen und darauf geeignete Unternehmen anzusiedeln. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, daß mit Hilfe dieser Gesellschaft die Mobilisierung des erheblichen Kapitals ermöglicht wird, über das die Stadtgemeinde Bremen in Form von Grundeigentum hier bereits verfügt. Darüber hinaus erwartet die Bürgerschaft (Landtag), daß im Rahmen des landeseigenen Beschäftigungsprogramms zusätzliche Mittel für Gewerbeflächenerschließungen bereitgestellt werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet die schnelle Vorlage eines abgestimmten Gewerbeflächenplans für Bremen, wie er für Bremen-Nord schon vorliegt.

Die Bürgerschaft (Landtag) sieht hierin einen wesentlichen Beitrag zur Verkürzung des Bauleitplanungsverfahrens.

(C)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL)\*: Ich beantrage, daß unser Antrag betreffend die Arbeitsplatzvernichtung durch Fusion der beiden bremischen Großwerften mit diesem Tagesordnungspunkt verbunden wird.

Die Begründung liegt darin, daß diese Tagesordnungspunkte „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im Land Bremen“ und „Maßnahmen zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen“ thematisch, wie es aus der Überschrift hervorgeht, mit dem Antrag, den wir gestellt haben, zusammenhängt. Wir sind der Meinung, daß das zusammen diskutiert werden kann, daß wir dadurch eine erneute Debatte über den Antrag, den wir gestellt haben zur Fusion der Werften, uns ersparen können, die heute abend dann noch stattfinden würde.

Von uns aus kann ich nur ankündigen, daß wir dazu auch nur kurze Bemerkungen insgesamt machen werden, so daß es für das parlamentarische Verfahren sicherlich nützlich ist, diese beiden Tagesordnungspunkte zu verbinden, und in der Sache selbst meine ich, daß wir dadurch auch deutlich machen sollten, daß uns diese Punkte als einheitliche, zusammenhängende Themen erscheinen.

(Beifall bei der BGL)

Vizepräsident Schmidt: Der Antrag ist gestellt. Will jemand gegen diesen Antrag sprechen?

(D)

Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Wedemeier.

Abg. Wedemeier (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind gegen diese Verbindung. Gestern habe ich Herrn Adamietz den Vorschlag gemacht, daß wir das Thema Vulkan in der Aktuellen Stunde beraten — das war ohnehin klar — und anschließend einen Tagesordnungspunkt einschleichen, um den BGL-Antrag auf die Tagesordnung zu bekommen, dann allerdings ohne Debatte über den Antrag der BGL abstimmen.

Dies ist abgelehnt worden von Herrn Adamietz. Nun möchte er gern eine zweite Debatte über das Verbinden der beiden Anträge erreichen.

(Abg. Adamietz [BGL]: Die Debatte kommt sowieso, die steht auf der Tagesordnung!)

Wir sind der Meinung, daß Wirtschaftsstruktur im Land Bremen sehr viel mehr ist als nur der Bremer Vulkan oder die Werften im Land Bremen, und wir möchten das deshalb nicht mehr zum Mittelpunkt dieser Debatte machen.

(Beifall bei der SPD)

Zum zweiten müssen Sie verstehen, daß wir gegen eine Verbindung sind, weil bei Ihrem Antrag zwei

\* ) Vom Redner nicht überprüft.

(A) unserer Kollegen den Saal verlassen müssen, weil sie bei diesen Werften arbeiten. Wir aber meinen, daß sie einen Anspruch haben, wenn hier allgemein über Wirtschaftspolitik diskutiert wird, auch anwesend sein zu dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens eine Empfehlung! Ich fand, es waren kaum Kommentare in den Tageszeitungen so gerechtfertigt wie die von heute morgen über die gestrige Debatte.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten uns alle — das betone ich ausdrücklich, alle — befleißigen, das, was da heute morgen zum Ausdruck gekommen ist und gestern hier auch schon einmal gesagt worden ist, uns zu Herzen zu nehmen, um nicht noch mehr in einer Angelegenheit zu zerreden, bei der nicht wir die Arbeitsplätze verlieren, sondern andere.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Abg. Klein [CDU]: Ich wollte auch dagegen sprechen!)

Es ist dafür und dagegen gesprochen worden! Wenn Sie einverstanden sind, können wir uns diese Zeit ersparen!

(Abg. Klein [CDU]: Okay!)

(B)

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Bremer Grünen Liste auf Verbindung dieser Tagesordnungspunkte zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und FDP)

Stimmhaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft lehnt die Verbindung der Anträge ab.

Wir kommen jetzt zur Beratung der beiden aufgerufenen Anträge.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Hinrichs.

Abg. **Hinrichs** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Neuansiedlung von Unternehmen und die Expansion ansässiger Betriebe ist für die Existenz des Bremer Stadtstaates eine entscheidende Aufgabe, da auf diese Weise die Monostruktur unserer Wirtschaft mit ihrer hohen Krisenanfälligkeit abgebaut werden kann.

Der Senat rechnet für 1985 mit einem Defizit von 25 000 Arbeitsplätzen. Im November dieses Jahres hatten wir bereits 20 000 Arbeitslose, und die Situation wird durch die starken Schulabgängerjahrgänge in den nächsten Jahren noch weiter verschärft. Mit

(C) Ausnahme der Erweiterung von Daimler-Benz war aber die Ansiedlungspolitik in den letzten Jahren ziemlich erfolglos.

Um diese Situation zu verbessern, wollten wir von dem Bevollmächtigten des Senators für Wirtschaft und Außenhandel wissen, welche Standortnachteile sich bei seinen Verhandlungen mit Unternehmen, die an einer Ansiedlung interessiert waren, ergeben haben. Dabei kam es uns insbesondere auf diejenigen Standortnachteile an, die vom Senat beeinflusst werden können.

Diese Investitionshemmnisse sollten schleunigst abgebaut werden, damit sich Unternehmen ansiedeln, deren Produkte einen Markt haben und die deshalb sicherere Arbeitsplätze bieten können, als wenn der Staat nur kurzfristige Programme auflegt, die erneut die öffentlichen Schulden und die Zinsen hochtreiben, aber langfristig keine sicheren Arbeitsplätze schaffen.

Aus der langjährigen Erfahrung des Bevollmächtigten mit interessierten Firmen ergaben sich folgende Investitionshemmnisse, die man vielleicht als unbeeinflussbare Standortnachteile ansehen kann:

Er nannte die Randlage in Europa und den kleinen Markt mit geringem Wachstumspotential, obwohl man dies mit einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik langfristig durchaus beeinflussen könnte.

Er nannte ferner die schlechten Baugrundverhältnisse mit hohen Gründungskosten und die zur Zeit geringe Investitionsneigung der Wirtschaft, die jedoch ebenfalls durch bessere Rahmenbedingungen und eine gute Wirtschaftspolitik beeinflussbar ist.

An Investitionshemmnisse, die vom Senat sofort beeinflusst werden könnten, die wir also beseitigen müssen, wenn wir mehr Erfolg haben wollen, nannte er zunächst den starken Mangel an Gewerbe- und Industrieflächen. Dies ist schon lange bekannt und von der Opposition und der Wirtschaft häufig kritisiert worden.

Dieser Mangel ist ein wesentlicher Grund für die Erfolglosigkeit der Ansiedlung. Die Handelskammer und die Handwerkskammer haben einmal für die ansässigen Betriebe einen Bedarf von drei Millionen Quadratmetern, also etwa 300 Hektar, festgestellt, die nur für die Verlagerung und für die Expansion von Bremer Unternehmen notwendig seien.

(Glocke)

**Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Hinrichs, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schumacher?

Abg. **Hinrichs** (CDU): Ja, bitte!

**Vizepräsident Schmidt:** Bitte sehr, Herr Schumacher!

Abg. **Georg Schumacher** (CDU): Herr Abgeordneter Hinrichs, ich will Sie nicht lange unterbrechen. Ich hätte nur gern Ihre Meinung gewußt zu der Tatsache, daß weder der zuständige Senator noch sein Vertreter anwesend ist!

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Schmidt:** Herr Abgeordneter Schumacher und Herr Abgeordneter Hinrichs, ich darf Sie darauf hinweisen, uns ist rechtzeitig mitgeteilt worden, daß Herr Senator Willms noch den Vorsitz hat bei der Staatlichen Kreditanstalt und daß sein Senatsdirektor seit einer halben Stunde unterwegs ist auf dem Weg hierher. Ich bedauere dies.

Ich wollte, bevor das Wort erteilt wurde, nicht darauf hinweisen, daß die Regierungsbank noch nicht besetzt ist. Ich halte das nicht für gut, aber ich nehme die Entschuldigung zunächst zur Kenntnis.

Herr Abgeordneter Hinrichs, die Zeit steht Ihnen selbstverständlich zusätzlich zur Verfügung. Ich werde die Unterbrechung berücksichtigen.

Abg. **Hinrichs** (CDU): Ja, danke! In den letzten fünf Jahren wurden jährlich nur 15 Hektar an Gewerbeflächen erschlossen, was zu verstärkten Abwanderungen von Unternehmen nach auswärts geführt hat, etwa 550 Betriebe mit 3000 Arbeitsplätzen. Das gibt es auch in anderen Städten, nur wird der Verlust dort meistens durch Neuansiedlungen ausgeglichen und gerade das fehlt bei uns.

Die Stadt hat inzwischen einen Gewerbeflächenplan für Bremen-Stadt entworfen. Der erste Teil ist erschienen und zur Zeit in der allgemeinen Beratung. Er geht von vorhandenen Flächen von gut 1000 Hektar aus. Das ist mehr als das Dreifache von dem, was ursprünglich für die Verlagerung bremischer Betriebe verlangt wurde, also ist an sich genug Fläche vorhanden.

(B) Aber aus diesem Plan geht auch hervor, daß hier von zur Zeit fast nichts erschlossen ist und daß die Erschließung von über 80 Prozent der Flächen lange Zeit in Anspruch nehmen wird. Deshalb gehen mittelständische Unternehmen häufiger nach Niedersachsen, weil sie es bei Ansiedlungen meistens eilig haben und nicht jahrelang warten können.

Es scheint notwendig zu sein, in den nächsten Jahren mindestens 40 Hektar pro Jahr oder sogar das Drei- bis Fünffache der bisherigen Ansiedlung vorzusehen, wenn wir ein Angebot bieten wollen, aus dem die Firmen noch aussuchen können, wie sie es auch in anderen Städten meistens erwarten dürfen.

Der nächste Punkt, der von dem Bevollmächtigten kritisiert wurde, ist die langwierige Bauplanung. Hiervon sind gerade wieder die mittelständischen Unternehmen betroffen, denn diese können nicht jahrelang auf ein Grundstück warten. Sie müssen schneller disponieren und werden in Niedersachsen prompt bedient.

Ein weiterer Punkt sind die Abstimmungsprobleme zwischen senatorischen Dienststellen, so daß ein Interessent zeitraubende Verhandlungen mit verschiedenen, oft miteinander konkurrierenden Senatsressorts führen muß, was insbesondere für Ansiedlungsinteressen von außerhalb nicht durchschaubar ist.

(Beifall bei der CDU)

(C) Seit langen Jahren fordert die CDU eine Konzentration der Kompetenzen bei einer Koordinierungsstelle. Dies geschieht am besten in einer Gesellschaft mit Kompetenzbündelung aus mehreren Ressorts, der man nach klaren Richtlinien vielleicht einen Konditionierungsfreiraum für die Vergabe von Grundstücken übertragen könnte, wie es die Handelskammer im Frühjahr nach dem erfolgreichen Vorbild anderer Städte vorgeschlagen hat. Aber gerade diese Überlegungen sind in der Verwaltung, in der Politik und auch bei den Kammern noch nicht abgeschlossen.

Über diese Zuständigkeiten haben wir von Herrn Senator Willms und auch von dem Bevollmächtigten, Herrn Giesler, etwas Erstaunliches gehört. Bei der Schaffung der Institution des Bevollmächtigten im Jahr 1978 wurde auf Wunsch des Personalrats gleich eine Einschränkung seines Vertrages und seiner Aufgaben vorgenommen. Er sollte ursprünglich werben, akquirieren, Kontakte pflegen und die Firmen auch bei allen Fragen der Ansiedlung beraten. Aber das wurde dann wieder eingeschränkt, so daß er heute nur noch Werbung betreibt und akquiriert und seine Bezeichnung, Bevollmächtigter für die „Unternehmensansiedlung“, eigentlich falsch ist, wie er selbst sagte.

Das ist erstaunlich, denn dieses Problem besteht seit sechs Jahren. In der Bürgerschaftssitzung vom 3. September 1975 hat mein Kollege Gassdorf bei der Behandlung des Hafenenwicklungsplans die Schaffung einer gemeinsamen Koordinierungsstelle für die Industrieansiedlung verlangt.

(D) Ein Jahr darauf, am 13. Dezember 1976, übernahm Herr Kunick diese Auffassung und erklärte, die Sozialdemokraten erwarteten vom Senat, daß die Zuständigkeiten bei der Ansiedlung in einer Hand konzentriert werden, damit der Unternehmer von außerhalb nicht zu mehreren Senatsressorts in Bremen laufen müsse, um hier seine Ansiedlung unter Dach und Fach zu bringen.

Am 16. März 1977 fand erneut eine Diskussion über Hafenprobleme statt. Herr Gassdorf stellte erfreut fest, daß zwischen Herrn Kunick und der CDU eine hundertprozentige Übereinstimmung bestehe, was Herrn von Hassel zu dem Zwischenruf animierte: „Wie hält er das aus?“

(Abg. **Kunick** [SPD]: Wie hält Herr Gassdorf das aus?)

Aber, meine Damen und Herren, wir haben danach wieder eineinhalb Jahre verstreichen lassen, denn erst am 1. August 1978 wurde diese Stelle des Bevollmächtigten geschaffen, seine Kompetenzen, um die es doch die ganzen Jahre vorher gegangen war, dann aber gleich wieder eingeschränkt!

Drei Jahre nach dieser Einschränkung stellen wir jetzt fest, daß der Bevollmächtigte nicht genug Erfolg gehabt hat. Herr Wedemeier nannte Ende November vor Betriebsräten als Hauptgrund für Abwanderungen die oftmals zeitraubende und in ihren Zuständigkeiten zersplitterte Bürokratie. Genau das

(A) sollte aber doch mit dieser Stelle vermieden werden!

(Abg. Klein [CDU]: Eben!)

Wahrlich ein Eiertanz!

Ein weiteres Problem, das der Bevollmächtigte für die Firmen, die sich hier ansiedeln wollen, nannte, ist der Mangel an Arbeitskräften, insbesondere an Fachkräften. Dies behindert nach Ansicht des Bevollmächtigten oft die Ansiedlung von Unternehmen, die in Niedersachsen meist bessere Bedingungen vorfinden würden.

Angesichts der hohen Arbeitslosenquote von 8,4 Prozent im November — zwei Punkte über dem Bundesdurchschnitt — ist dies paradox. Hier müssen neue Wege für die Umschulung und Vermittlung gefunden werden. Wir haben doch nach dem Krieg zwölf Millionen Flüchtlinge integriert und können heute nicht mit diesen Problemen fertig werden?

Er nannte noch einen weiteren Punkt, der sich bei der Ansiedlung negativ auswirkt, und das sind die hohen Gewerbesteuersätze. Dies gelte sowohl bei Neuansiedlungen als auch bei Abwanderungen. Eine Frage, die die Opposition und auch die Kammern häufig aufgegriffen haben!

Bei der Halbierung der Reinerträge der Wirtschaft in den letzten zehn Jahren auf heute noch zwei Prozent vom Umsatz, bei dem Rückgang der Eigenkapitalquote von 31 Prozent auf knapp 22 Prozent der Bilanzsummen und bei den Hochzinsen, die in der Gewerbesteuer auch noch als Dauerschuldzinsen mit erfaßt werden, wird diese Realsteuer zu einem immer wichtigeren Faktor bei der Beurteilung eines Standorts durch interessierte Unternehmen.

Die Amerikaner werden bei einem Eigenkapitalanteil von 50 Prozent durch hohe Zinsen in ihren Firmen nicht so stark belastet wie wir in Deutschland. Darum werden diese Faktoren bei uns heute sehr viel mehr beachtet.

Zur Gewerbesteuererhöhung erklärte Herr Kunick, wenn die Arbeitnehmer höhere Steuern zahlen müßten, dann solle es auch die Wirtschaft. Aber, Herr Kunick, die Steuern vom Einkommen und vom Konsum treffen doch Arbeitgeber und Arbeitnehmer als Bürger in gleichem Maße. Die Gewerbesteuer ist dagegen eine Sondersteuer, eine Zusatzsteuer, die es im Ausland gar nicht gibt, und ausgerechnet die FDP hat jetzt endlich auf Bundesebene bei einem Plan für eine Verbesserung der Beschäftigung auch den Abbau der Gewerbesteuer vorgesehen.

(Abg. Kunick [SPD]: Das müssen Sie Herrn Ostendorff sagen, aber nicht mir! —  
Abg. Jäger [FDP]: Wieso ausgerechnet?)

Ja, gerade die FDP als Mitglied der Bonner Koalition!

Das Bremer Schulsystem wurde als der letzte Punkt genannt, der einige Interessenten, die nach Bremen kommen wollen, abschrecke. Das hören wir auch von vielen Unternehmen, die qualifizierte Mitarbeiter von auswärts einstellen wollen!

Hier gibt es einen Zusammenhang zwischen dem kulturellen Sektor, dem Wissenschaftssektor und den Freizeiteinrichtungen einerseits sowie der Wirtschaftsentwicklung, den Arbeitsplätzen und den Steuereinnahmen andererseits. Unser Defizit in den ersteren Bereichen wirkt sich dann auch auf die anderen aus.

Ich glaube, es ist gut, daß man den Bildungspolitikern oft sagt, daß sie nicht auf einer Insel hier in der Stadt leben, so wie Bremen auch nicht auf einer Insel liegt, sondern eine harte Konkurrenz mit anderen Städten bestehen muß.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern daher den Senat auf, diese Investitionshemmnisse, die sich bei den Ansiedlungsmaßnahmen ergeben und auf die wir schon seit langem hingewiesen haben, sofort abzubauen. Gerade weil wir hier unter den Nachteilen der Küstenregion und unserer Monostruktur mit vielen Problembranchen zu leiden haben, müssen wir deutlicher als andere Städte neue Prioritäten setzen und unsere Haushalte entsprechend umschichten.

Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Hier wurde viel versäumt nach dem Motto „Es gibt viel zu tun, warten wir es ab!“

Inzwischen ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage so bedrohlich geworden, daß alle Maßnahmen zur Verbesserung der Strukturen viel härter ausfallen müssen, als wenn wir uns vor einigen Jahren den damals schlechter werdenden Verhältnissen bereits angepaßt hätten.

Wie auf so vielen Gebieten heißt es hier „sehr spät“, hoffentlich nicht „zu spät“, denn diese Versäumnisse kosten Arbeitsplätze, und deren Schaffung ist doch eines der obersten Ziele der Politik der SPD. Darum bitten wir Sie um die Unterstützung unseres Antrags.

Nun hat die SPD noch einen eigenen Antrag eingebracht. Dieser greift nur zwei der Probleme auf, die ich genannt habe, nämlich die Kompetenzbündelung und die Gewerbeflächen. Die Richtung dieses Antrags ist richtig, aber er ist ungenau formuliert, denn die zuständigen Gremien wollen jetzt erst feststellen, in welcher Form eine Gesellschaft die Aufgaben übernehmen sollte, deren Kompetenzen bisher bei dem Bevollmächtigten und anderen Ressorts zu sehr zersplittert waren.

Sie haben sich in der Ziffer 1 für eine zentrale Verhandlungskompetenz für die Wirtschaftsansiedlung ausgesprochen, was die CDU seit 1975 fordert. Aber wie soll diese aussehen? Da gibt es doch noch sehr unterschiedliche Meinungen. Soll das eine behördeninterne Lösung werden? Soll es eine GmbH geben, wie es der Wirtschaft vorschwebt, mit einer Kompetenzbündelung aus verschiedenen Ressorts nach dem Vorbild anderer Städte?

Unter Ziffer 2 sprechen Sie plötzlich von einer Gesellschaft, die erschließen und ansiedeln soll. Ist das dieselbe Gesellschaft, obwohl Sie in Ziffer 1

- (A) nicht von einer Gesellschaft, sondern von einer „Kompetenz“ ausgegangen sind, die das unternehmen und über die Grundstücke verfügen soll, oder ist etwas anderes damit gemeint?

Wird diesem Institut damit eine Konditionierungsfreiheit für die Vergabe von Grundstücken übertragen, wie es die Handelskammer vorgeschlagen hat? Warum erwähnen Sie nur das Niedervieland und nicht die anderen Gegenden der Stadt, wo auch angesiedelt werden muß? In welchem Umfang soll hier Grundkapital mobilisiert werden?

Wie viele Haushaltsmittel stehen für diese Gewerbeerschließung denn zur Verfügung? Wäre es nicht besser gewesen, Sie hätten dann im Haushalt 1982 auch eine feste Summe eingeplant, um der drohenden Abwanderung entgegenzuwirken, mit der wir rechnen müssen, wenn wir nicht mehr Flächen zur Verfügung stellen?

Zu Ziffer 3 sind auch wir der Meinung, daß schnellstens ein abgestimmter Gewerbeplan für Bremen-Stadt vorgelegt werden sollte, wie wir ihn für Bremen-Nord haben. Zur Zeit liegt nur der Teil eins hiervon vor, gegen den es bereits eine Reihe von Einwendungen gibt.

Mit einem solchen Plan werden Sie sicher die zeitraubende, langwierige Bauleitplanung abkürzen können, aber erst eine echte Kompetenzbündelung bei einer Ansiedlungsgesellschaft würde dieses Investitionshemmnis entscheidend abbauen.

- (B) Lassen Sie mich abschließend sagen: Ihr Antrag berücksichtigt leider nur einen Teil der von dem Bevollmächtigten festgestellten Investitionshemmnisse und schlägt hierfür nur eine unklare Lösung vor, über die in der Öffentlichkeit noch gerungen werden muß.

Wir haben in der vergangenen Woche, Herr Kunick, von Herrn Senator Willms gehört, daß über diese Gesellschaft noch in der Deputation — er nannte als Zeitpunkt sogar erst das Frühjahr — gesprochen werden müsse, da man sich offensichtlich über die Form der Gesellschaft dort auch noch nicht im klaren ist. Da das von Ihnen so wenig konkretisiert wurde, können wir dem nicht zustimmen und werden uns deshalb bei Ihrem Antrag der Stimme enthalten.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Kunick.

Abg. **Kunick** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten, genauer gesagt die SPD-Fraktion, begrüßen diese Debatte und wollen unseren Beitrag leisten im Sinne parlamentarischen Redens über die Dinge zur Beschleunigung administrativen Handelns. Damit habe ich auch gleich unseren Antrag qualifiziert, Herr Kollege Hinrichs.

Wir haben, um das vorab zu sagen, schon vor längerer Zeit eindeutige Beschlüsse gefaßt mit der Bitte an den Senat, Organisationsvorschläge zu machen, um diese hier beschriebenen Ziele zu erreichen. Wir

(C) beschreiben das in unserem Antrag heute nicht genauer, weil wir darauf Wert legen, daß der Senat Vorschläge macht. Wir stellen diesen Antrag allerdings, um eine Richtung zu beschreiben.

Wir finden es auch gut, daß Sie diese parlamentarische Debatte angezettelt haben, denn es kann nur dienen, ein wenig Dampf zu machen. Wer weiß, wie lange es sonst noch dauern könnte, bis Vorschläge auf den Tisch kommen, um das einmal namens meiner Fraktion deutlich zu sagen!

(Beifall bei SPD und CDU)

Ihren Antrag allerdings lehnen wir als unbegründet ab, und zwar aus folgenden Gründen: Die CDU-Fraktion vereinigt in diesem Antrag, ohne die einzelnen Dinge auszusprechen, Meinungen, die der Beauftragte für Industrieansiedlung in der Deputation referiert hat, Meinungen einzelner Unternehmer, die, mit unterschiedlicher Häufigkeit genannt, subjektiv begründet sein mögen, die zum Teil auch objektiv richtig sind — auf das was objektiv änderbar ist, will ich eingehen —, die zum Teil aber auch Einzelansichten darstellen, die politische Propaganda reflektieren. Insofern glauben wir, daß der Antrag in der Sache uns nicht weiterbringt, und wir haben unseren formuliert, um die Dinge herauszukristallisieren, von denen wir meinen, daß in der Tat Änderungen erforderlich sind.

(Beifall bei der SPD — Abg. Klein [CDU]: Ihre Einsichtsfähigkeit ist halt begrenzt!)

(D) Ihre Fixierung auf bestimmte Themen, Herr Klein, ist auch so, daß man da reden kann, was man will, Sie kommen immer zu Ihren beliebten kaiserlichen Werten zurück! Ich will Ihnen aber die Ehre erweisen, auch diese Themen noch einmal wieder zu behandeln. Es kommt darauf an, Herr Kollege Klein, zu überlegen, welche Möglichkeiten wir haben, um die Wirtschaftsförderung — und dazu, meine ich, sollte diese Debatte dienen — zu verbessern, um flexibel zu handeln und um wirkliche Hemmnisse abzubauen.

Nach Auffassung meiner Fraktion sind die hier von Herrn Hinrichs wiedergegebenen Begründungen, die da lauten, Änderung des Bremischen Schulsystems und Erhöhung der Gewerbesteuer, Reflexionen solcher politischen Propaganda, deren parlamentarische Behandlung im Mittelpunkt der heutigen Debatte uns eher von den wirklichen Ursachen und Änderungsnotwendigkeiten ablenken würde.

Daß wir die Gewerbesteuerbelastung um drei Prozent real erhöhen werden, stellt zweifellos eine Veränderung der Kostenbelastungen der Unternehmen dar. Sie ist aber, wir können das nur wiederholen, vor dem Hintergrund finanzieller Mehrbelastungen aller Bürger begründet und außerdem maßvoll.

Unseres Erachtens ist die Gewerbesteuerrelation auch richtig, wenn der Ballungsraum Bremen mit 400 Punkten vor den mittleren Hafenstädten an der Weser, Nordenham und Brake mit 385 Punkten, rangiert.

(A) Den Faktor Erlaß von Grunderwerbsteuer, der in der Deputation genannt worden ist und der in Ihrem Antrag auch steckt, kompensiert Bremen durch maßvolle Grundstückspreise. Wenn wir Gelände, das in der Aufbereitung 50 bis 60 DM Gesamtkosten verursacht, für 30 bis 35 DM verkaufen, dann sind das gute Angebote, die in der Regel keine weiteren Nachlässe erforderlich machen.

Selbstverständlich sind wir der Auffassung, daß angesichts vielfältiger Umlandkonkurrenz Bremen sich als günstiger Standort darstellen muß, unternehmerischen Wünschen bei der Ansiedlung entgegenkommen und hanseatisch fair mit seinen Wirtschaftsbetrieben umgehen sollte. Dazu bedarf es nach unserer Auffassung nicht so sehr weiterer Preisnachlässe als vielmehr der Entbürokratisierung und Beschleunigung der Wirtschaftsförderung.

(Beifall bei der SPD — Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Worauf es ankommt — —.

(Zuruf des Abg. J ä g e r [FDP])

Also, die SPD-Fraktion hat Gelegenheit, hier zu reden, und das tut sie, Herr Kollege Jäger!

(Beifall bei der SPD)

Es kommt darauf an, daß ein ansiedlungswilliges Unternehmen an einer Stelle alle seine Probleme behandelt findet und nicht im Extremfall vom Hafensenator zum Wirtschaftssenator, zum Arbeitssenator, zum Umweltsenator und zum Bausenator laufen muß. Das ist nach unserer Einschätzung das Zentralproblem, das der Senat gründlich abstellen muß.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die SPD fordert die Abwicklung aller Behördenkontakte durch eine zentral zuständige Anlaufstelle, die in der Lage sein muß, Einzelklärungen mit senatorischen Bereichen mit höchster Priorität zu betreiben. Dazu erwarten wir dringend Organisationsvorschläge des Senats, dem wir Anfang Juni unsere Vorschläge für die Zusammenlegung von Kompetenzen und auch für die mögliche Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft übermittelt haben.

(Abg. Klein [CDU]: Ist auch schon eine Zeit her!)

Sie bemerken es, Herr Kollege!

(Heiterkeit bei der SPD)

Worauf es uns ankommt, ist nicht die Realisierung ganz bestimmter Organisationsmodelle, Herr Kollege Hinrichs, als vielmehr die Zentralisierung der Kompetenzen, die Beschleunigung der Förderungsvorgänge und auch die unorthodoxe Handhabung der Förderungsinstrumente, wenn dies dem Erfolg dient. Mit anderen Worten: Es wäre nicht einzusehen, wenn eine Gewerbeansiedlung, die in Brinkum oder Ritterhude in einem Monat entschieden wird, in Bremen ein halbes Jahr oder länger dauern sollte.

Dazu bedarf es auf der Seite der beamteten oder angestellten Wirtschaftsförderer eines gewissen Quantum unternehmerischen Handelns und der Bereitschaft, die schnell zu klärenden Probleme im Kreis der Beteiligten und gegebenenfalls unter Hinzuziehung von Senatoren bei einem Bier und Schnaps auch schnell zu klären.

(C)

Einen wichtigen Faktor für eine positive Entwicklung sehen wir gemeinsam mit dem Bevollmächtigten für Unternehmensansiedlung in der Beschleunigung der Bauleitplanung und der Bereitstellung von mehr Gewerbegrundstücken. Deshalb begrüßen wir in unserem Antrag, daß der Senat ergänzend zum Gewerbeflächenplan Bremen-Nord einen Gewerbeflächenplan für Bremen in Arbeit hat, der sich in der Abstimmung mit den Beiräten befindet und mit dem neue Gewerbeflächen in der Stadtgemeinde ausgewiesen werden sollen.

Wir fordern an dieser Stelle die Fraktionen dieses Hauses auf, gemeinsam in den Beiräten mit uns die Priorität der Ausweisung von Gewerbeflächen zu vertreten, denn die Diskussionen erfolgen ja zum Teil vor Ort weitaus härter als in diesem Plenum.

Ich will noch dazu sagen, Herr Kollege Hinrichs, wir werden in den Haushaltsberatungen auf diese Mittel für Gewerbeflächen ein besonderes Augenmerk legen und behalten uns Anträge vor.

Von zentraler Bedeutung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadtgemeinde wird die Erschließung des Hafengewerbe- und Industriegebiets Niedervieland sein. Deshalb nimmt die SPD-Fraktion die Ankündigungen von Bürgermeister Koschnick vor der DGB-Kreisdelegiertenversammlung positiv auf, die Entwicklung, Erschließung und Gewerbeansiedlung im Niedervieland in die Hände einer besonderen Gesellschaft legen zu wollen.

(D)

Diese Gesellschaft, meine Damen und Herren, könnte vor dem Hintergrund allgemeiner finanzieller Knappheit den beträchtlichen Gewerbegrundstücksbesitz der Stadtgemeinde im Niedervieland in ihren Bilanzen aktivieren, könnte die für die Erschließung notwendigen Mittel auf dem Kapitalmarkt aufnehmen und könnte sich zum Teil aus Verkäufen wieder refinanzieren. Wir halten dies für einen guten Denkansatz.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD-Fraktion erwartet allerdings, daß diese Abwicklungsvorteile nicht durch Kompetenzersplitterung in der Wirtschaftspolitik gemindert werden.

(Beifall bei der SPD)

Dazu ist es erforderlich, daß dieses Instrument, wie alle Instrumente der Wirtschaftsförderung, in einer Hand zentral gehandhabt wird.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Entschließung sagt auch etwas zur Finanzierung der Gewerbeflächen. Wir werden in den

- (A) nächsten Jahren zusätzliche Beträge für die Erschließung in die Haushalte einsetzen.

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

Wir sehen die Priorität der steuerkraftstärkenden Investitionen vor dem Hintergrund unseres an Strukturschwächen leidenden Arbeitsmarktes.

Da wir über einen Bericht des Beauftragten für Gewerbeansiedlung in der Deputation für Wirtschaft hier aufgrund Ihres Antrags diskutieren, lassen Sie mich einen Kommentar aufnehmen, den Herr Hinrich, nicht Herr Hinrichs, am 5. Dezember im „Weser-Kurier“ im Wirtschaftsteil unter der Überschrift „Kein Biß“ veröffentlicht hat, der sich beschäftigt mit —.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Der heißt Heinrich, kann das sein?)

Entschuldigung, Herr Heinrich! Unter der Überschrift „Kein Biß“ referiert er oder auch nicht, ich kann das nicht prüfen, das, was in den Bereich Unternehmensansiedlung anliegen soll.

Wenn dieser Kommentar berichtet, die Unternehmenskette Sheraton sei interessiert am Bau eines Tagungshotels auf der Bürgerweide mit einem Investitionsvolumen von 100 Millionen DM, wenn dort berichtet wird, es gäbe vielleicht Initiatoren für eine Bebauung des Teerhofs oder der Faulenstraße, wenn dort schließlich von einem Plaza-Freizeitzentrum in der Innenstadt die Rede ist oder von dem Interesse eines Möbelsupermarktes an Bremen, dann sind das alles Projekte, die ernsthaft und schnell in den zuständigen Deputationen erörtert werden sollten.

(B)

Zu den Schwierigkeiten des Arbeitsmarktes im Metallbereich, meine sehr verehrten Damen und Herren, kommen im Jahr 1982 drängend drohende Einbrüche im Bereich der Bauwirtschaft. Es ist dringend erforderlich, Bauinvestitionen zu ermöglichen.

Die SPD-Fraktion fordert deshalb den Senat auf, Projekte, wie sie im „Weser-Kurier“ angedeutet werden, in den Deputationen vorzustellen, und sie würde sich durchaus auch heute im Parlament dafür interessieren, wie konkret eigentlich diese vom Büro Giesler nach Zeitungsmittellungen angedeuteten Projekte wirklich sind. — Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. Ostendorff (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Wir sprechen über einen Antrag der Fraktion der CDU mit der Überschrift „Verbesserung der Wirtschaftsstruktur“. Dieser Antrag bezieht sich vornehmlich auf Ausführungen des Bevollmächtigten beim Wirtschaftssenator für Industrieansiedlung. Es ist deshalb notwendig, etwas zurückzugehen, um zu versuchen, den Vorgang auch denen, die nicht mit Einzelheiten aus der Deputation vertraut sind, verständlich zu machen.

Ich will Sie nicht strapazieren, ich gehe nur genau ein Jahr zurück, wie ich eben festgestellt habe, fast auf die Uhrzeit genau, auf den 10. Dezember 1980. Da sagte ich für die FDP-Fraktion im Zuge der Haushaltsberatungen:

(C)

„Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, in diesem Zusammenhang muß die Frage erlaubt sein, was tut eigentlich der Beauftragte für Wirtschaftsansiedlung, was tut das Büro Giesler? Sind nicht die uns versprochenen Tätigkeitsberichte schon längst überfällig? Es ist ziemlich witzlos nachzulesen, was in dem einzigen Bericht, den wir“ — alles Dezember 1980! — „haben. Der war für das Rumpfsjahr 1968.“

Nun, in einer geradezu bestürzenden „Schnelligkeit“ wurde dann der Bericht des Büros Giesler vorgelegt im Sommer dieses Jahres, obwohl in der Vereinbarung steht, daß er jedes Jahr einen Bericht vorzulegen habe. Dies mißfiel den Freien Demokraten schon vor Jahresfrist, dies mißfällt ihnen heute auch noch.

In der Deputation, nachdem der Bericht dort vorlag — ich muß ihn den Kollegen der Bremer Grünen Liste zeigen, sonst wissen sie nicht, daß es so einen gibt —,

(Abg. Adamietz [BGL]: So ist es!)

der vom 31. Juli war, stellte sich heraus, daß noch eine Erläuterung, ein Nachbericht, notwendig sei. Der ist dann unter dem 26. Oktober gegeben und am 30. Oktober 1981 behandelt worden.

(D)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, so furchtbar schnell war das alles nicht, und so furchtbar viel weitergekommen sind wir auch nicht. Ich habe mich noch nicht ganz erholt von den offenen Worten des Kollegen Kunick, der dies in gleicher Weise gegeißelt und gesagt hat, es bedurfte dieses Anstoßes, damit das, was wir und die anderen Fraktionen erkannt haben, nun endlich auch einmal in die Tat umgesetzt wird. Vielen Dank, Herr Kollege Kunick! Ich weiß, daß mein Dank Ihnen möglicherweise parteipolitisch schadet, aber trotzdem seien Sie bedankt!

(Abg. Stichweh [SPD]: Das übersteht der Conni! — Abg. Wedemeier [SPD]: Dadurch rückt er wieder mehr zur Mitte!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir hatten Mitte dieses Jahres zweimal, wie ich meine, sehr gute Debatten über die Wirtschaftspolitik, in denen die Beiträge vom Kollegen Hinrichs insbesondere und vom Kollegen Kunick teilweise vorzüglich waren und meiner einigermaßen brauchbar, so hoffe ich.

Aber was resultierte daraus? Wir haben da auch diese Fragen schon angeschnitten. Ich habe gefragt, wenn diese in dem sogenannten Vorsitzendenrundenpapier oder Koschnickpapier erwähnte Gesellschaft einmal gegründet wird, was passiert dann? Werden dann die Abteilungen eins und drei des Wirtschaftssenators aufgelöst? Was passiert mit der

(A) Förderungsgesellschaft Weser-Jade? Was passiert mit Giesler? Wir lösen die Probleme, indem wir ein neues Amt schaffen und die alten Ämter belassen. Das kann doch nicht der Sinn sein!

(Abg. Wedemeier [SPD]: Nein! Ist es auch nicht!)

Das war im Juni, jetzt haben wir Dezember, der Tag der großen Bescherung, und ich kann sagen, eine schöne Bescherung!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe nicht die Zeit, das zu wiederholen, was der Kollege Hinrichs sagte, Mangel an Flächen, langwierige Bauplanung, Abstimmungsprobleme oder nach Parkinson Kompetenzwirrwarr, Mangel an Fachkräften, Gewerbesteuer, Bildungspolitik.

Allerdings haben Sie bei der Gewerbesteuer etwas gründlich mißverstanden oder ich habe Sie mißverstanden. Die Freien Demokraten in Bund und Ländern waren schon immer der Meinung, daß die Gewerbesteuer an sich eine nicht mehr in die Landschaft passende Steuer ist.

(Beifall bei der FDP)

Nur, wir in Bremen haben gesagt, wir können hier nicht so tun, als lebten wir auf einer Insel, und wir können unserem Gemeinwesen Bremen diesen Steuerertrag nicht wegnehmen, wenn ihn die anderen haben. Am liebsten wäre den Freien Demokraten sowohl im Bund als auch im Land Bremen, wenn die Gewerbesteuer ganz wegfallen würde, denn sie gehört nicht mehr in die Zeit.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie sagen, was Wunder mit den Freien Demokraten, so habe ich das nicht verstanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Kunick hat mir nun bedauerlicherweise auch noch einen Weihnachtsbonbon weggenommen, und das war der Artikel „Kein Biß“ aus dem „Weser-Kurier“.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Können wir umformulieren!)

Ich erwarte dringend, daß der Vertreter des Wirtschaftssenators uns darüber informiert.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Der Senator ist da!)

Ach so! Dann möchte ich diese freundliche Bitte an den Senator richten.

Ich weiß nicht, ob es nicht sogar im Zuge der Zusammenarbeit, und ich kenne das von anderen Fällen so, sehr zweckmäßig gewesen wäre, wenn am Tag des Erscheinens dieses Artikels der Senator seine Deputierten über diesen Sachverhalt informiert hätte. So schwer kann das doch nicht sein!

Ich habe keine Veranlassung, den Senator oder den Bevollmächtigten für Industrieansiedlung in

Schutz zu nehmen. Ich wurde gefragt, und ich konnte nur sagen, mein Name ist, was diese Dinge angeht, Hase, ich weiß von nichts. Ich bin auch nicht dafür zuständig und verantwortlich, aber vielleicht hören wir es heute noch am 10. Dezember von dem Herrn Wirtschaftssenator.

(C)

Zum Antrag der SPD! Es ist sehr schwierig, Herr Kollege Kunick, Ihrem Antrag zuzustimmen, ohne Ihnen einen Blankoscheck zu geben und ohne daß Sie das nachher auslegen, wie Sie wollen, und eine neue Behörde schaffen.

Nun haben wir uns überlegt, wie das zu machen sei, denn in der Tendenz greifen Sie genau das auf, was die Freien Demokraten schon seit Jahren fordern, daß wir von dem Kompetenzwirrwarr wegkommen, daß wir die Vorteile nutzen, die Bremen hat, nämlich die kurzen Entfernungen, die Unmittelbarkeit, die Zusammengehörigkeit zwischen Land und Stadt. Andere beneiden uns um diese kurzen Wege, aber wir legen allen Ehrgeiz darauf, Möglichkeiten und Wege zu finden, daß im kleinen Land Bremen die Wege möglichst mindestens so lang sind wie in einem Flächenstaat.

(Beifall bei der FDP — Abg. Wedemeier [SPD]: Damit die anderen nicht im Nachteil sind!)

Das ist auch ein Ehrgeiz, nur kann er von uns nicht unterstützt werden.

Nun schreiben Sie unter Ziffer 1 — ich will nur eines herausgreifen —: die ansiedlungswilligen Unternehmen. Da haben wir die ganz große Sorge, wenn wir dem so ohne Kommentar zustimmen, daß das passiert, was ich von manchem seit Jahren oder Jahrzehnten, in einem Fall seit Jahrhunderten hier ansässigen Unternehmen höre: Um in Bremen etwas erreichen zu können, muß man schon von außen dazukommen, wenn man hier schon sitzt, dann ist nichts von Erleichterung zu spüren.

(D)

Hier muß also eine andere Formulierung gefunden werden. Ich bin aber auch damit zufrieden, daß Sie es zur Kenntnis nehmen, Herr Kunick, daß ich dieses Wort „ansiedlungswillig“ so interpretiere, daß damit natürlich auch umsiedlungswillige Betriebe gemeint sind oder Betriebe, die am alten Standort Schwierigkeiten haben.

(Abg. Kunick [SPD]: So interpretieren wir das auch, Herr Kollege! — Abg. Wedemeier [SPD]: Hauptsache, sie sind willig!)

Eine Auslegung in nur neuansiedlungswillig halte ich für absolut falsch. Den Freien Demokraten sind die alteingesessenen Betriebe in Bremen sehr viel wert, und sie liegen uns sehr am Herzen, ich möchte das ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Die Ziffer 1 werden wir nach dieser Zustimmung von Ihnen annehmen.

(A) Die Ziffer 2 werden wir allerdings ohne längere Erläuterung schmucklos ablehnen. Hier muß auch schon Herr Bürgermeister Koschnick oder der Senat mit einem klaren Gedanken kommen, wie die Gesellschaft nun sein soll, was sie haben soll, hier muß auch deutlich gesagt werden, was dafür an bisher bestehenden Stellen wegfällt. Das ist jetzt gar nicht hier verbal so zu verändern, daß wir dem zustimmen könnten. Diesen zweiten Abschnitt werden die Freien Demokraten also ablehnen.

Zur Ziffer 3 kann ich sagen, Herr Kollege Kunick, warum haben Sie eigentlich nicht meinen Vorstößen in den vergangenen Jahren zugestimmt, warum haben Sie nicht im Juni mir wenigstens zugestimmt, als ich ausgeführt habe, ich kann doch einem Ansiedlungswilligen nicht sagen, wir sind dabei, einen Gewerbeflächenplan auszuarbeiten und so weiter! Wenn Schiller das nicht schon verbraucht hätte, würde ich sagen, spät kommst du, Kunick, doch du kommst! Ich stimme zu, traurig, daß die Einsicht bei Ihnen so lange gebraucht hat, aber wie sagt der Dichter, eine späte Einsicht ist besser als gar keine Einsicht. Also werden wir auch der Ziffer 3 zustimmen.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, aus unerfindlichen Gründen leuchtet hier vorn das Licht heute gar nicht. Wir meinen und betonen das erneut nachdrücklich, manche Pläne und sogar die meisten Pläne des Wirtschaftsensors sind so schlecht gar nicht. Es fehlt nur an der Durchführung. Es fehlt, daß endlich etwas geschieht. Die Einsicht muß ja auch Konsequenzen haben.

(B) Wenn nun in diesen unseren Chor der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD mit einstimmt, nehmen wir ihn als unseren Bundesgenossen gern in unsere Arme. Lassen Sie uns gemeinsam im Sinne der Wirtschaftsstruktur des Landes Bremen schnell etwas machen! Dann werden Sie uns an Ihrer Seite finden.

Im übrigen empfehle ich Ihnen zur weiteren Vertiefung meine Ausführungen, die ich für die Fraktion der FDP zweimal hier im Juni gehalten habe. Es ist verblüffend, wieviel ich heute aus Ihrem Munde wiedergehört habe. — Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir tut es außerordentlich leid, daß ich den allein wegen seiner literarischen Einsprengsel mit Sicherheit hörenswerten Beitrag von Herrn Ostendorff nicht habe verfolgen können.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Der von Kunick war besser!)

Ich bedauere sehr, daß ich auch den nicht habe hören können. Er wird mir vielleicht später ein Privatissi-

mum geben und wird es mir noch einmal erzählen können, was er hier vorgetragen hat. (C)

(Abg. Wedemeier [SPD]: Das können Sie auch im Protokoll nachlesen!)

Das ist natürlich auch eine Möglichkeit!

Ich komme gerade aus einer Sitzung des Verwaltungsratsausschusses der Staatlichen Kreditanstalt, in der hatte ich ebenfalls meinen Kollegen Thape zu vertreten, so daß ich wirklich gehindert war, bis zu diesem Zeitpunkt hier zu erscheinen.

Wenn man aber nur eine so eingeschränkte Debatte zur Kenntnis nehmen kann, ist es schwierig, fundiert auf Diskussionsbeiträge einzugehen. Deshalb möchte ich darum bitten, Verständnis dafür zu haben, daß mein Vertreter im Amt hier zur Sache Stellung nimmt, soweit die Einwände bei ihm aufgekommen sind. — Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herrn Ostendorff ist die Fähigkeit zuzugestehen, auch wenn wir anderer politischer Auffassung sind, daß er immer noch ein Körnchen Gutes auch für den Letzten im Hause findet. Ich darf Ihnen jedenfalls insoweit beipflichten, als Sie völlig recht haben, daß uns der Bericht von Giesler nicht bekannt ist, und ich will jetzt gar nicht polemisieren, ob er uns vorenthalten wurde oder sonst etwas. Wir haben ihn jedenfalls nicht, wir sind ja auch nicht in der Deputation. (D)

(Abg. Kunick [SPD]: Der lag in den Fächern, Herr Kollege!)

Nein, er lag nicht in den Fächern, Herr Kollege, der Bericht von Giesler nicht!

(Abg. Kunick [SPD]: Doch, dieser Bericht lag in den Fächern!)

Nein, dieser Bericht nicht, sonst hätte ich ihn doch gehabt!

Der Antrag, der diese Debatte eingeleitet hat, bezieht sich auch sehr konkret darauf, allerdings, und das glauben wir, ist auch der Kern dieser Debatte, nimmt er das Problem dann wieder so allgemein und so abstrakt auf, daß man tatsächlich keine Wirtschaftsstrukturverbesserungen konkret für Bremen diskutieren kann, auch nichts festnageln kann.

Wir sind allerdings, und das wissen Sie, in der Grundkonzeption für die Wirtschaftspolitik anderer Meinung als Sie. Wir kritisieren, daß diese Debatte eben auch geführt wird unter Stichworten, die eine Auseinandersetzung mit dieser Grundkonzeption, Ihrer eigenen Grundkonzeption, nicht möglich machen.

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Es werden Investitionshemmnisse zitiert, etwa bürokratische Maßnahmen aufgegriffen, durchaus teilweise auch selbstkritisch, aber es wird nicht gesagt, wie denn nun tatsächlich Wirtschaftspolitik betrieben werden soll, welche Art von Wirtschaftsstruktur man sich für Bremen vorstellt, wo gezielt Maßnahmen eingesetzt werden sollen, um bestimmte Arten von Wirtschaftsbetrieben heranzuziehen, ob das im Dienstleistungsbereich ist, im gewerblichen Bereich, was weiß ich wo.

Hier wird nur davon geredet, wir wollen unsere eigenen Fehler im bürokratischen Bereich beheben. Das können wir nur unterstützen. Wenn da solche Fehler vorhanden sind, muß man sie abhauen.

Wir sind gegen Bürokratismus, aber wenn man fragt, wie das wirtschaftspolitisch aussehen soll, wie tatsächlich für das Land Bremen eine Wirtschaftspolitik — und das ist für uns in erster Linie auch eine Arbeitsplatzpolitik und eine Umweltschutzpolitik, wir sehen das nicht als Gegensatz — betrieben werden soll, dann fehlt dazu eine konkrete Aussage. Ich bedauere deswegen auch, daß das Thema, das wir gestern diskutiert haben, die Fusion des Bremer Vulkan und der AG „Weser“, in diese Debatte nicht einbezogen wird.

Ich sehe das ähnlich wie Herr Ostendorff, ich greife das einmal auf, daß die Frage nicht nur nach der Neuansiedlung zu stellen ist, sondern natürlich auch nach der Erhaltung und Sicherung von vorhandenen Arbeitsplätzen in vorhandenen Betrieben. Das gehört für uns elementar zur Wirtschaftsstruktur.

(B) Da Herr Wedemeier in der Geschäftsordnungsdebatte meinte, darauf eingehen zu müssen, stehe ich nicht an, für uns noch einmal zu bekräftigen, daß wir in der Tat der Meinung sind, die Debatte hier über die Frage der Fusion war notwendig, auch wenn Sie das anders sehen möchten, weil wir wissen, daß diese Debatte für Sie sicherlich politisch nicht gut gewesen ist, nämlich bei denjenigen, die da betroffen sind.

Sie waren es nämlich, die erwartet haben, daß dieses Haus debattiert, die erwartet haben, daß Aussagen kommen, die Belegschaften, die in diesen Tagen ihre Betriebsversammlungen machen und wissen wollen, wie die Zukunft aussieht. Für sie ist es sehr von Bedeutung, ob dieses Haus sich ihre Anliegen zu Herzen nimmt, wenigstens darüber spricht und Farbe bekennt, wie denn diese Anliegen behandelt werden sollen.

Sie erfahren nur aus der Zeitung, wenn etwa Bürgermeister Koschnick mit der Landespressekonferenz spricht, welche Pläne bestehen, oder sie lesen in der Zeitung, wenn im Haushaltsausschuß in Bonn über die Defizite, etwa Nachforderungen beim Vulkan und ähnliches, diskutiert wird, aber sie bekommen dann nicht mit, was gemacht werden soll, und sie bekommen nicht mit, was in Bremen darüber diskutiert und entschieden wird.

Sie erfahren nur aus der Zeitung, wenn etwa Bürgermeister Koschnick mit der Landespressekonferenz spricht, welche Pläne bestehen, oder sie lesen in der Zeitung, wenn im Haushaltsausschuß in Bonn über die Defizite, etwa Nachforderungen beim Vulkan und ähnliches, diskutiert wird, aber sie bekommen dann nicht mit, was gemacht werden soll, und sie bekommen nicht mit, was in Bremen darüber diskutiert und entschieden wird.

Ich meine, daß es deswegen richtig war, hier eine solche Debatte zu führen, um ihnen zu zeigen, welche Auffassungen in diesem Hause vertreten werden und was auf sie zukommt. Ich kann es unter dem Strich zusammenfassen mit dem Stichwort, die Fusion ist offenbar abgemachte Sache. Man überlegt sich nur noch, wie man es den Leuten am besten beibringt.

Meine Damen und Herren, da hier eine solche wirtschaftspolitische Debatte aber nicht geführt wird, Grundlagen uns dadurch auch fehlen, ich verhehle das nicht, sehe ich es aber auch nicht als meine Aufgabe an, nun vor dieser Debatte hinzulaufen zu Herrn Giesler und zu sagen, geben Sie mir auch einmal den Bericht, weil wir, wenn wir das hier diskutieren, eben Grundlagen diskutieren wollen. Ich will nur in ganz kurzen Worten unsere Grundposition zu diesen Fragen hier noch einmal ansprechen.

Zum einen, damit da kein Mißverständnis entsteht oder auch herbeigeführt werden kann, gewollt oder ungewollt: Wir sind nicht blind gegen Industrie, wir sind nicht blinde Maschinenstürmer, wir sind aber Leute, die erkannt haben, wohin die wirtschaftspolitische Entwicklung — das ist auch eine gesellschaftspolitische Entwicklung —, die industrielle Entwicklung in diesem Lande geht.

Wir — ich will es mit dem Wort der Wachstumskritik bewenden lassen — haben die Einstellung, daß wir meinen, wir müssen warnen, wir müssen eine Tendenzwende herbeiführen. Das heißt, wir sind nicht blind gegen jedes Gewerbe, gegen jede Industrie, gegen jeden Betrieb, schon gar nicht gegen Arbeitsplätze zugunsten von Umweltschutz, sondern wir sind dafür, daß die Lebensbedingungen der Menschen sich verbessern, verbessert werden von uns. Das bedeutet dann natürlich auch, daß wir sehen, die Menschen müssen Arbeitsplätze haben.

Sowenig wir die Gewerkschaften beispielsweise kritisieren, wenn wir einzelne ihrer Multifunktioniäre kritisieren, wie heute doch auch wieder versucht wurde, uns zu unterstellen, wir greifen Gewerkschaften an, wenn wir einzelne Vertreter, die sich Gewerkschaftsvertreter nun eben nennen, angreifen, weil — —.

(Abg. Stichweh [SPD]: Die sind gewählt!)

Auch wenn sie gewählt sind, selbstverständlich! Sie sind doch auch gewählt, und trotzdem greife ich Ihre Politik an und kann angreifen, wenn Sie Multifunktioniäre sind und kann auch deutlich darauf hinweisen beispielsweise, daß Ihr Anhang etwa bei bestimmten Wahlen geringer wird.

Sowenig wir die Gewerkschaften etwa angreifen, wenn wir einzelne ihrer Vertreter politisch angreifen, politisch kritisieren wegen ihrer politischen Ausführungen, ihrer politischen Taten, sowenig sind wir blinde Maschinenstürmer, wenn wir warnen und hinweisen auf die Probleme etwa bei Industrieansiedlungen. Wir haben das deutlich gemacht im

(C)

(D)

(A) Holter Feld, wir haben das deutlich gemacht bei der Luneplate, und wir werden das bei allen künftigen Gelegenheiten auch deutlich machen.

Ein Beispiel dafür, daß wir durchaus differenzieren und Realitäten sehen, mag unsere Einstellung zu der Frage der Gewerbesteuer sein. Ich will das noch einmal betonen: Wir haben Kritik an der Art des Steuersystems insgesamt. Ich will Sie damit nicht langweilen, und es mag auch für das Protokoll bei dieser einen pauschalen Aussage bleiben.

Wir sind auch der Meinung, wenn überhaupt, dann sollten Landes- und Kommunalsteuern gestärkt werden bei uns, dann sollten Einnahmen des Landes und der Kommunen da sein, die unabhängig sind von anderen Einnahmen, unabhängig also von Zuweisungen des Bundes, unabhängig von der politischen Landschaft, die etwa im Bund sich abzeichnet.

(Abg. Wedemeier [SPD]: Darin sind wir uns sogar einig!)

Insofern sehen wir auch — ich weiß nicht, wer das eben gesagt hat, ich glaube, Herr Ostendorff war es —, daß wir keine Insel sind und daß wir nicht einseitig Gewerbesteuer oder das Steuersystem insgesamt abschaffen können, wenn wir auch vielleicht Tendenzwenden begrüßen würden.

(B) Aber zur Gewerbesteuer sind wir eben der Meinung, daß man das nicht einfach abtun kann mit dem Hinweis, Bremen liege da noch ganz gut, so hoch sei das mit den 400 Punkten nicht. Wir glauben, daß die politische Wirkung, meinetwegen sagen Sie auch die ansiedlungspsychologische Wirkung, für die Ansiedlungswilligkeit größer ist als die Wirkung der einzelnen finanziellen Belastungen, die damit zusammenhängen.

Ich würde es für richtig gefunden haben, wenn Sie gesagt hätten, bitte, wir setzen ein Signal, auch wenn man gar nicht berechnen kann, wieviel Gewerbesteuer da nun gespart wird oder verloren wird, wie immer man das sieht, wir setzen ein Signal, wir gehen bewußt herunter, wir machen sozusagen eine Konkurrenzgewerbesteuer, um das den Unternehmen zu zeigen.

Die Unternehmen werden das sicherlich in Heller und Pfennig ausrechnen und werden sagen, soviel bringt das zwar nicht, das macht nicht solch einen Unterschied etwa zu Brake, aber die Unternehmen werden sehen und sagen, die Bremer wollen doch etwas für die Unternehmen tun, die wollen, daß hier angesiedelt wird, die legen sich sozusagen krumm oder reißen sich die Beine aus, damit etwas passiert, man gewinnt den Eindruck, da sind Leute, die wollen diese Ansiedlung.

Wenn man aber die Gewerbesteuer nur unter dem Finanzbeschaffungsgesichtspunkt sieht, wie das eben vom Finanzsenator vorgetragen wurde, als das anstand, dann wird deutlich, daß man sich überhaupt keine wirtschaftspolitischen Vorstellungen

(C) macht, sondern eben nur seine Kasse sieht, und das ist kurzfristig.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Ja, das stimmt!)

Ähnlich sind wir gegen Bürokratismus, und wenn gesagt wird, hier seien bürokratische Hemmnisse für irgend etwas, sind wir der Meinung, dann läuft da politisch etwas falsch. Nur, in der Frage, wie man die behebt, wie das im SPD-Antrag angedeutet ist — ich kann auch nur sagen, eben nur angedeutet —, da haben wir auch unsere Zweifel.

In der Presse stand — nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das nun noch einmal sage! —, ich zitiere vorsichtig: „Neue Zentralstelle“. Allein das Wort Zentralstelle hat natürlich schon einen gewissen politischen Klang in diesem Hause, und ich will es auch im Grunde dabei bewenden lassen. Ich will nur deutlich machen, bürokratische Hemmnisse abbauen, gleichzeitig aber irgend etwas schaffen, wo wir nur die Gefahr sehen, daß ein bürokratischer Wasserkopf entsteht, das könnte nicht richtig sein.

Wenn etwas anderes gemeint ist, ich will das gar nicht böswillig unterstellen, sollte man es klarer sagen, dann sollte man diese Aussage nicht in dieser Art und Weise nur treffen.

Den Fragen von Herrn Ostendorff dazu, was in der Vergangenheit geschehen sei, wie denn das alles geschehen solle, können wir uns eigentlich nur anschließen. Er ist da sicherlich auch besserer Experte als wir. Wenn er darauf eine Antwort vermißt, dann müssen wir sie erst recht vermissen.

(D) Hinsichtlich unseres Abstimmungsverhaltens — damit komme ich zum Schluß — möchte ich nur mitteilen, daß wir diesen Giesler-Bericht nicht haben. Angesichts dessen ist uns der Antrag der CDU zu allgemein. Wir können sozusagen da nichts konkret genug beeinflussen, wenn wir sagen, so oder so soll das geregelt sein.

Daß Investitionshemmnisse, um noch einmal dieses Wort zu gebrauchen, abzubauen wären, ist sicherlich richtig, wir sehen aber die Probleme gar nicht darin, wir sehen die Probleme anderswo. Wir meinen, daß damit nichts Wesentliches zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur gewonnen ist. Wenn in diesem Bericht ähnliches steht, meinen wir, muß sich der Senat das ohnehin zu Herzen nehmen und danach befragen, das heißt daran messen lassen, abklopfen lassen.

Zum SPD-Antrag: Wir werden ihn ablehnen. Ich will das nur ganz kurz jetzt noch ansprechen. Ich habe gesagt, daß im Grunde dort ein Blankoscheck ausgegeben wird, sei es für diese Verhandlungskompetenz, sei es für diese neue Gesellschaft.

Wir meinen, daß das nicht Aufgabe dieses Hauses sein sollte, in dieser Frage, sondern daß der Senat konkret etwas vorlegen sollte, dann kann man konkret auch darüber diskutieren.

(A) Die Ausweisung von Flächen ohne eine Offenlegung der Wirtschaftspolitik, ohne zu sagen, welche Art der Ansiedlung man will, wo man Schwerpunkte setzt, welche Unternehmen man gern hätte und wo man sich auch schwerpunktmäßig bemüht, glauben wir, ist eine kurzsichtige Politik. Sie führt nur dazu, daß die Landschaft sozusagen — ich möchte einmal dieses Wort gebrauchen — zersiedelt wird, ohne eine tatsächliche Siedlungspolitik zu haben.

Soweit wir das hier eben vermissen, müssen wir das ablehnen. Deswegen komme ich insgesamt dazu, daß wir beiden Anträgen nicht zustimmen können.

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann.

**Senatsdirektor Dr. Hennemann:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte gern, soweit mir das möglich ist, die aufgeworfenen Fragen kurz beantworten.

Erstens: Herr Hinrichs, ich würde gern konkretisieren oder klarstellen wollen, daß Herr Giesler Argumente wiedergegeben hat, die ihm in seinen Akquisitionsgesprächen berichtet werden. Es handelt sich nicht um eigene Feststellungen, das heißt, er hat eine Liste von Argumenten aufgezählt, die man differenziert betrachten müßte.

Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen: Es ist in diesem Katalog sowohl die Rede von hohen Zinsen als auch von der Gewerbesteuer. Bei differenzierter Betrachtung würde ich sagen, daß das hohe Zinsniveau ein ganz entscheidender Faktor ist für das derzeitige Investitionsklima und für das volkswirtschaftliche Wachstum überhaupt.

(B) Auf der anderen Seite sind wir der Meinung, daß die Gewerbesteuerfrage zwar wesentlich ist bei einer Unternehmensbetrachtung, aber aus unserer Sicht niemals eine Unternehmensansiedlung entscheiden kann.

(Abg. Klein [CDU]: Es geht um einen Mißerfolg, der sich über zehn Jahre hinweg zurückverfolgen läßt, und ich empfinde es als unzumutbar, daß Sie jetzt mit der Hochzinsfrage kommen, die erst seit einiger Zeit besteht! Entschuldigung, Herr Präsident!)

Herr Klein, ich kann darauf gleich eingehen! Es geht hier darum, eine Stelle zu beurteilen, die seit dem 1. August 1978 arbeitet, das heißt seit etwas mehr als zwei Jahren, wenn Sie ihm eine gewisse Anlaufzeit von einem halben Jahr konzedieren.

Der zweite Punkt ist, das will ich auch zugeben, daß Schwierigkeiten oder Möglichkeiten der Verbesserung im organisatorischen Bereich bestehen, aber dies, Herr Klein, ist nicht entscheidend. Insofern muß man diese Rahmenbedingungen, die ich eben genannt habe, wohl sehen und auch die Argumente, die aufgelistet worden sind, unterschiedlich gewichten.

(C) Zu der Konzeption will ich noch sagen, daß es nicht so ist, daß hier große Kompetenzverlagerungen beabsichtigt waren und dann gleich wieder eingeschränkt worden sind. Herr Hinrichs, die Konzeption ging davon aus, daß entscheidend für eine Investition ist, daß investitionswilliges Potential oder zur Entscheidung anstehendes Investitionspotential vorhanden ist.

Um das zu erfahren, müssen insbesondere die über dieses Potential Entscheidenden angesprochen werden. Es müssen dazu Kontakte hergestellt werden, um auf den Standort Bremen aufmerksam zu machen und um zu erkennen, welche tatsächlichen Schwierigkeiten es gibt und was politische, ideologische Argumentation ist.

Im Rahmen dieser Konzeption ist Herr Giesler folgerichtig zunächst auf den Schwerpunkt Akquisition angesetzt worden und hat eine Fülle — das möchte ich einmal sagen — von Kontakten herstellt.

Wir können heute in der Auswertung sagen, warum diese Kontakte nicht zu einem Ergebnis geführt haben. Ich habe eben schon an anderer Stelle gesagt, daß es das allgemein wesentlich schlechtere Investitionsklima ist. Herr Klein, man kann doch nicht bestreiten, daß wir zur Zeit eine Phase sehr geringen Wachstums erleben, und das hat natürlich mit Investition und Ansiedlung zu tun.

(Abg. Klein [CDU]: Das entschuldigt aber nicht den Mißerfolg der vergangenen Jahre!)

(D) Zu Herrn Adamietz möchte ich sagen, der Bericht von Herrn Giesler ist nicht Basis einer Gesamtkonzeption für wirtschaftsstrukturpolitische Fragen. Dazu gibt es das Wirtschaftsstrukturprogramm für Bremen, dazu gibt es den Strukturplan Unterweser, dazu gibt es das Küstenprogramm. Diese Dinge sind alle veröffentlicht worden, so daß Ihnen die grundlegenden Papiere für die Wirtschaftspolitik des Landes zur Verfügung stehen.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit für den Redner!

**Senatsdirektor Dr. Hennemann:** Über den jetzt angesprochenen konkreten Schritt einer zentralen Koordinierungsstelle besteht, glaube ich, bei allen Beteiligten Einigkeit, daß dies verstärkt werden soll, so daß ein Investitions- oder Ansiedlungswilliger tatsächlich nur noch mit einer Kontaktstelle zu tun hat.

Das Problem liegt zur Zeit noch daran, daß nicht nur der Kontakt allein der Punkt ist, sondern daß eine Fülle von Fragen in diesem Zusammenhang zu klären ist, zum Beispiel Grundstücksfrage, Vergabe, Erwerb, Erschließung, gewerberechtliche Fragen, baurechtliche Fragen, Finanzierungsfragen.

(A) Ich möchte eines noch hinzufügen: Wir sehen in der derzeitigen wirtschaftspolitischen Situation die größten Wachstumsreserven im mittelständischen Bereich. In diesem Bereich sind für Investitionsentscheidungen Finanzierungsfragen der entscheidende Engpaß, so daß wir hier auch überlegen müssen, wie weit in die Förderung Finanzierungshilfen eingebaut werden müssen.

Die Wachstumsreserven im mittelständischen Bereich zu suchen heißt eben, die Frage der Eigenkapitalausstattung verstärkt zu betrachten, und auf der anderen Seite ist es auch für Bremen als Firmensitz von der Steuerfrage her das interessanteste Potential, ganz abgesehen davon, daß bekanntermaßen im mittelständischen Bereich für die Ausbildung zu Facharbeitern das größte Potential gesehen wird.

Ich komme zum Schluß und möchte sagen, daß aus der Sicht der Verwaltung sicher nicht zu bestreiten ist, daß im Organisatorischen etwas verbessert werden kann. Ich möchte aber ausdrücklich darauf hinweisen, daß die Entscheidung für oder gegen eine Investition nicht von der staatlichen Seite aus überwiegend beeinflußt werden kann. Der Staat kann die Rahmenbedingungen herstellen, insbesondere im infrastrukturellen Bereich. Die Investitionsentscheidung ist im wesentlichen eine Kapitalentscheidung und eine unternehmerische Entscheidung, und darauf hat das Land nur sehr beschränkt Einfluß. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

(B) **Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Hinrichs.

Abg. **Hinrichs** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gerade was Sie, Herr Dr. Hennemann, gesagt haben, zeigt mir, wie wichtig unsere Debatte und unsere Anfrage zum Büro Giesler waren. Sie sagen, das seien nur ein paar Meinungen gewesen, das sei nicht unbedingt die Ansicht von Herrn Giesler. Es interessierte uns aber gar nicht, was Herr Giesler meint, sondern es interessierte uns, was die Firmen über Bremen sagen und warum sie nicht zu uns kommen.

(Beifall bei der CDU)

Sie führten die Hochzinspolitik an, obwohl diese doch auf ganz Deutschland zutrifft! Wesentlich ist, daß wir in Bremen schlecht dastehen mit einer hohen Arbeitslosigkeit und einem geringen Wachstum unserer Wirtschaft! Also muß es doch andere Gründe geben, denn Süddeutschland steht sehr viel besser da.

Nun interessiert uns, was die Firmen dazu sagen. Wir geben in unseren Betrieben sehr oft viel Geld aus, um zu erfragen, wie die Kunden über uns denken. Das konnte uns Herr Giesler für Bremen sagen, weil er die entsprechenden Kontakte hatte. Deswegen ist es für mich sehr wesentlich, welche Gründe diese Firmen dafür angeben, warum sie nicht kommen.

(C) Das sollten Sie nicht abwerten, sondern als Richtschnur für uns ansehen, wenn wir wirklich neue Firmen haben wollen. Wir müssen uns danach richten und dürfen nicht erklären, das wäre nur irgendeine Meinung gewesen. Das waren doch die Ansichten derer, die wir ansiedeln wollten.

Wenn wir darüber mehr Klarheit erzielt haben, dann hat es sich heute gelohnt. Wenn wir in Bremen aber so arrogant sind, daß wir meinen, wir machen doch alles richtig, und gehen nicht einmal an die Tabus heran, von denen die Interessenten sagen, daß sie wegen dieser Dinge nicht zu uns kommen, dann werden wir weiterhin Sorgen um die Haushalte und um alle anderen Probleme haben!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff** (FPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Senatsdirektor Dr. Hennemann, natürlich haben Sie recht, die Entscheidung, ob sich hier einer ansiedeln will oder nicht, liegt bei dem Betreffenden selbst. Es soll auch nicht anders werden. Sie und auch Herr Giesler haben sicherlich keine Möglichkeit, jemanden zu zwingen, sich hier anzusiedeln. Aber Sie und Herr Giesler haben leider die Möglichkeit, durch langsames oder zögerndes oder kompetenzwirrwarrliches Verhalten einen an sich Ansiedlungswilligen zu vergrämen, und das sollen Sie nicht tun!

(Beifall bei FDP und CDU)

(D) Zum anderen, ich habe meine Kritik unter Bezug auf den Artikel im „Weser-Kurier“ sehr liebenswürdig formuliert, weil ich mich der irrtümlichen Hoffnung hingab, vom Senator oder vom Senatsdirektor jetzt hier etwas zu hören. Ich finde es, mit Verlaub gesagt — kann ein Senator dreist sein? —, ich finde es eine Dreistigkeit, daß der Senator hierauf nicht ein Wort sagt!

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 10/661 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und BGL)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt diesen Antrag ab.

Nunmehr lasse ich über den Entschließungsantrag der SPD abstimmen. Hier hat die FDP abschnittsweise Abstimmung beantragt.

- (A) Wer dem ersten Abschnitt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft stimmt dem ersten Abschnitt zu.

Nunmehr lasse ich über den zweiten Abschnitt abstimmen.

Wer dem zweiten Abschnitt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen FDP und BGL)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft stimmt auch dem zweiten Abschnitt zu.

Nunmehr rufe ich den dritten Abschnitt auf.

Wer dem dritten Abschnitt seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, auch dem dritten Abschnitt wird zugestimmt. Damit ist der gesamte Antrag 10/693 angenommen.

#### **Errichtung einer Stiftung „Forschungsstelle für unabhängige Literatur und gesellschaftliche Bewegungen Osteuropas an der Universität Bremen“**

Mitteilung des Senats vom 23. November 1981  
(Drucksache 10/675)

Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag) mit seiner Mitteilung vom 23. November 1981 gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Landesverfassung, der Errichtung der Stiftung „Forschungsstelle für unabhängige Literatur und gesellschaftliche Bewegungen Osteuropas an der Universität Bremen“ und den damit verbundenen Verpflichtungen zuzustimmen.

Die Deputation für Wissenschaft und Kunst sowie die Finanzdeputation haben dem Vorhaben ihre Zustimmung erteilt.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Willers.

(C) Abg. **Willers** (BGL): Meine Damen und Herren, die Zeit ist fortgeschritten. Die anderen Fraktionen haben signalisiert, sich nicht lange über dieses Thema zu verbreiten, und das wollen auch wir nicht tun. Wir möchten nur sagen, daß wir das hier vorgelegte Forschungsvorhaben, das der Stiftung zugrunde liegt, für gut und interessant halten, allerdings auch für ein sehr sensibles Thema, bei dem der Beifall und die Kritik von der falschen Seite beinahe schon vorprogrammiert sind, insbesondere die Kritik von denen, die meinen, sie hätten den realen Sozialismus schon verwirklicht, und ihre Freunde in diesem Lande.

Wir wissen alle, daß es gewisse Einflußmöglichkeiten aus diesem Lager bis in die SPD hinein gibt, und wir hoffen, daß sich diese Einflußmöglichkeiten bei Kritik an dem Vorhaben nicht durchsetzen werden. Sensibel, habe ich gesagt, ist das Projekt, und darum ist es dafür besonders lebensnotwendig, daß es völlig unabhängig arbeiten kann und daß auch nicht nur der Anschein erweckt wird, daß da staatliche Einflußnahme möglich ist, denn es wäre, wie wir finden, absurd, wenn hier die Autonomie und die Reformbemühungen in anderen Ländern untersucht würden und Möglichkeiten der Einmischung eines anderen Landes, in diesem Fall unseres Landes, bestünden.

Weil das so ist, finden wir bei Durchsicht des Papiers und der Konstruktion der Stiftung diese gefundene Vorstandskonstruktion nicht ganz unproblematisch mit ihrer staatlichen Überrepräsentanz. Hier kann der Vorstand vielleicht nicht inhaltlich, aber doch rechtlich und finanziell durchgreifen, und auch auf diese Weise kann man durchaus bestimmte Einflußnahmen ausüben.

Wir möchten nicht erleben, daß zum Beispiel aufgrund chronischer bremischer Finanzknappheit der Vorstand mit einfacher Mehrheit dem Projekt eines Tages einfach den Geldhahn zudreht oder die Stiftung auflöst. Deswegen bitten wir, an dieser Stelle die Frage der staatlichen Überrepräsentanz im Vorstand noch einmal zu prüfen. Mehr bleibt uns hier im Moment nicht übrig, und im übrigen stimmen wir der Vorlage zu.

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Professor Dr. Holl.

Abg. **Professor Dr. Holl** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die FDP-Fraktion erkläre ich unsere Zustimmung zu der hier zu errichtenden Stiftung und füge hinzu, daß wir unsere Zustimmung deshalb aussprechen, weil uns erstens das Konzept, das hier seitens des Senats dargestellt wird, überzeugt hat, und zweitens, weil es unserem Wunsch seit langem entspricht, durch die Einwerbung von Drittmitteln sicherzustellen, daß die Universität überregionale Bedeutung bekommt, daß ihre Anerkennung durch die Hineinnahme solcher Mittel gesichert wird.

(Beifall bei der FDP)

(C)

(D)

- (A) Ich möchte eine kleine Einschränkung machen: Meine Fraktion hat Bedenken, was die finanziellen Verpflichtungen angeht, die die Weiterfinanzierung dieser Stiftung und ihres Stiftungszweckes über das Jahr 1986 hinaus betrifft. Ich füge deshalb hinzu, daß wir die Erwartung haben, daß in dem Zeitpunkt, in dem die Stiftung Volkswagenwerk aus der Finanzierung ausscheidet, der Universitätsetat herangezogen wird zu der dann notwendigen Alleinfinanzierung durch das Land Bremen. Mit dieser Einschränkung erkläre ich unsere Zustimmung.

(Beifall bei der FDP — Abg. Fluß [SPD]:  
Es sei denn, es gibt neue Geldgeber!)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schulte.

Abg. **Dr. Schulte** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In Abwägung unseres Wunsches, die inhaltliche Arbeit dieser Stiftung zu unterstützen, und aus Sorge aber vor der finanziellen Folgewirkung, will sich meine Fraktion bei dieser Frage enthalten.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Franke.

- (B) **Senator für Wissenschaft und Kunst Franke:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann auf Ihren Hinweis, Herr Professor Dr. Holl, der natürlich richtig ist, nur sagen: was die Finanzierung nach 1986 anbelangt, bin ich nicht sicher, daß wir dies in den Universitätsetat einstellen müssen. Ich bin aber ziemlich sicher, daß sich die Arbeit bis 1986 in einem Maße entwickelt hat, daß nach 1986 wohl die Drittmittelfinanzierung, wie es ja Ihre Hoffnung auch ist, die wesentliche Säule der Stiftung sein wird.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Errichtung der Stiftung „Forschungsstelle für unabhängige Literatur und gesellschaftliche Bewegungen Osteuropas an der Universität Bremen“ und den damit verbundenen Verpflichtungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, FDP und BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

(CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

### Nutzen-Kosten-Untersuchung zur Fischereipolitik (C)

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 9. November 1981  
(Drucksache 10/653)

Wir verbinden hiermit:

#### Fortführung der Sofortmaßnahmen zugunsten der deutschen Seefischerei in 1982

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, CDU und FDP  
vom 9. Dezember 1981  
(Drucksache 10/701)

Die Große Anfrage mit der Drucksachen-Nummer 10/653 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Beckmeyer, Wedemeier und Fraktion der SPD, der Entschließungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 10/701 — Neufassung — mit den Unterschriften der Abgeordneten Wilhelms, Neumann und Fraktion der CDU, Beckmeyer, Wedemeier und Fraktion der SPD, Neujahr, Lahmann und Fraktion der FDP ersetzt die Entschließung der Fraktion der CDU Drucksache 10/686.

Die Neufassung ist im Wortlaut an die Abgeordneten verteilt worden.

#### Drucksache 10/653

Wir fragen den Senat:

Wie beurteilt der Senat erste bekanntgewordene Teilergebnisse einer von der Treuarbeit AG im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums angefertigten Nutzen-Kosten-Untersuchung über „kapazitätswirksame Maßnahmen zugunsten der Fischwirtschaft“ (hier Bereich Hochseefischerei)?

#### Drucksache 10/701

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) schließt sich der Auffassung der für die Fischwirtschaft zuständigen Minister und Senatoren der Küstenländer an, die in einem Memorandum enthalten ist, das den Mitgliedern des Ernährungsausschusses und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages am 11. November 1981 übersandt wurde.

Die Fortführung der Fischereitätigkeit sichert Quotenansprüche für die Zukunft und gibt die Gewähr für eine Sicherung der Grundversorgung der deutschen Bevölkerung mit Fischereierzeugnissen. Zur Aufrechterhaltung der Seefischerei und ihrer Folgebereiche ist es deshalb dringend erforderlich, das Sofortprogramm auch für das Jahr 1982 in ausreichender Ausstattung fortzusetzen.

Ich frage zunächst Herrn Senator Willms, ob er bereit ist, die Antwort des Senats zu geben? — Bitte sehr!

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Große Anfrage wie folgt:

Dem Senat liegen Teilergebnisse einer von der Treuarbeit erstellten Nutzen-Kosten-Rechnung über

(A) kapazitätswirksame Maßnahmen zugunsten der Fischwirtschaft nicht vor. Die Untersuchung soll im Frühjahr 1982 fertiggestellt sein; dementsprechend kann erst zu diesem Zeitpunkt eine Beurteilung erfolgen.

Dem Senat liegt hingegen ein Vermerk des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 5. Oktober 1981 vor, in dem Teilergebnisse der Nutzen-Kosten-Untersuchung vom Bundesernährungsministerium aus zusammengefaßt und Schlußfolgerungen gezogen worden sind. Sowohl unter betriebswirtschaftlichen als auch unter volkswirtschaftlichen Nutzen-Kosten-Gesichtspunkten werden negative Ergebnisse ausgewiesen, jedoch wird der weitere Einsatz der vorhandenen Fangflotte, vor allem zur Risikominderung aus volkswirtschaftlicher Sicht, empfohlen. Dieser Vermerk ist dem Senat am 23. Oktober 1981 zugegangen. In dem Anschreiben des Bundesernährungsministeriums heißt es unter anderem:

„Die Berichterstatter des Haushaltsausschusses sowie der Vorsitzende des Ernährungsausschusses des Bundestages wurden davon durch eine Aufzeichnung meines Hauses unterrichtet. Bei der Erörterung möglicher weiterer finanzieller Hilfen zugunsten der Seefischerei im Rahmen der parlamentarischen Beratung des Bundeshaushalts 1982 — auch in der Argumentation gegenüber Verbandsvertretern — haben diese ersten Ergebnisse der Untersuchung trotz ihrer Vorläufigkeit und Unvollständigkeit bereits ein erhebliches Gewicht erhalten. Ich leite Ihnen diese Aufzeichnungen daher auch zu Ihrer Unterrichtung zu. Dabei weise ich nochmals darauf hin, daß lediglich Entwürfe der Treuarbeit zu den bisher vorliegenden Abschnitten der Untersuchung ausgewertet wurden; — —. Auch wurden die bisher vorliegenden Abschnitte mit der Treuarbeit noch nicht besprochen — —.“

(B) Hieraus ist zu ersehen, daß die vorzeitige Bekanntgabe nicht abgeschlossener Untersuchungen nur den Zweck verfolgt, Einfluß zu nehmen auf die Beratungen des Bundeshaushalts 1982. Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten teilt hierzu mit, daß die Bekanntgabe auf ausdrücklichen Wunsch der Berichterstatter des Haushaltsausschusses erfolgte. Zum Haushalt 1982 haben auf Vorschlag Bremens die für die Fischwirtschaft zuständigen Minister und Senatoren der Küstenländer die Abgeordneten des Ernährungsausschusses und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages in einem Memorandum gebeten, das sogenannte Sofortprogramm zugunsten der deutschen Seefischerei in Höhe von 25 Millionen DM fortzuführen.

In diesem Memorandum heißt es unter anderem: „Die Minister und Senatoren der Küstenländer vertreten in wesentlichen Punkten eine andere Auffassung, als sie vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in einem Ergebnisvermerk über eine Nutzen-Kosten-Untersuchung der Treuarbeit dargestellt wurde. Sie unterstützen die

(C) Wertung der Treuarbeit, daß vor allem zur Risikominderung aus volkswirtschaftlicher Sicht die vorhandene Fangflotte weiterhin eingesetzt werden sollte. Sie wenden sich gegen das in diesem Zusammenhang gewählte Verfahren insofern, als eine Zusammenfassung von Teilergebnissen einer Untersuchung, die gravierende Bedeutung für die Küste hat, an Abgeordnete des Deutschen Bundestages herangetragen wird, ohne daß überprüfbare Zahlen und Kriterien offengelegt und den Küstenländern und der betroffenen Wirtschaft Gelegenheit gegeben wurde, Stellung zu beziehen.

Der Senat beschränkt sich deshalb darauf, seine eigene Position zu den erwähnten wesentlichen Punkten vorzutragen.

a) Die Frage nach der betriebswirtschaftlichen Rentabilität ist in allererster Linie Sache der Unternehmen. Es war und ist diesen wie der Landesregierung klar, daß die Durchsetzung der Zweihundert-Seemeilenregelung Beschränkungen und Verluste mit sich bringen würde. Sie haben sich dennoch zur Fortführung des Geschäfts und zum Betrieb einer sogenannten Kernflotte von 27 Fahrzeugen, und zwar einvernehmlich mit der Bundesregierung, bereit erklärt, wenn für eine bestimmte Übergangszeit staatliche Hilfen es ermöglichen, vorhersehbare Verluste abzumildern. Die Unternehmen sind auch heute dazu bereit; sie wollen keine Dauersubventionen, sondern vorübergehende Hilfen und ausreichende Quoten.

(D) Sie haben über den Verband der deutschen Hochseefischerei deshalb noch einmal darauf hingewiesen, daß vor Beginn der Quotenregelung die deutsche Seefischerei etwa 17 Prozent des europäischen Konsumfischfanges erbrachte und ein gleich hoher Anteil an der heute in Brüssel zur Verteilung anstehenden Menge eine Quote von 225 000 Tonnen gängiger Arten zur Folge hätte, eine Fangmenge, die ausreicht, kostendeckend zu fahren.

Es verwundert deshalb, daß bezüglich der Fangmenge in die Nutzen-Kosten-Untersuchung ganz offensichtlich eine Vorgabe eingeflossen ist, die als besonders restriktiv angesehen werden muß. Selbst wenn man von den derzeit zur Verfügung stehenden Quoten ausgeht, so fehlt ganz offensichtlich eine dynamische Betrachtung für die Zukunft, das heißt insbesondere eine Erholung der Bestände als Folge der derzeitigen Schonmaßnahmen. Der Wiedereintritt der deutschen Hochseefischerei in den Heringsfang, eine Quote, die zum Beispiel in der Nutzen-Kosten-Untersuchung völlig fehlt, oder auch die von der Wissenschaft in der Zwischenzeit erheblich günstiger eingeschätzten Bestände vor Grönland sind ein Beleg hierfür.

Daß in einer solchen dynamischen Betrachtung auch die Preiskostenverhältnisse dynamisiert werden müssen, versteht sich von selbst. Es ist deshalb unverständlich, daß die genannten Teilergebnisse auf der Grundlage einer weitgehend konstanten Preisstruktur basieren und die jüngste Entwicklung, nämlich ein Preisanstieg von 15 bis 20 Prozent,

(A) außer acht lassen. Selbst der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ist der Auffassung, daß eine Neuberechnung mit diesen Daten das Gesamtergebnis positiver gestalten würde.

b) Die volkswirtschaftlichen Aspekte und insbesondere die Auswirkungen auf die Beschäftigung in der Küstenregion werden vom Senat anders beurteilt, als dies die eingangs erwähnten Teilergebnisse wiedergeben. In einem Schreiben des Senators für Wirtschaft und Außenhandel vom 16. Oktober 1981 an die Mitglieder des Ernährungsausschusses und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages heißt es:

„Die Seefischerei hat für die Fischereihäfen und ihre Beschäftigung eine Schlüsselfunktion. Sie garantiert heute rund 50 Prozent der Rohwarenversorgung, wovon zwei Drittel aus der Hochsee- und ein Drittel aus der Kutterfischerei stammen. Der entscheidende Punkt ist, daß die deutschen Fahrzeuge regelmäßig den Heimathafen anlaufen und so allen in der Fischwirtschaft und den Zulieferindustrien Tätigen eine bestimmte Grundaustlastung beziehungsweise Basisnachfrage garantieren. Importe über See kommen nur sporadisch, und zwar in der Regel dann, wenn der Markt gut ist; im übrigen gehen die Importe über Land.

Wie kann also zum Beispiel eine Fischereihafen-Betriebsgesellschaft rund 250 Löscher und Arbeitnehmer vorhalten, wenn nicht regelmäßig Schiffe zum Löschen da sind? Wie soll ein Fischbearbeitungs- und -handelsunternehmen Personal- und Sachkapazitäten finanzieren, wenn diese über lange Strecken nicht ausgelastet sind?

(B) Die Konsequenz ist unserer Ansicht nach eindeutig: Die Kapazitäten im Umschlag, Bearbeitungs- und Handelsbetrieb sowie in der Zulieferindustrie verschwinden, wenn nicht eine bestimmte Grundaustlastung gegeben ist, die heute nur die eigene Seefischerei liefert. Auf der Basis dieser Grundaustlastung kann dann auch das Importgeschäft effektiv abgewickelt werden. Ein Ausfall der deutschen Hochseefischerei würde somit 2000 Beschäftigte in der Fischerei selbst, aber mindestens ebenso viele in den Landbetrieben der Reedereien, beim Umschlagbetrieb, im Handel sowie in den Zulieferindustrien nach sich ziehen, das heißt, es gäbe sofort zusätzlich mehrere Tausend neue Arbeitslose.

Auf Sicht jedoch wäre auch die Fischindustrie tangiert, die zunächst weniger von der eigenen Rohwarenbasis abhängig ist. Mit steigenden Importquoten wächst rapide die Mengen- und Preisabhängigkeit vom internationalen Angebot. Hierauf sind zudem insbesondere durch die jetzigen EG-Beschlüsse hohe Zölle zu zahlen. Ferner muß davon ausgegangen werden, daß in zunehmendem Maße ausländische Fertigwaren unter dieser Konstellation die eigenen Produkte vom Markt verdrängen, so daß zur Zeit die noch in der Fischindustrie beschäftigten 10 000 Mitarbeiter zu einem erheblichen Teil gefährdet würden.

Ich schildere Ihnen diese Situation so eingehend, weil die Region Bremerhaven/Cuxhaven bereits jetzt

(C) mit einer Arbeitslosenquote von rund sieben, jetzt sogar rund acht Prozent, eine Spitzenposition in der Bundesrepublik einnimmt, weil ein Ausfall der Seefischerei die Arbeitslosenquote schnell auf zehn bis zwölf Prozent erhöhen könnte, weil alternative Arbeitsplätze nicht vorhanden sind und weil die Finanzierung der zusätzlichen Arbeitslosen mit rund 23 000 DM pro Person doch wohl wesentlich teurer wäre als eine begrenzte Fortführung des Sofortprogramms.“ — Soweit das Zitat aus dem Anschreiben an die Abgeordneten!

c) Der Senat macht auf einen Punkt besonders aufmerksam, der sich in einer Nutzen-Kosten-Rechnung nur schwer bewerten läßt und letztlich von der politischen Einschätzung abhängt. Es handelt sich um die Frage, ob sich die Bundesrepublik die bewußte Aufgabe der Fischereitätigkeit leisten kann und damit auf Quotenansprüche, also auf Naturressourcen verzichtet.

Die in dem Vermerk des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten enthaltene Schrumpfungsempfehlung ist somit nicht nur in ihrer betriebswirtschaftlichen wie volkswirtschaftlichen Begründung angreifbar; sie berührt eine Frage des nationalen Interesses. Der Senat wird sich aus den genannten Gründen auch weiter um eine Fortsetzung der Hilfen für die Seefischerei bemühen.

Jetzt vielleicht noch eine aktuelle Anmerkung! Diese Bemühungen zeigen möglicherweise in diesen Tagen schon Erfolg in Bonn. Die parlamentarischen Gremien neigen dazu, wenn auch auf reduzierter Basis, die Soforthilfe fortzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Vielen Dank, Senator Willms!

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Ich frage deshalb, ob wir in eine Aussprache eintreten wollen. — Das ist der Fall.

Die gemeinsame Aussprache über die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 10/653, sowie über den interfraktionellen Entschließungsantrag 10/701 in der Neufassung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Beckmeyer.

Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die veränderten weltwirtschaftlichen Fangbedingungen haben dazu geführt, daß sich die deutschen Fischfänge in den vergangenen Jahren nahezu halbiert haben. Im Jahr 1979 betragen sie noch rund 330 Tonnen.

(Abg. **Wilhelms** [CDU]: 330 000!)

Parallel zum Rückgang der Fischfangergebnisse hat sich auch die Zahl der Seeleute reduziert von 4000 Beschäftigten im Jahr 1969 auf rund 2500 Beschäftigte im Jahr 1979.

Im Frühjahr des Jahres 1981 gewährte die Bundesregierung der gefährdeten Fischereiflotte eine

(A) Übergangshilfe von 34,5 Millionen DM. Das Sofortprogramm wurde jedoch nicht in voller Höhe ausbezahlt. Die zehnprozentige Kürzung des Sofortprogramms und die Inanspruchnahme weiterer vier Millionen DM zur Abdeckung von im Jahr 1980 entstandenen verpflichtenden Maßnahmen führten dazu, daß die ursprüngliche Hilfe der Bundesregierung nur noch mit rund 80 Prozent wirksam wurde.

Im Mittelpunkt der EG-Fischereiverhandlungen stehen zur Zeit immer noch die Quotenproblematik und die Drittlandsverträge vor allem mit Kanada. Der Bundesregierung ist es gelungen, das Junktim zwischen der EG-internen Quotenaufteilung und den Verträgen mit Drittländern aufzulösen. Ab 1982 können nunmehr deutsche Fischer mehr als 14 000 Tonnen Kabeljau vor Kanada fangen, hinzu kommen zusätzliche Fanggründe vor den Faröer. Als Gegenleistung wird Kanada das Recht eingeräumt, 20 000 Tonnen Fisch zollfrei in die EG zu exportieren.

Die Teileinigung ist zwar ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Dauerarbeitsplätze in der Fischerei, es bleiben aber weitere Probleme, die eine Fortführung des Sofortprogramms notwendig machen. Erstens, die Quotenproblematik bleibt weiterhin ungelöst. Die Abmachung mit Kanada zeigt zweitens, daß die Bedeutung der Fernfischerei für die deutsche Hochseefischerei bestehen bleibt. Damit verbunden ist aber ein überproportionaler Anstieg der Energiekosten an den Fangkosten, der nicht immer am Markt weitergegeben werden kann.

(B) Drittens, das Abkommen mit Kanada wird für die Saison 1981 aller Voraussicht nach nicht mehr wirksam, weil Kanada kurzfristig zu einer Ratifizierung der Verträge nicht mehr bereit ist. Damit muß die deutsche Hochseefischerei erhebliche Verluste für das Jahr 1981 tragen, die allein aufgrund politischer Umstände verursacht wurden.

Zur Aufrechterhaltung einer angemessenen nationalen Rohwareversorgung ist eine Kernflotte von insgesamt 28 Fahrzeugen notwendig. Diese Fahrzeuge können befriedigend ausgelastet werden, wenn der Bundesrepublik zirka 17 Prozent der in der EG verfügbaren Menge an Fisch von 1,2 Millionen Tonnen traditioneller Arten eingeräumt werden. Das bedeutet konkret, daß deutsche Fischer rund 200 000 Tonnen Fisch, das sind rund 20 Prozent der gesamten Seefischversorgung, fangen müssen, um eine gerade noch wirtschaftlich vertretbare Existenz der deutschen Fischerei zu gewährleisten.

Bei dieser Kapazitätsauslastung wären zusätzliche finanzielle Zuschüsse der öffentlichen Hand nicht mehr erforderlich. Die deutsche Hochseefischerei machte im Jahre 1980 mit einem Umsatz von 262 Millionen DM einen Verlust von 62,5 Millionen DM. Rechnet man 80 Prozent des Sofortprogramms ab, so hat die Fischwirtschaft allein für das Jahr 1980 35 Millionen DM an Verlusten aufzufangen gehabt. Daran dürfte sich auch 1981 nichts wesentliches geändert haben.

Die Kanadasaison, trotz Fischereikompromiß, fällt 1981 aus, der neue Preisschub beim Dieselöl kann

nur zu einem geringen Teil in gestiegene Erzeugerlöhne weitergegeben werden, die Quoten insgesamt reichen nicht aus, um eine angemessene Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Aktuell beträgt die Quote 120 000 Tonnen an marktgängigen Fischen. Zur Auslastung der freien Kapazität ist die deutsche Hochseefischerei deshalb gezwungen, nichtmarktgängige Fische zu fangen, die jedoch wesentlich weniger an Erlös bringen auf dem deutschen Markt.

Geht man davon aus, daß zur Beschäftigung der Kernflotte 35 000 Tonnen nichtmarktgängige Arten gefangen werden, so folgt daraus ein Verlust von rund 30 Millionen DM für 1981. Einschließlich der für 1980 zu tragenden Verluste ergeben sich Bilanzzahlen, die eine Weiterexistenz der deutschen Hochseefischerei auf Grund mangelnder Rentabilität in Frage stellen könnten, wenn wir uns nicht bereit erklären, diese nationale Hochseefischerei zu erhalten.

Waren in der Hochseefischerei, wie ich schon sagte, im Jahr 1969 noch gut 4000 Seeleute beschäftigt, so waren es 1981, nachdem es 1979 noch 2500 waren, nur noch 2000 Beschäftigte. Davon sind über die Hälfte Bremerhaven zuzurechnen. Um die Kernflotte zu bewirtschaften, kann die Zahl der Beschäftigten jedoch nicht stärker vermindert werden, wenn es nicht gelingt, die unbefriedigende Kapazitätsauslastung zumindest auf das Niveau der Kernflotte zu erhöhen.

Für den Arbeitsmarkt insgesamt ist das fischverarbeitende Gewerbe von größerer Bedeutung als die Fischerei. Im Juli 1981 waren über 10 000 Arbeitnehmer in der fischverarbeitenden Industrie beschäftigt. 80 Prozent der Betriebe produzieren in Norddeutschland. Neben dem Schiffbaubereich ist die fischverarbeitende Industrie der strukturbestimmende Industriezweig von Bremerhaven und Cuxhaven. Gerade die jüngsten Daten belegen den Sachverhalt, und die aktuellen Probleme der deutschen Fischerei machen deutlich, daß auch hier geholfen werden muß.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte seitens der SPD-Fraktion hervorheben, daß wir, bezogen auf das, was sich jüngst abgespielt hat mit dem Gutachten, zu dem die „Nordsee-Zeitung“ in einer meiner Meinungen nach zutreffenden Überschrift heute geschrieben hat, „Aussagen im Gutachten sind falsch, irreführend und unpräzise“, wir bedauern, daß diese Ergebnisse, diese Teilergebnisse in dieser Form an die Öffentlichkeit gebracht worden sind, ohne entsprechende Tatbestände tatsächlich zu überprüfen, um auch entsprechende Tatbestände mit der Industrie, mit den politisch Verantwortlichen von der Küste vorher zu erörtern.

(Vizepräsident Schmidt übernimmt den Vorsitz.)

Die SPD-Fraktion, das will ich hier in einer Vierpunkte-Erklärung zum Abschluß meiner Ausführungen ausdrücken, mißbilligt das Verfahren, Teilergeb-

(C)

(D)

(A) nisse einer nicht abgeschlossenen Untersuchung über für die Küste wesentliche Fischereifragen an den Bundestag heranzutragen,

(Beifall bei der SPD)

und damit massiv in die Haushaltsberatungen einzugreifen, ohne daß überprüfbare Zahlen und Kriterien offengelegt und den Küstenländern sowie der betroffenen Wirtschaft Gelegenheit gegeben wurde, Stellung zu nehmen.

Die SPD weist auf die Schlüsselfunktion der deutschen Seefischerei für den Betrieb der Fischereihäfen und die der Urproduktion vor- und nachgeordneten Industriezweige hin und unterstützt den Senat in seinen Bemühungen, auch für 1982 eine Fortführung der Soforthilfe zugunsten der deutschen Seefischerei zu erreichen.

Drittens: Die SPD bittet den Senat, auf die Bundesregierung einzuwirken, daß im Frühjahr 1982 die fertiggestellte Untersuchung auf einer breiten Ebene einer Beurteilung unterzogen werden kann, ehe hieraus entscheidende politische Konsequenzen gezogen werden.

Viertens: Die SPD bittet den Senat ferner, bei der Bundesregierung mit Nachdruck dafür einzutreten, daß von dieser in Brüssel weiterhin eine aktive Fischereipolitik betrieben wird mit dem Ziel, eine den natürlichen Entwicklungen angepaßte Quotenregelung zu erreichen, um es der deutschen Seefischerei zu ermöglichen, ohne öffentliche Subvention wirtschaftlich erfolgreich fischen zu können. — Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wilhelms.

Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann mich hier namens der CDU-Fraktion sowohl den Ausführungen von Herrn Senator Willms als auch den Ausführungen von Herrn Beckmeyer anschließen und möchte mich eigentlich mehr dem Vorgang widmen — mit einer kleinen Vorbemerkung —, was das Gutachten, dessen Veröffentlichung und dessen mögliche — wir hoffen das nicht — Folgen anbetrifft.

Ich muß allerdings sagen, und zwar jetzt nicht in einer kritischen Weise, wir hatten in der Fischereihafendeputation am 19. 11. 1981 darüber gesprochen, Herr Tiedemann, und wir waren uns mit allen Kollegen einig, daß wir einen interfraktionellen Antrag einbringen wollten. Nachdem der dann überhaupt nicht kam — möglicherweise sollte das etwas besser zwischen dem Sprecher der Fischereihafendeputation der SPD-Fraktion und dem Sprecher der Notgemeinschaft Fisch koordiniert werden —, haben wir uns dann erlaubt, einen zu stellen und freuen uns, daß der von SPD und FDP übernommen worden ist.

Wir dürfen uns hier aber in einem nicht täuschen, bis zur Stunde steht noch keine Mark im Bundeshaushalt des sogenannten Sofortprogramms für die deutsche Hochsee- und Kutterfischerei, das darf da-

bei nicht vergessen werden, die betrifft das auch. Ich würde es auch begrüßen, wenn Sie versuchen würden, der neuentdeckten eisernen SPD-Lady aus Heidelberg, die nun wohl glaubt, sich besondere Meriten verdienen zu müssen

(Abg. **Kunick** [SPD]: Das ist doch alles Ihre Propaganda!)

für eine offensichtlich andere dem Agrarbereich zuzuordnende Subvention als der Fischerei, die uns hier interessiert, ein bißchen mehr Sympathien für die deutsche Fischwirtschaft hier an der Küste beizubringen. Vielleicht wäre das eine ganz gute Anregung, die ich Ihnen gebe.

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Wir werden sie einmal einladen, Herr Wilhelms!)

Wir wollen sie einmal einladen von der Notgemeinschaft Fisch, Herr Beckmeyer, und vielleicht ändert sie dann ihre Meinung.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Aber einer muß sie dann übernehmen!)

Aber das ist nun eine Schiene, das klappt vielleicht bei Ihnen schneller als bei uns.

(Abg. **Wedemeier** [SPD]: Das kann sein!)

Die Hochsee-Enquete belegt, daß der deutschen Hochseefischerei im Jahre 1980 Verluste in Höhe von 62,5 Millionen entstanden sind. Durch die Hilfe der Bundesregierung konnten diese Verluste in etwa halbiert werden.

Da für die deutsche Hochseefischerei — Herr Kunick, vielleicht ist es ganz gut, wenn Sie auch einmal zuhören! —

(Abg. **Kunick** [SPD]: Ich höre Ihnen die ganze Zeit mit Begeisterung zu, Herr Kollege!)

im Jahre 1981 die Fischerei unter Kanada gar nicht, unter Norwegen und den Faröer erst verspätet möglich war, ist nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Kosten insbesondere auf dem Energiesektor davon auszugehen, daß die Ergebnisse 1981 nicht günstiger ausfallen werden.

Angesichts der immer noch nicht erfolgten Fischereiregelung in Brüssel und der Unsicherheiten in einer für 1982 folgenden Fischereiregelung für den Fang vor Kanada muß auch für das Jahr 1981 und 1982 mit existenz- und arbeitsplatzgefährdenden Folgen für die deutsche Hochsee- und Kutterfischerei gerechnet werden.

Herr Kollege Lahmann, der verantwortliche Minister ist Ihr Parteifreund,

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Wir kommen darauf zurück!)

(C)

(D)

(A) und wir wären Ihnen hier alle dankbar, wenn Sie Einfluß nehmen würden, daß sich solche Indiskretionen in dem Ministerium nicht wiederholen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Angesichts dieser katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung, die ausschließlich durch politische Faktoren verursacht wurde, ist es nach Meinung der CDU-Fraktion ein Skandal, wenn ein vom Bundesernährungsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten bei der Treuarbeit, dessen endgültige Ergebnisse erst im Frühjahr 1982 vorliegen sollen, durch sogenannte erste Ergebnisse einer Nutzen-Kosten-Untersuchung vom Bundesernährungsministerium gewertet, kommentiert und öffentlich diskutiert wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines dazu sagen! Ich habe es miterlebt und einige, die länger in der Fischwirtschaft tätig sind, auch, wie in einer großen Koalition — das räume ich ein — von SPD und CDU in Schleswig-Holstein mit Gutachten zwei Seefischmärkte, nämlich Lübeck und Kiel, vernichtet worden sind, Ende 1968/1969/1970.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Hört, hört!)

Die FDP war auch beteiligt.

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Glaube ich nicht, wird bestritten!)

(B) Ich und die CDU-Fraktion möchten hier verhindern, daß mit diesem und weiteren Gutachten nicht nur zwei weitere Seefischmärkte, nämlich Bremerhaven und Cuxhaven, sondern möglicherweise die ganze deutsche Fischwirtschaft vernichtet wird.

(Beifall bei der CDU)

Besonders aufgrund des Zeitpunktes der Veröffentlichung liegt der Verdacht nahe, daß interessierte Kreise der deutschen Agrarlobby angesichts der desolaten Haushaltslage des Bundes durch eine gezielte Indiskretion dies in die öffentliche Diskussion eingeführt haben, um ihre eigenen Pfründe, sprich Subventionen, zu retten.

Um dieses Ziel zu erreichen, sind die Verantwortlichen im Bundesernährungsministerium offenbar bereit, nicht nur die weitere Existenz der deutschen Hochsee- und Kutterfischerei aufs Spiel zu setzen, sondern auch die ohnehin wirtschaftlich schwächeren Städte Bremerhaven und Cuxhaven weiter zu schwächen und die Arbeitslosenquote noch mehr in die Höhe zu treiben.

Dies ist um so bedenklicher, als der BML-Vermerk von ersten Teilergebnissen spricht, die ausdrücklich als vorläufig und unvollständig bezeichnet werden und deren Ergebnisse wie die zugrunde gelegten tatsächlichen Annahmen weder zwischen der Treuarbeit und dem BML noch mit den Reedereien oder gar hier dem Bremer Senat erörtert worden sind. Die Verantwortung dafür kann nicht auf die mangelnde Eignungsfähigkeit in Brüssel oder Straßburg abgeschoben werden, sondern ist angesichts der wirtschaftlichen Lage, in der sich alle in der deutschen Fisch-

wirtschaft arbeitenden Menschen befinden, nur als Instinktlosigkeit zu bezeichnen, die allein das Bundesernährungsministerium zu verantworten hat,

(Beifall bei CDU und SPD)

wie wir heute wissen, auch einige Abgeordnete!

Ich möchte hier namens der CDU-Fraktion nicht in weitere Einzelheiten eingehen, um nicht den gleichen Fehler anderer, die es eigentlich besser wissen sollten, zu wiederholen, nämlich sich zu einem Gutachten zu äußern, das noch nicht vorliegt. Lassen Sie mich aber zum Abschluß für die CDU-Bürgerschaftsfraktion feststellen! In unserer Region und besonders in Bremerhaven kommt es bei zukunftsorientierter Betrachtungsweise — und alles andere wäre verfehlt — darauf an, jeden einzelnen Arbeitsplatz zu erhalten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es geht einfach nicht an, wie in dem Vorergebnis offenbar geschehen, die Arbeitslosenfrage leicht und im Widerspruch zu den Tatsachen damit abzutun, daß bisher jeder Arbeitsuchende vermittelt worden sei. Hiermit wäre das Gutachten angesichts der Arbeitslosenzahlen in Bremerhaven von heute vor Fertigstellung bereits nicht mehr aktuell, was diesen entscheidenden Punkt anbetrifft.

Ich kann namens meiner Fraktion allen, die noch an diesem Gutachten weiterarbeiten sollen und/oder darauf Einfluß nehmen, und das ist auch Herr Ertl, Herr Lahmann, nur empfehlen, diese Aussage wenigstens zu aktualisieren. — Vielen Dank!

(Beifall bei CDU und SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Das Wort hat der Abgeordnete Neujahr.

Abg. Neujahr (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mehrere Tatsachen müssen zunächst einmal festgehalten werden, um zu einer sachgemäßen Einschätzung des Vermerks über die ersten Ergebnisse einer Kosten-Nutzen-Untersuchung über kapazitätswirksame Maßnahmen zugunsten der Fischwirtschaft zu kommen.

Erstens: Es handelt sich um erste bekanntgewordene Teilergebnisse einer von der Treuarbeit AG im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums angefertigten Kosten-Nutzen-Analyse, deren Unvollständigkeit ausdrücklich betont wird.

Zweitens: Die Bundeshaushaltsordnung schreibt in bestimmten Fällen zwingend vor, daß Kosten-Nutzen-Analysen angefertigt werden müssen.

Drittens: Und das richtet sich ein bißchen an Ihr Kläffen von vorhin, Herr Wilhelms —

(Widerspruch bei der CDU)

Entschuldigung, mir fiel kein anderes Wort ein, ich hielt es für sachgerecht! —, es handelt sich hier keineswegs um eine Indiskretion. Staatssekretär Rohr war gezwungen, aufgrund von Nachfragen mehrerer Bundestagsabgeordneter diese Teilergeb-

- (A) nisse herauszugeben. Uns liegt ein Fernschreiben von Staatssekretär Rohr vor, das — ich zitiere — sagt: „Mein Haus hat sich keinesfalls für eine Schrumpfung der Hochseeflotte eingesetzt.“

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Also! — Abg. Wilhelms [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Ich muß mit meiner Zeit auskommen, es tut mir leid, Herr Wilhelms!

(Abg. L a h m a n n [FDP]: Weitermachen!)

Selbstverständlich ist die erhöhte Wachsamkeit beim Erscheinen dieser Teilergebnisse erforderlich, nicht geboten aber sind so vorschnelle Urteile, wie wir sie eben gehört haben.

(Beifall bei der FDP)

Die vorliegenden Effizienzberechnungen zeigen ein negatives Gesamtergebnis. Die beschäftigungs- und regionalpolitische Bedeutung der Fischwirtschaft wird geringer beurteilt als erwartet, gleichwohl kommt die Treuarbeit AG zu dem Ergebnis, daß vor allem wegen der Risikominderung aus volkswirtschaftlicher Sicht die vorhandene Fangflotte weiter eingesetzt werden sollte, auch wenn eine weitere Anpassung an beschränkte Fangmöglichkeiten nach Auffassung der Treuarbeit AG erforderlich sein sollte.

- (B) Nach unserer Beurteilung ergeben sich nun eine Reihe von Gründen, die einmal für die Fortsetzung des Soforthilfeprogramms in angemessener Höhe sprechen, zum anderen aber die Ergebnisse der Kosten-Nutzen-Analyse in mehreren Punkten korrigieren. Wir haben schon bei Fischereidebatten, zum Beispiel im Februar 1981, ausdrücklich betont, daß eine deutsche Kernflotte erhalten bleiben muß, die etwa 50 Prozent der deutschen Versorgung übernehmen kann. An diesem Grundsatz hat sich nichts geändert, weil sich die Gründe nicht geändert haben und sich auch nicht ändern werden.

Die Bundesrepublik darf im Wettbewerb der Fischereinationen nicht weiter abfallen. Diese Forderung ist nicht nur mit der Maßgabe richtig, daß der Anschluß wohl nie wieder aufzuholen wäre, viel bedeutsamer ist, daß wir bei größer werdendem Ausfall der Eigenversorgung immer mehr in Abhängigkeiten von Importen geraten. Importe aber suchen sich den Weg der höchsten Preise. Grauenhaft wäre daher die Vorstellung, die Versorgung der deutschen Bevölkerung an tierischem Eiweiß aus der Fischproduktion unter dem Diktat der Importe fremder Nationen und dem Preisdiktat anderer Nationen zu sehen.

(Beifall bei der FDP)

Auch an diesem Grundsatz, meine Damen und Herren, wird sich nichts ändern. Wir haben das mehrfach betont. Wir betonen das auch diesmal wieder, und die zitierte Bemerkung des Staats-

sekretärs Rohr, die ich am Anfang genannt habe, läuft genau in die gleiche Richtung. (C)

(Beifall bei der FDP)

Nach unserer Beurteilung schätzt die Treuarbeit AG den beschäftigungs- und regionalpolitischen Aspekt keineswegs richtig ein. In der Analyse der möglichen Arbeitsplatzverluste wird kaum oder gar nicht berücksichtigt, daß neben Produktions- und Verarbeitungsbetrieben, neben Groß- und Kleinhandel auch eine große Anzahl von Zuliefer- und Reparaturbetrieben von einer Flottenreduktion betroffen wäre. Außerdem wird zu wenig beachtet, daß dann viele Industriebetriebe zur Aufgabe gezwungen wären, deren Verarbeitung sich weitgehend oder ausschließlich auf deutsche Anlandungen konzentrieren; mit Ausstrahlungswirkungen auf andere Betriebsarten oder Rückwirkungen auf die Kutterfischerei will ich hier nicht lange spekulieren, obwohl auch das möglich wäre.

Damit hat das Gutachten, besser das Teilgutachten, die mögliche Zahl der Arbeitslosen sicher ebenso wenig realistisch eingeschätzt wie die Möglichkeit der Region Bremerhaven/Cuxhaven, diese Zahl beschäftigungspolitisch einzugliedern. Wir haben wegen der wirtschaftlichen Monostruktur ohnehin schon eine überhöhte Arbeitslosenzahl, und Beschäftigungsalternativen bieten sich nicht an. Beschwichtigend aufgestellte Behauptungen führen da nicht weiter.

(D) Angenommen, man mache unter diesen Aspekten eine Rechnung, die ausgefallene Summe von Steuerzahlungen, Gewerbesteuer und Sozialabgaben plus Summe der Arbeitslosenunterstützungen, dann wird man feststellen müssen, daß die Fortsetzung des Soforthilfeprogramms billiger wäre.

Außerdem entspricht nach unserer Beurteilung der in der Kosten-Nutzen-Untersuchung gemachte Schrumpfungsvorschlag der Flotte nicht der Quotenpolitik der Zukunft. Die Bestände an Fisch werden von Praktikern höher eingeschätzt als die in der Kosten-Nutzen-Untersuchung angegebenen Werte. Bestandserhöhungen werden zu verbesserten Fangmöglichkeiten führen.

Der Einsatz handelspolitischer Maßnahmen, den die FDP schon gefordert hat, als der Wirtschaftssenator diesen Gedanken noch weit von sich wies, den nun aber der Ministerratsbeschluß von Mai 1980 vorsieht, kann dazu genutzt werden, im Laufe der nächsten Jahre, also bis zu dem in der Untersuchung genannten Zeitpunkt 1988, höhere Quoten auch vor Drittländern zu erzielen.

(Beifall bei der FDP)

Seit 1981 wird außerdem in vermehrtem Maße der Blaue Wittling durch die deutsche Hochseefischerei dem direkten menschlichen Konsum in einer erstklassigen Produktion und in erstklassigen Produkten zugänglich gemacht. Diese Verarbeitungskapazität wird in den nächsten Jahren steigen, sowohl diese Verarbeitung als auch deren steigende

- (A) Tendenz werden in der Untersuchung nicht berücksichtigt.

Wir kommen folglich zu dem Schluß, daß so manches Ergebnis der Untersuchung korrigiert werden muß, weil die Gegebenheiten vor Ort nicht richtig erkannt worden sind. Die Kürzung der Soforthilfe muß schon bedauert werden, die Fortsetzung darf jedoch nicht gefährdet werden.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf den Artikel in der „Nordsee-Zeitung“ von heute hinweisen, und ich bitte, Herr Wilhelms, daß Sie einmal zuhören, dort steht geschrieben, daß unter besonderem Einsatz des FDP-Bundestagsabgeordneten Zumpfort mit Hilfe seiner Kollegen von der SPD vergeblich versucht worden ist, die Notwendigkeit einer Soforthilfe in Höhe von 27 Millionen DM zu verteidigen. Sie haben sich offenbar in erheblichem Maße für dieses Soforthilfeprogramm eingesetzt.

Ich habe heute eine Nachricht erhalten, daß das Soforthilfeprogramm zur Zeit, Herr Senator Willms, ich glaube, die Zahl haben auch Sie, auf 16 Millionen DM festgesetzt ist.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wilhelms.

- (B) Abg. **Wilhelms** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Neujahr, ich lasse mich gern auch in meinem Alter von einem Lehrer einen Kläffer nennen, nur, wenn eine vereidigte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Teilergebnis, wie ich annehmen muß, vertraulich an den Ernährungsminister schickt, dann erfahren Bundestagsabgeordnete etwas davon, und dann kann sich der Staatssekretär nicht damit herausreden, daß er nichts dafür könne.

Es muß in dem Ministerium eine Indiskretion dergestalt passiert sein, daß die Bundestagsabgeordneten davon etwas erfahren haben, daß ein Gutachten existiert, daß ein Zwischenbericht existiert, und nur dann können sie Herrn Rohr fragen. Sie haben gesagt, Abgeordnete hätten Herrn Rohr gefragt. Woher wußten die denn von der Existenz? Das fragen Sie sich einmal selbst!

(Abg. **Lahmann** [FDP]: Das wird aufgeklärt!)

Wenn es aufgeklärt werden kann, Herr Kollege Lahmann, was es bislang noch nicht ist, hilft uns das vielleicht allen weiter.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir halten es für einigermaßen gespenstisch, daß hier mit Zahlen in unfaßbarer Größe herumjongliert wird, was die Quoten, die Subventionen, die Umsätze und so weiter anlangt.

Das vor einem Hintergrund, den Sie alle gar nicht mehr aufhalten können, nämlich dem, daß wir als Industriestaat Mitglied der Europäischen Gemeinschaft sind!

Die Europäische Gemeinschaft ist eine Interessengemeinschaft von Industriestaaten, und der Erkenntnis, daß die Landwirtschaft — also auch die Fischwirtschaft und andere — im Rahmen dieser Interessenarbeitsgemeinschaft sicher hinten herunterfallen wird, müssen Sie sich stellen! Sie können dieses Problem zwar noch eine Zeitlang unter die Decke subventionieren, das ist klar, aber Sie müssen sich der Erkenntnis stellen, daß die Landwirtschaft in einem so arbeitsteiligen und von den Deutschen mit großen Vorteilen wahrgenommenen arbeitsgemeinschaftlichen Apparat untergehen wird.

Es nützt Ihnen überhaupt nichts, daß Sie hier herumjammern und dauernd die Fangquoten erhöhen wollen! Es nützt auch nichts, daß Sie behaupten, Sie müßten die deutsche Eiweißversorgung aus Fischwirtschaft sicherstellen, wie es so schön heißt. Es nützt auch nichts, daß Sie meinen, die deutsche Fischwirtschaft müsse in irgendeiner Weise der Arbeitsplätze wegen erhalten werden. Vielmehr wird hier ganz klar gesagt — das steht hier schwarz auf weiß! —: nur eine Quote von mindestens 225 000 Tonnen gängiger Fischarten hätte zur Folge, daß kostendeckend gefischt wird. Darum geht es doch nur!

Wir haben eine Kernflotte von 27 oder 28 hochautomatisierten Fabrikschiffen —

(Abg. **Wilhelms** [CDU]: Das ist falsch!)

in etwa, wir wollen uns jetzt nicht um ein Schiff streiten! —, also 27 oder 28 Fabrikschiffe, die fischen. Die wollen natürlich auch möglichst weit vor Island fischen und wollen denen dort die Fische wegholen. Sie wissen ganz genau — ich habe das alles hier schon einmal erzählt —, daß die Isländer nur von ihren Fischen leben, daraus resultiert eben der Streit um die Fischfangquoten.

(Abg. **Beckmeyer** [SPD]: Sie schicken wir einmal in den Fischereihafen!)

Dieser Streit sieht dann so aus, daß Sie den Isländern die Devisen wegnehmen, damit die unsere Volkswagen abnehmen. Was wollen Sie denn nun eigentlich? Wollen Sie Volkswagen oder Fische? Das ist immer die große Frage.

(Abg. **Wedemeyer** [SPD]: Volksfische!)

Außerdem ist es so — —. Volksfische erst dann, wenn Sie es geschafft haben, uns in den SED-Staat zu überführen, dann reden wir über Volksfische! Solange noch nicht!

Wenn Sie diesen Subventionstaumel sozusagen von einer anderen Seite her besehen, dann stehen Sie vor der Tatsache, daß Sie so viele Fische anlanden, daß Sie die gar nicht mehr absetzen können. Das ist doch die Kehrseite der Medaille! Die Produktivität ist im Bereich der Fischwirtschaft ständig ge-

(C)

(D)

(A) stiegen, Herr Beckmeyer hat die Zahlen hier genannt, 1969 waren noch 4 000 Arbeitsplätze, und 1979 waren noch — —.

(Abg. Beckmeyer [SPD]: 60 Schiffe, um das einmal zu sagen!)

Ja, ja, das ist klar! Natürlich, ich rede auch gerade von der Produktivität. Das ist doch klar, daß kleine Schiffe, die nicht so automatisiert sind, pro Fangeinheit weniger fangen können als die hochautomatisierten Fabrikschiffe. Das ist doch alles selbstverständlich, Herr Beckmeyer! Nur die Zahlen sind doch interessant.

1969 waren noch 4 000 Arbeitsplätze in dem Bereich da, 1979 sind es etwas über die Hälfte, nämlich zweieinhalbtausend, die Fangquoten waren 330 000 und sind 1969 wesentlich geringer gewesen. Wohin wollen Sie denn mit dieser laufend zunehmenden Produktivität, mit der Sie nur die Rentabilität weiter über Wasser halten können, mit den ganzen Überproduktionen, Herr Beckmeyer?

Das Endergebnis — darüber haben wir uns auch schon einmal unterhalten —: Jeder Fischer an der Küste weiß, daß ein nennenswerter Fang an EG-großen Fischen in die Intervention geht, obwohl sie also gut zu Speisefischen verarbeitet werden könnten! Da liegen auch die hohen Subventionsgründe bedingt.

(B) Wenn Sie diesen Wahnsinn weitermachen wollen, dann machen Sie das! Dann sagen Sie aber auch einmal offen, daß es hier im Grunde nur noch darum geht, meinerwegen aus nationalen Gründen oder welche Sie immer anführen wollen, eine dahinsiechende und letztlich auf Abschaffung gedachte Entwicklung in der Fischerei hinzunehmen aufgrund der EG-Konstruktion. Das muß dann auch subventioniert werden. Sie müssen das dann hier deutlich sagen, und Sie müssen nicht immer so herumreden, wie, die Versorgung sei nicht gewährleistet, oder aufgrund neuer biologischer Erkenntnisse schwämmen da so viele Fische, die müßten dringend gefischt werden, um womöglich dem ökologischen Gleichgewicht etwas Gutes zu tun, oder was man hier so alles hört, das ist doch alles Augenwischerei.

Wir sind gegen diese gemeinsame Entschließung, weil wir der Meinung sind, daß das eine anachronistische Haltung gegenüber einer politischen Grundsatzentscheidung darstellt, die mit dem EG-Beitritt gefallen ist!

(Beifall bei der BGL)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Lahmann.

Abg. Lahmann (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Weil das Fernschreiben, das Herr Neujahr zitiert hat, auch in der Erwiderung eine Rolle gespielt hat, möchte ich Sie doch um die Erlaubnis bitten, Ihnen den wesentlichen Inhalt, auch zu Protokoll der Bürgerschaft,

(C) bekanntzugeben, weil ich wirklich glaube, daß es mindestens eine wichtige Feststellung enthält, die wir auch alle gemeinsam offensiv vertreten können und vertreten sollten.

Es ist ein Fernschreiben, das Staatssekretär Rohr aus dem Landwirtschaftsministerium gestern an mich gerichtet hat, gestern morgen eingegangen, in dem es zur Vorgeschichte des Gutachtens und auch des Vermerks aus dem Landwirtschaftsministerium unter anderem heißt:

„Bei den öffentlichen Auseinandersetzungen, die zu meinem Bedauern unangemessen polemisch geführt werden, spielt auch eine Nutzen-Kosten-Untersuchung im Auftrag meines Hauses eine erhebliche Rolle. Es liegt mir sehr daran, Zustandekommen und Stellenwert dieser Untersuchung darzulegen. Bei den Beratungen zum Haushalt 1979 — 1979! — „haben die Berichtstatter des Haushaltsausschusses des Bundestages mein Haus aufgefordert, eine Nutzen-Kosten-Untersuchung der kapazitätswirksamen Maßnahmen zugunsten der Fischwirtschaft durch ein unabhängiges Institut durchführen zu lassen.“

Die besondere Dringlichkeit dieses Anliegens wurde dadurch unterstrichen, daß die Abgeordneten verlangt haben, — ich wiederhole, daß die Abgeordneten verlangt haben! — „so schnell wie möglich auch schon Teil- und Zwischenergebnisse vorzulegen. Die jetzt öffentlich und nicht sachgerecht diskutierten vorläufigen Teilergebnisse der Nutzen-Kosten-Untersuchung zur Hochseefischerei wurden meinem Hause kurz vor Beginn der diesjährigen Haushaltsberatungen vorgelegt.“ — Kurz vor Beginn der diesjährigen Haushaltsberatungen vorgelegt!

„Ich war gehalten, sie unmittelbar den Berichterstatter des Haushaltsausschusses und dem Vorsitzenden des Ernährungsausschusses zuzuleiten.“

(Abg. Klein [CDU]: Ohne Stellungnahme?)

Moment, ich lese zu Ende, Herr Klein! „Dies war nur in Form eines zusammenfassenden Vermerks meines Hauses“ — des inkriminierten sozusagen — „möglich. Nachdem Teile daraus bedauerlicherweise bekannt und verzerrt wiedergegeben wurden, hat mein Haus den Vermerk den Küstenländern und den Verbänden der Hochsee- und Kutterfischerei zugänglich gemacht.“

Ich unterbreche das Zitat! Das ist also die Vorgeschichte. Ausgangspunkt war das Verlangen der Bundestagsabgeordneten. Zwischenergebnisse hat der Minister in Form eines Kurzvermerks eben diesen Bundestagsabgeordneten wiederum auf ihr Verlangen zugänglich gemacht. Er hat also nichts veröffentlicht. Der Vermerk muß offenbar von diesen oder den anderen Empfängern weiter veröffentlicht worden sein.

Er sagt nun zum Inhalt, und das, finde ich eben, sollten wir hier festhalten und offensiv aufnehmen:

(C)

(D)

(A) „Mein Haus hat sich keinesfalls für eine Schrumpfung der Hochseeflotte eingesetzt, wie es in der Öffentlichkeit zum Teil dargestellt wird.“ Wichtige Feststellung: Das Landwirtschaftsministerium, entgegen verzerrten Darstellungen aus diesem Vermerk, vielleicht auch entgegen einigen ungeschickten Darstellungen in diesem Vermerk selbst, ist gegen eine Schrumpfung der Flotte! Das sollten wir festhalten, denn der Meinung sind wir alle auch, deswegen haben wir hier auch alle einen gemeinsamen Antrag eingebracht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei FDP und SPD)

Jetzt möchte ich den Schluß noch vorlesen, weil das auch im Blick auf einige Verbalinjurien, die vorhin hier ausgetauscht worden sind, von Bedeutung ist. Ich komme also zum Schluß, Herr Präsident! Herr Staatssekretär Rohr schreibt:

„Es ist meines Erachtens jetzt besonders wichtig, daß die anstehenden Haushaltsberatungen nicht durch unnötige Polemik gestört werden. Die sehr schwierigen Entscheidungen sollten vielmehr auch auf wissenschaftlich fundierten Grundlagen beruhen. Dies allein ist der Zweck der Nutzen-Kosten-Untersuchung, die endgültig im Frühjahr 1982 vorliegen wird. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie Ihren Einfluß geltend machten, daß die jetzt angelaufene und zweifellos notwendige Diskussion nicht weiter emotionalisiert wird.“ — Ende des Zitats!

(B) Ich möchte wirklich bitten, meine Damen und Herren, daß wir jetzt nicht versuchen, uns gegenseitig auseinanderzuidividieren oder von irgend jemanden auseinanderzuidividieren zu lassen. Wir sind uns darin einig, welche Stoßrichtung wir verfolgen wollen. Staatssekretär Rohr erklärt, daß auch er wie das Landwirtschaftsministerium gegen eine Schrumpfung der Flotte ist. Also, dann nehmen wir ihn doch beim Wort!

Lassen Sie uns die Entschließung verabschieden und nicht mehr behaupten, daß irgend jemand, jedenfalls unter den hier erwähnten Beteiligten, eine Schrumpfung der Flotte oder gar eine Vernichtung der Fischmärkte anstrebe! Das wäre Polemik, die der Sache nicht dienlich ist! Lassen Sie uns doch jetzt bitte alle zusammen die Interessen dieser Region und der Arbeitsplätze auf den Schiffen und an Land wahrnehmen!

(Beifall bei FDP und SPD)

**Vizepräsident Schmidt:** Als nächster hat das Wort Herr Senator Willms.

**Senator für Wirtschaft und Außenhandel und für Arbeit Willms:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur einige kurze Anmerkungen! Herr Lahmann, ich bin davon überzeugt, daß 96 Prozent der Mitglieder dieses Hohen Hauses die Teilergebnisse der Untersuchungen der Treuarbeit wie ich beurteilen. Sie sagen nämlich alle, daß es in den Details beim besten Willen nicht zu verwerten ist. Das

hätte mich dazu gebracht — auch wenn ich von einer Riege von wer weiß wie vielen Abgeordneten aufgefordert worden wäre, Ihnen das bekanntzugeben —, zu sagen, die sind für mich im Augenblick nichts nütze.

(Präsident Dr. Klink übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich hätte sie so nicht unter die Menge gebracht. Gerade dieses Unter-die-Menge-Bringen hat uns doch hier in die Zwickmühle gebracht und hat natürlich die eine oder die andere, ich möchte einmal sagen, Fehlinterpretation in Bonn ausgelöst und leider auch einige zu dem Schluß geführt, das sei ohnehin ein Wirtschaftszweig, um den man sich in Zukunft nicht mehr kümmern müsse. Das ist für uns ein Ergebnis, das wir uns nicht bieten lassen können.

(Zuruf des Abg. Klein [CDU])

Nun muß ich allerdings auch sagen, daß die Ausführungen von Herrn Dinné mich dazu zwingen — obwohl ich nicht zur Rechthaberei neige —, hier etwas über Dinge zu sagen, die er hier behauptet hat und die nach meiner Auffassung nur aus einer völligen Fehleinschätzung der Situation resultieren. Wenn hier über Quoten gesprochen wird, wird über Quoten innerhalb des sogenannten EG-Teiches gesprochen. Hieran nehmen die von Ihnen sogenannten Industrieländer der EG teil, mit anderen Worten, diese sind fischereiberechtigt, kein anderer, aber damit auch die Deutschen.

Daß wir uns um eine gerechte Aufteilung dieser Quoten bemühen, liegt doch auf der Hand. Das ist ein ganz legitimes Interesse der Bundesrepublik. Wenn Sie damit die Fischereirechte in und um Island in einen Topf werfen, dann müssen Sie sehen, daß das ein völlig anderer Tatbestand ist.

(Abg. Dinné [BGL]: Das steht doch im Zusammenhang!)

Die isländischen Gewässer stehen uns nicht zur Verfügung. Sie sind Drittlandgewässer. Das sind Dinge, die man nur in separaten Verhandlungen regeln kann.

Wenn Sie darüber hinaus zu der Flotte sagen, daß sie mit hochtechnisierten Einheiten diese Quote abfischt, dann müssen Sie sich darüber im klaren sein, daß die 27 Fahrzeuge, die genannt worden sind, sich nicht nur aus Fabriksschiffen zusammensetzen, sondern auch aus den Frischfischfängern, die eben nicht diesen hochtechnisierten Standard haben. Sie müssen sich darüber hinaus noch darüber im klaren sein, daß die Quote nicht nur den Fahrzeugen der Hochseefischerei, sondern auch den Fahrzeugen der Kutterfischerei, die einen ganz anderen technischen Standard haben, zur Verfügung steht.

Das sind ganz schlichte Anmerkungen, die Sie sich vielleicht einmal hinter Ihr Ohr schreiben können. Ich habe allerdings das dumpfe Gefühl, daß Sie sich bei Ihren Überlegungen um das Schicksal der Fischer,

(A) der Seeleute, der Löscher und der Filetierer und wie sie alle heißen mögen, die in diesem Geschäft tätig sind, nicht den geringsten Pflifferling kümmern. Da unterscheiden Sie sich allerdings diametral von unserer Auffassung.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. **Dinné** (BGL): Herr Senator, Ihre dümmlichen Unterstellungen weise ich zurück!

(Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Herr Abgeordneter Dinné, ich weise das zurück!

Abg. **Dinné** (BGL): Weil ich glaube, daß ich mit solchen Dingen vielleicht noch mehr zu tun habe als Sie! Ich will hier den Hintergrund nicht wieder aufzeigen. Sie wissen doch ganz genau, daß die Kutterfischerei im wesentlichen in der Dreiseemeilenzone abläuft.

(Lachen bei der SPD — Abg. Beckmeyer [SPD]: Sie fangen Garnelen mit dem Ruderboot!)

Ja, ich weiß das, wenn die auch natürlich auf eine ganz andere Weise fischen! Nehmen wir einmal Fedderwardsiel, wo die Leute Krabben fischen! Da besteht ebenso das Problem, daß die Holländer in ihren Bereichen viel automatisierter fischen. Wenn die herüberkommen, müssen sie noch verjagt werden, Sie kennen das wahrscheinlich alle. Es ist mittlerweile so, daß sie in Fedderwardsiel Krabben aus Holland billiger importieren, als wir sie bei uns hier anliefern. Das heißt, auch hier ist das eine Frage der Automatisierung.

Erzählen Sie doch nicht immer, daß die Quoten, die sie dort fangen, immer EG-Quoten sind und daß die EG-Quoten in keinem Zusammenhang stünden mit den Island- und den Kanadaquoten! Auch einer, der sich nur aus der Ferne dafür interessiert, konnte das doch aus den Zeitungen verfolgen.

(Zuruf von der SPD)

Ja, Hochseekutter ist jetzt der andere Punkt!

(Senator Willms: Wir sprechen von Hochseekuttern! Die fischen zum Beispiel vor norwegischen Küsten!)

Herr Senator, Sie werden doch nicht leugnen können, wenn zum Beispiel der ganze Bedarf zur Rentabilität — ich sage ausdrücklich Rentabilität, weil ich mich auf den Text stütze, den Sie vorgelesen haben — der nationalen Flotte, um es einmal so auszudrücken, vor Kanada gedeckt werden könnte, dann wäre es doch zum Beispiel witzlos, sich mit den EG-Leuten um die Quoten zu streiten. Jetzt einmal ganz theoretisch! Schon an dem Beispiel sehen Sie doch, daß ein Zusammenhang zwischen den Fangmöglich-

keiten vor Drittländern und der EG-Quote besteht. (C) Das werden Sie doch nicht leugnen.

Der Hintergrund der ganzen Angelegenheit ist doch der, daß Sie sich bemühen, den hohen Investitionen von Herrn Oetker gerecht zu werden, aus welchen Gründen auch immer. Da sage ich lediglich, und das sage ich auch Herrn Willms, wenn Sie lamentieren, die große Koalition von CDU und SPD hätte es geschafft, in Kiel und Lübeck die Fischmärkte zu liquidieren: Das werden Sie hier auch schaffen, wenn Sie weiter auf dieser Industrie-EG-Schiene fahren.

Es geht doch nur darum, daß Sie den Leuten reinen Wein einschenken. Es geht überhaupt nicht darum, daß man für die Vernichtung von Arbeitsplätzen ist, wenn man das zur Sprache bringt. Vielmehr soll man deutlich sagen, daß eben, wenn man für eine arbeitsteilige EG ist, die für uns Deutsche von einem hohen Industrieinteresse ist, bestimmte Zweige hinten herunterfallen.

Wenn man das feststellt und auch weiß, wie die Väter der EG gedacht haben, dann ist man doch nicht zynisch gegenüber den Arbeitsplätzen, die hinten herunterfallen, sondern das ist doch von Ihnen so gewollt gewesen, das will ich nur noch einmal klarmachen! — Vielen Dank!

(Beifall bei der BGL)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Beckmeyer. (D)

Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ein Satz! Herr Dinné, mangelnden Sachverstand kann man einmal entschuldigen, aber was Sie hier mit Ihrem Geschwätz treiben — —!

(Abg. Dinné [BGL]: Das weist der Präsident nicht zurück! Da haben wir es!)

Sie schaden einem Wirtschaftszweig mit 15 000 Beschäftigten in der Region, und Sie schaden damit der Region insgesamt. Ich meine, das sollte dieses Haus auch einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD, CDU und FDP mit der Drucksachen-Nummer 10/701 in der Neufassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen BGL)

Stimmenthaltungen?

(A) Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag zu.

Im übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Kenntnis.

#### Fort- und Weiterbildung der Bediensteten im Strafvollzug

Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 19. November 1981  
(Drucksache 10/670)

Die Große Anfrage mit der Drucksachen-Nummer 10/670 ist unterzeichnet von den Abgeordneten Dr. Sieling, Neumann und Fraktion der CDU.

Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten dienstlichen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten haben in den Jahren 1979 und 1980, aufgegliedert nach den einzelnen Diensten (Aufsichtsdienst, Werkdienst, Sozialdienst usw.) bestanden und wie groß war der Anteil der einzelnen Dienste, der daran teilnehmen konnte beziehungsweise teilgenommen hat?
2. Welche Überlegungen gibt es im Senat, eine weitere Qualifizierung der Dienste zu ermöglichen und vorhandene Defizite in der Ausbildung auszugleichen beziehungsweise die Ausbildung der einzelnen Mitarbeiter auf die heutige Praxis abzustellen?

(B) Ich bitte Herrn Senator Kahrs, die Antwort des Senats auf die Große Anfrage zu geben!

**Senator für Rechtspflege und Strafvollzug Kahrs:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Senat beantwortet die am 20. November 1981 eingegangene Große Anfrage der CDU-Fraktion wie folgt:

Die in der Anfrage enthaltene Unterstellung, Bedienstete im bremischen Strafvollzug seien für ihre Aufgaben nicht hinreichend qualifiziert, ist unzutreffend. Die Vollzugsbediensteten sind durch ihre Ausbildung, durch laufende Fortbildungsmaßnahmen und nicht zuletzt durch ihre Mitarbeit bei der Erarbeitung, der Umsetzung und der Fortentwicklung der Vollzugskonzeptionen für ihre Aufgaben durchweg gut qualifiziert.

Ein Strafvollzug, dem das Gesetz die Aufgaben stellt, den Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen, und zugleich den Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten sicherzustellen, steht und fällt mit der Befähigung der Vollzugsbediensteten, den Gefangenen die dafür erforderlichen Fähigkeiten und Einstellungen zu vermitteln.

Der Senat hat daher der qualifizierten Aus- und Fortbildung der Bediensteten stets entscheidende Bedeutung für die Erreichung des Vollzugsziels beigemessen. Daher hat der Senat bereits am 29. Mai 1974 im Hinblick auf das zu erwartende Strafvollzugsgesetz eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den mittleren Aufsichts- und Werkdienst erlassen, die der Ausbildung das Ziel setzte, „die Beamten

in die Lage zu versetzen, an der Verwirklichung des Behandlungsziels — den Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen — in enger Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen im Strafvollzug mitzuwirken“.

Am 23. März 1981 hat der Senat eine neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den allgemeinen Vollzugs- und Werkdienst erlassen, die die Ausbildung unter verstärkter Betonung der Befähigung zur Leitung und Führung der Gefangenen neu regelt. Entsprechende Regelungen sind durch die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen für den gehobenen Justizvollzugsdienst vom 20. Februar 1978 und vom 2. November 1981 geschaffen worden.

Der Senat hat es begrüßt, daß alle genannten Ausbildungsordnungen in der Deputation für Rechtspflege und Strafvollzug einstimmig beschlossen worden sind.

Von den derzeit 452 Angehörigen des mittleren Dienstes des bremischen Strafvollzugs sind 316 nicht nach den neuen Vorschriften ausgebildet worden. Es wäre jedoch falsch und ungerecht zu unterstellen, daß diese Beamten für ihre derzeitigen Aufgaben nicht ausreichend ausgebildet seien. Gerade diese Beamtengruppe hat mit erheblichem Engagement zur Entwicklung und Umsetzung der Vollzugskonzeptionen für die einzelnen Anstalten beigetragen. Diese Beamtengruppe konnte, gestützt auf ihre Lebens- und Berufserfahrung und die in Fortbildungsveranstaltungen erworbenen zusätzlichen theoretischen Kenntnisse, die diese Beamten zugleich in den Zusammenhang ihrer praktischen Erfahrungen stellen konnten, von Anfang an an der Entwicklung zum Behandlungsvollzug teilnehmen. Sie hat diese Entwicklung wesentlich mitgetragen.

Das Fortbildungsangebot für den bremischen Strafvollzug hat seit 1974 einen Schwerpunkt in der Fortbildung dieser Gruppe von 316 Bediensteten des mittleren Dienstes. Seit 1974 haben 560 Bedienstete an den vom Justizvollzugsamt durchgeführten Fortbildungswochen teilgenommen. Es kann mithin davon ausgegangen werden, daß jeder Beamte dieser Gruppe an mindestens einer solchen Veranstaltung teilgenommen hat.

Dies vorausgeschickt beantwortet der Senat die Fragen wie folgt:

In den Jahren 1979 und 1980 haben — aufgeschlüsselt nach Laufbahnen und Laufbahngruppen — Bedienstete wie folgt an dienstlichen Fortbildungsveranstaltungen teilgenommen:

Im Jahr 1979: Gehobener und höherer Justizvollzugsdienst zwölf Teilnehmer, allgemeiner Vollzugs- und Werkdienst 118 Teilnehmer, Sozialdienst elf Teilnehmer, Psychologischer Dienst drei Teilnehmer, Lehrer im Justizvollzugsdienst zwei Teilnehmer.

Im Jahr 1980: Gehobener und höherer Justizvollzugsdienst zwölf Teilnehmer, allgemeiner Vollzugs- und Werkdienst 144 Teilnehmer, Sozialdienst sechs Teilnehmer, Psychologischer Dienst drei Teilnehmer, Lehrer im Justizvollzugsdienst ein Teilnehmer.

(A) Die Liste der Einzelveranstaltungen ist lang. Sie umfaßt eine Vielzahl von speziellen überregionalen Fortbildungsveranstaltungen. Die vollständige Liste, die die Veranstaltungen jeweils in der zeitlichen Reihenfolge wiedergibt, liegt den Abgeordneten der Bürgerschaft heute schriftlich vor. Ich möchte daher darauf verzichten, sie im einzelnen vorzulesen.

(Beifall)

Besonders hervorzuheben sind die einwöchigen Fortbildungslehrgänge des Justizvollzugsamts mit dem Thema „Erkennen und Bearbeiten von Praxisproblemen“. An den vier Veranstaltungen zu diesem Thema im Jahr 1979 haben insgesamt 78 Beamte teilgenommen. Im Jahr 1980 sind fünf dieser Lehrgänge durchgeführt worden, an denen insgesamt 100 Beamte des mittleren Vollzugs- und Werkdienstes teilgenommen haben.

Im Jahr 1979 haben sich weitere 17 Beamte an einer dreitägigen Tagung mit dem Thema „Die Sozialisation als Problem der Gesellschaft aus christlicher Sicht“, die vom Justizvollzugsamt gemeinsam mit der Bremischen Evangelischen Kirche veranstaltet worden ist, beteiligt.

Im Jahr 1980 haben sieben Beamte des allgemeinen Vollzugsdienstes, bevor sie in der Drogenstation eingesetzt wurden, an einer vom Anstaltspsychologen geleiteten und von den Sozialdiensten mitgestalteten Veranstaltung mit dem Thema „Konzeption einer Drogenstation“ teilgenommen.

(B) Grundlage dieser zuletzt genannten Veranstaltung war das Konzept zur Behandlung drogenabhängiger Gefangener. Dieses Konzept ist unter Beteiligung von Vertretern der Ressorts Soziales, Jugend und Sport sowie Gesundheit und Umweltschutz unter Mitwirkung von Fachleuten der Drogenberatungsstelle, des Krankenhauses Bremen-Ost, des Jugendgerichts, der Staatsanwaltschaft, der Bewährungshilfe und der Anstaltsleiter der Justizvollzugsanstalten des Landes Bremen, des Anstaltspsychologen der Jugendvollzugsanstalt Blockland und weiterer Fachleute entwickelt. In dieser Fortbildungsveranstaltung wurden den Beamten des allgemeinen Vollzugsdienstes die zusätzlichen Qualifikationen vermittelt, die sie zur Mitwirkung am Behandlungsvollzug an dieser besonders schwierigen Gruppe von Gefangenen befähigen.

Die Konzeption für die vom Strafvollzugsamt durchgeführten Fortbildungswochen ist unter Auswertung der Tagungsergebnisse in enger Abstimmung mit den Leitern der Vollzugsanstalten und dem Personalrat des Strafvollzugs laufend fortentwickelt worden.

Ziel der Fortbildungsveranstaltungen ist es, die Fähigkeit zur Lenkung der Gefangenen und zur Veränderung von deren Einstellungen zu entwickeln durch die Schulung der Fähigkeit, das Verhalten anderer zu beobachten und zu werten, die Verbesserung der Fähigkeit, die Wirkungen eigenen Verhaltens auf den Kommunikationspartner einzuschätzen, und die Nutzung dieser Fähigkeiten für den

Zweck, auf den Gefangenen im Sinne des Behandlungszieles einzuwirken. (C)

Die Fortbildungswochen des Justizvollzugsamtes erreichen dieses Ziel. Das zeigen die Abschlußbesprechungen und die durchweg positive Bewertung durch die Anstaltsleiter und den zuständigen Personalrat.

Zu Frage zwei: Der Senat geht davon aus, daß eine Konsolidierung des Aus- und Fortbildungsstandes der Bediensteten des bremischen Strafvollzuges, insbesondere im mittleren Dienst, eingetreten ist. Der Senat mißt dessen ungeachtet der Fortbildung der Vollzugsbediensteten weiterhin große Bedeutung bei. Allerdings wird es nicht möglich sein, im gleichen Umfange wie bisher Mittel für die Fortbildung der Bediensteten zur Verfügung zu stellen.

Der Senator für Rechtspflege und Strafvollzug hat daher bereits zu Beginn des Jahres den Auftrag an das Justizvollzugsamt erteilt, eine Konzeption für eine anstaltsinterne Fortbildung der Justizvollzugsbediensteten zu erarbeiten. Eine solche anstaltsinterne Fortbildung wird in der JVA Blockland bereits seit mehreren Jahren erfolgreich betrieben. Die Fortbildung wird von Anstaltsbediensteten des gehobenen Dienstes und der besonderen Dienste für die Beamten des mittleren Dienstes durchgeführt. Diese Form der Fortbildung hat sich bewährt, sie wird künftig auch in den anderen Anstalten neben das reduzierte zentrale Fortbildungsangebot treten.

Ich verweise auf die Anlage, meine Damen und Herren, und bedanke mich! (D)

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen findet eine Aussprache statt, wenn dies von Mitgliedern der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangt wird.

Ist dies der Fall?

Ich stelle fest, das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

**Abg. Dr. Sieling (CDU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich möchte mich zunächst einmal, Herr Senator, für die ausführliche Antwort einschließlich der Anlage bedanken und bitte, den Dank auch an Ihr Haus weiterzugeben, denn dort ist ja die Arbeit gemacht worden.

Wir werden auf die Anlage im einzelnen zurückkommen, denn das kann man natürlich, wenn man sie gerade vorgelegt bekommen hat, nicht aus dem Ärmel schütteln. Wir werden diese Antwort aber in der Deputation oder im Rahmen der Haushaltsberatung zur Grundlage unserer Stellungnahme machen.

Zwei Dinge stehen im Mittelpunkt der Überlegungen: Einmal der moderne Strafvollzug, der gerade von Ihrer Seite aus immer wieder hervorgehoben worden ist, und im weiteren dann die Weiterbildung. Da, meine Damen und Herren, ist uns in der Deputation aufgefallen, daß gerade die Position Weiter-

(A) bildung im Strafvollzug finanziell erheblich gekürzt worden ist, und das zu einer Zeit, als vom Jahr schon neun Monate verflossen waren und diese Mittel, die gekürzt worden sind, im Grunde genommen gar nicht mehr hätten zur Verfügung stehen dürfen, da sie längst hätten ausgegeben sein müssen, wenn die Fortbildungsmaßnahmen über das ganze Jahr hinweg gleichmäßig erstreckt worden wären. Das war an sich das auslösende Moment für unsere Anfrage. Wir wollten hier einmal ein bißchen hinter die Kulissen sehen können.

Meine Damen und Herren, nachdem ich die Liste nur einmal ganz grob durchgesehen und auf die Themen geachtet habe, die eine Rolle spielen, hat sich gezeigt, daß es weitgehend Themen sind, die mit dem eigentlichen Strafvollzug wenig zu tun haben. Es kommen hier ja nur die Fortbildungsthemen in Frage, die wirklich den Strafvollzug betreffen, wobei ich die Drogenprobleme voll einschließen will.

Sie haben, Herr Senator, zum Schluß Ihrer Ausführungen darauf hingewiesen, daß aus vielerlei Gründen, in erster Linie wegen Personalmangels, die Fortbildung in die Anstalt hineingelegt worden sei beziehungsweise werden soll, und Sie haben, wenn ich richtig verstanden habe, gesagt, in der Jugendvollzugsanstalt Blockland sei das schon jahrelang so.

(B) Dazu fällt mir allerdings ein Brief auf, aus dem hervorgeht, daß ein Regierungsdirektor gerade im Hinblick auf die Jugendvollzugsanstalt in „Recht und Politik“, dritter Teil, 1981, beklagt hat, daß schlecht ausgebildetes Personal in den Jugendstrafanstalten vorhanden sei.

Wenn nun dort seit Jahren intern ausgebildet wird, sehe ich hierin einen Widerspruch! Es handelt sich um einen Brief aus Berlin an den Regierungsdirektor selbst, vielleicht kennen Sie das Schreiben.

(Abg. v. Schönfeldt [FDP]: Er sagt, er hätte Bremen nicht gemeint!)

Meine Damen und Herren, neue Aufgaben wie der moderne Strafvollzug können in der Vollzugspraxis wirklich nur erfolversprechend durchgeführt und auf die Mitarbeiter übertragen werden, wenn diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben ausgebildet oder zumindest fortgebildet worden sind.

Wenn ich sage, ein Teil der Bediensteten ist nicht genügend fortgebildet worden, dann sagt das nichts gegen deren Ausbildung, aber sie können ja nicht vor 20 beziehungsweise 30 Jahren auf den modernen Strafvollzug hin ausgebildet worden sein.

(Abg. Marianne Hänecke [CDU]: Ganz neue Erkenntnisse!)

Demgegenüber bedeuten, Herr Senator, gerade die Sparmaßnahmen, daß mit verringertem Personal, das häufig schon bisher nicht ausgereicht hat, diese Aufgaben erfüllt werden müssen oder jetzt noch mehr, denn von einem Aufgabenabbau haben wir bisher nirgendwo gehört. Eher sollte ehrlicherweise von einer Vermehrung, mindestens aber von einer

(C) Höherqualifizierung der erforderlichen Arbeit gesprochen werden. Dort liegen doch die besonderen Sorgen der Bediensteten in Ihrem Strafvollzug!

Sie haben, Herr Senator, vor einigen Jahren mit einer ganzen Anzeigenserie Mitarbeiter für den neuen Bremer Strafvollzug gesucht und angeworben. Nach Aussage von Bediensteten aber ist es so, daß die reale Tätigkeit der meisten von ihnen nach mehreren Jahren seit Einführung des neuen Strafvollzugs von echter Betreuungstätigkeit noch weit entfernt ist.

Woran liegt das nun nach Ansicht der Bediensteten? Das liegt daran, daß sich in der täglichen Arbeit bedenkliche bürokratische Tendenzen, ausgehend von der Behörde des Senators für Rechtspflege und Strafvollzug, niederschlagen, daß dieselbe Arbeit im Strafvollzug oft von mehreren Personen nacheinander erledigt wird, woraus sich Reibungsverluste, Informationsdefizite und ähnliches ergeben, daß leicht zu entscheidende Angelegenheiten oft einfach nicht zeitgerecht entschieden werden, daß sich ein Absicherungsdenken breit macht und daß sich die Mißstimmung bei allen am Strafvollzug Beteiligten immer mehr steigert.

(Beifall bei der CDU)

(D) Meine Damen und Herren, auszubaden haben das letztlich die Strafvollzugsbediensteten, die im harten täglichen Dienst stehen. Diese fordern deshalb, um ihre praktische Arbeit wirklich erfüllen zu können, eine Entbürokratisierung der verfestigten Behördenstrukturen, eine weitgehende Verlagerung der Kompetenzen auf die Anstalten, eine Einschränkung des Berichtswesens auf allen Ebenen, eine Vereinfachung des Petitionsverfahrens, einen Abbau und eine Vereinfachung aller bestehenden Verwaltungsvorschriften, die Loslösung von perfektionistischen Vollzugsregelungen, die lediglich der politischen Absicherung einzelner Beamter dienen,

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

sowie weniger Einengung des Verhandlungsspielraums, welche die Praxis verunsichert und die zwischenmenschlichen Beziehungen einfach stört.

Vor allem aber, Herr Senator, vermischen Ihre Bediensteten eine klare Aussage der politisch Verantwortlichen darüber, welche Aufgaben des Vollzugsgesetzes während der Zeit der Personalknappheit nicht oder nur eingeschränkt ausgeführt werden sollen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Aufgabenkritik!)

Eben! Anderenfalls ergibt sich ein Zustand, der unerträglich ist, der die tatsächlichen Verhältnisse vernebelt und in der Öffentlichkeit falsche Vorstellungen vom modernen Strafvollzug aufrechterhält. Alles Forderungen, Herr Senator, deren Erfüllung kein zusätzliches Geld erforderlich macht, sondern im Gegenteil hier und dort Geld sparen läßt.

(A) Meine Damen und Herren, immer wieder ist vom Senator für Rechtspflege und Strafvollzug der moderne Strafvollzug als großer Fortschritt gefeiert worden.

(Abg. Kauffmann [CDU]: So war es!)

Um so mehr sollte gerade dieser Senator einsehen, daß alle Versuche, einen solchen modernen Strafvollzug zu realisieren, von vornherein zum Scheitern verurteilt sein müssen, wenn es nicht gelingt, die Mitarbeiter vor Ort im allgemeinen Vollzugsdienst, im Werkdienst und in den Sonderdiensten für die von ihnen geforderte pädagogische Arbeit fortzubilden und sie von der Notwendigkeit des modernen Strafvollzuges auch innerlich zu überzeugen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Dr. Sieling, wenn Opposition etwas erreicht hat, dann hat sie im Bereich des Senators für Rechtspflege und Strafvollzug erreicht, daß diese Euphorie in Sachen „moderner Behandlungsvollzug“ zumindest in den letzten Jahren merklich ruhiger geworden ist.

(B) Wir haben von Anbeginn an davor gewarnt, die Dinge vor sich herzutragen mit dem Wissen, daß man sie nicht erfüllen kann, im Gegenteil, daß man damit einen Berg von Enttäuschungen sowohl bei den betroffenen Insassen als auch den Bediensteten anhäuft. Diesen Berg der Enttäuschung schieben wir jetzt vor uns her. Daher auch eine gewisse Mißstimmung in dem Bereich.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß Fortbildung stattfindet, wir nehmen auch zur Kenntnis, Herr Senator, daß Fortbildung in einem Umfang stattfindet, den die Bediensteten mittragen, und die Bediensteten haben sich mir gegenüber, soweit sie mir zugänglich waren, nicht beklagt.

Wir können allerdings feststellen, auch mit Herrn Dr. Sieling, daß das, was aufgearbeitet werden muß, durch die, sage ich jetzt einmal, geringe Anzahl von Möglichkeiten nicht erreicht werden kann.

Wir stellen im Strafvollzug immer wieder fest, daß die jungen, ausgebildeten Beamten oder, wie sie jetzt heißen, die Anwärter im Vorbereitungsdienst von der Ausbildung kommen, engagiert, mit einer Fülle von theoretischem Einzelwissen, und dann konfrontiert werden mit den Beamten, die sie dort vorfinden.

Es dauert nur eine erschreckend kurze Zeit, bis dieses Engagement, diese theoretischen Vorstellungen vom Behandlungsvollzug anhand der Realitäten, anhand dessen, was sie dort vorfinden, einen Schlag vor den Kopf bekommen und damit die Sache sehr, sehr schnell „stirbt“. Es macht sich eine mangelhafte Motivation breit, ein Arbeiten nach dem Zeittakt.

Das macht die Leute so sauer! Ich muß sagen, bedauernswert, wer dort heute arbeiten muß. (C)

(Beifall bei der FDP)

Ich lese Ihnen einmal ein paar Tätigkeitsmerkmale vor, das sind Lernziele, die im Haus des Senators entwickelt worden sind, was man zum Beispiel von einem Beamten im Vorbereitungsdienst erwartet.

„Er soll nach pädagogisch-psychologischen Gesichtspunkten gemeinsam mit Kollegen und Gefangenen gezielt Lerneinheiten planen, durchführen, kontrollieren, auswerten, gegebenenfalls verändern und mit Kollegen aus anderen Arbeitsbereichen koordinieren. Weiterhin muß er in besonderen Fällen problematische Verhaltensweisen von Gefangenen in umfassenden Situationszusammenhängen einordnen und entsprechend bewerten können, psychische Problemstruktur, vergangene oder aktuelle psychische Belastung, Einflüsse und so weiter erkennen, er muß in Verhaltensbeobachtungen und Gesprächen fähig sein — —.“

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren, trotz der vorgerückten Stunde bitte ich doch um etwas mehr Aufmerksamkeit!

Abg. v. Schönfeldt (FDP): „Gefühle, die hinter konkretem Verhalten und sprachlichen Äußerungen von Gefangenen stehen, zu erkennen und sie sprachlich beziehungsweise über Verhalten gegenüber dem Gefangenen widerzuspiegeln, so daß dieser ihm bisher unbewußte Zusammenhänge erkennen kann.“ (D)

Ich kann das kaum mit meinen Worten jetzt in der Eile alles zitieren, so kompliziert ist das. So ein Bediensteter, der dies alles erkennen soll — Sie sollten es einmal nachlesen, auch was zum Beispiel im gehobenen Dienst an Voraussetzungen hier aufs Papier gebracht worden ist —, bekommt im Anfang ein Gehalt nach A 6. Nennen Sie mir jemanden aus Ihrem Bekanntenkreis oder im öffentlichen Dienst, der heute noch nach A 6 oder A 7 besoldet wird!

(Abg. Anneliese Leinemann [SPD]:  
Kenne ich mehr als genug!)

Das bedeutet, Frau Leinemann, ich habe es mir von Herrn Kauffmann eben noch einmal aufrechnen lassen, als Verheirateter ein Grundgehalt von 1732 DM plus Ortszuschlag plus Zulage von 67 DM. Stellen Sie dem gegenüber die Tätigkeitsmerkmale, die im Lehrplan ausformuliert sind: Er soll Verständnis für Sozialisationsläufe erwerben und für Entwicklungsprozesse, die die Persönlichkeiten entscheidend determinieren, die Ausbildung soll ihn insbesondere in den Stand setzen, Sozialanamnesen zu erstellen, kritisch einzuschätzen und daraus Rückschlüsse zu ziehen!

Meine Damen und Herren, das habe ich selbst in meiner juristischen Ausbildung nicht vermittelt bekommen. Das bekommen aber Anwärter für den Justizvollzugsdienst mit A 6 vermittelt. Ich habe mir alles selbst aneignen müssen, so schlecht war meine

- (A) juristische Ausbildung. Nur, Herr Sixt, damit Sie nicht gleich sagen, jetzt machen wir eine andere: Die hiesige macht es nicht besser!

(Beifall bei FDP und CDU)

Wer hier Jugendrichter werden will nach der hiesigen Ausbildung, muß sich das alles selbst aneignen. Das erkennen die Ausbilder auch an, daß hier zu wenig angeboten wird.

Ich will Ihnen nur deutlich machen, wenn wir hier von Aus-, Fort- und Weiterbildung von Bediensteten reden, dann müssen wir a) die Realität anerkennen — die Realität ist die, daß in einer Anstalt wie Oslebshausen die Lernbedingungen und die Bedingungen für das, was theoretisch von den Beamten erwartet wird, einfach nicht vorhanden sind —, b) erkennen, daß die Beamten, die dort sind, nicht alle so ausgebildet sind, wie es das Strafvollzugsgesetz erwartet, c) erkennen, daß das Strafvollzugsgesetz Vorgaben gibt, die in keiner Weise erfüllt werden können, und d) erkennen, daß die Beamten mit einer Besoldung von A 6 mit diesen Vorgaben überfordert werden, wenn sie mit einem Klientel zusammenkommen, das wirklich zu den schwierigsten und zu den, was Sozialisationsdefizite angeht, an der untersten Stufe Stehenden gehört, so daß wir eigentlich alle Respekt haben müssen, daß es überhaupt noch Leute gibt, die bereit sind, im Strafvollzug Dienst zu tun!

(Beifall bei FDP und CDU)

- (B) Ich muß sagen, ich würde den Beamten des Vollzugs von Herzen wünschen, Herr Senator, daß es möglich ist, daß sie ihr Fortbildungsprogramm erweitern, daß sich Leute finden aus den Bereichen, die ihnen ja auch zugänglich sind, die vielleicht nicht so kompliziert außerhalb Bremens, sondern am Ort ihnen zur Seite stehen und das aufarbeiten, was für die jungen Leute, für die Dienstanfänger einfach zu einem Schock, zu einer Niederlage führen muß, wenn sie das erleben, was sich real darstellt gegenüber den hochtrabenden, euphorischen Erwartungen, die vorher „gelernt“ worden sind.

Wir Freien Demokraten wissen, Herr Senator, Sie müssen für den Tag X ausbilden, Sie müssen dafür ausbilden, daß eines Tages ein Vollzug möglich ist, der diese ganzen Erwartungen erfüllen kann. Dieser Tag wird noch lange dahinstehen.

Sie müssen aber auch dafür sorgen, daß die Verhältnisse in der Anstalt, die informellen Verhältnisse, die Arbeitsbedingungen im Verhältnis zum Lohn und damit die Motivation der älteren Beamten wieder etwas angehoben werden und ihnen gesagt werden kann, ihr braucht nicht in Resignation und in Ablehnung zu verfallen, wenn die jungen Leute kommen!

Es muß andererseits auch den Beamten gutgebracht werden, die sich etwas mehr engagieren. Man hört immer wieder, daß ein junger Beamter sich engagiert, sich persönlich fortbildet, an Weiterbildungsveranstaltungen teilnimmt, und dann sagen ihm andere, wenn du so weitermachst, dann bekommst du

ein paar vor das Schienbein, du verdirbst hier schlechtweg Preise. (C)

Diese Behauptung würden jetzt wahrscheinlich ältere Beamte von sich weisen, nur, Herr Senator, Sie wissen es, ich weiß es, auch so eine Stimmung gibt es, sie muß unterlaufen werden, und sie kann dadurch unterlaufen werden, daß der Beamte sieht, wenn er sich engagiert, wenn er sich an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen beteiligt — es sind ja meist die gleichen, die an ihren Veranstaltungen teilnehmen —, daß ihm das irgendwie „gutgebracht“ wird.

Da gibt es noch einen Konflikt. Der Anstaltsleiter sagt, wer sich an Fort- und Weiterbildung beteiligt, der steht an erster Stelle der Beförderung für mich. Das finde ich gut, das ist Leistungsprinzip! Es gibt aber auch jemand z. B. im Personalrat, der sagt, wir dürfen uns doch nicht um der Beförderung willen auch die Freizeit und den Abend kaputtmachen lassen! Wir haben andere Vorstellungen vom Leben!

Wir fordern weiterhin, Herr Senator, daß Sie differenzierter für die unterschiedlichen Anstalten fortbilden. Es ist zu beobachten, daß Sie unterschiedliche Typen haben von Anstalten, einen differenzierten Anstaltsvollzug probieren, und für diese unterschiedlichen Bereiche muß auch unterschiedlich ausgebildet werden.

Ich will sagen, die Leute, die im offenen Vollzug tätig werden sollen, müssen da anders präpariert werden zum Beispiel als die, die im Drogenvollzug sind. Da müssen mehr Differenzierungsmöglichkeiten gegeben werden, der Spezialisierung des Klientels entsprechend. (D)

Zusammenfassend: Wir wünschen im Interesse der Bediensteten und im Interesse der Sache, daß Sie Konzeptionen entwickeln und dann auch umsetzen, die dieses Fortbildungsprogramm erweitern, die es möglich machen, den von mir hier eben in Kürze aufgezeigten Konflikt, diesen Frust der Leute zu überwinden, weil es mir leid tut für diejenigen, die sich noch bereit finden, an so einer schwierigen Angelegenheit mitzuarbeiten. — Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei FDP und CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Pötting.

**Abg. Pötting (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In den Anstalten im Land Bremen gibt es etwa 600 Beschäftigte, und unter 600 Beschäftigten gibt es verschiedene Arten von Menschen. Manche fühlen sich frustriert, manche sind intensiv bei der Sache. Ich kenne beispielsweise Leute, die alles intensiv verfolgen, intensiv mit den Gefangenen arbeiten, intensiv dort tätig sind. Sie lernen dort aber auch Leute kennen, die über Mißstände nur klagen, die sich in der Praxis verunsichert fühlen und die in ihrer Tätigkeit ungünstig beeinflusst werden.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Beide Gruppen sind da!)

(A) Das kommt darauf an, mit wem man spricht! Wir kennen das schon, das ist ein uraltes Thema hier im Hause. Schon vor Jahren ist dasselbe Thema hier einmal angesprochen worden. Das kommt darauf an, mit wem der CDU-Sprecher sich unterhalten hat oder mit wem wir uns unterhalten.

Herr von Schönfeldt hat Ausschnitte aus der Ausbildungsordnung zitiert. Ich finde die auch nicht schön, Herr von Schönfeldt, aber sie ist so. Das hätten wir gar nicht hier hineinbringen dürfen, auch Sie nicht, Herr Dr. Sieling. Diese Ausbildungs- und Prüfungsordnung, die Sie zitiert haben, haben wir alle gemeinsam in der Deputation beschlossen.

(Abg. v. S c h ö n f e l d t [FDP]: Das sind die Lernziele! Das ist nicht die Ausbildungs- und Prüfungsordnung!)

Herr von Schönfeldt, das war die Ausbildungs- und Prüfungsordnung, darin steht das! Wenn so etwas beschlossen ist, dann soll man nicht dem Parlament unnötig die Zeit stehlen und solche Dinge hier vortragen!

(Widerspruch bei der FDP)

Ich finde, so etwas gehört erst einmal in die Deputation, damit sich die Deputierten selbst einig werden, was sie wollen, denn wir haben bekanntlich am 26. Februar 1981 einstimmig eine Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den allgemeinen Vollzugsdienst beschlossen, und wir haben am 8. Oktober dieses Jahres, also vor einigen Wochen, die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Vollzugsdienst einstimmig beschlossen.

(B)

(Abg. D r. S i e l i n g [CDU]: Das hat doch mit der Fragestellung heute nichts zu tun! — Abg. v. S c h ö n f e l d t [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke)

Herr Dr. Sieling, dies — ich darf das noch eben zu Ende bringen — hat sehr wohl heute etwas damit zu tun, denn im zweiten Absatz Ihres Antrags heißt es, „vorhandene Defizite in der Ausbildung auszugleichen und die Ausbildung der einzelnen Mitarbeiter auf die heutige Praxis abzustellen.“ Das ist für mich eine Ausbildung.

**Präsident Dr. Klink:** Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Abg. Pötting (SPD): Bitte sehr!

**Präsident Dr. Klink:** Bitte!

Abg. v. S c h ö n f e l d t (FDP): Herr Pötting, würden Sie unter Umständen einräumen, daß ein Mißverständnis vorliegt? Mir geht es nicht darum, jemandem die Zeit zu stehlen, sondern hier geht es darum, den großen Unterschied zwischen den Anforderungen von der Ausbildung, den Lerninhalten einer solchen Ausbildung und dem, was am Ende herauskommt im Verhältnis zum Gehalt, aufzuzeigen, nichts weiter! Das ist eine Situation dieser Beamten!

Abg. Pötting (SPD): Herr von Schönfeldt, die Beamten im Strafvollzug haben einen sehr schweren und auch sehr komplizierten Dienst, weil sie mit dem Menschen zu tun haben, und es ist so, daß eine Ausbildungsordnung geschaffen werden muß, die die Beamten befähigt, diese Arbeit auch zu verrichten. Dann kommt es natürlich zu Problemen zwischen den Bediensteten und den Gefangenen, und daraus entwickeln sich Konfliktsituationen. Das kann man nicht bestreiten, die wird es auch immer geben.

Wir dürfen nicht vergessen, vor Jahren war es sehr schwierig, Bedienstete für den Strafvollzug zu gewinnen. Damals war es nicht so, daß man die Stellen dort einfach besetzen konnte. Ich will damit nichts Negatives über die älteren Bediensteten sagen, aber so war der damalige Zustand. Dasselbe hatten wir doch bei der Feuerwehr und bei der Polizei auch, und heute werden diese Stellen auch mit sehr qualifizierten Leuten besetzt.

Meine Damen und Herren, das noch einmal zu der Ausbildung und zu dem Verhalten der Bediensteten beziehungsweise dem Verhältnis im Strafvollzug! Ich will mich nun einmal der Fortbildung zuwenden, das ist ja wohl das Thema hier heute, sollte jedenfalls das Thema sein nach der Überschrift Ihrer Großen Anfrage, und ich begrüße es natürlich sehr, daß hier vielfältige Veranstaltungen angeboten und auch von den Beamten angenommen worden sind und daß beispielsweise in den Jahren 1979 und 1980 fast jeder zweite Beamte an irgendeiner Fortbildungsveranstaltung teilgenommen hat.

Ich glaube auch, daß das Land Bremen eine Spitzenstellung in der Bundesrepublik einnimmt im Hinblick auf die Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten, und ich bedauere sehr, Herr Dr. Sieling, daß entsprechende Vergleiche nicht angestellt werden können oder konnten, weil Sie Ihre Frage nicht entsprechend formuliert haben.

Sie müssen, wenn man das einmal objektiv betrachten will, auch Vergleiche anstellen mit anderen Bundesländern. Ich habe mich um solche Zahlen bemüht, aber leider war die Zeit zu knapp dazu. Da vergehen Monate, bevor man überhaupt einmal solche Zahlen erhält.

(Abg. D r. S i e l i n g [CDU]: In Flächenstaaten ist das etwas anders als in Stadtstaaten!)

Nun eine sehr wichtige Frage, Herr Dr. Sieling, die Sie auch hier haben anklingen lassen, nämlich die Frage, wie es nun weitergehen soll! Da muß ich mich zunächst einmal darauf beziehen, daß nach den geltenden beamtenrechtlichen Vorschriften die Fortbildung der Beamten im Rahmen der allgemeinen Beamtenpflichten ihre eigene Aufgabe ist. Es ist die Aufgabe eines jeden Beamten, sich selbst fortzubilden.

Ich erinnere nicht an diese Vorschrift, um allein dem Beamten diese Fortbildung zu übertragen, aber man muß erwarten, daß er sich mit den Fragen der Praxis befaßt, die nicht immer Gegenstand einer

(C)

(D)

(A) breit angelegten Fortbildungsveranstaltung sein können. Es ist deshalb für die nächste Zukunft wichtig, auch so etwas wie eine ständige Fortbildung im Kollegengespräch und in Dienstbesprechungen auf den unterschiedlichen Ebenen des Vollzugs stattfinden zu lassen.

Nach den Beratungen im Haushaltsausschuß, die wir vor einigen Tagen hatten, Herr Dr. Sieling, wissen Sie, daß jetzt nur noch 25 700 DM für die Fortbildung der Strafvollzugsbediensteten zur Verfügung stehen. Mit diesem Betrag werden nur Maßnahmen der Fortbildung bestritten werden können, die einen möglichst unmittelbaren Nutzen für die praktische Arbeit haben.

Ich glaube aber, daß man im Hinblick auf die vorbildliche Fortbildung, und das ist ja auch aus den Ihnen vorliegenden Unterlagen ersichtlich, die in den vergangenen Jahren durchgeführt wurde, auch einmal vertreten kann, auf allgemeine Fortbildungsmaßnahmen für das Jahr 1982 zu verzichten. Dies wird auch vom Personalrat Justizvollzug so gesehen. — Danke schön, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

(B)

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 37  
vom 2. November 1981  
(Drucksache 10/647)**

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 38  
vom 16. November 1981  
(Drucksache 10/672)**

Der Petitionsausschuß legt der Bürgerschaft (Landtag) zwei Berichte vor, die er in seinen Sitzungen am 2. und 16. November 1981 abschließend beraten hat.

Die Beratung ist eröffnet. — Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Der Ausschuß bittet, die Bürgerschaft (Landtag) möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!  
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

### Verurteilung extremistischer Gewalttaten

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP  
vom 2. Dezember 1981  
(Drucksache 10/682)

(C)

Der Entschließungsantrag mit der Drucksachennummer 10/682 ist unterschrieben von den Abgeordneten von Schönfeldt, Lahmann und Fraktion der FDP.

Der Antrag liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) verfolgt mit großer Sorge und Abscheu die sich in letzter Zeit häufenden Aktivitäten und Gewalttaten rechtsextremistischer Gruppierungen. Die Verharmlosung und Verherrlichung rassistischer Thesen, die Beschimpfung und Herabsetzung ausländischer Mitbürger, die unverhohlene und verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus sind mit der Würde des Menschen und anderen unabdingbaren Menschenrechten ebensowenig vereinbar wie die zunehmende Bereitschaft zu bewaffneten Gewalttaten bis hin zu terroristischer Gewaltkriminalität.

Allen extremistischen Handlungen und Haltungen ist die Absicht gemeinsam, unsere freiheitliche Grundordnung zu bekämpfen, deren überragenden Wert in den Augen der Bevölkerung zu erschüttern und den Eindruck zu erwecken, die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Staatsform sei unfähig, die anstehenden Probleme zu lösen.

Deswegen ist die Bürgerschaft (Landtag) entschlossen, jedweden extremistischen Thesen und Bestrebungen den Behauptungswillen eines freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates entgegenzusetzen

- durch eine glaubwürdige Politik,
- durch argumentative Aufklärung und pädagogisches Gegenwirken z. B. in den Schulen, den Jugendfreizeitheimen und über die politischen Parteien,
- und durch eine konsequente Anwendung und eine angemessene Durchsetzung des geltenden Rechts.

(D)

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete von Schönfeldt.

Abg. v. Schönfeldt (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ausgelöst ist dieser Antrag oder diese Initiative, einmal diesen Gesamtkomplex hier zusammenzufassen und eine Meinungsbildung darüber herbeizuführen, durch die Gewalttat gegenüber einem Buchladen im November dieses Jahres.

Es gibt sicherlich und gab vorher andere extremistische Handlungen, wir haben auch früher Anlaß gehabt, darüber zu diskutieren, aber diese Gewalttat hat uns deswegen so erschreckt, weil sie einmal unmittelbar vor der Haustür, wenn man so will, passiert ist — das trifft zumindest für den Justizsenator zu — und weil man plötzlich an eine Zeit erinnert wurde, ich kenne sie ja nur aus Berichten und aus Büchern, als andersdenkende Bücherschreiber verfolgt oder Bücher verbrannt wurden oder als man zum Ausdruck brachte, daß man ein bestimmtes geistiges Gut nicht haben wollte. Da ist man daran gegangen, ganze Läden auf diese Weise auszuräumen und ganze Straßenzüge zu zerstören.

(A) Dieser Antrag soll auch einen Zusammenhang zu der Kleinen Anfrage der FDP zum Rechtsextremismus herstellen. Zu dem Ergebnis wäre eine Menge zu sagen. Diese Anfrage muß ausgewertet werden. Sie macht uns aber deutlich, und das will ich zusammenfassend statt einer langen Begründung hier sagen, daß wir uns vielleicht zu sehr daran gewöhnt haben, beim Lesen von Verfassungsschutzberichten oder Berichten darüber, daß es womöglich nur eine Sorte von Extremismus gibt.

Wir haben aber in letzter Zeit, wie ich meine, erschreckenderweise lernen müssen, daß es auch eine andere Form von Extremismus gibt. Wir haben uns vielleicht ein wenig besonnen, daß es den Extremismus gibt, daß es Extremismus gibt von links und rechts, und wir haben ihn immer so gebraucht, wie man ihn gebraucht hat, aber es gibt hier doch ein Phänomen, das junge Menschen dazu bringt, extremistische Gewalttaten zu begehen.

Ich gehe sogar weiter und spreche die Menschen an, die heutzutage so schlankweg als Linksextremisten klassifiziert werden, damit meint man die Szene. Ich bin jetzt auch viel herumgekommen bei solchen jungen Leuten, neulich Abend zum Beispiel im Kubo, das ist so ein Ort da im Pauls-Kloster, da wäre ich freiwillig nie hingegangen.

(Abg. Dittbrenner [SPD]: Da sind Sie hineingekommen?)

(B) Ja, natürlich bin ich da hineingekommen! Ich muß sagen, der Dialog, der dort stattgefunden hat, war gar nicht so verkehrt. Das waren 200 Leute, wenn Sie oder wir einladen würden, kämen so viele junge Leute nicht.

(Beifall bei FDP und SPD)

Dort waren Leute vertreten, die auch zu anderen Dingen bereit sind, davon bin ich fest überzeugt. Das ist auch bestätigt worden, die waren teilweise auch polizeibekannt. Das sind Menschen, die wahrscheinlich zu extremistischen Taten bereit sind, heute Links-, sagen wir, das sind morgen vielleicht Rechtsextremisten.

Immer dann, wenn dieser politische Zustand da ist, daß Extremismus einen Nährboden findet, dann, meinen wir, müßte dies ein Anliegen aller Parteien sein in diesem Hause, entschlossen, gemeinsam in Form dieser oder einer anderen Entschließung den jungen Leuten zu sagen, wir machen alles mit, wir diskutieren mit euch, wir sind tolerant, wir sind bei der Ausübung des Rechts angemessen, wir gehen angemessen vor, wir sind bereit, Konflikte friedlich mit euch zu lösen, aber die Grenze für unsere freiheitliche Grundordnung muß dort gesehen und gesetzt werden, wo intolerant extremistisch, entweder selbst durch Handlungen oder durch Haltungen, diesem Staat entgegengewirkt wird. Das ist das Anliegen dieses Antrags.

(Beifall bei der FDP)

(C) So formulieren wir, meine Damen und Herren, am Schluß, und man kann viel in den letzten Teil hineininterpretieren. Wir wollten mit dem Schluß formulieren, daß der Behauptungswille eines freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats von uns und hoffentlich von Ihnen auch schergewichtig nur in einer glaubwürdigen Politik diesen Leuten gegenüber gesehen werden kann, die als Spielmaterial von diesen Extremisten herumlaufen.

Weiter müssen wir argumentativ aufklären, wir müssen in den Schulen erkennbaren Haltungen und Handlungen, die auch schon unter Schülern bemerkbar sind, wahrscheinlich mehr entgegenwirken, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Wir müssen auch, was die Anwendung unseres Rechts anbelangt, hier konsequent das Recht, das wir haben — das ist nicht das schlechteste Recht —, einsetzen.

Man könnte natürlich noch hinzufügen, da sind auch andere Gruppen zuständig. Ich bin mir darüber im klaren, daß in diesem Zusammenhang auch andere Bereiche des öffentlichen Lebens genannt werden müssen. Es wäre sicherlich auch hier etwas an die Adresse von Familie, Elternhaus und an andere Bereiche zu sagen. Nur, darauf haben wir ja keinen unmittelbaren Einfluß.

Ich fasse zusammen, meine Damen und Herren, das auslösende Beispiel einer Handlung von Extremisten, wer immer es gewesen war — es spricht vieles dafür, aus der Antwort ergibt sich das auch, daß es Rechtsextremisten waren —, soll uns aufmerksam machen, daß es Extremismus gibt, daß es Extremismus von links und von rechts gibt. Wir sollten uns einmal einen Augenblick daran erinnern, welch eine schreckliche Zeit in der Geschichte festgeschrieben worden ist, worunter wir teilweise heute noch zu leiden haben, was Rechtsextremismus in Wort und Tat in relativ kurzer Zeit anrichten kann.

(Beifall bei FDP und SPD)

Sich dem gegenüberzustellen und sich dagegen zu versammeln ist unser Anliegen, und eine Entschließung dieses Hauses ist sicherlich diesem Phänomen angemessen. Wenn Sie die Antwort auf unsere Kleine Anfrage lesen und auswerten, dann werden Sie das sicher auch für Bremen bestätigt finden. — Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei FDP und SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Dinné.

Abg. Dinné (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr von Schönfeldt, ich glaube, daß Sie ein sehr ernstes Thema hier angesprochen haben. Ich wehre mich aber dagegen, daß wir die Ernsthaftigkeit dieses Themas nur sozusagen bei der Spitze ihres Eisbergs ergreifen und versuchen, durch so einen hilflosen Versuch, dem Ganzen die extre-

(C)

(D)

(A) mistische Spitze abzubrechen, dem Phänomen Herr zu werden.

Ich stelle deshalb an Sie die Frage: Was glauben Sie denn eigentlich, wenn Sie das miterlebt haben? Sie haben sich ja auf ein konkretes Erlebnis in Ihrer Begründung bezogen und auch Hintergründe geschildert. Was glauben Sie denn eigentlich, wenn die bisherige etablierte Politik, wir wollen das gar nicht so eng begrenzen, darauf hinausläuft, daß die Leute sogar subventioniert werden und sozusagen eine breite Basis hergestellt wird dafür, daß irgendwo dann auch extremistische Spitzen überhaupt wirksam werden können?

Deshalb wende ich mich ein wenig dagegen, daß wir uns nur auf diesen einen Anschlag dort kaprizieren, den jeder natürlich verurteilen muß, das ist klar! Nur, glauben Sie nicht, daß wir uns einmal die Mühe machen müssen, einmal über die Ursachen und darüber zu diskutieren, wie weitverbreitet der Boden für diese Dinge bereits fortgeschritten ist? Ich meine, wir sollten da jetzt nicht irgendwelche speziellen Spitzen im Auge haben, wer vielleicht Schuld hat, sondern wir sollten in uns gehen und sollten das alle einmal diskutieren und überlegen, ob das nicht vielleicht die entscheidende Frage unserer Gesellschaft überhaupt ist, viel entscheidender als Fangquoten und anderes, über das wir stundenlang hier reden und zu viel besseren Sendezeiten.

(B) Die Frage habe ich nur speziell an Sie, und ich bitte Sie auch, daß wir das Thema vielleicht einmal gemeinsam aufgreifen und uns über viel wichtigere Fragen im Vorfeld unterhalten, als nachher so eine anonyme Verurteilung von Vorkommnissen abzugeben, der jeder nur zustimmen kann, womit aber nichts geändert wird. — Vielen Dank!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Borttscheller.

**Abg. Borttscheller (CDU):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es bei diesem Antrag der FDP, den wir, das kann ich gleich am Anfang sagen, in jedem Punkt unterstreichen, befürworten und den wir deshalb auch zustimmen werden, nur darum geht, hier demokratische Überzeugungen zu äußern, kann ich mich sehr kurz fassen und sagen, selbstverständlich müssen alle Parteien und Gruppierungen, die sich demokratisch nennen, jedwede Form von Extremismus verurteilen.

(**Abg. Kunick [SPD]:** Die demokratisch sind!)

Herr von Schönfeldt, Sie haben, das zeigt ja auch noch die Urfassung des Antrags, ein wenig Kosmetik nachträglich an dem Antrag betrieben, und das hat ihm sicherlich nicht geschadet. Wir begrüßen in der Tat, daß Sie sich nicht hier einseitig beschränken auf die Verurteilung von Rechts- oder Linksextremismus. Ich kann Sie in einem Punkt übrigens beruhigen, in dem Verfassungsschutzbericht Ihres Innenministers, der seit einigen Tagen vorliegt, ist

(C) der Darstellung des Rechtsextremismus sehr breiter Raum gewidmet worden, und ich meine, daß dieser Bericht durchaus dazu dient, die Gefahren aufzuzeigen, die aus dieser Ecke kommen.

Ich stimme, leider muß ich sagen, mit Herrn Dinné in der Beurteilung überein, daß ein solcher Antrag allein sicherlich nicht viel bewegen wird. Hoffnung habe ich, wenn ich die drei Spiegelstriche in diesem Antrag lese, in denen glaubwürdige Politik, argumentative Aufklärung in allen Bereichen, Schulen, Jugendfreizeitzentren und so weiter und vor allen Dingen — der letzte Punkt — konsequente Anwendung und eine angemessene Durchsetzung des geltenden Rechts gefordert wird. Gerade bei dem letzten Punkt, ich will hier nicht vielleicht gerade frisch vernarbte Wunden berühren, meine ich, daß einiges zu tun ist, ich will aber jetzt nicht wieder die lange Litanei der letzten anderthalb Jahre aufzählen.

Wenn dieses Haus diesem Antrag geschlossen zustimmt, und das hoffe ich, sich auch in Zukunft diese Spiegelstriche vor Augen hält und vielleicht sich gelegentlich einen Ruck gibt, wenn Anträge vorliegen, die nicht nur in ein Lippenbekenntnis münden, sondern wo auch einmal konkretes Handeln gefordert wird, wenn wir dann geschlossen solche Anträge unterstützen könnten, dann, meine ich, sind wir auf dem richtigen Weg, uns gegen solche Gewalttaten von links oder rechts zur Wehr setzen zu können. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Wedemeier.

**Abg. Wedemeier (SPD):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe auch ein kleines Manuskript vorbereitet, aber ich möchte auch einmal Gemeinsamkeit dadurch demonstrieren, daß ich sage, daß wir sowohl mit dem Antrag als auch mit den Ausführungen von Herrn von Schönfeldt voll übereinstimmen und deshalb ohne jede weitere Rede diesem Antrag zustimmen werden.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Nun ein zweiter Satz! Herr Borttscheller, es ist schade, daß auch bei einem Antrag, der hier wahrscheinlich so viel Gemeinsamkeit hat, immer noch von einigen dann versucht wird, zwischen den Zeilen parteipolitisches Kapital zu schlagen. Ich habe das sehr wohl verstanden.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung, meine Damen und Herren.

Wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP mit der Drucksachen-Nummer 10/682 seine Zu-

(C)

(D)

(A) stimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und FDP)

Herr Abgeordneter Adamietz, wir sind in der Abstimmung!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Herr Abgeordneter Adamietz, wollen Sie jetzt etwas zur Geschäftsordnung sagen?

(Abg. Adamietz [BGL]: Ich hatte eine getrennte Abstimmung verlangen wollen, aber Sie schauen nicht einmal her, bevor Sie abstimmen lassen!)

Entschuldigung, wenn ich aufrufe und wir in der Abstimmung sind, dann wird die Abstimmung durchgeführt! Dann müssen Sie sich eher melden!

(Beifall bei der SPD)

#### Arbeitsplatzvernichtung durch Großwerftenfusion Vulkan/AG „Weser“

Antrag (Entschließung) der Gruppe der BGL vom 9. Dezember 1981 (Drucksache 10/699)

(B) Der Entschließungsantrag mit der Drucksachennummer 10/699 trägt die Unterschrift des Abgeordneten Adamietz und Gruppe der BGL.

Er liegt den Abgeordneten im Wortlaut vor.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Eine Fusion der beiden bremischen Großwerften Vulkan und AG „Weser“ hätte die Vernichtung von zirka zwei- bis dreitausend Arbeitsplätzen zur Folge. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich deshalb gegen eine Fusion aus. Sie erwartet von den staatlichen und anderen öffentlichen Instanzen sowie den Politikern im Lande Bremen, daß sie sich dieser Meinung anschließen, jegliches Fusionsgerede unterlassen, keinerlei dahingehende Planungen betreiben und keine auf eine Fusion hinauslaufenden Schritte fördern. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet weiter, daß die gegenwärtigen Kostenforderungen der Vulkan-Werft gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen des Fregattenbaus nach den gleichen Maßstäben beglichen werden wie andere Rüstungsaufträge bisher auch. Insbesondere erwartet die Bürgerschaft (Landtag), daß mit dem Ausgleich dieser Forderungen keinerlei Verkoppelung (Junktim, Bedingung) verbunden ist in Richtung auf eine spätere Fusion der beiden Großwerften in Bremen und daß die bremischen Stellen und Politiker eine solche Verkoppelung verhindern.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Adamietz.

Abg. Adamietz (BGL): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe heute bereits einmal Stellung genommen zu dem hier im Hause offenbar

\*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) gern erhobenen Vorwurf, die Debatte über die Fusionspläne sei gegenwärtig nachteilig oder sogar schädlich, und ich stehe nicht an, das noch einmal hier zu betonen, allerdings unter Hinweis auf ein paar Informationen, die Ihnen allen zur Verfügung stünden, wenn Sie nur die Realität kennenlernen wollten.

Ich möchte aus einer bremischen Tageszeitung zitieren vom 8. 12. dieses Jahres, das hätten Sie also auch vor unserer Debatte lesen können, dort heißt es: „Fusionspläne bringen Unruhe in die Werftbelegschaft“. Das war vor unserer Aktuellen Stunde.

(Unruhe — Glocke)

Präsident Dr. Klink: Meine Damen und Herren, ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner!

Abg. Adamietz (BGL): Meine Damen und Herren, es ist klar, wenn Sie meinen, daß die Aufmerksamkeit schwierig ist, dann liegt das sicherlich daran, daß Sie nicht willens und bereit sind, sich diesem Thema zu dieser Stunde noch zu widmen, obwohl Sie am Anfang dieser Runde der Bremischen Bürgerschaft beschlossen haben, notfalls bis 22 Uhr zu tagen. Ich glaube, daß Sie eben nicht dem Thema angemessen entsprechend reagieren.

Ein paar andere Zeitungsausschnitte machen deutlich, wenn man sie zur Kenntnis nimmt, worum es geht. Beispiel: Wir konnten dieser Tage in der Zeitung lesen, daß eine hamburgische Reederei ein paar Schiffe in Japan bestellt hat mit dem ausdrücklichen Bemerkung, daß es gar nicht so sehr um den Schiffsbaupreis dort ging, sondern um die Frage, wie denn finanziert werden könne und japanische Banken da eben bessere Lösungen gefunden hätten. Hier sind Probleme, die auf einem ganz anderen Gebiet liegen, wirtschaftspolitische Probleme, denen Sie sich stellen müßten, wenn Sie wirklich dem Schiffsbau oder den Reedern hier helfen wollten.

Ich möchte angesichts der Makulatur, die diese Ausführungen jetzt zu dieser Stunde hier bedeuten, nur noch darauf verweisen, daß es für Sie sicherlich noch zu mehr Debatten über die Frage der Fusion bei Vulkan und AG „Weser“ oder nicht kommen wird.

Wir sind der Meinung, daß hier heute die Bürgerschaft deutlich ein Wort sagen sollte, zumindest so weit es eben Ihre eigenen Einflußnahme und Einflußnahmemöglichkeiten anbelangt. Sie mögen darauf hinweisen, daß das privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen sind, die das natürlich alles selbst entscheiden können, aber wir wissen genau, ohne den Staat läuft da nichts, ohne das Drängen, die Zustimmung wenigstens oder sonst eine Art von Förderung, wie das ja auch angedeutet worden ist, nämlich durch Bürgerschaften, Anteilsübernahme und ähnliches.

Deswegen beinhaltet unser Antrag auch gerade, daß die Bürgerschaft die Erwartung ausspricht, daß bremische Stellen und Politiker sich eben nicht an

(C)

(D)

(A) solchen Plänen beteiligen, um wenigstens hierdurch deutlich zu machen, wie wir die Sache politisch beurteilen.

Nimmt man etwa Vorgänge aus dem Aufsichtsrat und dem Vorstand beim Vulkan vor, dann sieht man, daß dort zum Beispiel ein stellvertretendes Vorstandsmitglied im letzten Jahr oder vielleicht auch vorher schon eingestellt worden ist.

(Unruhe — Glocke)

**Präsident Dr. Klink:** Meine Damen und Herren,

(Abg. A d a m i e t z [BGL]: Herr Präsident, das stört mich gar nicht!)

ich bitte darum, daß hier mit größerer Aufmerksamkeit den Ausführungen gefolgt wird! Es ist schon eine fortgeschrittene Zeit, aber ich glaube, wir sollten in Ruhe den Ausführungen folgen. — Bitte sehr!

Abg. **Adamietz** (BGL): Sieht man sich die Vorstandsliste an, ich knüpfe wieder an, dann stellt man fest, daß dort zum Beispiel jemand stellvertretendes Vorstandsmitglied geworden ist, der bei den Hamburger Werften, insbesondere bei Blohm und Voss, gerade die Erfahrungen gesammelt hat, wie man eben fusioniert, wie man dann auch kleinere Werften einbaut. Das macht deutlich, daß man hier schon vom Management her darauf eingestellt ist, solche Fusionspläne zu fördern.

(B) Wir verweisen in dieser Frage nicht nur auf unsere gemachten Ausführungen, sondern auch auf die Unterlagen, die aus dem Bereich etwa Vulkan selbst oder IG Metall und ähnlichen Betroffenen selbst kommen, in denen insbesondere darauf hingewiesen wird, daß über die Schiffsbauindustrie selbst, den Schiffbau selbst wahrscheinlich diese Werften und diese Arbeitsplätze bei ihnen langfristig allein nicht zu sichern sein werden.

Hier ist auch ein Konzept sowohl bei den Werften selbst als auch von staatlicher, wirtschaftspolitischer Seite aus zu vermissen über Produktionskapazitäten, Produktionsentwicklungen außerhalb des Schiffbaues. Das wird immer nur wieder als verbale Notwendigkeit bekräftigt, aber getan wird da nichts.

Sieht man sich die Berichte für Versammlungen der Aktionäre an, auch Berichte und Stellungnahmen der IG Metall zum Problem Subventionierung des Schiffbaues und ähnliches, dann wird deutlich, daß hier eine andere Wirtschaftspolitik erforderlich ist. Diese muß hier vorgelegt werden, ehe man auch nur zu solch administrativen Maßnahmen wie Fusionen greift. Es wird deutlich, daß hier wirtschaftspolitisch das Roß von hinten aufgezaumt werden soll. Diejenigen, die eigentlich auf dem Roß zu sitzen hätten, werden sicherlich unter die Hufe kommen. — Danke schön!

**Präsident Dr. Klink:** Als nächster hat das Wort der Abgeordnete Ostendorff.

(C) Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich beziehe mich auf die Zeile sieben des vorliegenden Antrags. Die Fraktion der FDP wird diesen Antrag der Bremer Grünen Liste ohne jedes Gerede ablehnen.

(Beifall bei FDP und SPD)

**Präsident Dr. Klink:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Entschließungsantrag mit der Drucksachen-Nummer 10/699 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür BGL)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, FDP und Teile der CDU)

Stimmhaltungen?

(Teile der CDU)

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

(D) Meine Damen und Herren, bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich noch zwei Bemerkungen machen. Die erste Bemerkung: Die Bremische Bürgerschaft hat gestern die Landesbeauftragte für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau gewählt. Ich gehe davon aus, daß dies zur Folge hat, daß unsere Kollegin Ursula Kerstein heute zum letztenmal als Abgeordnete an einer Sitzung der Bremischen Bürgerschaft teilnimmt.

Sehr geehrte Frau Kerstein, Ihren Wechsel von der Legislative zur Exekutive begleiten wir alle sicher mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Beides ist bereits gestern in der Debatte deutlich geworden. Die Sprecher der Fraktionen haben uns die Schwere des Auftrags und die Schwierigkeiten, vor die Sie gestellt werden, eindrucksvoll geschildert.

Ebenso eindrucksvoll waren für Sie sicher auch die Aussagen der Fraktionen zu Ihrer Person und die darin zum Ausdruck gekommenen Erwartungen. In der Tat, in den sechs Jahren Ihrer Parlamentszugehörigkeit haben die Abgeordneten Sie als eine engagierte Kollegin kennengelernt, die sich immer wieder durch Sachkunde und Realitätsnähe ausgezeichnet hat. Ihre Bereitschaft zuzuhören, heiße Eisen anzupacken und vor allem in einem von Ihnen schnell herstellbaren Klima von Ruhe und Besonnenheit das Gespräch mit jenen Bürgern zu führen, die unserer parlamentarischen Demokratie kritisch oder gar ablehnend gegenüberstehen, sicherten Ihnen Glaubwürdigkeit und auch die Legitimation, auf öffentliche Ärgernisse aufmerksam zu machen und auf eine schnelle Abhilfe zu drängen.

Die Liste der Deputationen, denen Sie angehörten, unterstreicht die Besonderheit Ihrer politischen Ein-

(A) satzbereitschaft. Bei der Sozialhilfe waren Sie schon eine Zeit vor Ihrer Abgeordnetentätigkeit als Deputierte tätig, Rechtspflege und Strafvollzug beschäftigten Sie seit Ihrem Eintritt in das Parlament, und bei der letzten Wahl wechselten Sie von Sozialen zum Umweltschutz über, wobei Sie sofort die Funktion der Sprecherin in der Deputation erhielten. Die Abgeordneten, die besonders eng mit Ihnen zusammengearbeitet haben, rühmen Ihr emotionsfreies Hinterfragen ebenso wie Ihr leidenschaftliches Eintreten für einen von Ihnen als richtig erkannten Standpunkt.

Alle Abgeordneten wissen, daß Sie frei von persönlicher Eitelkeit jederzeit den Weg des Gesprächs, des Verständnisses für die Nöte anderer, der Verständigung miteinander versucht haben. Dies hat Ihnen Freunde über alle Parteigrenzen hinweg geschaffen und Sie zu einer beliebten Kollegin in diesem Haus gemacht. Für die gemeinsame Arbeit sagen wir Ihnen unseren Dank.

(Beifall)

Mit der Gewißheit, daß Sie auch für die Gleichberechtigung der Frau die Dinge beharrlich beim Namen nennen und unerschrocken auf Defizite und Mißstände in unserem gesellschaftlichen Miteinander hinweisen werden, wünschen Ihnen die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft, Ihre Kollegen von heute, alles Gute!

(Starker Beifall)

(B) Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gebe ich nun der Abgeordneten Frau Kerstein.

Abg. Ursula **Kerstein** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein lachendes und ein weinendes Auge sind auch auf meiner Seite. Ich möchte mich für die faire Zusammenarbeit in den Deputationen besonders bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, auch hier im Parlament, wenn es auch an manchen Tagen so war, daß ich das Sitzungsgeld in Schmerzensgeld umfunktioniert habe, aber dennoch für die Zusammenarbeit vielen Dank!

Als das letzte Mal ein Kollege hier ausschied, das ist ein halbes Jahr her, er wechselte in ein

hohes Amt nach Niedersachsen, da konnten wir ihn nach wenigen Wochen hoch auf einem Elefanten sitzend in der Zeitung bewundern. Mich werden Sie in Zukunft weiterhin als engagierte Umweltschützerin auf meinem Fahrrad bewundern können, und ich hoffe, Sie setzen sich dafür ein, daß der Weg von meinem zukünftigen Dienstgebäude, wo immer es sei, zum Parlament oder auch in die anderen Behörden mit einem vernünftigen Fahrradweg ausgerüstet wird. — Vielen Dank!

(Beifall)

**Präsident Dr. Klink:** Alles Gute für Ihre zukünftige Arbeit, Frau Kerstein!

Die zweite Bemerkung: Meine Damen und Herren, wir wünschen Ihnen allen vom Präsidium gute Erholung in den vor uns liegenden Feiertagen. Wir hoffen sehr, daß Sie diese Zeit nutzen zur Pflege Ihrer Gesundheit und Ihrer Familie.

Wir wünschen Ihnen allen und auch uns als Präsidium sowie unseren Familien alles Gute zu den Weihnachtsfeiertagen und für das neue Jahr. Diese Tage sind auch Tage der Besinnung, Besinnung über unsere Arbeit, über den politischen Wettbewerb von Ideen, aber auch über die Zusammenarbeit, über das Miteinander, wie wir miteinander umgehen.

(Abg. Klein [CDU]: Jawohl, und das Beieinander!)

Das dürfen wir gemeinsam während dieser Tage auch einmal bedenken.

Ich hoffe, daß ich Sie alle gesund und mit neuen Kräften im neuen Jahr wiedersehe. Die Aufgaben, die vor uns liegen, erfordern es, daß Sie gesund und mit frischen Kräften die Arbeit wieder antreten. Ich wünsche Ihnen alles Gute!

(Beifall)

Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist geschlossen.

Ich wünsche allen einen guten Heimweg.

(Schluß der Sitzung 20.10 Uhr)

(C)

(D)

